Donnerstag, 8. November 1984 - D ∗∗∗

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 263 - 45.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Rundfunk: Ein Auseinanderbrechen der ARD (Erstes Deutsches Fernsehen) sagt der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Uwe Barschel für den Fall voraus, daß der Bremerhavener Medienkompromiß der Länder scheitern sollte. (S. 8)

„Schmerzgrenze": Bayern ist nicht bereit, in der Kontroverse mit der Bundesregierung über eine Novelle der Krankenhausfinanzierung weiter nachzugeben. „Die Schmerzgrenze ist erreicht", sagte Staatssekretär Stoiber. (S. 6)

Transit: Der Berliner Senat hält die stark befahrene Transitstrecke zwischen München und Berlin auf ihrem „DDR"-Abschnitt durch Vogtland und Thüringer Wald nicht mehr für verkehrssicher. Durch die von Bonn gezahlte Transitpauschale ist die „DDR" zur ordentlichen Unterhaltung verpflichtet. (S. 12)

Studenten: Bis 1990 dürfte die Zahl der Studenten von derzeit 1,2 auf 1,6 Millionen anwachsen, *schätzt* die *Rektorenkonferenz*. Erst dann werde sich der Pillenknick bemerkbar machen. (S. 6)

Flucht: Ein 25jähriger Seemann ist in Brunsbüttel von einem „DDR"-Motorschiff beim Auslaufen durch einen Sprung auf die Kaimauer geflüchtet.

Nicaragua: Washington hat vor einer Belieferung des Landes mit modernen sowjetischen MiG-21-Kampfflugzeugen gewarnt. Dies würde als „äußerste Eskalation" betrachtet. Nach US-Fernsehberichten ist ein Frachter mit möglicherweise bis zu 18 der Maschinen an Bord auf dem Wege nach Nicaragua oder schon dort eingetroffen. (S. 12)

Amtsmißbrauch: Der entlassene frühere sowjetische Innenminister Schtscholokow, gegen den offensichtlich ein Strafverfahren läuft, hat jetzt auch seinen Rang als Armeegeneral verloren. Ihm wurde Amtsmißbrauch und Entehrung des Titels eines Generals vorgeworfen. (S. 9)

Nach London: Das sowjetische Politbüromitglied Gorbatschow will im Dezember London besuchen. Er gilt als „Kronprinz" in der sowjetischen Führung.

Südafrika: Der Energiekonzern Sasol hat 90 Prozent der Belegschaft – mehr als 6000 Beschäftigte – *entlassen. Sie waren auch am* zweiten Tag des Generalstreiks schwarzer Arbeiter nicht erschienen. Bei den jüngsten Unruhen wurden 22 Menschen getötet.

Heute: Genscher vor Flick-Ausschuß. – Libanesisch-israelische Truppenabzugsverhandlungen.

Die Wahl in Amerika

WIRTSCHAFT

Arbeitslosigkeit: Erstmals seit 1979 sagt das Bundeswirtschaftsministerium für das nächste Jahr wieder einen leichten Rückgang voraus. (S. 11)

Versicherungen: Die deutsche Versicherungswirtschaft bleibt 1984 zwar auf Wachstumskurs, doch wird sich das Expansionstempo bei einer Beitragssteigerung um gut drei Prozent auf *101* Milliarden DM gegenüber dem Vorjahr halbieren. (S. 11)

Hypotheken: Mit dem Zinsrückgang am Rentenmarkt sind auch die Hypothekenzinsen deutlich gesunken. Sie sind jetzt so niedrig wie seit fünfeinhalb Jahren nicht mehr. (S. 11)

Börse: Die deutschen Aktienmärkte haben auf Reagans Wahlsieg kaum reagiert; nach schwächerem Beginn setzte eine leichte Erholung ein. Am Rentemarkt ging die Kaufneigung zurück. WELT-Aktienindex 158,6 (158,9); Dollarmittelkurs 2,9152 (2,9455) Mark; Goldpreis je Feinunze 347,60 (346,10) Doller.

ZITAT DES TAGES



❝ Ich glaube, daß dieser Wille, die Mauer *im europäischen Rahmen* zu überwinden, vielleicht weniger nationalistisch ist als einige Nationalgefühle, die man in gewissen westeuropäischen Ländern findet ❞

Bundespräsident Richard von Weizsäcker in einem Interview der französischen Tageszeitung „Le Monde" zur Berliner Mauer (S. 12) FOTO: KLAUS MEHNER

KULTUR

Wagner: Nach dem „Rheingold" hat das Regieteam Nicolas Joel und Pet Halmen den Wiesbadenern nun eine mit ostasiatischen Ritualen angereicherte „Walküre" beschert. Unmotivierter Aktionismus ist Trumpf, Regisseur Joel schwelgt im Realismus des Nebensächlichen. (S. 19)

Londoner Theater: Mit seiner Bearbeitung der Nestroy-Posse „Einen Jux will er sich machen" hatte Tom Stoppard einst bewiesen, daß er ein erstrangiger Arrangeur ist. Sein im Londoner Nationaltheater aufgeführtes neuestes Stück, „Rough Crossing", dagegen war ein Reinfall. (S. 19)

SPORT

Olympia: Die Klage des Kölner *Schwimmers Kühlem gegen den* Verband wegen der Nichtberücksichtigung bei den Sommerspielen wurde vor Gericht als berechtigt angesehen. (S. 11)

Fußball: Der FC Bayern München verlor sein Europacup-Spiel der Pokalsieger bei Trakia Plovdiv mit 0:2. Weil München aber das Hinspiel 4:1 gewonnen hatte, erreichte es das Viertelfinale. (S. 11)

AUS ALLER WELT

US-Raumfähre: Wegen schlechten Wetters über Cape Canaveral ist der Start der „Discovery" mit fünf Astronauten an Bord gestern um einen Tag verschoben worden. (S. 20)

Gästehaus: Der Umbau des ehemaligen Petersberg-*Hotels* bei Bonn zum Gästehaus der Bundesregierung verzögert sich. Probleme bereitet vor allem die künftige Bewirtschaftung. (S. 20)

Wetter: Wechselnd bewölkt, überwiegend trocken. Bis 15 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:



Präsident Ronald Reagan mit seiner Frau Nancy kurz nach der Bekanntgabe seines Sieges über Walter Mondale in Los Angeles FOTO: AP

Kanzler: Nach Ronald Reagans Wiederwahl den Frieden gestalten

Helmut Kohl schreibt in der WELT: „Der Ball liegt nunmehr im sowjetischen Feld"

Nach seinem *überragenden* Wahlsieg über den demokratischen Präsidentschaftskandidaten Walter Mondale hat Präsident Ronald Reagan bei einer Wahlfeier in Los Angeles seine Dialogbereitschaft *mit dem Kreml unterstrichen*. Es sei jetzt an der Zeit, so sagte er, sich mit dem Staats- und Parteichef der UdSSR, Kon*stantin Tschernenko, zu treffen*. Auch Bundeskanzler Helmut Kohl, der die Wiederwahl des US-Präsidenten „mit Genugtuung" aufnahm, sieht den Weg für neue Ost-West-Initiativen geebnet. Er zeigte sich überzeugt, daß Reagan sein Werk der Sicherung des Friedens vervollständigen werde. An die Adresse Moskaus gewandt, sagte er, der Westen sei bereit, mit dem Osten auch neue Wege hinsichtlich der Verhandlungsgremien und Verhandlungsgegenstände zu suchen. Gleichzeitig erinnerte er Reagan an das Versprechen, sich angesichts des hohen US-Haushaltsdefizits verstärkt den schwerwiegenden wirtschaftspolitischen Problemen zu widmen.

Präsident gesprächsbereit

DW. Washington

Mit einem der größten Wahlsiege in der amerikanischen Geschichte ist US-Präsident Reagan für weitere vier Jahre in seinem Amt bestätigt wor*den. Der 73jährige Republikaner* schlug seinen demokratischen Herausforderer, den um 17 Jahre jüngeren Walter Mondale, nach noch nicht offiziell bestätigten Auszähl-Ergeb*nissen mit 59 gegen 41 Prozent* der Stimmen. Reagan sicherte sich damit 525 der 538 Wahlmänner. Sicher ist, daß der amtierende Präsident 49 Bundesstaaten für sich gewinnen konnte. Unentschieden war gestern nur noch der 50. und letzte Bundesstaat Minnesota, Heimat des Herausforderers Mondale. Einen Erfolg verbuchte der demokratische Kandidat nur im Columbia-Distrikt mit der Hauptstadt Washington.

Bei den gleichzeitigen Kongreßwahlen wiederholte sich der Erdrutschsieg Reagans aber nicht. Im Senat, wo 33 der *insgesamt 100 Mandate* zu vergeben waren, verlor die Präsidentenpartei zwei Sitze an die Demokraten. Die bisherige Mehrheit der Republikaner schrumpfte auf 53 gegenüber 47 Senatoren der Demokraten. Besonders empfindlich traf die Republikaner die Niederlage des bisherigen sehr einflußreichen Vorsitzenden des außenpolitischen Senatsausschusses, Charles Percy, der nach 18 Mandatsjahren in Illinois geschlagen wurde. Die Demokraten werteten *ihren Erfolg im Senat als gutes Omen* für die Möglichkeit, bei den für 1986 anstehenden nächsten Teilwahlen für das Haus eine Mehrheit zu erreichen.

Auch im Repräsentantenhaus, das vollständig zu erneuern war, konnten die Republikaner ihr erklärtes Wahlziel von 25 zusätzlichen Sitzen nicht erreichen. Nach noch inoffiziellen Rechnungen gewannen sie 185 Sitze *(bisher 167)*, während die Demokraten 16 ihrer bisher 266 Sitze verloren. Bei den Gouverneurs-Wahlen gewannen die Republikaner mit hoher Wahrscheinlichkeit zwei Bundesstaaten hinzu, ohne aber auch hier die Mehrheit der Demokraten zu erschüttern, die bisher in 35 der 50 Staaten regierten.

Reagans überwältigender Wahlerfolg ist nur vergleichbar mit dem von Richard Nixon 1972, von Lyndon Johnson 1974 und Franklin Roosevelt 1936. Sein möglicher Sieg in allen 50 Bundesstaaten wäre beispiellos in der *Geschichte* der USA.

Mondale, der mit nur 13 Wahlmän*ner-Stimmen* das katastrophale Ergebnis von 17 Stimmen für den demokratischen Präsidentschafts-Bewerber McGovern 1972 noch unterbieten würde, gestand noch in der Nacht seine Niederlage ein. Dem Vernehmen nach wird er nun aus dem politischen Leben ausscheiden und das Präsidentenamt der *Universität* seines Heimatstaats übernehmen.

Reagan feierte seinen Sieg in Los Angeles. Seinen frenetisch jubelnden Anhängern rief er zu: „Es gibt noch viel zu tun. Jetzt fängt's erst richtig an."

Die *wirtschaftliche* Erholung der USA sei zu festigen und ihre Führerschaft weiter zu stärken. Auch sei es „jetzt an der Zeit", daß er den Staats- und Parteichef der UdSSR, Tscher*nenko, treffe, um über Abrüstung zu* reden. Er werde in seiner neuen Amtszeit alles tun, um einen Abbau der Kernwaffen zu erreichen, sagte der Präsident.

Kohl: Weg zum Dialog

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat seine „besondere Genugtuung" über die Wiederwahl von *Ronald Reagan* zum Ausdruck gebracht. Das „persönliche Vertrauensverhältnis" zwischem ihm und dem amerikanischen Präsidenten habe die Zusammenar*beit erheblich erleichtert*. „Wir konnten damit unseren eigenen nationalen Interessen innerhalb der transatlantischen Partnerschaft besonderes Gewicht verleihen". Diese persönlichen *Worte hat der Kanzler einem Grund*satzartikel für die WELT vorangestellt, in dem er auch seine Erwartungen für die zweite Amtsperiode Reagans formuliert.

„Kernstück *der deutsch-amerika*nischen Partnerschaft ist die gemeinsame Sicherheitspolitik in der atlantischen Allianz", das Verhältnis zwischen beiden Staaten „ist ein bedeutsamer Faktor der Stabilität, Geschlossenheit und Solidarität des nordatlantischen Bündnisses". Kohl: „Neun Millionen US-Soldaten haben seit dem Jahre 1949 in unserem Land Dienst getan. Ihnen gilt unser besonderer Dank für den Schutz unserer Freiheit."

Die Wahlen in den USA „beenden eine Zeit weltweiter Erwartungen, beenden eine Politik des Abwartens, die mögliche Fortschritte in der weiteren Gestaltung der internationalen Bezie*hungen und des Friedens behindert* haben". Reagan werde, davon sei er persönlich überzeugt, „auf der Höhe seines jetzigen Erfolges und unbelastet von der Notwendigkeit einer weiteren Wiederwahl darauf bedacht sein, sein Werk der Sicherung des Friedens durch neue Initiativen zur Verbesserung der West-Ost-Beziehungen und im Bereich der Rüstungskontrolle und Abrüstung zu vervollständigen". Kohl: „Der Ball liegt nunmehr im sowjetischen Feld." Die Zeit sei reif für eine neue Bewegung zwischen West und Ost, insbesondere für die Wiederaufnahme des Rüstungskontrolldialogs. „Dieser Appell schließt auf westlicher Seite die Bereitschaft ein, falls erforderlich, mit dem Osten auch neue Wege hinsichtlich der Verhandlungsgremien und der Verhandlungsgegenstände zu suchen." Nach Auffassung der Bundesregierung seien Fortschritte in anderen Bereichen aber nicht möglich, ohne daß die Problematik der *auf Europa gerichteten nuklearen* Mittelstreckenraketen einer Lösung nähergebracht werde.

Der Bundeskanzler setzt in dem Beitrag aber auch kritische Akzente. Bei allen „gelegentlichen und unvermeidlichen Auffassungsunterschie*den" bestehe kein Anlaß*, von einer „Krise des Bündnisses oder von einer Verlagerung des Schwergewichts vom Atlantik in den Pazifik zu reden". Einseitige Mahnungen zur Lastenteilung *im Bündnis und zum* Verhältnis der Verbündeten untereinander „führen uns nicht weiter". Die USA müßten auch die „tatsächlichen und nicht immer durch Zahlen belegbaren Verteidigungsleistungen der Bundesrepublik Deutschland und der europäischen Partner respektieren". Präsident Reagan habe ihm „persönlich zugesichert", sich nun auch mit aller Kraft den schwerwiegenden wirtschaftspolitischen Probleme zu widmen. Das Ausmaß des *amerikanischen Budget-Defizits, die* überhöhten Wechselkursraten des Dollars und die hohen amerikanischen Zinssätze hätten auch für uns Probleme geschaffen, schreibt Kohl.

Ustinow fehlte bei Parade auf dem Roten Platz

DW. Moskau

Der sowjetische Verteidigungsminister Dimitrij Ustinow, einer der *mächtigsten Männer der UdSSR*, war gestern nicht wie üblich bei der Militärparade zum Revolutionstag anwesend. Dies gab Spekulationen neue Nahrung, daß der 76jährige Marschall ernstlich erkrankt ist. Der Minister war schon seit einiger Zeit nicht mehr öffentlich aufgetreten. Anstelle von Ustinow *nahm sein erster* Stellvertreter Marschall Sergej Sokolow (73) die Parade auf dem Roten Platz ab.

Ustinow hatte jedoch den Tagesbefehl unterschrieben, der von den Zeitungen veröffentlicht wurde. Darin warf der Marschall den USA vor, sie widersetzten sich dem Abschluß von Vereinbarungen über gemeinsame Maßnahmen zur Rüstungsbegrenzung, zur Verringerung der militärischen Gefahr *und* zur *Verhinderung* einer Militarisierung des Weltraums. Daher träfen die KPdSU und die Sowjetregierung die nötigen Maßnahmen zur Stärkung der Sicherheit der UdSSR und ihrer Verbündeten sowie zur Erhöhung der Kampfbereitschaft der sowjetischen Streitkräfte.

Abgasarme Autos: Kabinett beschloß Steuererleichterung

E.N. Bonn

Das Bundeskabinett hat gestern den von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg vorgelegten Entwurf eines Gesetzes über steuerliche Maßnahmen zur Förderung des schadstoffarmen Personenwagens beschlossen.

Danach ist eine Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer für nicht-schadstoffarme Pkw ab 1. Januar 1986 vorgesehen. Unverbleites Benzin wird ab 15. April 1985 um zwei Pfennige je *Liter niedriger besteuert* als verbleites, gleichzeitig tritt eine Erhöhung der Mineralölsteuer für andere *Leichtöle um zwei Pfennige je Liter* in Kraft.

Vor der Presse in Bonn *erklärte* Stoltenberg seinen im Gesetzentwurf verankerten Plan, eine nach Hub*raumgrößen gestaffelte*, zeitlich befristete Befreiung von der Kraftfahrzeugsteuer für Personenkraftwagen einzuführen, die nach Angaben im Fahrzeugschein als schadstoffarm anerkannt sind. Im Höchstfall tritt dabei eine Entlastung für den Autobesitzer bis zu 3000 Mark ein.

Kohl: Mit Fall Flick nie befaßt gewesen

hey. Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat nachdrücklich bestritten, mit den *Vorgängen um die steuerbegünstigte* Wiederanlage des 1,9-Milliarden-Mark-Erlöses aus dem Verkauf des Daimler-Benz-Aktienpakets durch den Flick-Konzern befaßt gewesen zu sein. Vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß sagte der Kanzler gestern, er habe mit dem früheren *Manager Eberhard von Brauchitsch* über diese Fragen nicht gesprochen. Denn dies sei für ihn „kein Gegenstand" gewesen, weil er zu dieser Zeit Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz gewesen sei.

Es sei, so fuhr Kohl fort, „ja auch kein Mensch in dieser Zeit auf den Gedanken gekommen, im Zusammenhang mit dem 6 b (Einkommensteuer-Paragraph, die Red.) womöglich noch *eine kriminelle* Verstrikkung zu sehen". Er gehe auch heute noch davon aus, daß sein Vorgänger Helmut Schmidt und die ehemaligen Finanz- sowie Wirtschaftsminister der sozialliberalen Koalition rechtmäßig und pflichtgemäß bei ihren Entscheidungen gehandelt hätten.

Pinochet verhängt über Chile Belagerungszustand

Opposition sieht Versuch politischer Öffnung gescheitert

DW. Santiago

Der chilenische Staatschef General Pinochet hat am Dienstag abend über das ganze Land den Belagerungszustand und über die beiden größten Städte, Santiago und Valparaiso, eine Ausgangssperre verhängt. Gleichzeitig ernannte er zwei neue Minister. Wenige Stunden zuvor war das Kabinett geschlossen zurückgetreten, um angesichts der vorausgegangenen blutigen Ereignisse dem Staatschef freie Hand zur Lösung der Konflikte zu geben.

In einer Rundfunk- und Fernsehansprache begründete Pinochet die Maßnahmen mit den „jüngsten Gewalttaten und politischen Demonstrationen". Die Gewaltausbrüche bei den Protestkundgebungen und Streiks vom 30. Oktober, die acht Menschenleben gekostet und umfangreichen Sachschaden verursacht hatten, sowie die jüngsten Spreng*stoffanschläge gegen Kasernen* und Polizeidienststellen hätten die Lage verschlechtert.

Nach der Verfassung, die das Militär 1981 erlassen hatte, kann der Staatschef bei Verhängung des Belagerungszustandes Personen verbannen, sie ohne Haftbefehl festnehmen, ohne Verfahren auf unbestimmte Zeit in Isolierhaft halten, Meinungsfreiheit, Ein- und Ausreise sowie das Versammlungsrecht beschränken oder verbieten. Er kann weiter Pressezensur verordnen und den Post- und Telefonverkehr kontrollieren.

Pinochet *hatte die Rücktrittsgesu*che seiner Minister bis auf eines am Dienstag abgelehnt. Innenminister Jarpa, der den Rücktritt des Kabinetts veranlaßt hatte, begründete seinen Schritt damit, er sehe sich nicht in der Lage, „weiterhin für eine politische Liberalisierung zu arbeiten, aus der lediglich Extremisten und Terroristen ihren Vorteil ziehen". Er beschuldigte Kommunisten und katholische Kirche, *ein Hindernis* für den Übergang zur Demokratie darzustellen.

Oppositionspolitiker haben die jüngsten Ereignisse als Unfähigkeit des Präsidenten gewertet, eine echte politische Öffnung in Chile einzuleiten.

DER KOMMENTAR

Chance für den Frieden

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Helmut Kohl hat dem Präsidenten der USA seine Glückwünsche übermittelt; aber nach dem grandiosen Wahlsieg Ronald Reagans hat der deutsche Bundeskanzler mehr zu sagen, als in einer Grußadresse ausgedrückt werden kann. Der Kanzler hat seine Gedanken dieser Zeitung anvertraut. Sein Beitrag für die WELT gewinnt an der Schwelle einer neuen Präsidentschaftsperiode Reagans die Qualität eines in der internationalen Politik beachteten Doku*ments*.

Kohl geht davon aus, daß nach der Wiederwahl Reagans die sonst zwangsläufig *eintretende mehrmonatige* Phase weltpolitischen Still*stands* entfällt, weil es nicht nötig ist, eine völlig neue US-Administration zu bilden. Reagan ist ohne Verzug handlungsfähig. Der Kanzler bestätigt ihm, daß er schon vor dem Wahltag die Grundlagen für einen neuen Ost-West-Dialog gelegt hat: „Der Ball liegt nunmehr im sowjetischen Feld." Kohl steckt das weite Feld erwünschter Verhandlungen mit Moskau ab und sichert Reagan die *Unterstützung* der Bundesrepublik Deutschland und aller *europäischen Verbündeten zu*.

Folgt man Helmut Kohl, so überträgt sich der zupakkende Optimismus, den Reagan der amerikanischen Nation vermittelt hat, auf die Europäer. *Das heißt aber nicht, daß* der deutsche Kanzler zu allem ja *und amen* sagt, was aus Washington kommt.

Ohne Umschweife fordert er Reagan auf, die Verbündeten am *Dialog mit Moskau* „voll und aktiv" zu beteiligen und die Bündnis*konsultationen* intensiv zu nutzen. Der Kanzler nimmt den US-Präsidenten beim Wort, alsbald die Probleme des amerikanischen Budget-Defizits und der zu hohen Zinsen zu lösen.

Eine solche Sprache ist nur *möglich*, weil das persönliche Verhältnis zwischen Kohl *und Reagan so ungetrübt ist*, wie es auch die deutsch-amerikanischen Beziehungen sind. Der Kanzler erhofft sich von der weltpolitischen Perspektive, die sich nach der Wiederwahl Reagans bietet, gedeihliche Fortschritte der europäischen und der deutschen Angelegenheiten. Insgesamt gibt Kohl Zeugnis von einer ebenso vertrauensvollen wie selbstbewußten Partnerschaft.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Kabbelei der Aussteiger

Von Peter Gillies

Eine Drohung war es nicht, eher ein besorgter Hinweis. Wenn der Bundespostminister das bevölkerungsreichste Bundesland auf die Folgen eines Stopps der Verkabelung hinweist, so ist das seine Pflicht. Schließlich ist die sinnlose Verlegung toter Breitbandkabel eine Fehlinvestition von Hunderten Millionen zu Lasten aller.

Dahinter steht das politische Nachhutgefecht über den Bremerhavener Kompromiß aller Ministerpräsidenten zur Neuordnung des deutschen Rundfunkwesens. Ein SPD-Land nach dem anderen rückt davon ab. Nach Börner war es Rau, der sich distanzierte. Schließlich war man schon immer gegen freien Wettbewerb der Medien, der sich durch die Verbreitung von Kabelanschlüssen gewiß beschleunigt. Vielleicht ist ein Alleingang der unionsgeführten Länder nicht zu vermeiden, aber den Durchbruch zu einem neuen Informationszeitalter gewinnt man nicht mit Kleinstaaterei.

Ein verantwortlicher Minister, der dazu die Technik zu liefern hat, kann nicht schweigen. Wenn die Programmvielfalt bewußt behindert, also die Nachfrage abgewürgt wird, ist der Anschluß eines Breitbandkabels von vornherein mit dem Risiko der Millionen-Unwirtschaftlichkeit belastet.

Gerade ein strukturkrisengeschütteltes Land wie Nordrhein-Westfalen sollte es sich gut überlegen, ob es sich aus einem Teil moderner Kommunikation ausklinkt. Die Informationsgesellschaft von morgen verträgt weder Bestandsgarantien noch Inseln. Dieses Bundesland mag sich vielleicht noch an den Symbolen von Schornstein und Zeche orientieren – aber es sind die Symbole von gestern.

Stolz hat der nordrhein-westfälische Finanzminister Posser gestern bei der Einbringung seines Landeshaushalts auf mehrere hundert Millionen Mark für neue Technologien verwiesen. Auch die Verkabelung ist eine solche. Von siebzig Kommunen Nordrhein-Westfalens haben zweiundfünfzig (laut Städtebund) beklagt, daß ihnen die Verkabelung zu lange dauere; nur drei waren überhaupt dagegen. Die Post will in diesem Land rund 180 Millionen Mark für Kabel investieren. Nach Jahren des Zögerns ist das Ende der Kabel-Kabbelei angezeigt.

Drei Generale

Von Carl Gustaf Ströhm

General Jaruzelski hat offenbar Schwierigkeiten, den polnischen Sicherheitsapparat und das Innenministerium nach der Mordaffäre Popieluszko so zu „säubern", wie es erforderlich wäre. Immerhin heißt es jetzt, der für Sicherheits- und Polizeifragen im polnischen Politbüro zuständige General Milewki sei entmachtet worden.

In kommunistischen Staaten herrscht eine seltsame Hierarchie. Nicht der Staat, sondern die Kommunistische Partei steht hier an oberster Stelle. Folglich ist auch nicht ein Träger der staatlichen Macht die oberste Instanz – denn eine Staatsmacht gibt es im Kommunismus nur in abgeleiteter Form, als Ausdruck der Parteimacht.

So kommt es in kommunistischen Systemen manchmal zu verblüffenden Verschiebungen zwischen offizieller und wirklicher Hierarchie. Bekannt ist das Beispiel, daß an manchen sowjetischen Botschaften der Chauffeur des Botschafters in der Partei- und manchmal auch in der Geheimpolizei-Hierarchie höher rangiert als der Botschafter selber.

In Polen war zwar zum Zeitpunkt der Ermordung Popieluszkos der Vertraute General Jaruzelskis, General Kiszczak, als Innenminister oberster Chef des Sicherheitsdienstes. Aber im Politbüro – also auf der Parteischiene – hatte ein anderer Mann das letzte Wort: General Milewski.

Ob Milewski mit der Ermordung Popieluszkos etwas zu tun hat, ist nicht bekannt. Sicher aber hat der Dualismus der beiden Generäle dazu beigetragen, daß es im polnischen Sicherheitsapparat möglicherweise zwei, wenn nicht noch mehr Befehlsstränge gegeben hat und bis heute noch gibt.

Wenn Jaruzelski jetzt auf der Sicherheitsebene die oberste Kompetenz übernimmt, parteipolitisch abgesegnet und abgesichert, dann hat das für ihn einen Vorteil: er kann die Gegner seiner Politik in diesem Apparat leichter ausschalten. Es gibt allerdings auch einen Nachteil für ihn. In Zukunft wird niemand behaupten können, Jaruzelski treffe keine Verantwortung und er habe nichts davon gewußt, falls sich im Zusammenhang mit Polizei und Geheimdienst in Polen wieder einmal schreckliche Dinge ereignen sollten.

Saubermänner in Silber

Von Enno v. Loewenstern

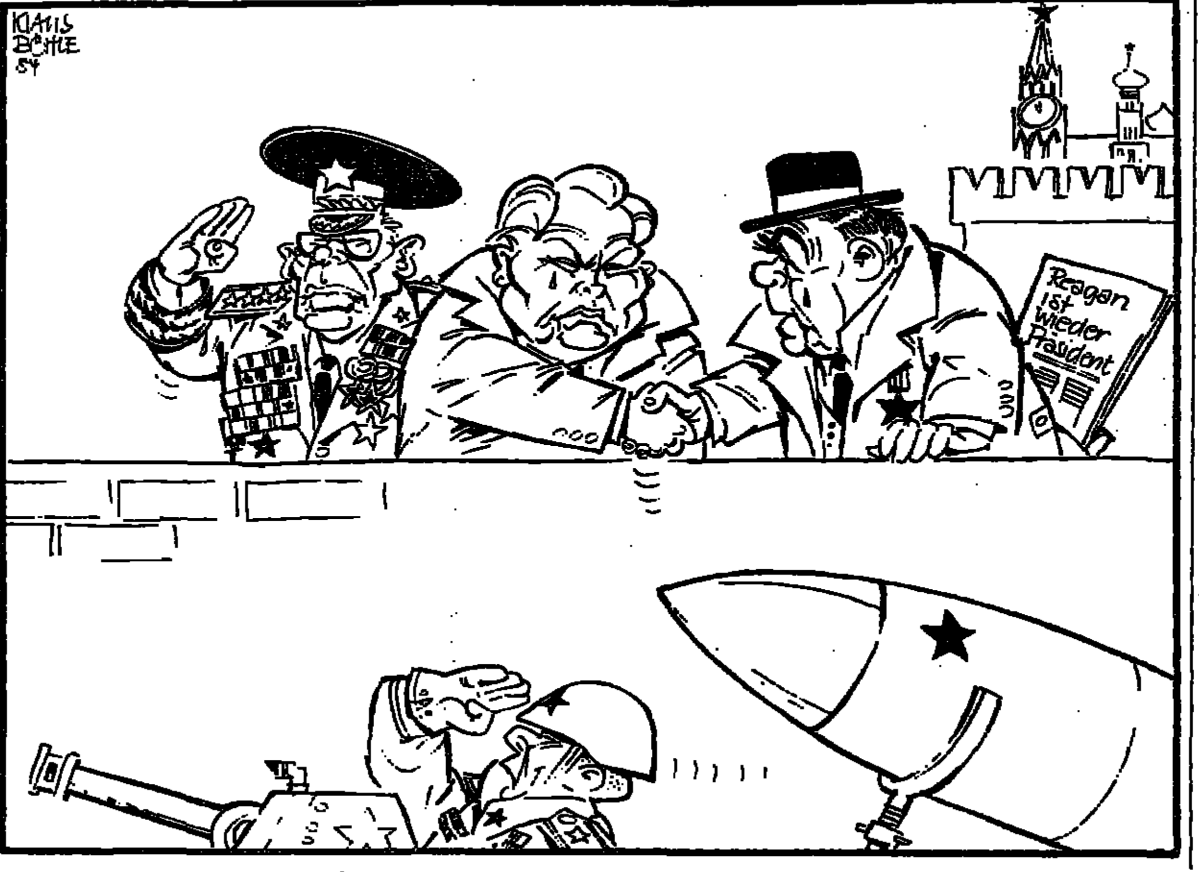
Wenn Parteien Wappentiere hätten, dann müßte man der SPD ein Chamäleon auf rotgrün changierendem Schrägbalken vor goldenem Hintergrund zuteilen. Diese unüberbietbare Partei hat es wahrhaftig fertiggebracht, erst das ganz große Geld von Flick zu kassieren, während ihre Regierung dessen noch größeren Gelderlaßwunsch positiv beschied, und dann mit ihren medialen Hilfstruppen den Eindruck zu erwekken: die jetzige Regierung sei es, die sich reinzuwaschen habe.

Wenn Geld an die Ebert-Stiftung ging, will man uns weis machen, dann ging das nicht an die Partei – natürlich nicht; die Stiftung ist in ihrer weltweiten Tätigkeit neutral, nicht wahr? Ein parteitreues Blatt berichtete, der SPD-Mann im Flick-Ausschuß, Struck, habe von Geldkoffern für Spaniens Sozialisten erzählt. Struck dementierte: „Frei erfunden". Das Frankfurter Blatt steckt den Vorwurf ein. Das ist Treue in großer Not.

Ehmke spekuliert, daß die FDP ihre sechs Millionen von Khadhafi bekommen könnte. Ehmke war es, der zufällig 50 000 Mark abhob, als 1972 die Stimme eines CDU-Abgeordneten mit zufällig justament 50 000 DM für Brandt gekauft wurde. Ehmke hat seine 50 000 einem Top-Agenten bezahlen müssen – sagte er. Er hat bis heute den Namen des Empfängers nicht genannt. Auch nicht dem heutigen Chef des Kanzleramts, seinem Amtsnachfolger also. Warum also diese Ungeduld bei anderen?

Willy Brandt versichert, bei der SPD habe sich keiner persönlich bereichert, und wenn, dann fliege er. Das soll suggerieren: die anderen haben das Geld wg. Sowieso wohl in die Tasche gesteckt, wir aber haben unsere Gelder von wg. Brandt bis wg. Nau erstens gar nicht bekommen und zweitens schon richtig verwendet.

Faktisch ist der einzige, von dem man eine direkte Flick-Zuwendung kennt, „f. Herrn Willy Brandt zum 65. Geb." – 1978, auf dem Höhepunkt der Steuerbemühungen; und es war ein sinniges Geschenk: ein silberner Humpen für stramme 19 000 Mark. Wo ist der Humpen geblieben? Reden ist Silber, Schweigen ist Gold. Prost!



„Man kann nicht alle Wahlen gewinnen!" KLAUS BÖHLE

Standfestigkeit und Zukunft

Von Thomas Kielinger

Wie die Dinge zusammenpassen: Gleichzeitig mit der überwältigenden Wiederwahl Ronald Reagans wird im Raumfahrtzentrum von Cap Canaveral der Shuttle Challenger für seinen neuen Raumflug bereitgestellt. So hält der Zeitgeist den technologischen Zukunftsdrang Amerikas und seinen politischen Beharrungswillen wie in einem Gruppenfoto auf der Platte gefangen.

Wer die beiden Aspekte dieses Bildes betrachtet, vermag abzuschätzen, in welch starker Position sich die USA gegenwärtig befinden. Nach zwanzig Jahren der Turbulenz hat das Land sich auf einen Präsidenten geeinigt, indem es ihm die seit Roosevelt höchste Popularität bescheinigte. Sieg in 49 Bundesstaaten: Das ist zudem der dritte Erdrutschsieg für die *Republikaner* in den *letzten* vier Präsidentschaftswahlen. Da zeigt sich nicht nur die Beliebtheit des Mannes Reagan, sondern eine Grundwelle in Richtung konservativer Werte, zumindest im Weißen Haus.

Die politische Stabilität, die hiervon ausgeht, ist kein Zeichen von Stillstand. Unterhalb dieser schützenden Decke wachsender Konstanz geht Amerikas rastloses Vorwärts weiter, nimmt die zweite technologische Revolution ihren Verlauf. Nur aus der Dialektik von Traditionalität und Bewegung ist die konservative Revolution Ronald Reagans zu begreifen.

Unter seinen ersten Amtsjahren vollzog sich der Siegeszug des Computers durch alle Bereiche der kommerziellen Tätigkeit Amerikas, wurden die Flüge der Raumfähre zu eingespielter Routine. In Reagans zweiter Amtszeit wird das Konzept der strategischen Weltraumverteidigung weitere Schritte nach vorn tun.

„You ain't seen nothing yet", pflegt der alte und neue Präsident zwar sehr umgangssprachlich, aber treffend zu sagen: Jetzt geht es erst richtig los. Das sind keine hohlen Worte. Die vier bisherigen Reagan-Jahre haben gezeigt, daß der politische Konservativismus seinen vornehmsten Auftrag – die Zukunft zu gewinnen – durchaus einlösen kann.

Die technologische Revolution wäre vielleicht auch ohne einen Ronald Reagan über die Bühne gegangen. Aber sie erhielt durch das Programm der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderung, das Reagan in Gang setzte, ein besseres Flußbett und zugleich den historischen Gesamtrahmen. Regierungen haben nicht den Maschinen und nicht den Sternen zu dienen, sondern den Menschen. Die Reagan-Regierung darf sich da sehen lassen: Sie hat durch die Veränderung der Wettbewerbskonditionen über sechs Millionen neue Arbeitsplätze freigesetzt, die Inflation gebändigt, Hoffnung gefördert und dem Land neues Selbstbewußtsein eingeflößt.

Das ging nicht ohne Opfer. Die Rezession von 1982 war bitter, und das Defizit bleibt eine unabgetragene Hypothek. Das Mandat, mit dem Reagan in die nächsten vier Jahre entlassen wurde, schließt daher die Pflicht ein, dies Problem als erste Priorität zu behandeln. Niemand darf sich, niemand wird sich auf Lorbeeren ausruhen.

Zum zweiten Mal seit der Wiederwahl Eisenhowers geht ein amerikanischer Präsident in das Abenteuer der zweiten Amtszeit. Richard Nixon erhielt 1972 diese Chance – und verspielte sie auf tragische Weise. Daß Ronald Reagan aus ähnlichen Gründen scheitern könnte, darf man ausschließen. Ein anderes Handicap bleibt dagegen: die Erfahrung, daß die Amtsjahre nach einer überwältigenden Wiederwahl in der Regel nicht zu den ergiebigen Perioden der Machtausübung gehören. Präsident Eisenhower bekam im Jahr nach seiner Wiederwahl nur noch 37 Prozent seiner Gesetzesvorlagen durch; das sank bis 1960 auf 31 Prozent ab. 1953 dagegen, in seinem ersten Amtsjahr, hatte er den Kongreß noch in 73 Prozent der Fälle hinter sich. Auch Lyndon Johnson verfuhr sich nach seinem Erdrutschsieg von 1964 in schiere Glücklosigkeit.



Zusammentreffen mit einer Wahl: Challenger-Start FOTO DPA

Ronald Reagan muß also danach trachten, die Götter mit dem Glanz seines zweiten Sieges nicht herauszufordern. In seiner Partei wird der Kampf um 1988, das Wahljahr nach Reagan, ausbrechen, die Positionsrangeleien zwischen den moderaten und den unbedingten Konservativen, die aus dem Wahlergebnis die für sie günstigsten Schlußfolgerungen werden ziehen wollen. Wenn der Präsident sich in diese Auseinandersetzung verstricken läßt, könnte sein legislatives Programm gerade in der eigenen Partei auf die größten Schwierigkeiten stoßen. Er muß wissen, was er seinen Parteifreunden und dem Volk als Wichtigstes vorsetzt: die Durchsetzung des Morgengebets in den öffentlichen Schulen oder die weitere Verbesserung der amerikanischen Produktivität und die Gesundung des Staatshaushalts. Die Tagesordnung wird entscheidend.

Auch im Stil seiner Führung wird sich einiges ändern – die „automatische Steuerung" wird einem aktiver eingreifenden Piloten weichen müssen. Im Bereich der Abrüstung beispielsweise wird der Präsident nicht umhin können, in die laufenden Hinterhofkämpfe zwischen dem State Department und dem Pentagon einzugreifen, soll eine Verhandlungsposition herauskommen, mit der sich der Kreml in den Dialog zurücklokken läßt. Doch weiß man von Reagan, daß er seinen historischen Auftrag nicht nur im Rahmen der inneramerikanischen Veränderung sieht, sondern auch im Kontext globaler Stabilisierungsversuche. Er ist kein Mann der Halsstarrigkeit. Seine über Jahrzehnte hinaus bewiesene Treue zu sich selber und zu seinen Glaubenssätzen hat nie politischen Pragmatismus ausgeschlossen.

Mit 73 Jahren steht dieser Mann auf der Höhe seiner Lebenswirkung. Von Mal zu Mal unterschätzt, personifiziert er heute Amerika wie kein anderer seiner Landsleute, keiner seiner unmittelbaren Amtsvorgänger. Das Phänomen Reagan ist ein Paradefall für „leadership" und gleichzeitig eine lebende Beschämung aller Vorurteile über die Vereinigten Staaten. Er ist das größte Glück, das seinem Land seit langem beschert wurde.

IM GESPRÄCH Brigitte Brandt

Die eigene Laufbahn

Von Peter Philipps

Die SPD hat seit der vergangenen Woche eine neue Vorsitzende – bisher allerdings nur auf Ortsvereins-Ebene. Doch warum sollte Brigitte Seebacher-Brandt nicht noch höhere, jenseits der neuen Heimat Unkel liegende Weihen empfangen? An mangelndem Ehrgeiz der 37jährigen Ehefrau des Parteichefs Willy Brandt wird dies jedenfalls nicht scheitern.



Mit dem Vorsitz klein angefangen: Frau Brandt FOTO: SVEN SIMON

Zielstrebig, mit kühlem Charme ausgestattet, ist die studierte Germanistin und Historikerin bisher ihren beruflichen und privaten Weg gegangen. In ihrer ersten – auch politischen – Heimat Berlin brachte sie es bis zur Chefredakteurin der Parteizeitung „Berliner Stimme", gefördert vom damaligen Regierenden Bürgermeister Klaus Schütz und dessen Stellvertretern im Parteivorsitz, Klaus Riebschläger und Harry Ristock. Ihre ersten Schritte auf der SPD-Bundesebene tat die gebürtige Bremerin anschließend unter der schützenden Hand des damaligen stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Hans Koschnick, ehe sie zu Brandts Redenschreiberin und persönlicher Referentin wurde. Sie begleitete den Parteichef auch als einzige ins Herzzentrum nach Hyères an der Côte d'Azur, als er sich von seinem Herzinfarkt erholte. Herbert Wehner, ihr ebensowenig zugetan wie der alte Brandt-Vertraute Egon Bahr, soll damals in der Parteizentrale geknurrt haben: „Die muß hier weg."

Wehners Einfluß war groß, aber nicht so groß. Aus der Referentin wurde die Ehefrau; Ende September trat sie erstmals seit langem wieder vernehmlich an die Öffentlichkeit: In ihrer Dissertation über den ehemaligen SPD-Vorsitzenden Erich Ollenhauer, den „Biedermann und Patriot" (so der Untertitel), legte sie zugleich auch eine Kritik an ihrer eigenen Partei vor, in der „das Herz der übergroßen Mehrheit von Funktionären wie Mitgliedern" schon damals für „ihresgleichen", den als farblos dargestellten Ollenhauer, schlug, der so sehr in der Partei aufgegangen sei, daß er „keine deutlichen Spuren hinterlassen hat".

Mit scharfem Verstand ausgestattet, ist Brigitte Brandt nicht nur eine Partnerin für ihren *Mann* geworden, sondern auch ein Pol, der mit dem Parteichef ein Spannungsverhältnis bildet, aus dem Kräfte für seine politische Arbeit entstehen. Er räumt in kleinem Kreis gern ein, daß er beispielsweise dank ihrer Anregungen zu dem – außer ihm – am längsten im Amt gewesenen SPD-Vorsitzenden, August Bebel, heute ein anderes Verhältnis entwickelt, ihn für sich „neu entdeckt" habe.

Brigitte Seebacher-Brandt ist nicht *nur „die Frau an seiner Seite". Dafür* ist ihr eigener Ehrgeiz zu groß. Sie ist ein durch und durch politischer Mensch, bei dem unter demonstrativer Kühle der im Inneren lodernde Veränderungswille nur mühsam verborgen gehalten wird. Was ihr noch fehlt für größere, eigenständige politische Aufgaben, ist etwas von dem, was ihr Mann wie selbstverständlich verströmen kann, wenn er von Compassion und Geborgenheit in einem Ton redet, daß die Genossen sich geborgen fühlen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

OFFENBURGER TAGEBLATT

Es schreibt zum Karlsruher Urteil:

Da Unrecht nicht gut gedeiht, will sich der schuldbewußte Bundesfinanzminister nun möglichst rasch von den zwei Milliarden trennen, die bislang besserverdienenden Bürgern abverlangt wurden. Mitunter waren es geringe Einzelbeträge, die samt der Rückerstattung jetzt womöglich einen unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwand verursachen. Wer bezahlt ihn? Und was ist mit dem Zins, den der Bund eigentlich ebenfalls zahlen müßte, nachdem die Abgabe auf die Einkommensteuer gesetzeswidrig war?

HESSISCHE ALLGEMEINE

Die Kasseler Zeitung kommentiert den Spruch des Bundesverfassungsgerichts:

Heute wäre eine Zwangsanleihe weder konjunktur- noch finanzpolitisch notwendig. Das mag Stoltenbergs Schmerz über die juristische Ohrfeige aus Karlsruhe mildern.

FINANCIAL TIMES

Das Londoner Blatt bemerkt zu den Wahlen in Nicaragua:

Wenn die Sandinisten ihre erste Prüfung mit respektablen Ergebnissen bestanden haben, müssen sie nun darauf aufbauen, indem sie positive Beweise für eine weitere Verpflichtung zum Pluralismus liefern. Nur so werden sie demonstrieren, daß die Wahlen mehr waren als eine zynische Übung zur Erlangung internationaler Legitimation.

TELEGRAAF

Die Amsterdamer Zeitung meint zu den US-Wahlen:

Das wesentlichste Verdienst Reagans war es, daß er den Amerikanern ihr Selbstvertrauen wiedergegeben hat, das einen großen Einbruch erlitten hatte durch den Vietnam-Krieg, den Watergate-Skandal, die iranische Geiselaktion und die Unsicherheit seines Vorgängers Jimmy Carter.

Basler Zeitung

Zu Reagans Wiederwahl heißt es hier:

Reagan, bald 74, strahlend, liebenswürdig, enorm populär, er entwickelte die rosigen Zukunftsvisionen und überließ es Mondale, über Amerikas Schattenseiten zu reden: über die 35 Millionen Armen, die Polarisierung der Gesellschaft, das 175-Milliarden-Bundesdefizit, die ökologische Krise, die Militarisierung des offiziellen Denkens, die Aufrüsterei ... Doch Amerika ist zur Zeit nicht in der Stimmung, um auf solche Kritik und Skepsis einzugehen.

Die Presse

Das Wiener Blatt spekuliert über den Besuch Sinowatz' in Ost-Berlin:

... daß demnächst Helmut Kohl nach Wien kommen wird; wirklich nur, um einen Sinowatz-Besuch in Bonn zu erwidern? Die Vermutung liegt nahe, daß der Österreicher seinem westdeutschen Kollegen etwas bestellen wird. Daß Honecker wußte, warum er Sinowatz so auffällig begrüßte. Daß Kohl einiges wissen möchte. Und daß es Vermittlerrollen gibt, die dem neutralen Österreich durchaus anstehen.

Der Kardinal und die falschen Propheten

Joseph Ratzingers Kampf gegen die Falschauslegung des Vatikanums / Von Alfons Dalma

Das Interview, das Kardinal Joseph Ratzinger der Zeitschrift „Jesus" gewährt hat, setzt an der Stelle die Beurteilung der geistigen Lage der Gegenwart und der Situation der Kirche in ihr fort, wo die aufsehenerregende „Weisung" des Präfekten der römischen Kongregation für die Glaubensfragen – mit der Verurteilung marxistischer Metastasen in der lateinamerikanischen Theologie der Befreiung – aufgehört hatte. Der frühere Erzbischof von München und Freising hat mit dem Dokument über die Abweichungen mancher Theologen in Brasilien und in Peru nicht einen vereinsamten Vorstoß unternommen. Er ist nach zwei Jahren sorgfältiger Überlegung über die Aufgaben seines römischen Amtes an die Öffentlichkeit getreten, um die Grundlagen des überzeitlichen Katholizismus vor der Erosion durch den Zeitgeist zu schützen.

Die Aussagen des Gespräches sind nur eine Kostprobe des Buches zum gleichen Thema, das demnächst im großen katholischen Verlag der Paulinermönche in Italien erscheinen soll. Es ist eine Kampfansage an die „vier Kreise der Glaubenskrise", wie sie der Römer aus Süddeutschland gegenüber dem katholischen Schriftsteller Vittorio Messori geschildert hat.

Diese Krise des Glaubens an Gott, an die Kirche als göttliches Geheimnis, an das Dogma und an die christliche Ethik, an die Heilige Schrift in der Lesart der Kirche sieht der Kardinal mit verschiedenen Hauptaktzenten durch die Welt gehen: In Lateinamerika ist es das marxistische Fremdgut im katholischen Bewußtsein, in Europa und in Nordamerika die moralische Laxheit und das rein materialistische Erfolgsstreben, verbunden mit Genußsucht, in der Dritten Welt die Gefahren eines Rückfalls in die überlieferten Atavismen. Die in das zweite vatikanische Konzil gesetzten Erwartungen haben sich noch nicht erfüllt, weil die Kirche dem Ansturm dieser zeitgebundenen Tendenzen ausgesetzt ist.

Im Gegenteil, die Konzilslehre wird nur zu oft in einer Art interpretiert, die den Absichten und den Beschlüssen der Urheber zuwiderläuft. Der Kongregationspräfekt geht besonders streng ins Gericht mit der bunt zusammengewürfelten Welt von Atheisten, Agnostikern, offenen und getarnten Marxisten, ehrgeizigen Theologen und eitlen katholischen Laien, die sich zur Verunsicherung und Spaltung der Geister auf das Konzil beruft: Ein großer Teil der Verwirrung ist auf die Berufung auf das Konzil seitens seiner illegitimen und verfälschenden Interpreten zurückzuführen.

Das Konzil ist eine genau umrissene, neben dem Papst die höchste Institution der Kirche; seine Ergebnisse können in der nachkonziliaren Zeit nur von der Weltsynode der Bischöfe und in letzter Konsequenz allein vom Papst authentisch interpretiert und angewandt werden. Schon deshalb steigt der Vorsteher des höchsten kirchlichen Organs für die Reinhaltung der Lehre in die Arena ebenso gegen die irreführenden Einflüsse von außen (oft von ausgesprochen kirchenfeindlicher Seite) wie gegen die Kundgebungen unchristlicher Eitelkeit von diversen Akademikern und Klerikern. Letzten Endes tut er etwas Selbstverständliches: Er waltet seines Amtes.

Bestimmte Wesenszüge der römischen Kirche sind, wie immer auch man dazu stehen mag, historisch unabänderlich geworden. Wird dem Papst das oberste Entscheidungsrecht und damit der Kongregation für Glaubensfragen das letzte Wort in Angelegenheiten der Kirchenlehre entzogen, hört diese Kirche auf, katholisch zu sein. Ratzingers vorletzter Vorgänger Ottaviani ist bis zu seinem Tode nie müde geworden, vor der Lockerung der geistigen Disziplin zu warnen. Der unmittelbare, kroatische Vorgänger des bayrischen Kirchenfürsten, der von den Erfahrungen eines Daseins unter dem kommunistischen System geprägte Agramer Erzbischof Franjo Seper, glaubte zwar an die Wirkung der Sanftmut im Umgang mit Aufsässigen, war aber streng in der Unterscheidung zwischen der kirchlichen und konziliären Wahrheit einerseits und den willkürlichen Deutungen oder Verhaltensweisen auf der anderen Seite.

Der im Denken und im Ausdruck viel modernere, ganz zeitgemäße Joseph Ratzinger trachtet danach, die Personen zwar zu schonen, solange es Hoffnung auf bessere Einsicht gibt, die Abweichung aber als solche klar hervorzuheben und nicht zu gestatten, daß sie sich im Zwielicht zwischen der kirchlichen Definition des Glaubens und den publizistischen Sensationen einnistet. Es bestehen viele Gründe für die Annahme, daß Karol Wojtyla diesen ihm sehr vertrauten deutschen Kardinal gerade deshalb bewogen hat, den glanzvollen und wichtigen Münchner Erzbischofssitz aufzugeben und das heutzutage besonders schwierig gewordene Amt des „Großinquisitors" in Rom zu übernehmen, weil er ihm sowohl die menschlich unangreifbare Güte und Nächstenliebe als auch den Mut zur Unpopularität im Kampf gegen die frivolen, aber gerade deshalb viel gefragten Zeiterscheinungen zutraut.

Bundeskanzler Kohl zur Wiederwahl Ronald Reagans – Erwartungen an die neue Amtszeit des amerikanischen Präsidenten

„Diese Wahlen beenden eine Zeit weltweiten Abwartens"

Von HELMUT KOHL

I.

Ronald Reagan ist am 6. November 1984 mit überwältigendem Vorsprung vor seinem Mitbewerber Walter Mondale zum Präsidenten der Vereinigten Staaten wiedergewählt worden. Hierfür gebührt ihm Glückwunsch und Anerkennung.

Diese Wiederwahl und dieser Vorsprung kommen – auch wenn sie in etwa den demoskopischen Voraussagen entsprechen – nicht von ungefähr. Der Präsident hat es in seinen ersten vier Amtsjahren verstanden, dem amerikanischen Volk neue Dynamik, Selbstbehauptungswillen und Selbstvertrauen in seine eigene politische und wirtschaftliche Kraft zu vermitteln. Der Führungswille der Vereinigten Staaten in der Allianz und in der internationalen Politik ist wieder spürbar geworden. Von den wirtschaftlichen Erfolgen der von Präsident Reagan geleiteten Regierung sind wichtige Impulse für die USA wie für die westlichen Industrienationen ausgegangen. Die Vitalität der westlichen Staatengemeinschaft im ideellen und intellektuellen Bereich, insbesondere auf dem Gebiet der technologischen Innovation ist erneut unter Beweis gestellt worden. Amerika und seine Verbündeten stehen gut vorbereitet an der Schwelle des Zeitalters einer neuen technologischen Revolution. Das sind Erfolge, auf denen weiter aufgebaut werden kann; Erfolge auch, die manchen der argwöhnischen Kritiker in Europa nachdenklich stimmen sollten.

Persönlich empfinde ich besondere Genugtuung über die Wiederwahl Ronald Reagans. Unsere regelmäßigen und intensiven Kontakte und Beratungen waren seit dem Beginn meiner Amtszeit als Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland besonders freundschaftlich und eng. Dieses persönliche Vertrauensverhältnis hat die Zusammenarbeit erheblich erleichtert. Wir konnten damit unseren eigenen nationalen Interessen innerhalb der transatlantischen Partnerschaft besonderes Gewicht verleihen. Dies gilt vor allem für den Bereich der Abrüstung und Rüstungskontrolle, für den multilateralen Dialog im Rahmen des KSZE-Prozesses und für die Wirtschaftsbeziehungen zwischen West und Ost.

II.

Die wichtigste Aufgabe unserer Zeit, die Sicherung des Friedens, ist trotz aller Rückschläge und Gefährdungen während der ersten Amtszeit dieses amerikanischen Präsidenten bewältigt worden. Dies gilt sowohl für Amerika selbst und seine weltweite Verpflichtung als auch für den Bereich des Atlantischen Bündnisses. Dabei haben in der Allianz und im deutsch-amerikanischen Verhältnis die Gemeinsamkeit der grundlegenden Werte und Ziele – Demokratie, Menschenrechte, Bürger- und Freiheitsrechte, die Verantwortung für die Bewahrung von Frieden in Freiheit und für die Garantie des freien Welthandels – die Freundschaft und die Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten ermöglicht und die Aufgaben erleichtert, die zu meistern waren.

Die Umfragen in unserem Land beweisen es. Die überwiegende Zahl der Bürger – fast 80 Prozent der Befragten – bejahen die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Unsere Bürger haben die Anteilnahme und die großzügige Unterstützung, die uns die Vereinigten Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg angedeihen ließen, nicht vergessen. Dennoch schließen freundschaftliche Beziehungen zu den Vereinigten Staaten nicht zeitweilige Trübungen aus. Der Wechsel von Generationen beeinflußt auch die Partnerschaft. Das Verständnis für die Eigenarten und Bedürfnisse des anderen muß immer neu belebt werden, wenn der notwendige Interessenausgleich erfolgen

> Die Zeit ist reif für neue Bewegung zwischen West und Ost. 1985 könnte ein Jahr neuer Chancen werden.

soll. Deshalb bleibt auch in Zukunft der gegenseitige Austausch und engere Kontakt der Jugend in unseren beiden Ländern erforderlich.

Kernstück der deutsch-amerikanischen Partnerschaft ist die gemeinsame Sicherheitspolitik in der Atlantischen Allianz. Deutsche und Amerikaner haben in nüchterner Erkenntnis der politischen Lage nach dem Zweiten Weltkrieg gemeinsam die Aufgabe übernommen, zusammen mit den Bündnispartnern ihren Beitrag zur Sicherung von Frieden und Freiheit in der Nordatlantischen Allianz zu leisten. Im Rahmen des NATO-Auftrages sind 245 000 amerikanische Soldaten und Familienangehörige in der Bundesrepublik Deutschland stationiert. Neun Millionen US-Soldaten haben seit dem Jahre 1949 in unserem Land Dienst getan. Ihnen gilt unser besonderer Dank für den Schutz unserer Freiheit und des Friedens in Europa.

Das deutsch-amerikanische Verhältnis ist ein bedeutsamer Faktor der Stabilität, Geschlossenheit und Solidarität des Nordatlantischen Bündnisses. Er hat sich gerade auch während einer kritischen Phase der Ost-West-Beziehungen bewährt. Die Sowjetunion war bei den Genfer Verhandlungen über nukleare Mittelstreckenraketen nicht zu einer Verhandlunglösung zu bewegen. Die Allierten haben daraufhin mit der Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses – Stationierung bei gleichzeitiger fortbestehender Verhandlungsbereitschaft – die Lebens- und Handlungsfähigkeit des Bündnisses unter Beweis gestellt. Sie haben damit der Sowjetunion, die einseitig auf die Beeinflussung der westlichen Öffentlichkeit gesetzt hat, deutlich gemacht, daß sie die von ihr beabsichtigte Spaltung zwischen den Vereinigten Staaten und West-Europa nicht erreichen kann. Das Bündnis hat die Schritte getan, die notwendig waren, seine Verteidigung und Sicherheit zu gewährleisten und das von der Sowjetunion durch die Aufstellung der SS 20 geschaffene Ungleichgewicht auszubalancieren. Es hat damit eine Lücke in der Verteidigungsstrategie des Westens geschlossen. Die Sowjetunion wird einsehen müssen, daß bei aller Flexibilität der westlichen Haltung diese notwendigen Verteidigungsmaßnahmen nur durch konkrete Verhandlungsergebnisse verändert werden können.

Die im Atlantischen Bündnis vereinbarte Verteidigungsstrategie hat sich als richtig erwiesen. Angesichts des bestehenden Kräfte-Verhältnisses zwischen West und Ost sind nukleare Elemente zur wirksamen Verteidigung, d. h. zur Verhinderung jeglicher kriegerischer Auseinandersetzungen, unverzichtbar. Die NATO bedroht niemanden. Sie wird, wie sie dies beim Gipfeltreffen in Bonn 1982 glaubhaft dargetan hat, ihre Waffen niemals einsetzen, es sei denn zur Abwehr eines Angriffes. Das Bündnis strebt keine Überlegenheit an; es kann aber auch dauerhafte Unterlegenheit um der Erhaltung des Friedens willen nicht hinnehmen. Gleichzeitig sind die Verbündeten bereit, im Rahmen der Konferenz über sicherheits- und vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KSZE) den politisch und völkerrechtsverbindlichen Grundsatz des Gewaltverzichts im Rahmen zu vereinbarender konkreter Maßnahmen zu bekräftigen. Die Bereitschaft des Bündnisses zu Abrüstung und Rüstungskontrolle unter angemessener internationaler Kontrolle gehört zu den Grundprinzipien westlicher Politik.

III.

Mit der Wiederwahl Ronald Reagans ist die Zeit gekommen, um auf dieser gesicherten Grundlage und zum Wohle der Menschen den Frieden in der Welt zu gestalten. In den Ost-West-Beziehungen haben sich die Voraussetzungen für die Wiederaufnahme des Dialogs verbessert. Die Wahlen in den USA, und dies hat sich bereits im Vorfeld des sich abzeichnenden Wahlsieges des amerikanischen Präsidenten angebahnt, beenden eine Zeit weltweiter Erwartungen, beenden eine Politik des Abwartens, die mögliche Fortschritte in der weiteren Gestaltung der internationalen Beziehungen und des Friedens behindert haben.

Bereits mit dem Zusammentreffen von Präsident Reagan und Außenminister Gromyko ist eine wichtige Entwicklung eingetreten. Die Sowjetunion hat mit diesen Gesprächen den Nutzen des amerikanisch-sowjetischen Meinungsaustausches als solchen erneut anerkannt und zwar auch für den Fall, daß sich nicht unmittelbar Verhandlungen anschließen. Dies kann nicht als selbstverständlich gelten. Noch kurz vorher hatte die Sowjetunion den Wert von Gesprächen an sich und um ihrer selbst willen bestritten.



Ein „persönliches Vertrauensverhältnis": Ronald Reagan und Helmut Kohl im Oval Office des Weißen Hauses FOTO: DPA

Die Sowjetunion strebt trotz aller Verhärtung in den zentralen Fragen keine direkte Konfrontation mit dem Westen an. Sie ist in bestimmten Bereichen bereit, dort, wo dies in ihrem unmittelbaren Interesse liegt, z. B. in der Wirtschaft und im Bereich des Umweltschutzes, die bestehenden Kontakte, Kooperationsformen und Verhandlungsformen im West-Ost-Rahmen zu nutzen und die Verbindungen nicht abreißen zu lassen.

In dieser Situation waren die richtungsweisende Rede Präsident Reagans vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen im September und seine Initiative zum Gespräch mit Außenminister Gromyko von grundlegender Bedeutung für weitere Fortschritte in den West-Ost-Beziehungen. Ich unterstreiche besonders

– den Vorschlag Präsident Reagans, künftig regelmäßige Konsultationen zwischen der amerikanischen Administration und der sowjetischen Regierung durchführen zu wollen sowie

– die Perspektiven, die für künftige Rüstungskontrollverhandlungen aufgezeigt werden.

Präsident Reagan hat mit diesen von ihm eingeleiteten Schritten der Sowjetunion den Weg zur Wiederaufnahme des Dialogs geebnet. Er hat auch jetzt unmittelbar nach der Wahl erneut ausgeführt, da in seiner neuen Amtszeit ein Abkommen mit der Sowjetunion zur Verringerung der Atomwaffenarsenale Vorrang haben werde. Für ihn und Generalsekretär Tschernenko sei die Zeit für eine Begegnung gekommen, um beiderseitiges Mißtrauen abzubauen und den Weg für Abrüstungsabkommen zu eröffnen. Präsident Reagan hat – und wir sollten es nicht unterschätzen – mit seiner Rede und mit seinen Gesprächen wichtige Festlegungen für das Programm seiner zweiten Amtszeit getroffen. Er wird, davon bin ich persönlich überzeugt, auf der Höhe seines jetzigen Erfolges und unbelastet von der Notwendigkeit einer weiteren Wiederwahl darauf bedacht sein, sein Werk der Sicherung des Friedens durch neue Initiativen zur Verbesserung der West-Ost-Beziehungen und im Bereich der Rüstungskontrolle und Abrüstung zu vervollständigen. Bei dieser wichtigen Aufgabe werden wir ihn voll unterstützen. Der Ball liegt nunmehr im sowjetischen Feld. Es liegt an Moskau, die Chance zu nutzen. Die Zeit ist reif für neue Bewegung zwischen West und Ost. 1985 könnte ein Jahr neuer Chancen werden.

IV.

In diesem Zusammenhang erhebt sich die Frage, welche Aufgabe sich an der Schwelle zur neuen Amtszeit des amerikanischen Präsidenten für den Westen insgesamt und für das deutsch-amerikanische Verhältnis stellen, um die West-Ost-Beziehungen zu stabilisieren und um den Frieden zu gestalten.

Die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen sind das Kernstück des West-Ost-Verhältnisses. Die Bundesregierung begrüßt und unterstützt daher die Wiederanknüpfung des Dialogs zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion, wie dies kürzlich in Washington zwischen Präsident Reagan und Außenminister Gromyko geschehen ist. Das Angebot des Präsidenten an die sowjetische Führung entspricht auch voll der gemeinsamen westlichen Bündnispolitik.

Der direkte Kontakt zwischen den USA und der Sowjetunion kann durch das Gespräch der mittleren und kleineren Staaten, die Mitglieder der beiden Bündnisse sind, nicht ersetzt werden. Umgekehrt wird das Gespräch der Europäer in West und Ost durch den wieder angekündigten Dialog der beiden Großmächte nicht entbehrlich. Diesem eigenständigen Beitrag der Verbündeten der beiden Großmächte kommt weiterhin große Bedeutung für den West-Ost-Dialog und für den KSZE-Prozeß zu. Die Anstrengungen dieser Staaten haben insbesondere bewirkt, daß das West-Ost-Verhältnis in einer Zeit gestörter Beziehungen zwischen den Großmächten nicht abgebrochen ist, daß die KSZE-Folgekonferenz in Madrid zu einem Erfolg wurde und daß dieser die Stockholmer Konferenz für

> Es ist notwendig, den europäischen Verteidigungsbeitrag zu stärken. Wir stellen uns dieser Verantwortung für die gemeinsame westliche Sicherheit zusammen mit unseren Verbündeten.

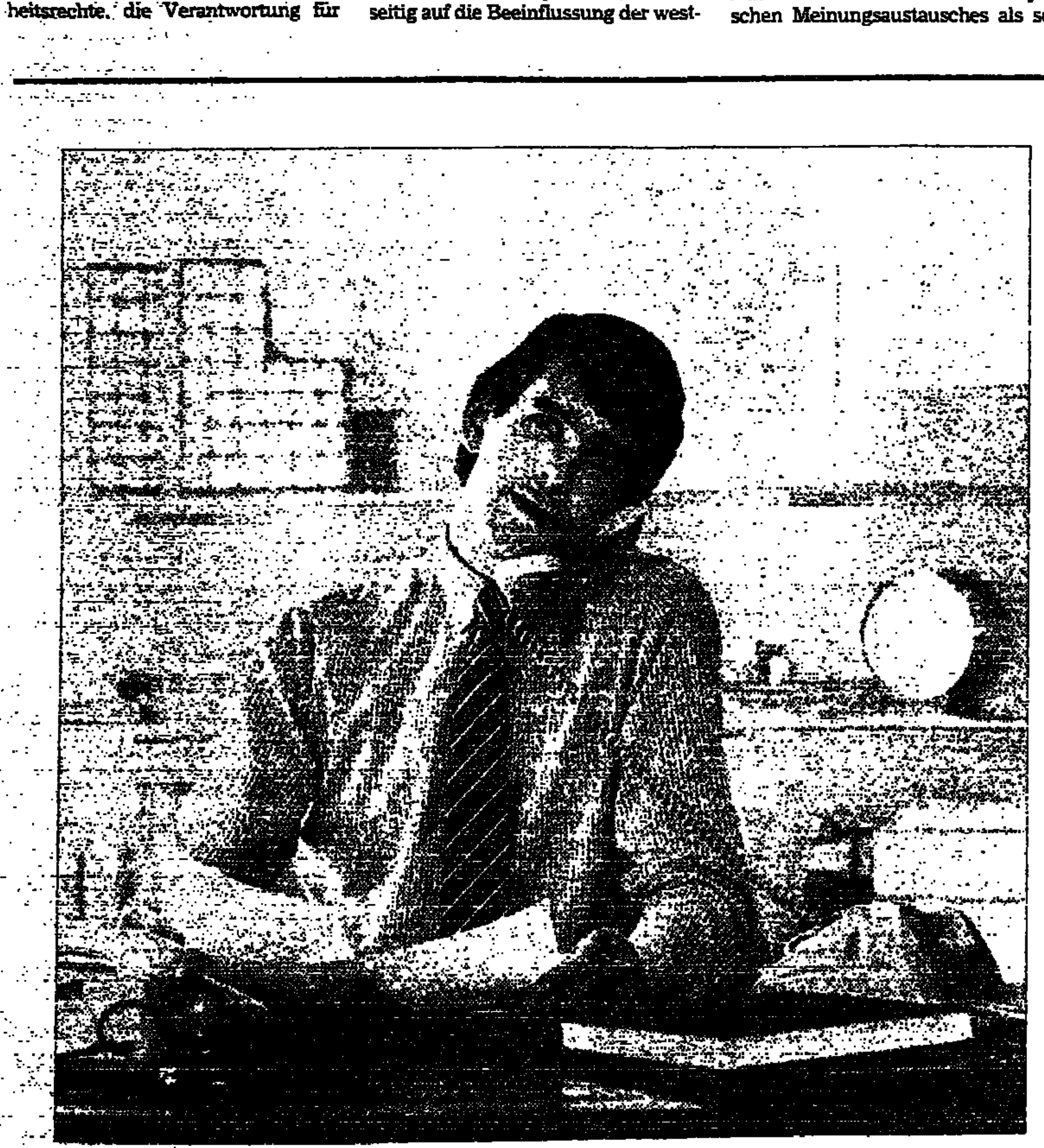
vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) ermöglicht hat.

Es wird daher erforderlich sein, die Fortschritte in den Beziehungen zwischen den beiden Großmächten auch für das Verhältnis zwischen West und Ost insgesamt und zwischen allen Staaten auf beiden Seiten zu nutzen. Die Bundesrepublik Deutschland und mit ihr die anderen europäischen Verbündeten haben ein grundlegendes Interesse daran, den Dialog mit allen Staaten des Warschauer Paktes fortzusetzen und zu intensivieren und den West-Ost-Dialog insgesamt wieder auf eine vernünftige und tragfähige Grundlage zu stellen. Dies kann im Westen durch volle und aktive Beteiligung der Verbündeten und durch intensive Nutzung der Bündniskonsultationen erreicht werden. Dies gilt insbesondere für den wichtigen Bereich der Abrüstung und Rüstungskontrolle. Das Bündnis wiederholt den Appell an die Sowjetunion und die übrigen Staaten des Warschauer Paktes, den Rüstungskontrolldialog wiederaufzunehmen, Verhandlungen, soweit sie laufen, zu intensivieren und, soweit sie unterbrochen sind, wann und wo auch immer, wieder aufzunehmen. Dieser Appell schließt auf westlicher Seite die Bereitschaft ein, falls erforderlich, mit dem Osten auch neue Wege hinsichtlich der Verhandlungsgremien und der Verhandlungsgegenstände zu suchen. Eine Schlüsselfunktion kommt den Verhandlungen über weltraumgestützte Raketen-Abwehrsysteme und Antisatellitensysteme zu. Von besonderer Bedeutung ist es auch, in den Verhandlungen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und über Abrüstung in Europa den bestehenden Gewaltverzicht zu bekräftigen, wenn zugleich konkrete militärisch signifikante und verifizierbare, vertrauensbildende Maßnahmen vereinbart werden. In beiden Bereichen sind enge Konsultationen der Verbündeten untereinander unabdingbar.

Die Bundesregierung betont in diesem Zusammenhang ihr besonderes Interesse an der rüstungskontrollpolitischen Bewältigung der Probleme, die sich aus dem Vorhandensein auf Europa gerichteter nuklearer Mittelstreckenwaffen ergibt. Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß Fortschritte in anderen nuklearen Rüstungskontrollbereichen nicht möglich sind, ohne daß auch diese Problematik einer Lösung nähergebracht wird.

Die Bundesregierung sieht sich im Verhältnis zur Sowjetunion und zu einigen Staaten des Warschauer Paktes ungerechtfertigten Vorwürfen

Fortsetzung Seite 4



Wahl '84

Die Amerikaner sind wieder wahlfreudig

SAD/DW. **Washington**

Die Wahlbeteiligung könnte nach ersten vorsichtigen Schätzungen die größte in der Geschichte der USA sein. Vor vielen Wahllokalen hatten sich lange Schlangen gebildet. An einigen Orten wurden zusätzliche Wahlmaschinen aufgestellt.

Stimmberechtigt waren 174 Millionen Amerikaner. 120 Millionen hatten sich registrieren lassen – eine Vorbedingung für die Wahl, da es in den USA sonst keine Ausweispflicht gibt. Seit 1960 hat sich die Wahlbeteiligung ständig verringert, von 62,8 auf 52,6 Prozent im Jahre 1980.

Experten hielten es schon vor der Wahl für möglich, daß sich rund 95 Millionen an der Entscheidung beteiligen würden. Dies dürfte nicht zuletzt das Ergebnis intensiver Kampagnen beider Parteien für die Wahlregistrierung sein.

In den ersten Wahlanalysen zeigte sich, daß Reagan praktisch in allen Bevölkerungsteilen im Vorteil war.

Die Kluft zwischen dem Wählerverhalten von Schwarzen und Weißen war besonders in den Südstaaten groß: In einzelnen dieser Staaten stimmten bis zu 85 Prozent der Weißen für Reagan. Dies ist bemerkenswert, weil der Süden noch bis in die sechziger Jahre hinein eine Hochburg der Demokraten war.

Mondales „Einbruch" im Süden des Landes wird nicht zuletzt auf das Wirken des farbigen Bürgerrechtlers Jesse Jackson. Als demokratischer Präsidentschaftsbewerber bei den Vorwahlen versuchte er, die Schwarzen in einer Art Sammlungsbewegung politisch zu aktivieren. Dies führte unter zahlreichen weißen Wählern zu einer Trotzreaktion. Der Endeffekt ist, daß der einst traditionell demokratisch wählende Süden heute fest in der Hand der Republikaner ist.

Kohl nach Reagans Wiederwahl: Die Zeit ist reif für eine neue Bewegung zwischen West und Ost

„Wahlen beenden Zeit weltweiten Abwartens"

● Fortsetzung von Seite 3

ausgesetzt, die in der Beschuldigung des „Revanchismus" und des „Revisionismus" gipfeln. Diese regelrechte Kampagne ist eine Reaktion der Sowjetunion auf die westliche Stationierung. Sie dient aber der Disziplinierung und der Kontrolle ihrer eigenen Verbündeten unter anderem mit dem Ziel, die Bundesrepublik Deutschland politisch zu isolieren. Die Bundesregierung erwartet in der Abwehr solcher ungerechtfertigter Vorwürfe und in der Zurückweisung sowjetischer Versuche, die Spielräume der Warschauer Pakt-Staaten einschließlich der DDR gegenüber der Bundesrepublik Deutschland zu begrenzen, Solidarität und Geschlossenheit von ihren Verbündeten.

Die Sowjetunion ist unser großer Nachbar im Osten. wir lassen uns durch politische Anwürfe und Propaganda nicht beirren. Wir sind zu konstruktiven Beziehungen zur Sowjetunion bereit und wiederholen das Angebot, diese Beziehungen auf eine Grundlage von neuer Qualität zu stellen. Wir wünschen aber auch, den Dialog mit allen Staaten des Warschauer Paktes fortzuführen und zu intensivieren. Wir sind bereit, die Verantwortungsgemeinschaft mit der DDR weiterauszubauen, damit vom deutschen Boden Frieden ausgehen kann.

Grundlage unserer Politik gegenüber dem Osten ist unsere feste Einbindung in die Gemeinschaft der westlichen Demokratien. Das Atlantische Bündnis und die Europäische Gemeinschaft sind die Fundamente unserer Außenpolitik. Unser von Freundschaft und Versöhnung geprägtes Verhältnis zu Frankreich sehen wir als Motor unserer Politik der westlichen Integration. Wir wissen es zu schätzen, daß die Vereinigten Staaten unsere Bemühungen und Initiativen in Europa und im Verhältnis zu Frankreich als das empfinden, was sie wirklich sind: eine Stärkung des europäischen Pfeilers des transatlantischen Verhältnisses.

Wir sehen in dieser Politik auch keinen Gegensatz zu unserer Politik des Ausgleichs gegenüber dem Osten. Wir sind im Gegenteil davon überzeugt – und werden danach handeln, daß unser Gewicht im Westen und gegenüber den Vereinigten Staaten eine Funktion unseres Einflusses und unserer Möglichkeiten nach Osten darstellt.

Frieden und Freiheit haben aber auch ihren Preis. Deshalb leisten wir unseren Beitrag zur Verteidigungsfähigkeit der Allianz mit der Bundeswehr wie mit der Aufnahme von Streitkräften aus sechs verbündeten Staaten.

Bei allen gelegentlichen und unvermeidlichen Auffassungsunterschieden in der Allianz zwischen den Europäern und den Amerikanern besteht kein Anlaß von einer Krise des Bündnisses oder von einer Verlagerung des Schwergewichtes des amerikanischen Interesses vom Atlantik in den Pazifik zu reden. Im Gegenteil! Das freie Bündnis der westlichen Nationen ist insbesondere nach der Verwirklichung des NATO-Doppelbeschlusses gestärkter denn je. Probleme. wenn sie auftreten, können und müssen durch rechtzeitige und umfassende Konsultationen zwischen den Verbündeten gelöst werden.

> „Bei allen gelegentlichen und unvermeidlichen Auffassungsunterschieden in der Allianz zwischen den Europäern und den Amerikanern besteht kein Anlaß, von einer Krise des Bündnisses oder von einer Verlagerung des Schwergewichtes des amerikanischen Interesses vom Atlantik in den Pazifik zu reden."

Einseitige Maßnahmen zur Lastenteilung im Bündnis und im Verhältnis der Verbündeten untereinander führen uns nicht weiter. Es ist notwendig, den europäischen Verteidigungsbeitrag zu stärken. Wir stellen uns dieser Verantwortung für die gemeinsame westliche Sicherheit zusammen mit unseren Verbündeten. Die USA müssen aber auch die tatsächlichen und nicht immer durch Zahlen belegbaren Verteidigungsleistungen der Bundesrepublik Deutschland und anderer europäischer Partner respektieren. Dazu gehört unsere geographische Position und unsere wirtschaftliche und soziale Stabilität an der Nahtstelle zwischen den Pakten. Dazu gehört, daß wir eine Wehrpflichtarmee unterhalten. Einseitige Maßnahmen wie die Verringerung amerikanischer Truppen in Europa würden dem Ziel der gemeinsamen Sicherheit widersprechen und ein falsches Signal an die Sowjetunion aussenden. Wir begrüßen deshalb, daß der amerikanische Kongreß den Vorschlg von Senator Nunn abgelehnt hat, die amerikanische Truppenstärke in Europa zu verringern. Die amerikanischen Truppen in Europa sichern den Frieden in Europa und dienen damit auch den Sicherheitsinteressen der USA.

Die Geschlossenheit und Solidar-Gemeinschaft des Westens verträgt keine Verengung auf sicherheitspolitische Probleme. Ebenso wichtig sind die wirtschaftlichen und technologischen Fragen. Das starke wirtschaftliche Wachstum in den Vereinigten Staaten hat nicht nur entscheidend zum Wahlerfolg von Präsident Reagan beigetragen. Es hat auch wichtige Impulse für die europäische Wirtschaft geliefert. Das Ausmaß des amerikanischen Haushaltsdefizits, die überhöhten Wechselkursraten des Dollars wie die hohen amerikanischen Zinssätze haben für uns aber auch Probleme geschaffen, die auf längere Sicht auch die konjunkturellen Aussichten der amerikanischen Wirtschaft belasten. Ich bin überzeugt, daß der amerikanische Präsident nach seiner überwältigenden Wiederwahl, wie er mir persönlich zugesichert hat, sich nun mit aller Kraft der Lösung dieser schwerwiegenden Probleme widmen wird. In diesem Rahmen wird im transatlantischen Verhältnis auch zu prüfen sein, wie die Wirtschaftsbeziehungen einschließlich der Zusammenarbeit im Rüstungssektor zwischen den Partnerstaaten der Atlantischen Allianz vertieft und die Zusammenarbeit zwischen Europa und den Vereinigten Staaten auf technologischem Gebiet verbessert werden können. Dazu gehört auch das unbeirrbare Eintreten für einen freien Welthandel, das zu unseren demokratischen westlichen Grundüberzeugungen zu rechnen ist. Protektionistische Tendenzen, wo immer sie auftreten, müssen eingedämmt werden. Zur freien Entfaltung des Welthandels rechnen wir die normale, vom Ziel des gegenseitigen Vorteils bestimmte Ausgestaltung des West-Ost-Handels auf der Basis wirksamer vereinbarter Kontrollen im Interesse der gemeinsamen westlichen Sicherheit. Die Vereinigten Staaten wissen, daß unser Handel mit den östlichen Nachbarn wirtschaftlich eigene Strukturen und aufgrund unserer speziellen geographischen und historischen Situation darüber hinaus auch politische Bedeutung hat.

> „Ich teile die Überzeugung Ronald Reagans, daß wirtschaftliche Freiheit Vorbedingung ist für Fortschritt und Wachstum im wirtschaftlichen Bereich – und daß sie eng und unlösbar verbunden ist mit politischer Freiheit."

In diesen Bereich gehört der ungehinderte Technologie-Transfer zwischen den Staaten der westlichen Gemeinschaft. Wir sollten es nicht dazu kommen lassen, daß Krisen im West-Ost-Verhältnis sich zu Krisen in den Beziehungen der westlichen Staaten untereinander entwickeln. Wir sollten immer bedenken, daß es im Bündnis niemanden nutzen kann, wenn es Mitgliedsländer geben würde mit unterschiedlichem technologischen und sicherheitspolitischen Status.

In seiner programmatischen Rede vor den Vereinten Nationen hat Ronald Reagan am 24. September 1984 die Hoffnung der Menschen auf das Ende aller Kriege und aller Unterdrückung in der Welt als die Grundlage für eine Politik bezeichnet, die in eine Zukunft frei von den Antagonismen und der Not der Vergangenheit führen kann. Der Präsident hat der hoffnungsvollen Erwartung Ausdruck gegeben, daß sich die Welt in eine Richtung bewegt, die dem Wert der menschlichen Freiheit in seiner politischen wie wirtschaftlichen Ausformung verstärkt Rechnung trägt.

Ich teile die Überzeugung Ronald Reagans, daß wirtschaftliche Freiheit Vorbedingung ist für Fortschritt und Wachstum im wirtschaftlichen Bereich – und daß sie eng und unlösbar verbunden ist mit politischer Freiheit. Dies bedeutet, daß wir uns ebenso nachdrücklich für die Wahrung der Menschenrechte einsetzen, überall in der Welt, unabhängig vom politischen System des betreffenden Staates. Alle Natonen sind gehalten, die Verpflichtungen zu erfüllen, die sie freiwillig gemäß der allgemeinen Deklaration der Menschenrechte eingegangen sind.

Zurecht hat der amerikanische Präsident auch auf die Bedeutung hingewiesen, die der Beilegung oder wenigstens Eindämmung regionaler Konflikte in der Welt zukommt. Wir müssen verhindern, daß sich derartige Konflikte wie Krebszellen ausbreiten und die ganze Welt ins Unheil stürzen können. Wir müssen verhindern, daß der Ost-West-Gegensatz die Nord-Süd-Beziehungen überlagert und so das vorhandene Konfliktpotential noch verstärkt. Wir müssen die Spannungen zwischen den Industriestaaten in Ost und West überwinden, damit wir uns mit umsomehr Energie gemeinsam einem fruchtbaren Dialog zwischen Nord und Süd zuwenden können. Ebenso müssen wir dazu beitragen, daß die in der Entwicklung befindlichen Staaten des Südens ihre Konflikte untereinander friedlich beilegen. Gemeinsam müssen Norden und Süden ihre geistigen und materiellen Kräfte der Entwicklung einer Weltordnung widmen, die auf Gleichberechtigung, Interessenausgleich und Zusammenarbeit beruht. Unser Zielt bleibt eine Weltordnung, in der jeder seine Chance hat, in der die Menschen ihre Kräfte und ihre Fähigkeiten entfalten können: Eine Weltordnung, in der die Menschenrechte geachtet werden und in der soziale Gerechtigkeit für alle gilt. In diesem großen Ziel wissen wir uns mit dem alten und neugewählten Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika einig.

Votum auch über Steuern und Abtreibung

AP. **New York**

Während sich das Hauptaugenmerk bei den US-Wahlen auf die Entscheidung über den künftigen Präsidenten richtete, wurde gleichzeitig über eine Reihe von Fragen von nicht zu unterschätzender Bedeutung für den Alltag in den USA entschieden. So wurden die Bürger in verschiedenen Städten unter anderem gefragt, ob sie für oder gegen Beschränkungen der Pornographie im US-Fernsehen sind, ob sie gerne an Lotterien teilnehmen würden oder gar ihr Glück in Spielkasinos versuchen möchten, ob sie Steuersenkungen befürworten oder den Steuersatz lediglich beim derzeitigen Stand einfrieren lassen wollen.

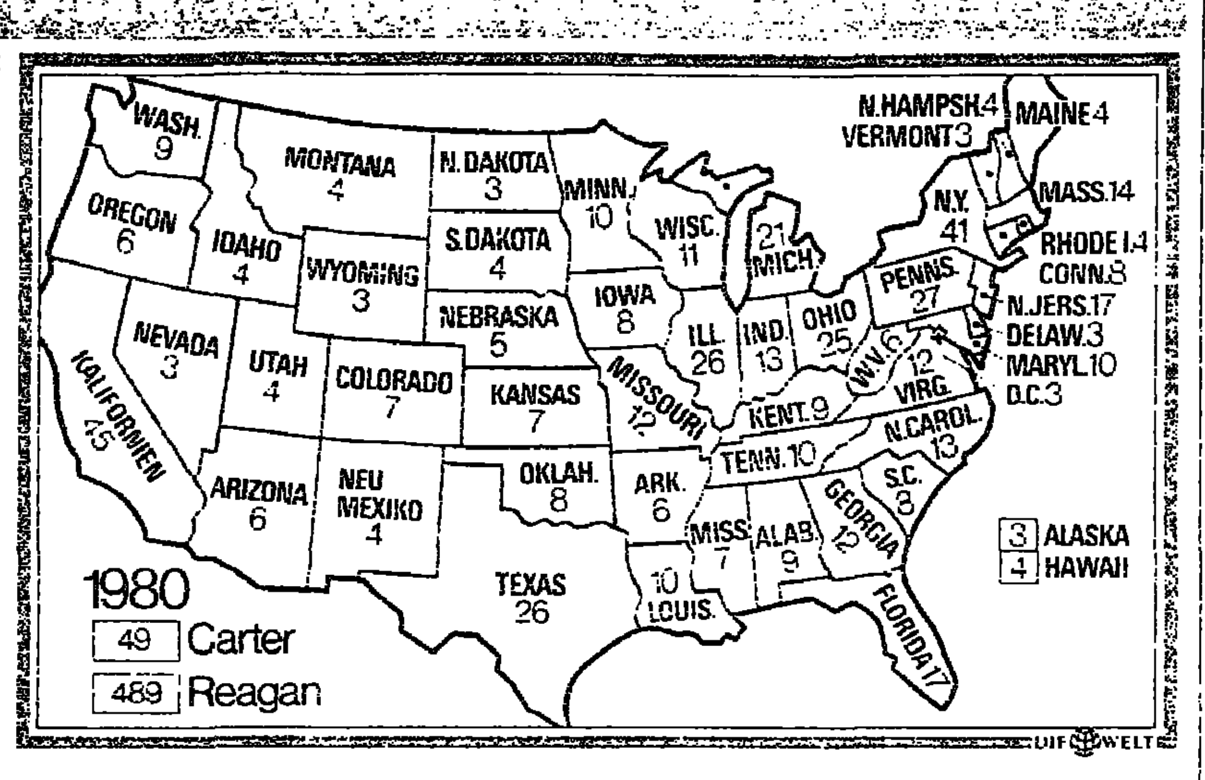
In Hot Springs im US-Staat Arkansas und in Pueblo im US-Staat Colorado wurden den Befürwortern einer Legalisierung von Spielkasinos eine klare Abfuhr erteilt. In West Virginia, Missouri und Oregon plädierten die Stimmbürger dafür, eine staatliche Lotterie einzurichten. Auch die Kalifornier wurden zu diesen Thema befragt.

In der Frage der Steuerkürzungen hielten sich Gegner und Befürworter in fünf Staaten und einem Vorort von Washington D. C. die Waage, mit einer Tendenz gegen derartige Maßnahmen. Der Vorschlag, die Vermögensteuer zu begrenzen und den Bürgern des Landes ein Mitspracherecht bei künftigen Steuererhöhungen einzuräumen, wurde in Michigan abgeschmettert.

Mit 67 Prozent der Stimmen votierten die Wähler in Maine gegen das Equal Rights Amendment, einen Verfassungszusatz, der die Gleichberechtigung von Mann und Frau gesetzlich verankern soll. Ein Vorschlag, gesetzliche Schranken für die Darstellung von Pornographie im Fernsehen zu errichten, schien in Utah auf wenig Gegenliebe zu stoßen, während er von den Wählern in Vista in Kalifornien angenommen wurde.

Die Wähler in Ann Arbor im US-Staat Michigan sprachen sich gegen einen Vorschlag aus, die Stadt zur atomwaffenfreien Zone zu erklären. In Gemeinden in Kalifornien und Oregon lagen die Befürworter einer atomwaffenfreien Zone dagegen gut im Rennen.

1984
525 Reagan
13 Mondale



Die Sitzverteilung im Kongreß

	Demokraten	Republikaner
Repräsentantenhaus		
1984	250	185
1982*	269	166
1980	242	191 (2 Unabhängige)
Senat		
1984	47	53
1982*	46	54
1980	47	52 (1 Unabhängiger)
Gouverneure		
1984	33	17
1982*	34	16
1980	27	23

Stand nach Auszählung von etwa 90 Prozent der Stimmen

*) Durch Nachwahlen hatte sich zwischen 1982 und 1984 das Kräfteverhältnis geringfügig verändert: Im Senat saßen zuletzt 55 Republikaner und 45 Demokraten, im Repräsentantenhaus 167 Republikaner und 266 Demokraten (2 Vakanzen); die Republikaner stellten zuletzt 15 Gouverneure, die Demokraten 35.

Gelockert die Sieger, diszipliniert die Verlierer

Von TH. KIELINGER

Um 23.20 Uhr, flankiert von seiner Frau Joan und seinen erwachsenen Kindern Ted, William und Eleonor, trat Walter Mondale im Großen Ballsaal des Radisson Hotels von St. Paul, Minnesota, hinter das Podium und setzte zu seiner „concession speech" an, dem Eingeständnis der Niederlage. Eingepackt in bewegende Worte des Trostes an seine Getreuen, die dicht gedrängt und fähnchenschwingend den Saal füllten, näherte er sich dem Kernsatz: „Er hat gewonnen, wir sind alle Amerikaner, er ist unser Präsident, und heute abend ehren wir ihn."

„Nein, niemals", stöhnte es aus den Zuschauerkreisen im Capital Hilton Hotel in Washington, D. C., wo man an mehreren Fernsehschirmen die Übertragung aus Minnesota verfolgte. Es war das Wahlnachtshauptquartier der Demokraten, nur drei Häuserblocks vom Weißen Haus entfernt.

In den Gesichtern der meist jugendlichen Gäste, viele von ihnen begeisterte Kampfgefährten des demokratischen Kandidaten, lag die Starre einer unerklärbaren Enttäuschung. Als Walter Mondale das hohe Lied der amerikanischen Demokratie anstimmte, mit Worten wie „Wir jubilieren angesichts der Freiheit eines wunderbaren Volkes", schoß es aus den Zuhörerkreisen in Washington zurück: „Ja, aber richtig zu wählen, das verstehen sie nicht."

Richtig zu feiern offenbar auch nicht. Weder betäubten die Demokraten ihr Debakel mit zünftigen Spenden freien Alkohols, noch gerieten die Republikaner, versammelt im Shoreham-Hotel an der Calvert Street, in die Ausgelassenheit des totalen Siegesgefühls.

In Washington, wo die Macht, um die es geht, ihren Sitz hat, dominierte die Fassung – gelockert ein wenig bei den Siegern, scharf diszipliniert bei den Verlierern. Man weiß offenbar, was man sich in der Hauptstadt schuldig ist. Zum Beispiel Hot Dogs und Sandwiches zwischen 3 und 6 Dollar, Bier zu 3 Dollar, bei den Republikanern. Dafür Bier für 2 Dollar, gereicht mit Salzgebäck und Brezeln, bei den Demokraten. Trauer muß Walter Mondale tragen und Haltung selbst der Zaungast der Zeitgeschichte.

Immerhin hatten sich zum Shoreham Hotel etliche Mitglieder der Reagan-Regierung durchgeschlagen, während im Capital Hilton Jesse Jackson die Stimmung zu lichten versuchte.

Die „Four more years" werden gefeiert

Marine-Minister John Lehman ging freudestrahlend auf seinen Kollegen, Staatssekretär Fred Iklé, zu und modulierte gutgelaunt den republikanischen Schlachtruf „Four more years" (vier weitere Jahre) zu einem „Four more carriers, four more carriers!" um. Nun, so viele neue Flugzeugträger wird es auch in der zweiten Reagan-Amtszeit nicht geben. Aber der Minister darf sich trotzdem auf die Erfüllung seines Traumes freuen: Die 600-Schiffe-Flotte wird erstellt und damit eines der wichtigsten strategischen Dispositive der Reaganschen Globalpolitik.

Nicht weit von dem Paar Lehman/Iklé entfernt hielt Richard Allen hof, den Kopf schon voll mit einer Ansprache, die er am heutigen Donnerstag in München vor der Hanns-Seidel-Stiftung halten wird. Reagans ehemaliger Sicherheitsberater hat in seinen 48 Jahren zu viele politische Wechselfälle erlebt, um selbst nach diesem Erdrutschsieg seines alten Chefs aus dem Häuschen zu geraten. Statt dessen strahlt er die souveräne Zufriedenheit des politischen Homo faber aus, der die List der Vernunft einmal auf seiner Seite weiß.

Werden sich die Demokraten von diesem Schlag erholen? lautet die Frage des Berichterstatters an Richard Allen. „Aber selbstverständlich", gibt dieser prompt zurück. „Nichts in der amerikanischen Gesellschaft bleibt allzulange auf einer Stelle." Die Antwort verrät, wie tief vertraut dem Amerikaner die Idee des Wechsels ist, und wie unberührt davon sein Vertrauen in die Stabilität des eigenen politischen Systems bleibt.

Nichtsdestotrotz investiert ein Mann wie Allen, wie alle „Reaganauten", mit großer Überzeugung in die Gunst der historischen Stunde. Er wird auch seinen deutschen Freunden ein paar Worte ins Stammbuch schreiben wollen, sagt er. Zum Beispiel, daß man sich abgewöhnen möge, von den Reaganschen Plänen der Weltraum-Verteidigung abschätzig als den „Star Wars" zu sprechen. Die Sache sei zu seriös, zu wichtig, und einfach im Kommen.

Dennoch: In diesem Augenblick dominiert in Washington, dominiert im ganzen Land das Thema der Zukunft der Demokratischen Partei. Allens Erwartung, daß sich die Liberalen wieder melden werden, mag abstrakt gesagt, zutreffen. Doch wie die Wiedergeburt geschehen soll, das ist die große Frage.

Eine Ära geht zu Ende, und die liberalen Nachfahren laufen durch die Gegend wie die Waisen auf der Suche nach einem Zuhause. Ronald Reagan eroberte so gut wie den gesamten amerikanischen Mittelstand:

Die einst verläßlich demokratisch wählenden Katholiken, die Mehrheit der Jungwähler, einst automatisch „liberal" geeicht; die Mehrheit der Frauen, und das trotz Geraldine Ferraro und ihrem historischen Wahlkampf; den weißen Mann des Südens, einst die Säule demokratischer Stabilität.

Die Aufzählung läßt sich fortsetzen: Wichtige ethnische Gruppen, dabei Frau Ferraros Heimat, die Italo-Amerikaner, und Mondales Heimat, die Amerikaner norwegischer Abstammung; die Mehrheit der Arbeiter (blue collar workers) und fast um ein Haar die gewerkschaftlich organisierten Familien; sämtliche Verdienstgruppen oberhalb eines Jahreseinkommens von 10 000 Dollar.

Geraldine Ferraro enttäuscht die Partei

Was blieb für den Verlierer? Überreste der alten Koalition, nicht genug, den Magen und die politischen Ränge zu füllen: die Schwarzen zu 90 Prozent; 70 Prozent der jüdisch-amerikanischen Wähler (die sich damit nach 1980 wieder mehr zu den Demokraten hin bewegten); 65 Prozent der Arbeitslosen; Feministinnen sowie Randgruppen der Minderheiten und sozial Ausgestoßenen.

Am schmerzlichsten muß für Walter Mondale die Wirkungslosigkeit der Frau an seiner politischen Seite gewesen sein. Schlimmer noch: Frau Ferraro hat nicht nur nicht geholfen, sie hat nachweislich sogar geschadet, und das sogar unter Wählerinnen.

Es mag aber auch einfach damit erklärbar sein, daß Mondale zwar eine historische Hürde übersprang, indem er sich für eine Frau als „running mate" entschied, daß aber das Land im Jahre 1984 für diesen Sprung einfach noch nicht reif war.

Vier Jahre lang ist Walter Mondale mit der Vorbereitung seines Comebacks beschäftigt gewesen. Gleich nach dem Tag der Niederlage im November 1980 begann seine Planung. Eine lange Zeit für eine Investition, die sich nicht ausgezahlt hat. War es die Ahnungslosigkeit der Partei, einen Vertreter der alten liberalen Koalition, die schon 1980 kaum mehr auf den Beinen stehen konnte, gegen Ronald Reagan antreten zu lassen? Die Hybris der sich für smart haltenden Opposition, die wie viele Ausländer Ronald Reagan für einen freundlichen Dummkopf halten, auf dessen Abwahl die Amerikaner angeblich sehnlichst harren?

Man weiß es nicht ganz. Wenigstens hat sich die Fehlkalkulation in Grenzen gehalten, denn im Repräsentantenhaus konnte sich eine stabile Mehrheit der Demokraten halten, erwiesen sich die „Rockschöße" Präsident Reagans als nicht ganz so lang, wie seine Partei erhofft hatte.

Doch ist dies kein Trost für die erneute Totalbeschämung im Kampf um das Weiße Haus. Die Junggarde unter den Demokraten, die sich schon im Vorwahlkampf in der Person Gary Harts gegen „die alten müden Ideen" aufbäumte, wird jetzt reinen Tisch machen wollen und der Partei eine Kur an Haupt und Gliedern abverlangen. Das wird dringend nötig sein, sollen die Liberalen nicht das Opfer eines langfristigen „Realignment" werden, einer Umorientierung zugunsten der Republikaner.

Für die neue Regierung bleiben Haushaltsdefizite das Hauptproblem

Von HORST-A. SIEBERT

Für die USA und die übrige Welt werden die nächsten 100 Tage von großer Bedeutung sein. Denn etwa Ende Februar muß feststehen, wie Ronald Reagan den längsten und kräftigsten Konjunkturaufschwung in 34 Jahren in eine weiche Landung mit dauerhaftem Wachstum überleiten will. Gelingt sie nicht, droht eine neue Rezession. Dabei hofft das Ausland auf eine stärkere Internationalisierung der amerikanischen Wirtschaftspolitik.

Intern und global bleiben Washingtons riesige Haushaltsdefizite das Kernproblem: Der enorme Finanzierungsbedarf des Schatzamtes, der in den Finanzjahren 1983 und 1984 jeweils 207,7 und 185,3 Milliarden Dollar erreichte, hält die Realzinsen hoch. Trotz der steuerlichen Absetzbarkeit wirken sie inzwischen als riskante Kaufbremse. Durch Kapitalabflüsse füllt das Ausland 40 Prozent der Einnahmelücken. Auf Dauer nicht verkraften kann auch Amerika die seit 1981 auf 1,8 Billionen Dollar verdoppelte Bundesschuld, deren Zinsendienst bereits 150 Milliarden Dollar übersteigt und wie eine fiskalpolitische Zwangsjacke wirkt.

Kein Ersatz für die Marktwirtschaft

Präsdident Reagan hat die Wahl gewonnen, weil er die Amerikaner davon überzeugte, daß staatlicher Interventionismus kein Ersatz für Marktwirtschaft ist. Die von ihm im Januar 1981 eingeleitete Umkehr nach Jahren schlimmster Teuerung und Stagnation erzeugte in den USA einen lange unbekannten Wirtschaftsoptimismus, den er in seiner zweiten Amtszeit nicht zerstören will. Gemessen an der Stimmung in der Bevölkerung war es folgerichtig, daß Walter Mondale hauptsächlich an seinem Abgabenprogramm zur Haushaltskonsolidierung scheiterte. Den Amerikanern sind die unter Reagan um ein Viertel gekürzten Einkommensteuern und die von 13,5 auf 4,2 Prozent gedrückte Inflationsrate immer wichtiger gewesen als die Defizite.

Im Wahlkampf hat sich der Präsident geweigert, fiskalpolitische Korrekturen überhaupt anzudeuten. Seine These war, daß mehr Wirtschaftswachstum das Budgetminus automatisch abbaue. Aber daran denkt niemand im Ernst. Der Haushaltsausgleich würde eine Deakade dauern und eine jährliche Zunahme des Bruttosozialprodukts um real vier sowie eine Drosselung des Ausgabenzuwachses des Bundes von sechs (1980: 17) auf 1,5 Prozent voraussetzen. Eine solche Entwicklung ist völlig unrealistisch, und die Administration hat sich darauf eingestellt.

Sie steht deutlich unter Zugzwang. Denn ohne weitere politische Eingriffe wird das US-Haushaltsdefizit bis 1989 auf 263, der Zinsendienst auf 214 Milliarden Dollar oder vier Prozent des Bruttosozialprodukts – 16 Prozent der Gesamtausgaben – steigen. Die Akkumulierung der Bundesschulden auf 2,5 Billionen Dollar ist eine Horrorgeschichte ersten Ranges, die Ronald Reagan nicht ohne weiteres beiseite schieben kann.

Vor diesem Hintergrund ist zu vermuten, daß der Präsident ähnliches versuchen wird wie zu Beginn seiner ersten Amtszeit, als er mit einem spektakulären Erholungsprogramm, das aus Ausgabenschnitten, Steuersenkungen, Regulationsabbau und einer restriktiven Geldpolitik bestand, den Kongreß überrollte. Die Legislative akzeptierte indes die Steuergeschenke und ignorierte zum großen Teil die Einsparungsvorschläge – der eigentliche Grund für die Defizitexplosion.

Wie Reagans Konsolidierungsprogramm aussehen könnte, sickerte in Washington nur bruchstückhaft durch. Licht in das Dunkel bringt die Treasury Anfang Dezember, wenn sie ihre Vereinfachungspläne für das Steuersystem vorlegt. Daran wird im US-Finanzministerium seit Januar gearbeitet. Nach den bisherigen Plänen, die von Präsident Reagan und dem Kongreß abgesegnet werden müßten, soll die Einkommensteuer durch eine modifizierte Einheitssteuer („flat tax") ersetzt werden. Vom Tisch ist mit einiger Sicherheit die Idee, auch in Amerika die europäische Mehrwertsteuer einzuführen.

Verpackt ist die Einheitssteuer schon in zwei Gesetzentwürfen. Die Kemp-Kasten Bill würde alle Freibeträge streichen und im Gegenzug die Steuersätze senken. Dadurch können zusätzliche Einnahmequellen erschlossen werden. Die Bradley-Gephardt Bill sieht, je nach Einkommen, drei Steuersätze von 14, 26 und 30 Prozent vor. Würden sie auf 19, 34 und 40 Prozent erhöht, flössen zusätzlich 150 Milliarden Dollar in die Kassen des US-Fiskus.

Gespart wird bei den Subventionen

Steuerliches Mehraufkommen wird, so meint man am Potomac, von Reagan solange gedeckt, wie die Grenzsteuersätze unverändert bleiben oder sinken. Ins Auge faßt das Finanzministerium auch die Streichung der Hypothekenzinsen für Zweithäuser von der Absetzliste, während gleichzeitig ein Verzicht auf die Doppelbesteuerung der Unternehmensgewinne erwogen wird. Auf der Ausgabenseite wird die Axt bei den Subventionen – vor allem im Agrarbereich – angesetzt. Studenten und Kriegsopfer müssen mit gekürzten Hilfen, Beamte mit geringeren Pensionen rechnen. Auf dem Schlachtblock liegt zudem die enorm verteuerte Gesundheitsfürsorge für Rentner.

Für das Ausland hat der Abbau der US-Haushaltsdefizite absolute Priorität; denn die Weltwirtschaftsordnung ist gefährdet, wenn das reichste Land zum Nettoschuldner wird und auf Dauer Kapital zu Rekordzinsen importiert. Wenn die Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben wirklich schrumpft, läßt dagegen der Zinsdruck international nach und korrigiert den überbewerteten Dollar. Mit der Zeit verschwindet dann auch Amerikas gewaltiges Handelsbilanzdefizit und damit der laute Ruf nach Protektionismus.

Mondales Niederlage spiegelt auch die Malaise der Demokraten wieder

Von THOMAS KIELINGER

Walter „Fritz" Mondale hat einen tapferen Wahlkampf geführt. Gegen alle Aussichten. Er hat mutige Entscheidungen getroffen, so die Wahl von Geraldine Ferraro als seiner Vizepräsidentschaftskandidatin. Er trat an in einem Jahr, wo man als Kandidat der Opposition am besten zu Hause geblieben oder angeln gegangen wäre: Was sonst will man machen gegen einen Amtsinhaber, der populär ist, der den Frieden erhalten und neue Prosperität geschaffen hat?

Aber die Demokratie braucht auch ihn, den Verlierer. Und so gehört Mondale zu der Geschichte dieses Wahlkampfes wie Ronald Reagan, der große Gewinner. Beide, Gewinner und Verlierer, bilden das Diapositiv, aus dem sich der Zustand der Gesellschaft ablesen läßt. Beide sind sie Katalysatoren von Veränderungen, die sich vor unseren Augen entfalten. Beide sagen sie Wertvolles aus über Richtung und Ziel der Weltmacht Amerika 15 Jahre vor Beginn des 21. Jahrhunderts.

Mondale unterlag zum zweitenmal in unmittelbarer Folge. Er unterlag als Jimmy Carters Vize im Wahljahr 1980, und er unterlag 1984 gewissermaßen auf eigene Rechnung im Rennen um seine eigene Präsidentschaft. Seine Niederlage diesmal fiel in noch größerem Umfang aus als die schon vernichtende Jimmy Carters im November 1980.

Zweimal haben die Amerikaner diesen Mann aus dem liberalen Minnesota, den Nachfahren norwegischer Einwanderer, abgelehnt. Damit setzt sich die Glücklosigkeit des Kandidaten Mondale fort.

Mondale kam ins politische Rampenlicht als Protégé Hubert Humphreys, des großen politischen Nestors aus Minnesota. Aufgebaut von Humphrey als Erbe, erkletterte er 1960 zum erstenmal als neu ernannter Generalstaatsanwalt seines Heimatstaates die politische Bühne – ernannt, nicht gewählt. 1964 wurde er in einen Senatssitz hineingehievt, der vakant geworden war – eine politische Ernennung, erneut. Erst in den nächsten zwei Senatswahlen konnte er sich von des Volkes Stimme, und nicht mehr protegiert von Parteiinteressen, bestätigen lassen.

Jimmy Carter holte sich den Senator, der in seinen zwölf Kongreßjahren am konstantesten für die liberalen Ausgabenprogramme der „Great Society" gestimmt hatte, schließlich an seine Seite. Das war 1976, als Amerika sich von der Doppelhypothek Vietnam und Watergate endgültig befreien wollte und mit Begier nach zwei neuen Gesichtern griff, die ihnen die Erlösung vom nationalen Kater versprachen.

Doch der Kater, in den Carter und Mondale die Nation stürzten, war weitaus bedrückender als alles Unwohlsein, das die Amerikaner 1976 hinter sich lassen wollten. Zweistellige Inflationsraten, Zinsen über zwanzig Prozent, ein weltpolitischer Gegner, die Sowjetunion, die geschickt die Schwächen der USA auszunutzen verstand.



Walter Mondale (56) in der Stunde der Niederlage FOTO AP

Auch 1984 haben die Amerikaner nicht vergessen, welche Last Mondale als Mitverantwortlicher jener vier Jahre zu tragen hat. Er schließlich gehörte zu jener Administration, die sich durch den Einfall der Russen in Afghanistan „überrascht" zeigte, er schließlich stand an der Seite jenes Präsidenten, der in einem Tiefpunkt seiner Inspiration die Amerikaner über die Malaise ihres Landes belehren wollte. Malaise! – eine Herausforderung an den Urinstinkt Amerikas, der aus Niederlagen nicht folgert, daß das nationale Rückgrat des Optimismus schon gebrochen sei.

Doch es ist nicht nur die politische Vergangenheit, die das politische Schicksal Walter Mondales verhext. Es ist auch die Gegenwart – die Gegenwart der Demokratischen Partei und ihres führungslosen Zustandes. Noch einmal hatte sich hinter der Kandidatur dieses traditionellen Liberalen aus dem industrialisierten Norden Ende letzten Jahres die gesamte Koalition der Roosevelt-Ära geschart: die Gewerkschaften, die Lehrer, die Frauen, die Minderheit der Farbigen, überhaupt die Minderheiten jeden Zuschnitts. Umsonst. Schon der Vorwahlkampf 1984, Mondales blutiger Abtausch mit dem Rivalen im eigenen Lager, Gary Hart, ließ die Risse quer durch die Demokratische Partei peinlich aufscheinen.

Hart trommelte auf seine Zuhörer ein: Wählt nicht diesen Mondale, den Alt-Liberalen mit den müden Ideen von gestern. Hört auf die Töne der Zeit, den Drang der Jugend und der aufstrebenden Berufsgruppen, hört die Botschaft der Unabhängigkeit, die uns aus den Graswurzeln der Gesellschaft entgegenschlägt. In der Tat wirkte Mondale wie ein Gefangener der Gruppen, die ihn politisch auf den Schild gehoben hatten. „Walter, du kannst nicht regieren, indem du allen alles versprichst", beschwor Hart den älteren Kollegen.

Wenn schon die eigene Partei uneins ist über die Art der Führung, der sie sich anvertrauen möchte – wie kann dann der Bannerträger das Herz des Landes erobern? Und wie konnte Mondale glauben, mit dem Versprechen, die Steuern seiner Landsleute erhöhen zu wollen, das Weiße Haus zu erobern? Sicher, Steuererhöhungen mögen bei der Höhe der amerikanischen Staatsverschuldung bevorstehen – aber davon spricht kein Politiker, selbst wenn er es vorhat. Der Mann aus Minnesota handelte ganz im Stil des zum Traktat heruntergekommenen Liberalismus: Er überließ – unverzeihlich – das Feld des Optimismus seinem Gegner Ronald Reagan. Damit schaufelte er sich sein eigenes Grab – sich und seiner Partei, den Demokraten.

Wahl '84

Hoffnung auf neuen Dialog mit der Sowjetunion

DW. Bonn

Noch bevor die endgültigen Ergebnisse bekannt waren, erreichten den Sieger Ronald Reagan Glückwunschtelegramme aus aller Welt. In ersten Stellungnahmen drückten Staats- und Regierungschefs die Hoffnung aus, daß der Dialog zwischen Moskau und Washington über Abrüstung und Rüstungskontrolle wieder in Gang komme. Bundeskanzler Helmut Kohl sagte, er hoffe, daß Reagan sehr rasch „dringend notwendige Schritte auf dem Felde wirklicher Abrüstung und Entspannung tun wird". Nach Ansicht des bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß gibt die Wiederwahl des Präsidenten die Gewissheit, daß die Politik der USA „von dem Willen und der Bereitschaft bestimmt sein wird, die Spannungen zwischen Ost und West abzubauen, die Rüstung zu begrenzen und zu verifizierbaren Rüstungskontrollvereinbarungen zu kommen". Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Hans-Jochen Vogel, hofft, daß Reagan sein starkes Mandat dazu nutzt, „um in konkrete Verhandlungen mit der Sowjetunion einzutreten", und „daß es bald zu einem beiderseitigen Stationierungsstopp kommt..."

Nichts hindere die neue US-Regierung daran, schrieb die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur TASS, auf die vorliegenden sowjetischen Initiativen einzugehen. Dies betreffe eine Verhinderung der Militarisierung des Weltraums und ein beiderseitiges Einfrieren von Atomarsenalen. „Wäre es nicht vernünftig, wenn sich Washington von Versuchen, auf der Weltarena eine hegemonistische Politik zu verfolgen, von der Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder und von der Politik des Staatsterrorismus lossagen würde?" fragt TASS. Beobachter werteten diese erste Stellungnahme als „zurückhaltend", nicht zuletzt, weil die sowjetische Führung abwarten möchte, wie die Zusammensetzung der neuen Regierung ausfallen werde.

> „Sehr geehrter Herr Präsident, ich bin begeistert von Ihrem großen Sieg und tief beeindruckt von der Vernunft des amerikanischen Volkes, die ihn ermöglicht hat. Ihre Wiederwahl macht unsere Welt sicherer. Gott segne Sie und Ihr Land."
>
> **Axel Springer in einem Glückwunschtelegramm an Ronald Reagan**

In NATO-Kreisen in Brüssel hieß es, das Wahlergebnis habe „klare Verhältnisse auch für die Sowjetunion geschaffen". Der Kreml wisse nun verbindlich, mit welcher Verteidigungspolitik der USA in den nächsten Jahren zu rechnen sei. Als „bedeutsam" wurde gewertet, daß sich Reagan in seiner ersten öffentlichen Erklärung zu Gesprächen mit der sowjetischen Führung bereit erklärt hat.

Die Regierung Thatcher hat den Sieg „ihres Freundes Ronald Reagan" mit großer Genugtuung begrüßt. Labour-Führer Neil Kinnock empfahl, Präsident Reagan sollte Frau Thatcher überreden, eine expansionistische Wirtschaftspolitik zu betreiben. Sie habe letztlich den Grundstein für Reagans Wahlsieg gelegt.

In Paris wies Regierungssprecher Roland Dumas darauf hin, daß sich nach dem überwältigenden Sieg Reagans Frankreich und die USA „einige wichtige Dinge" zu sagen hätten. Das sind: eine Wiederaufnahme des West-Ost-Dialogs über Rüstungskontrolle und Abrüstung, eine bessere Unterstützung der Dritten Welt, ein Abbau des US-Haushalts- und Außenhandelsdefizits, das, wie die Sozialistische Partei erklärte, bisher von den europäischen Ländern habe bezahlt werden müssen.

Israel und Ägypten bringen mit der Wiederwahl Reagans einen neuen Friedensprozeß im Nahen Osten in Verbindung. In Kairo hieß es, es bestehe jetzt die Möglichkeit, daß auch Reagans Nahost-Plan vom September 1982 wiederbelebt werde. Der israelische Regierungschef Peres hob Reagans „Eintreten für Israel und für Werte, die auch wir schätzen", hervor.

Japans Ministerpräsident Nakasone fühlt sich, wie es in seinem Telegramm heißt, „mit Reagan herzlich verbunden". Das Tokioter Außenministerium begrüßt Reagans hohe Einschätzung der ostasiatisch-pazifischen Region. China erhofft eine Intensivierung der Beziehungen zu den USA. Die Nachrichten-Agentur „Neues China" schreibt Reagans Sieg dem wirtschaftlichen Aufschwung in den USA und der Politik der Stärke gegenüber der Sowjetunion zu.

Rektoren: Desinteresse an der Bildungspolitik

„Enttäuscht" über Ministerpräsidenten / Klage-Drohung

PETER PHILIPPS, **Bonn**

Theodor Berchem, Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK), fand gestern wieder deutliche Worte: „Bei allen politischen Parteien scheint die Bildungspolitik keinen Stellenwert mehr zu haben." So hätten sich die Ministerpräsidenten der Bundesländer auf ihrer letzten Sitzung in Bremerhaven „in keinem Punkt" um die WRK-Vorschläge auch nur gekümmert, das per Telex übersandte „Memorandum" der sechs bedeutendsten Wissenschaftsorganisationen sich nicht einmal „vorlegen" lassen, sondern nur noch „den Finger gehoben" zu der von den Staatskanzlei-Chefs erarbeiteten Vorlage. Berchem: „So sollte man Bildungspolitik nicht behandeln, wir sind sehr enttäuscht." Die Universitäten seien bereit, sich ihrer Verantwortung zu stellen, die „junge Generation nicht *in der Misere*" *hängenzulassen*. Doch „die, die mit lockeren Sprüchen (über die Öffnung der Hochschulen) im Wahlkampf aufgetreten sind, die haben offenbar alles vergessen".

In den vergangenen Jahren sind die Studentenzahlen kontinuierlich angestiegen und werden voraussichtlich 1990/91 mit etwa 1,6 Millionen Studierenden ihren Gipfelpunkt erreichen. Im einstimmigen Beschluß der Ministerpräsidenten über die Öffnung der Hochschulen war einst bei 115 Prozent „Überlast" die Gewährung zusätzlicher Mittel zugesagt worden. Doch, so Berchem, im Bereich der Wirtschaftswissenschaften gebe es heute eine Überlast von bis zu 150 Prozent, im neuen Fach Informatik von mehr als 180 Prozent – nicht nur ohne zusätzliche Mittel, sondern sogar noch mit erheblichen Reduzierungen. An seiner Hochschule in Würzburg beispielsweise sei die Zahl der Studenten in den vergangenen sechs Jahren um rund 5000 gestiegen, während zugleich 180 Stellen hätten eingespart werden müssen.

Berchem unterstrich die frühere Warnung der WRK an die Politiker: Die Hochschulen nähmen das Instrument Numerus clausus sehr ernst, auch um „bestimmte Standards" einhalten zu können. Sie würden „in Wahrnehmung (ihrer) Verantwortung verstärkt darauf achten, daß die Überlastungsgrenzen nicht überschritten werden; sie werden zu diesem Zweck notfalls auch geeignete rechtliche Schritte prüfen", also vor Gericht gegen den eigenen Kultusminister klagen.

Erst jetzt gebe es, so der WRK-Präsident, aus einzelnen Ländern Signale, daß zumindest die Minimal-Forderungen des „Fiebiger-Planes" erfüllt würden: Zum Ausgleich der „verzerr*ten Altersstruktur*" unter den *Hoch*schullehrern, als Chance für den wissenschaftlichen Nachwuchs – und auch als Reduzierung der Überlast – sollen bis zum Ende der achtziger Jahre jährlich mindestens 200 neue Professoren-Stellen geschaffen werden.

Beginnend ab Mitte der neunziger Jahre soll von den dann wieder in größerer Zahl freiwerdenden Professorenstellen jährlich ein Teil eingezogen werden. Außerdem müsse, so ein weiterer WRK-Beschluß, „bei Zuweisungen von Studenten über die berechnete Aufnahmekapazität *hinaus*" ein Ausgleich „zumindest in Höhe der laufenden Kosten" pro Student geleistet werden.

Deutlich gemacht haben die Rektoren auf ihrer Plenarsitzung auch erneut ihre Distanz zu den Novellierungsplänen für das Hochschulrahmengesetz (HRG). Berchem: Es gebe „sehr viel drängendere Probleme an der Front". Und wenn schon Novelle, dann dürfe diese „nicht ins Uferlose auswuchern". Außerdem gebe es in dem kürzlich bekannt gewordenen Gesetzentwurf neben Punkten, denen die WRK grundsätzlich zustimmen könne, auch welche, mit denen sie sich „nicht abfinden" werde. Unter anderem bei der erwogenen Verlagerung der Studienreformkommission zum Wissenschaftsrat – deren ersatzlose Streichung die WRK fordert – werde man „auf die Barrikaden ziehen".

In diesem Punkt sprach die neue hessische Kultusministerin Vera Rüdiger während eines Empfangs in der Bonner Landesvertretung den Professoren aus der Seele: Die Novellierungspläne könnten beiden sparwütigen Finanzministern „den fatalen Eindruck bestärken, die Probleme der Hochschulen ließen sich durch interne Strukturverbesserungen lösen".

Klinikum: Staatsanwalt ermittelt

WILM HERLYN, **Düsseldorf**

Auf Bitten des parlamentarischen Untersuchungsausschusses in Sachen Klinikum Aachen wurde jetzt die Düsseldorfer Staatsanwaltschaft eingeschaltet. Deren Sprecher, Staatsanwalt Ruhland, bestätigte gestern der WELT, daß Beamte „im Raum Aachen und im Raum Mettmann Durchsuchungen und Beschlagnahme von Akten" veranlaßt *hätten*.

Diese Aktion steht offensichtlich im Zusammenhang mit der Vernehmung des 45jährigen Architekten Heinz-Peter Moseler im Ausschuß am Vortage. Moseler war zwischen 1976 und 1981 Prokurist des Generalunternehmers für den Bau des Klinikums Aachen, der Neuen Heimat Städtebau. Als Projektleiter war er zuständig für alle Preis- und Terminabsprachen des Baubetreuers mit den Subunternehmern. Dazu gehörte auch das mit Roharbeiten beauftragte Bauunternehmen Philipp Holzmann AG.

Bei eindringlichen Befragungen durch den Ausschußvorsitzenden Rolf Klein (CDU) stellte sich heraus, daß Moseler die Philipp Holzmann AG auch beauftragte, 1979/80 den Rohbau seines privaten Eigenheimes in Erkrath im Kreis Mettmann hochzuziehen. Der Architekt gab an, er habe damals keine andere Firma finden können. Seine Frau, die ebenfalls Architektin ist, habe die Baubetreuung des Einfamilienhauses übernommen. Darum könne er keine Angaben machen, welche Arbeitskräfte auf der Baustelle gearbeitet hätten. Er sei morgens früh nach Aachen gefahren und erst spät abends zurückgekommen. Später aber gab Moseler an, es hätten Ausländer auf seiner privaten Baustelle gearbeitet. Es sei richtig, daß der Oberbauleiter der Holzmann AG in Aachen gleichzeitig als Oberbauleiter seines Privathauses fungiert hätte. Moseler konnte nicht sagen, warum ein relativ einfacher Bau einen Oberbauleiter, einen Bauleiter und einen Polier benötigte.

Er erklärte, er habe keine Interessenkollision darin gesehen, daß die Holzmann AG sein Gesprächspartner in Aachen wie auch bei seinem privaten Bauvorhaben war. Er habe dies „überall erzählt, weil ich sauer bin". Allerdings habe er seinen Vorgesetzen nicht unterrichtet.

„Die Schmerzgrenze erreicht"

Kontroverse zwischen CSU und Blüm wegen Novelle zur Krankenhausfinanzierung

PETER SCHMALZ, **München**

Für den Leiter der bayerischen Staatskanzlei, Staatssekretär Edmund Stoiber, ist nach jahrelangen Verhandlungen zwischen Bund und Ländern über eine Novelle der Krankenhausfinanzierung, „die Schmerzgrenze erreicht". Nachdrücklich betonte der CSU-Politiker in München, daß Bayern in der andauernden Kontroverse mit Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) keinen Schritt mehr nachgeben wird.

Der aktuelle Anlaß für Stoibers apodiktische Bemerkung sind Meinungsverschiedenheiten zwischen Blüm und Stoiber über den Verlauf eines Koalitionsgesprächs, zu dem Bundeskanzler Helmut Kohl am 22. Oktober gebeten hatte. Nach bayerischer Ansicht *ließ* dabei der Kanzler erkennen, daß er zu einem Kompromiß mit den Ländern bereit sei und die mit der Unionsmehrheit im Bundesrat beschlossenen Ländervorstellungen für sachlich und politisch vernünftig hält. Blüm aber schob diesem Gespräch unverzüglich ein Schreiben nach, in dem er unbeirrt auf seinen Vorstellungen beharrte.

Daraufhin bat Stoiber zum Diktat: Schriftlich mahnte er den Bundeskanzler nachdrücklich, das Ergebnis des Koalitionskompromisses nicht in Frage zu stellen, weitere Zugeständnisse könnten Bayern „beim besten Willen nicht mehr zugemutet werden", angesichts der zahlreichen Vorleistungen stehe allmählich die Glaubwürdigkeit der bayerischen Staatsregierung auf dem Spiel.

Die generelle Neuordnung der Krankenhausfinanzierung entspricht grundsätzlich auch den Wünschen des bayerischen Ministerpräsidenten. Schon in seiner ersten Regierungserklärung hatte Franz Josef Strauß 1978 den Abbau der Mischfinanzierungen und das Krankenhauswesen als erste Möglichkeit genannt. Er ging allerdings davon aus, daß die Kompetenzen über Planung und Förderung an die Länder rückübertragen werden und nur das Pflegesatzrecht beim Bund verbleibt.

Diese Vorstellungen stießen jedoch auf den Widerstand des früheren SPD-Bundesarbeitsministers Herbert Ehrenberg. Aber auch nach der Wende konnten sich die Unionsländer unter Führung von Baden-Württemberg und Bayern mit dem CDU-Minister nicht einigen, was nun zur Folge hat, daß CDU-Länder und CDU-Ressortchef zwei unterschiedliche Gesetzentwürfe vorlegten.

Die Differenzen bestehen offenbar auch nach dem Kanzler-Gespräch in drei Bereichen fort:

- Nach bayerischen Vorstellungen sollen den Krankenhäusern „vorauskalkulierte Selbstkosten" erstattet werden, während Blüm leistungsbezogene Vergütungen bevorzugt. Bayern sträubt sich nicht grundsätzlich gegen diesen Blüm-Vorschlag, will *aber erst in einem Versuch* prüfen, ob die Krankenhäuser dadurch tatsächlich kaufmännischer zu führen sind.
- Energisch wehren sich die Länder aber gegen den Plan, den Kassen bei der Planung ein volles Mitspracherecht zu geben. Als „äußerste Grenze des Entgegenkommens" wird der Länderentwurf bezeichnet, wonach einvernehmliche Lösungen anzustreben sind, das letzte Wort aber beim Land bleibt.
- Ähnlich ist die Situation bei der Schiedsstelle, die bei gescheiterten Pflegesatzverhandlungen eingesetzt werden soll. Hier bestehen die Länder auf dem Recht, einen weisungsgebundenen Beamten als Vorsitzenden benennen zu können.

Barschel: Eine Lösung ist in Sicht

PETER JENTSCH, **Bonn**

Eine politische Entscheidung über die endgültige Reform der Krankenhausfinanzierung im Sinne eines Kompromisses zwischen den von der Bundesregierung und vom Bundesrat vorgelegten Gesetzentwürfen ist entgegen anderslautenden Berichten noch nicht gefallen. Vor dem Ausschuß für Arbeit- und Sozialordnung bestätigte der Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Höpfinger, gestern während einer öffentlichen Anhörung zur Krankenhausreform, keines der beiden Gesetze sei bis jetzt „überflüssig" zu nennen; man sei weiter auf der Suche nach einem gangbaren Kompromiß.

Wie die WELT weiter aus dem Kanzleramt erfuhr, ist in einem ersten Koalitionsgespräch Einigkeit erzielt worden über die weitere Behandlung der Novellierung. Ein Kanzlerberater: „Zwischen Herrn Blüm und dem Bundeskanzler besteht kein Meinungsunterschied in dieser Frage." Gegenüber der WELT machte zugleich der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Uwe Barschel deutlich, daß Bund und Länder in den entscheidenden Fragen „gar nicht mehr weit auseinander sind". Es komme jetzt darauf an, das „Problem vom Tisch zu bringen, ohne daß eine CDU-Ländermehrheit gegen eine CDU-geführte Bundesregierung den Vermittlungsausschuß anruft".

Streitpunkt zwischen Bund und Ländern ist insbesondere die von der Bundesregierung vorgesehene stärkere Beteiligung der Krankenkassen an der Krankenhausbedarfsplanung. Die Länder bestehen jedoch darauf, daß ihnen die Letztentscheidung verbleibe.

Zugleich wehren sich die Länder gegen die Absicht, den Kassen das Recht zu geben, Verträge mit Krankenhäusern zu kündigen, wenn Kliniken nicht wirtschaftlich arbeiten oder wenn es ein Bettenüberangebot gibt. Barschel: „Auch hier zeichnet sich eine Lösung ab."

Nähergekommen sind sich Blüm und die Länder in der Frage des Selbstkostendeckungsprinzips für die Berechnung der Pflegesätze. Während Blüm bisher von einer Vergütung durch leistungsbezogene Entgelte ausging, sind die Länder inzwischen von der Beibehaltung der Selbstkostendeckung abgegangen und plädieren für „vorauskalkulierte Selbstkosten". Sie werden von den Kassen auf der Grundlage eines wirtschaftlich arbeitenden Krankenhauses erstattet.

In diesem Zusammenhang machte Barschel deutlich, daß er im Grunde Blüm zustimme, im Falle der Nichteinigung zwischen Kassen und Krankenhäusern die Schlichtungsstelle für die Pflegesatzverhandlungen mit einem nichtweisungsgebundenen Beamten als Vorsitzenden zu besetzen.

Angst vor Grünen fördert rechte Gruppen

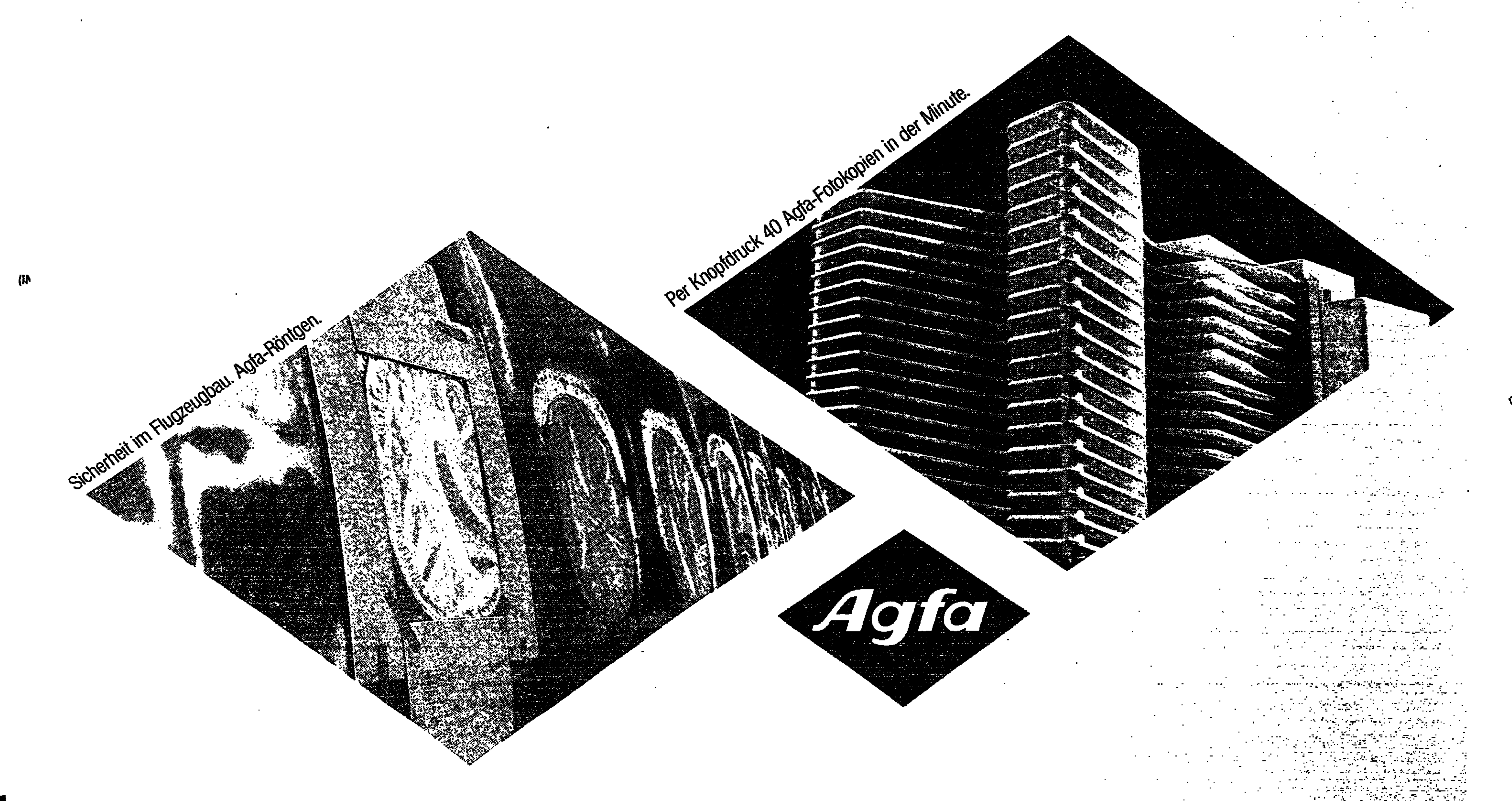
STEFAN HEYDECK, **Bonn**

Vor der Gefahr neuer, auf dem äußersten rechten Flügel angesiedelten politischen Gruppierungen hat FDP-Generalsekretär Helmut Haussmann gewarnt. Dazu könne es kommen, wenn die Grünen weiteren Zulauf erhielten. Denn in Teilen des „Bürgertums" gebe es „Verängstigung" vor den Zielen der Grünen und deren Weigerung, Verantwortung für politische Entscheidungen mit zu übernehmen. Zur Entstehung neuer „Rechtsgruppierungen" könne auch beitragen, daß die SPD nach wie vor Wähler an die Grünen verliert und die CDU/CSU weiter zur Mitte des politischen Spektrums rücke.

Nach den Worten Haussmanns muß dafür gesorgt werden, daß „die Affären" schnellstens beendet werden. Der FDP-Politiker forderte deshalb, daß die elf Mitglieder des Flick-Untersuchungsausschußes bis zum Abschluß ihrer Arbeit von allen anderen Aufgaben freigestellt werden. Der Ausschuß solle „permanent" tagen, „damit alles bekannt werde und daraus die Konsequenzen gezogen werden könnten".

Gleichzeitig sollten die Verhaltensregeln und die Stellung der Abgeordneten überarbeitet werden. Die Parlamentarier sollten verpflichtet werden, einem kleinen Gremium gegenüber vertraulich ihre Einkommen offenzulegen. Eine „gemäßigte" Offenlegung solle darüber hinaus gegenüber der Öffentlichkeit erfolgen. Dabei sei es „töricht", nur auf den materiellen Teil einzugehen, denn im Gegensatz zu Freiberuflern hätten Angehörige des öffentlichen Dienstes jederzeit die Möglichkeit, risikolos vom Parlament in ihre frühere Tätigkeit zurückzukehren. Haussmann verwies auf den bayerischen Unternehmer Josef Grünbeck (FPD), der für den Fall der totalen Offenlegung seiner Einkommen bereits die Niederlegung seines Mandats angekündigt hat.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Genscher und Vogel

„Wenn zwei eine Reise tun": WELT vom 30. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist sehr bedauerlich, daß trotz der gespannten Lage in Polen zwei deutsche Politiker, Hans-Dietrich Genscher und Jochen Vogel, nach Warschau reisen wollen. Die Gespräche mit Jaruzelski werden zu einer weiteren Anerkennung der Militärjunta führen.

Empörend ist auch, daß Herr Vogel General Jaruzelski einen „polnischen Patrioten" nannte. Mag ja sein, daß der Mann, der noch unter Gomulka 1970 als Verteidigungsminister für die Massaker in den Küstenstädten verantwortlich war, ein Patriot sein soll. Mag sein, daß die Einführung des Kriegsrechts, die Verhaftung unschuldiger Menschen, die Massenentlassungen aus der Arbeit, die ständige Entwürdigung von Millionen Menschen ein Zeichen von Patriotismus sein soll. In Polen fehlt es heute an fast allem, aber eines haben die Polen im Übermaß: ein nationales Gedächtnis. Vermutlich werden sie die Worte des Herrn Vogel lange nicht vergessen.

Wenn Herr Vogel nach Polen fahren wird, sollte er auch die Frauen der erschossenen Bergarbeiter der Zeche Wujek fragen, wie sie über den Patriotismus des Generals Jaruzelski denken.

Mit freundlichen Grüßen
J. Augustowski,
Hamburg 50

Abhängig von Moskau

„London: Kreml mischt sich in Streik ein": WELT vom 31. Oktober

Sehr geehrte Herren,

die Nachricht, daß die Sowjetunion die Streiksituation in England ausnutzt, um der britischen Regierung durch ein totales Embargo für Brennstofflieferungen möglichst große Schwierigkeiten zu bereiten, sollte uns – speziell der Bundesregierung – zu denken geben.

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich in eine zu weitgehende Abhängigkeit von Brennstofflieferungen aus der Sowjetunion begeben, so daß bei uns ein solches Embargo – aus welchen Gründen auch immer – zu starken Verteuerungen bzw. schwerwiegenden Engpässen in der Energieversorgung führen müßte. Von der jetzt zur Schau getragenen Gelassenheit deutscher Außenhändler bezüglich Versorgungssicherstellung dürfte dann nicht mehr viel übrigbleiben, weil im Falle einer internationalen Krise erfahrungsgemäß jede Volkswirtschaft sich selbst die nächste ist, bevor man anderen Ländern hilft. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein rohstoffarmes Land und durch die Insellage Berlins mit entsprechend empfindlicher Versorgung leicht unter Druck zu setzen. Wir haben es bei dem Handelspartner Sowjetunion nicht mit normalen Geschäftsfreunden zu tun, sondern mit einer Großmacht, die uns nicht unbedingt wohl will. Daher: Videant consules ... oder Vorsicht ist besser als Nachsicht.

Mit besten Empfehlungen
R. v. Plessen,
Bonn 1

Keine Polemik

Es dürfte bei uns kaum einen Bürger geben, der den Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes nicht eine angemessene Einkommenserhöhung zubilligt, selbst bei den Bürgern im „Rentenzustand". (Ich gehöre zu den Rentnern, deren Rente an die Bezüge des öffentlichen Dienstes gekoppelt ist.) Jedoch sollten die Verhandlungen ohne Polemik sachlich geführt werden. Insbesondere – und das ist die Meinung sehr vieler Bürger – sollte nicht das Schimpfwort Arbeitgeber für die Treuhänder der Steuerzahler verwendet werden!

Ich schätze Frau Dr. Mathies-Wulf als gebildete und intelligente Wissenschaftlerin mit ihrem geschliffenen Stil ganz besonders. Darum stört mich bei ihr dieser Ausdruck auch ganz besonders. Warum kann man nicht ganz einfach sagen, wie weit diese oder jene Forderung den Steuerzahler belastet? Das wäre doch nichts anderes als redlich!

F. W. Ossenbrink,
Erbach

Kein alter Wein

„Auch Weihnachten und Moskau tragen den Butterberg nicht ab": WELT vom 31. Oktober

Nun ist es wieder soweit: Ein Teil der zuviel produzierten Butter wird verbilligt an die Bevölkerung abgegeben, ein Teil an die UdSSR fast verschenkt, zu Lasten des Steuerzahlers, versteht sich.

So geht das nun schon seit Jahren. Die frische, besonders wohlschmekkende Butter lagert man mit viel Kosten ein, läßt sie alt werden und hofft, wenn man sie dann halb verschleudert, auf einen größeren Butterverzehr. Doch das ist ein Irrtum. Alte Butter ist nicht alter Wein, der nach einer angemessenen Lagerzeit besser wird. Die ausgelagerte Butter erleidet stets einen Qualitätsverlust, der sich fortsetzt bei längerer Lagerung in den Einzelhandelsgeschäften und im Haushalt. Jeder Fachmann weiß, daß die einmal eingefrorene und dann wieder aufgetaute Butter besonders anfällig ist. „Sie fällt leichter um", heißt es in der Fachsprache.

Dem Butterabsatz insgesamt ist nicht damit gedient, daß man in zunehmendem Maße frische Butter einlagert und nachdem sie mit enormen Transport- und Lagerkosten belastet ist, als alte Ware wieder hervorholt, um sie dann verbilligt an den Mann zu bringen.

Als Steuerzahler frage ich mich, warum man nicht versucht, in der Weidezeit die besonders reichlich anfallende und geschmacklich unübertroffene Butter, verbilligt ohne den Umweg über die teure Einlagerung, zu verkaufen. Damit wäre zugleich eine sinnvolle Butterwerbung verbunden, die den Absatz wahrscheinlich auf Dauer verbessern würde, statt dessen wandelt man weiter auf hoffnungslos ausgetretenen Pfaden.

Man transportiert die frische Butter erst von den Molkereien zum Kühlhaus (Transportkosten), man lagert und friert sie ein (Lager- und Energiekosten). Nach mehr oder weniger langer Zeit lagert man sie wieder aus, transportiert sie zurück an die Molkereien oder Handel (erneute Transportkosten), taut sie auf (erneute Energiekosten) und formt sie aus. Die nun nicht mehr so frische Butter, die, wie jedes gefrorene Lebensmittel, schneller einen Qualitätsverlust erleidet als frische Ware, besonders dann, wenn sie in den Einzelhandelsgeschäften und im Haushalt nicht optimal gelagert wird, gelangt so schließlich auf den Tisch des Verbrauchers. Die Hausfrau, die gar auf den Gedanken kommt, sich von der verbilligten Weihnachtsbutter einen Vorrat anzulegen und sie erneut einfriert, wird bei endgültigem Verzehr feststellen, daß diese Butter – wie altes Brot – sehr lange vorhält, weil alle Familienangehörigen sich nur noch bescheiden bedienen. Die Butter schmeckt einfach nicht mehr. Der Verbrauch wird geringer.

Die Lücke füllt dann nicht etwa frische Butter aus (von der hat man erst mal eine Weile genug), sondern die Margarine, die heute zum Teil gut schmeckt und durch eine sehr geschickte Werbung „gesellschaftsfähig" geworden ist. Ich behaupte deshalb, alte Butter ist die beste Margarinewerbung, und sie reduziert langfristig den Butterverbrauch.

Wenn weiterhin mit Butterüberschüssen zu rechnen ist, die letztlich nur zu Weltmarktpreisen (die weit unter den deutschen Verbraucherpreisen liegen) abgesetzt werden können, dann ist, wie immer im Leben, der erste Verlust der vernünftigste, d. h.: Im Zeitpunkt des Überschusses verbilligen und nicht erst zu Weihnachten, sondern sofort zu exportieren, aber in frischer Qualität und ohne den Ballast doppelter Transporte und hoher Lagerkosten. Vielleicht werden die über 10 Milliarden Mark, die jährlich für die ausgeuferte Milchproduktion aufzuwenden sind, dadurch ein wenig verringert.

H. Göttsche,
Peine

Wort des Tages

„Wir sollten, was wir besitzen, bisweilen so anzusehen uns bemühen, wie es uns vorschweben würde, nachdem wir es verloren hätten ... Meistens belehrt erst der Verlust uns über den Wert der Dinge."

Arthur Schopenhauer; deutscher Philosoph (1788 – 1860)

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Personalien

AUSZEICHNUNGEN

Herbert Czaja, Präsident des Bundesverbandes der Vertriebenen und Bundestagsabgeordneter, hat eine hohe Auszeichnung der katholischen Kirche erhalten. Die deutsche Bischofskonferenz verlieh dem gebürtigen Oberschlesier zum 70. Geburtstag (WELT vom 3. November) die Bonifatius-Plakette in Bronze. Die Kirche anerkenne damit, schrieb **Joseph Kardinal Höffner**, Köln, an Czaja, daß er in besonderer Weise dazu beigetragen habe, den aus den deutschen Siedlungsgebieten Süd- und Südosteuropas Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland eine neue Heimat zu geben. Bischof **Georg Moser**, der im Bischofshaus in Rottenburg die Bonifatius-Plakette überreichte, würdigte Czaja als einen Politiker von christlicher Einstellung.

*

Bundesinnenminister **Friedrich Zimmermann** ist mit einem der höchsten Orden der Republik Österreich, dem Großen Goldenen Ehrenzeichen am Schulterband, ausgezeichnet worden. Österreichs Botschafter in Bonn, **Willibald Pahr**, hatte zur Überreichung des Ordens einen kleinen Kreis exklusiver Gäste in seine Residenz gebeten. Zu ihnen gehörten Bundestagsvizepräsident **Richard Stücklen**, der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, **Theo Waigel**, Staatsminister **Peter Schmidhuber** und Staatssekretär **Carl-Dieter Spranger**. Botschafter Pahr, früher langjähriger Außenminister seines Landes, verband die Überreichung des Ordens mit einer launigen Laudatio auf Zimmermann, den er als einen besonderen Freund Österreichs würdigte. Praktisch gebe es heute keine ernsthaften Probleme zwischen Bonn und Wien; am gemeinsamen Zusammenwirken zum Beispiel bei der Verbrechensbekämpfung würden die engen Beziehungen besonders deutlich. Die Grenzabfertigung der beiden Länder sei essentiell erleichtert worden, ohne das Sicherheitsprobleme entstanden seien.

*

Berlins Protokollchef, aus dem Auswärtigen Amt rekrutiert, erhielt eine der höchsten Auszeichnungen des Andenlandes Peru: Senatsdirektor (Staatssekretär) **Leopold Bill von Bredow** bekam aus der Hand des peruanischen Botschafters **Enrique Fernandez de Paredes**, die Großoffiziersstufe des peruanischen Verdienstordens. Bei der Zeremonie wies der Diplomat auf die Verdienste Berlins während des **Simon Bolivar** gewidmeten Gedenkjahres 1983 hin. Von Bredow spannte in seiner Dankesrede den Bogen vom Wirken **Alexander von Humboldts** in Südamerika bis zur alljährlichen Teilnahme von Peru an der Berliner Messe „Partner des Fortschritts" unter dem Funkturm und anderen internationalen Veranstaltungen.



Österreichs Botschafter Willibald Pahr und Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann FOTO: DIE WELT

GEBURTSTAG

Man kann ihn getrost als Nestor des Bildjournalismus in der Bundesrepublik Deutschland bezeichnen: **Ludwig A. C. Martin**. Martin, der heute in der Hamburger Akademie für Publizistik seinen 65. Geburtstag feiert, gehört zu den Gründern der Bildgruppe im Deutschen Journalisten-Verband. Er ist Autor und Initiator fachwissenschaftlicher Werke und lehrt seit 1956 an Universitäten und Journalistenschulen. In langjähriger Arbeit wurde von ihm auch eine Bildjournalisten-Enquete erstellt und eine grundlegende Systematik der Anlage von Pressebild-Archiven. Der Wissenschaftler Martin konnte bei seinen Aktivitäten auf die praktischen Erfahrungen der Fotoagentur Keystone zurückgreifen, deren deutschen Zweig er seit 1949 leitet.

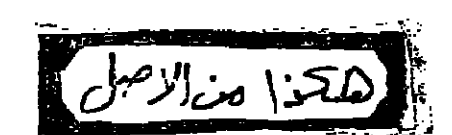
WAHL

Der Stiftungsrat der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat hat den Bundestagsabgeordneten und Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien, Dr. **Herbert Hupka**, zum neuen Präsidenten gewählt. Hupka hatte das Amt in Nachfolge von Dr. **Götz Fehr** als bisheriger Vizepräsident 1982 übernommen. In das fünfköpfige Präsidium der Stiftung, die ihren Sitz in Bonn hat, wurden außerdem Dr. **Ernst Schremmer** als Vizepräsident sowie **Werner Bader**, Professor Dr. **Wilfried Schlau** und Professor Dr. **Eberhard Günter Schulz** gewählt. Aufgabe des Ostdeutschen Kulturrates ist die Pflege, Sicherung und Fortschreibung der ostdeutschen Kultur.



AUSWÄRTIGES AMT

Die Bundesrepublik Deutschland hat mit einem neuen jungen Staat diplomatische Beziehungen aufgenommen: mit der Republik Nauru. Die im Zentralpazifik gelegene Insel wurde 1968 unabhängige Republik. Von 1888 bis 1914 war sie deutsches Schutzgebiet und wurde dann - bis zur Unabhängigkeit - von Australien als Völkerbund-Mandats- und UN-Treuhandsgebiet verwaltet. Zuständig als Botschafter für die Republik Nauru ist der deutsche Missionschef in Australien, **Wilhelm Fabricius**.



Kiechle: Tierversuche drastisch eingeschränkt

Regierung verabschiedet Novelle zum Tierschutzgesetz

EBERHARD NITSCHKE, **Bonn**

Eine drastische Einschränkung der Tierversuche verspricht sich die Bundesregierung von der Verabschiedung des Entwurfs eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Tierschutzgesetzes, das in seiner Urfassung aus dem Jahre 1972 stammt und „in seiner Zielvorstellung nicht voll verwirklicht werden konnte".

Auf diesen Umstand wies Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle am Mittwoch anläßlich der Vorstellung des neuen Gesetzestextes in Bonn hin. Wie Kiechle betonte, wird das Gesetz nicht zu einer Beeinflussung der wissenschaftlichen Forschung führen. Durch Verschärfung des Genehmigungsverfahrens werden die Wissenschaftler vielmehr nur veranlaßt, intensiver als bisher zu prüfen, ob Tierversuche unerläßlich sind. Dazu heißt es in einer Mitteilung des Ernährungsministeriums, in einzelnen Bereichen würden künftig „fünfzig Prozent und mehr" aller Tierversuche eingespart werden.

Alle Tierversuche für die Herstellung von Kosmetika sind künftig nach dem Text des Gesetzentwurfes genehmigungspflichtig. Grundsätzlich könne auf sie zur Beurteilung der gesundheitlichen Unbedenklichkeit nicht verzichtet werden. Eine Einschränkung der Versuchszahlen soll vor allem durch den Einsatz von Zell- und Gewebekulturen und Bakterien erreicht werden. Eine „spezielle Institution" soll die Erforschung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden intensiv fördern.

Tierschutzbeauftragte werden künftig ohne Weisungsbindung zu geplanten Tierversuchen Stellung nehmen. Jede Einrichtung, die diese Versuche betreibt, ist zur Einstellung dieser Fachleute verpflichtet. Die Länder berufen darüber hinaus Fachkommissionen ein, die Veterinärmediziner und Ärzte oder Naturwissenschaftler sein müssen. Zusätzlich gehören diesen Kommissionen, die über Tierversuche mitentscheiden, auch Mitglieder von Tierschutzverbänden an.

Tierzucht und Tierhandel werden aufgrund des neuen Gesetzes stärkerer Kontrolle unterworfen. Händler und Züchter müssen Fachkenntnisse nachweisen. Um Herkunft und Verbleib von Versuchstieren verfolgen zu können, ist künftig eine Auszeichnung und unverwischbare Markierung von ihnen Vorschrift. Hunde und Katzen müssen zum Beispiel deswegen markiert werden, um den Diebstahl und illegalen Handel mit diesen Haustieren unterbinden zu können.

Obwohl im Gesetz nicht die von den Tierschutzverbänden geforderten Verbote der Massentierhaltung enthalten sind, geht die Bundesregierung davon aus, daß die von ihr beschlossenen Maßnahmen den Tierschutz „spürbar verbessern". Im Bundestag und Bundesrat werde es bei der Verabschiedung des neuen Tierschutzgesetzes gelingen, diese Regelungen zu verabschieden, hieß es dazu im Bundesernährungsministerium.

Neu geregelt ist jetzt auch das Schlachtrecht. Im Hinblick auf die freie Religionsausübung ist vorgesehen, daß Ausnahmegenehmigungen zum Schächten erteilt werden. Das Betäubungsgebot für Schlachtungen, wie es bisher allein gültig war, ist damit aufgehoben.

Sämtliche Rechtsvorschriften, aufgrund deren Tierversuche durchgeführt werden müssen, zum Beispiel Arzneimittelrecht, Lebensmittelrecht, Chemikaliengesetz, werden daraufhin überprüft, ob und inwieweit Tierversuche noch unerläßlich sind oder durch andere Maßnahmen ersetzt werden können. Die menschliche Gesundheit, so wurde betont, müsse jedoch bei allen Vorhaben gesichert bleiben.

Union lehnt den Vorstoß Geißlers ab

MANFRED SCHELL, **Bonn**

Der Vorstoß von CDU-Generalsekretär Heiner Geißler, die Bundestagsabgeordneten sollten künftig ihre Einkommens- und Vermögensverhältnisse offenlegen, ist in der Unionsfraktion auf scharfe Ablehnung gestoßen.

Fraktionsvorsitzender Alfred Dregger faßte als Ergebnis einer längeren Diskussion zusammen, es handele sich dabei um einen „Einzelvorschlag", der weder vom CDU-Vorstand noch von der Fraktion übernommen worden sei. Dregger: „Es darf keine Neidhammel-Demokratie werden." Die Union sei allerdings bereit, an einer Konkretisierung der Verhaltensregeln für Bundestagsabgeordnete mitzuwirken. Darüber seien Gespräche auf der Ebene des Ältestenrates des Bundestages im Gange.

Der Vorschlag des CDU-Generalsekretärs stieß auch beim Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe, Theo Waigel, auf scharfen Widerspruch. Kritisch vermerkte er, Geißler habe seinen Vorschlag nicht mit den Parlamentariern abgestimmt, obwohl diese davon betroffen seien. Die Abgeordneten hätten davon durch die Medien erfahren. Es dürfe kein „Sonderrecht" für Abgeordnete geben. Schnellschüsse könnten vielleicht über die Tagesaktualität hinweghelfen, aber man müsse auch an die langfristigen Folgen denken, sagte Waigel.

Von anderer Seite, zum Beispiel von dem Abgeordneten Kolb, wurde eingewandt, „gläserne Taschen" für Abgeordnete würden zur Folge haben, daß sich kein Mittelständler, wenn er seine Bilanzen offenlegen müßte, mehr bereitfinden würde, für den Bundestag zu kandidieren. Der Abgeordnete Schwarz äußerte die Vermutung, daß es dann ein Parlament von Lehrern geben könnte.

Alleingang in der Medienpolitik?

Die Unionsländer stellen sich auf das Scheitern des Bremerhavener Kompromisses ein

GERNOT FACIUS, **Bonn**

Ein Scheitern des angestrebten Medien-Staatsvertrags wäre „nicht das totale Nichts" (so Ministerpräsident Uwe Barschel), der Abschied von den Bremerhavener Beschlüssen der Länderchefs würde im Gegenteil die Entwicklung zu größerer Vielfalt im Rundfunk- und Fernsehbereich beschleunigen. Die Unionsländer haben sich bereits fest darauf eingestellt, daß sie dann den Alleingang wagen und in ihrem Zuständigkeitsbereich Kabel- und Satellitenfernsehen anbieten lassen werden. Dahinter steckt die, vermutlich sichere Hoffnung auf eine Sogwirkung, der sich auch SPD-Regierungen wie in Nordrhein-Westfalen und in Hessen nicht entziehen können. Denn der Satellit überwindet auch noch so sorgsam gezogene politische Grenzen.

„Auch in Hessen und anderen SPD-geführten Ländern wird es nicht möglich sein, die Bürger zu bevormunden und ihnen ihren grundrechtlichen Informationsanspruch vorzuenthalten", sagte der Kieler Regierungschef Barschel auf der Jahrestagung Deutscher Zeitschriftenverleger in Bonn. „Sie werden vom Empfang der Programme direktstrahlender Satelliten nicht ausgeschlossen werden können."

Druck auf die Nein-Sager

Barschel: „Den Druck, der da entsteht, hält keine Landesregierung aus." Er fügte an dieser Stelle sogar die Vermutung an, daß ein Ministerpräsident wie Klaus von Dohnanyi, schon allein wegen der Bedeutung des Medienplatzes Hamburg, nicht abseitsstehen kann. Der eigene Weg der B-Länder wäre somit nur ein Weg auf Zeit.

Barschel hütet sich noch, ähnlich wie sein niedersächsischer Amtskollege Ernst Albrecht gestern im Landtag, von einem Scheitern des Bremerhavener Kompromisses zu sprechen. Er wartet die Beratungen des SPD-Bundesvorstandes und des Parteirates am 19./20. November ab. Die SPD-Führung hat – anders als die Ministerpräsidenten Börner und Rau – die „Grundlage von Bremerhaven" noch nicht verlassen. Deshalb, so Barschel, könne man noch „auf Verständigung hoffen". Aber man weiß, wie stark der Druck der Gegenkräfte in der SPD ist. Deshalb sucht man die Sozialdemokraten an ihrem empfindlichsten Punkt zu packen: der Bestands- und Entwicklungsgarantie für die öffentlich-rechtlichen Anstalten.

Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident formuliert es so: „Bei einem Scheitern würden nicht nur die Länder, sondern auch die Landesrundfunkanstalten eigene Wege gehen. Das wäre das Ende der ARD und damit auch der finanzschwachen kleineren Rundfunkanstalten." Das Gegenteil einer Bestandsgarantie würde erreicht.

Weitere, sogenannte Nachbesserungen werde es nicht geben, versichern Barschel wie Albrecht. „Wenn private Veranstalter wirklich Chancen erhalten sollen, ist eine Verschlechterung der Bedingungen, auf die sich die Regierungschefs geeinigt haben, nicht hinnehmbar", sagte Albrecht im Landtag. Eine Absage an die Bestrebungen von SPD-Seite, für die Anstalten ein Mehr an Werbung durchzusetzen.

„Würden beispielsweise weitere Verbesserungen für den WDR eingeräumt, wäre der Kompromiß für mich angesichts des WDR-Gesetzentwurfs in der nordrhein-westfälischen Landesregierung nicht mehr akzeptabel", erklärte Barschel. Er spielte damit auf die Pläne an, den WDR durch eine „Unternehmensverfassung", die auch eine erhebliche privatwirtschaftliche Aktivität unter der mit Vorteilen gesegneten Anstaltsmaske erlauben soll, zu einem Mediengiganten aufzublähen. Für den Fall, daß dieses Gesetzesvorhaben Wirklichkeit wird, hat der Verband Deutscher Zeitschriftenverleger durch seinen Präsidenten Heiko Klinge den Gang nach Karlsruhe angekündigt. Er befindet sich dabei im Konsens mit der nordrhein-westfälischen CDU-Landtagsfraktion. Klinge ermuntert die Unionsländer ausdrücklich, in der Medienpolitik notfalls eigene Wege zu gehen. Bei der öffentlichen Diskussion über die Neuordnung des Rundfunkwesens werde zu wenig berücksichtigt, daß Zeitschriften wegen „falscher Weichenstellungen in der Medienpolitik Gefahr liefen, eines Tages ihren publizistischen Auftrag nicht mehr erfüllen zu können.

Reizthema Werbung

Er wie auch Barschel vermuten, daß die sozialdemokratischen Kritiker des Bremerhavener Kompromisses mit einem „Heraufsetzen der Barrieren" den erfolgreichen Zugang Privater zum Rundfunk in letzter Minute verhindern wollen. Da die Privaten im wesentlichen auf Werbeeinnahmen angewiesen sein werden, dürfe die Werbung in den öffentlich-rechtlichen Anstalten nicht erweitert werden.

Das Ziel der Werbe-Erweiterung haben aber die diversen „Nachbesserungs"-Vorstöße im Auge. Aber auch die wieder erhobene Forderung, die zusätzlichen Programme müßten jeweils in sich ausgewogen sein, wird von den Unionsländern zurückgewiesen. Barschel: „Das Modell der Binnenpluralität ist mit uns nicht zu machen."

Die Unionsländer sehen von einem definitiven Abrücken der SPD-Ministerpräsidenten vom Bremerhavener Beschluß auch Gefahren für die generelle Zusammenarbeit zwischen den Regierungschefs heraufziehen. Barschel spricht von „weitgehenden Folgen" für die Zusammenarbeit in Gremien wie der Ministerpräsidenten-Konferenz. Auch aus diesem Grunde sprach er vor den Zeitschriftenverlegern auf der Godesburg in Bonn den Satz: „Ich bin trotz allen Feldgeschreies aus dem Lager der SPD verhalten zuversichtlich."

Mit der Leiter über die Mauer nach West-Berlin

dpa, **Berlin**

Nur zwei Tage nach der Flucht eines 17jährigen ist es erneut einem Mitteldeutschen gelungen, die Sperranlagen zu überwinden und nach West-Berlin zu gelangen. Wie die Berliner Polizei mitteilte, floh der 36jährige Arbeiter in der Nacht zum 1. November von Teltow aus über Metallgitterzaun und Mauer in den Westberliner Ortsteil Lichterfelde. Die Flucht fand in den frühen Morgenstunden bei dichtem Bodennebel statt. Der Mann benutzte, ebenso wie zuvor der 17jährige, eine Leiter zur Überwindung der Grenzsperren. Er sagte aus, daß die „DDR"-Grenzposten auf ihn gefeuert hätten.

„Wyhl hätte Umwelt und Börse geschont"

xhk. **Stuttgart**

Wäre das Kernkraftwerk in Wyhl 1979 gebaut worden, so wäre die Umwelt von 300 000 Tonnen Schefeldioxid und 20 000 Tonnen Stickoxid verschont geblieben. Dies hat der Präsident der Inudstrie- und Handelskammern in Baden-Württemberg, Roland Klett, mitgeteilt. Umweltminister Weiser (CDU) verdiene deshalb „volle Zustimmung" für seine Auffassung, daß „die Kreise, die unter dem Schlagwort Umweltschutz den Ausbau der Kernenergie verhindert haben, erheblich zu der Umweltmisere beitragen".

Klett verwies darauf, daß durch das Kernkraftwerk zudem fast zwei Milliarden Mark an Stromkosten hätten eingespart werden können. Eine Kilowattstunde koste in Baden-Württemberg zwei Pfennig mehr als in anderen Bundesländern, das sei im Jahr eine Milliarde Mark.

Grüne gegen Nukem-Kompromiß

DW. **Wiesbaden**

Die Grünen haben der Teilerrichtungsgenehmigung des hessischen Wirtschaftsministers für das Fabrikgelände der Firma Nukem eine kompromißlose Absage erteilt. Damit haben sie ihre Drohung bekräftigt, die Tolerierung der SPD-Regierung in Wiesbaden zu beenden. Wirtschaftsminister Steger (SPD) hatte am Dienstag die Auflagen für eine Erweiterung der Hanauer Brennelementefabrik Nukem bekanntgeben: Sie soll nur noch Uran verarbeiten, das bis höchstens 20 Prozent angereichert ist.

Längerfristige Verträge mit Verpflichtungen zur Herstellung von Brennelementen aus höher angereichertem Uran sollten berücksichtigt werden. Bei der zweiten Hanauer Nuklearfirma Alkem, die eine Ausweitung des Plutoniumlagers von gegenwärtig 460 Kilogramm auf 6,7 Tonnen beantragt hat, werde die Plutoniummenge auf den Wert beschränkt werden, der für den tatsächlichen Betrieb nötig sei. Die Grünen haben diese Bedingungen als „Farce" und „schlechten Scherz" bezeichnet. Die Teilerrichtungsgenehmigung entziehe der Zusammenarbeit zwischen Grünen und SPD die Grundlage.

Nach Karlsruher Urteil nun Ergänzungsabgabe?

Rückzahlung der Sonderabgabe schwieriger als erwartet

PETER GILLIES, **Bonn**

Für die vom Bundesverfassungsgericht für nichtig erklärte Investitionshilfeabgabe könnte durchaus ein steuerlicher Ersatz geplant sein. Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) entgegnete gestern auf Fragen von Journalisten, ob vielleicht stattdessen eine Ergänzungsabgabe ins Auge gefaßt werde, „ich äußere mich nicht dazu". Unterdessen stellt sich heraus, daß die Rückzahlung der nunmehr verfassungswidrigen Abgabe komplizierter als erwartet ist und sich möglicherweise über Monate hinzieht.

Aufgrund des Bundesverfassungsgerichtsurteils (vgl. DIE WELT vom 7. November) ist der Bund verpflichtet, die Sonderabgabe, die er bei rund einer Million besserverdienender Bürger kassierte, zurückzuzahlen. Das scheint jedoch in formloser Art – beispielsweise schon bei der nächsten Gehaltszahlung oder Steuervorauszahlung – nicht möglich zu sein. Allenfalls könnten die Finanzämter das Geld sofort an jene zurückzahlen, die vorsorglich bereits Einspruch gegen die Erhebung der Abgabe erhoben hatten. Das hielt der Minister für möglich.

Da dies jedoch nur rund die Hälfte der Steuerzahler waren, der Bund andererseits aber auf Gleichstellung mit jenen drängt, die beim Finanzamt nicht mit Einspruch protestierten, ist eine Gesetzesänderung nötig. In diesen Fällen wäre nämlich ein bereits ergangener Steuerbescheid zu korrigieren. Das ist ohne entsprechendes Gesetz nicht möglich.

An einem Wettlauf von Politikern, das Geld „zwei Tage früher" auszuzahlen, wolle er sich nicht beteiligen, meinte Stoltenberg. Das Verfahren sei sorgfältig und „rechtsförmlich" abzuwickeln.

Schon kurz nach Verkündung durch die Verfassungsrichter haben die Experten von Ministerien und Finanzbehörden nach Lösungen gesucht, möglichst rasch die zu Unrecht erhobenen zwei Milliarden Mark zurückzuzahlen. Die Steuergewerkschaft der Finanzbeamten stellte beim den Verfahren jedoch erhebliche Verzögerungen in Aussicht und warnte davor, mit einer Auszahlung vor Weihnachten zu rechnen.

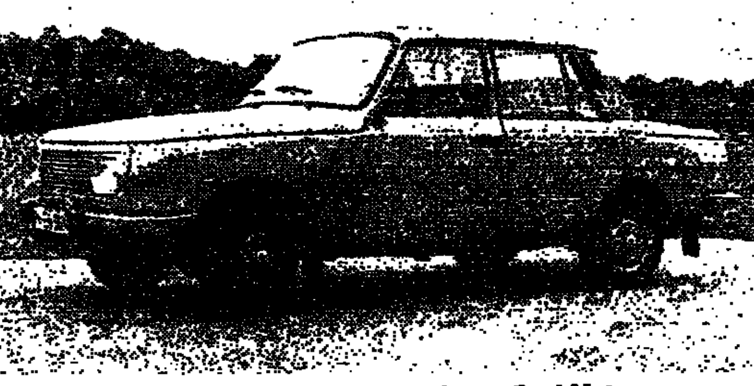
Als Indiz dafür, daß die Nichtigkeit der „Zwangsanleihe" politisch nicht folgenlos bleibt, wird in Bonn die Einsetzung einer Kommission gewertet, in der Vertreter der Bundesregierung und der Koalitionsparteien den Karlsruher Spruch analysieren. Stoltenberg begründete dies damit, daß das Bundesverfassungsgericht durch dieses Urteil nicht nur eine derartige Abgabe, die es 1954 für zulässig erklärt hatte, nunmehr verwirft, sondern auch mit „neuen Akzenten" für die Steuerpolitik, die sich daraus ergäben.

Während die FDP bereits am Tag des Urteils eine (nicht rückzahlbare) Ergänzungsabgabe als Ersatz für die gescheiterte ablehnte, hatte sich die CDU/CSU damit bisher zurückgehalten. Die erkennbare Vorsicht bei den Antworten Stoltenbergs wird in Bonn als Zeichen dafür gewertet, daß eine andere Belastung Besserverdienender durchaus noch im politischen Spiel ist.

Nur Ärger mit dem deutsch-deutschen Auto

Von HEINZ HORRMANN

Die Linienführung der Karosserie konnte unmöglich der Grund sein, warum sich Kölner Autofans nach dieser senfbraunen Limousine aus der automobilen Notstands-Zone „DDR" umdrehten. Es war das für einen Wartburg völlig artfremde Motorengeräusch, das Kenner hellhörig machte. Statt des üblichen matten Zweitakt-Gebrabbel lief das Triebwerk rund und kräftig im Viertakt und an der Tankstelle wurde Superbenzin eingefüllt.



Im Dauertest: Der Wartburg mit dem Ford-Motor FOTO: W. FEHLHABER

Des Rätsels Lösung: Das private Unternehmen Inthelco in München hatte den schwachbrüstigen mitteldeutschen Originalmotor, der technisch gerade dem Entwicklungsstand der frühen dreißiger Jahre entspricht, entfernen und von Experten der Ford-Ersatzteilabteilung probeweise ein Escort-Triebwerk mit 69 PS installieren lassen. So rollte der neu geschaffene 1300er Prototyp vom Rhein an die Isar: ein deutsch-deutsches Auto im Dauertest.

Daß diese Kombination kein Einzelstück bleiben soll, macht die vorbereitende Information der Inthelco-Vertragshändler in der Bundesrepublik deutlich. Bei den Ford-Werken ist auf Vorstandsebene der Gedanke, daß auf bundesdeutschen Straßen ein „DDR"-Auto mit einem Herz aus Köln rollt, äußerst unangenehm. Selbst den Test-Versuch der Ersatzteiltechniker würde man am liebsten ungeschehen machen. Überhaupt erklärlich ist der Alleingang nur, weil diese Abteilung eine selbständige Organisation innerhalb des Konzerns darstellt.

Bestätigt wurde von Ford ohne Zögern freilich der 10-Jahres-Vertrag für die Lieferung von Motoren und anderen Bauteilen in Höhe von mehr als 25 Millionen Mark pro Jahr an das Münchener Unternehmen, das dem Griechen Peter N. Contogouris gehört. Gekauft wurden die Triebwerke offiziell, um damit den Kleintransporter „Pony Super", ein Pick up-Auto für Entwicklungsländer, auszurüsten.

Energisch wendet sich Volker Leichsering, Vorstandsmitglied mit dem Bereich Öffentlichkeitsarbeit, gegen die Kombination Ford und Wartburg in einem Personenwagen für den bundesdeutschen Markt: „Ein solches Projekt können wir nicht akzeptieren, wir würden unsere Motorenlieferung einstellen". Nur für den Fall, daß der „Mischling" aus Eisenach und Köln beispielsweise nach Ägypten exportiert wird, gibt es keine Einwände.

Der Wirbel im Vorfeld der Produktion hat auch die Inthelco-Geschäftsführung verschreckt. Vorsichtig spricht man jetzt auch hier von „Vortests" und einer „Ungewißheit", ob das deutsch-deutsche Fahrzeug in Serie gehen wird. Nur Inthelco-Besitzer Contogouris bestätigte in Hamburg, daß er sein deutsches Verkaufsprogramm demnächst um die Wartburg-Modellreihe erweitern will.

Mit Fug und Recht stellt sich allerdings die Frage, ob ein solches Auto im Land der höchsten Technologie überhaupt eine Chance hat. Der einzige (immer noch geringe) Kaufanreiz liegt allein im Preis. Die Kalkulation macht das deutlich. Für den Wartburg 353, auf den in der „DDR" Normalbürger acht bis zehn Jahre warten müssen, zahlt der Münchener Importeur rund 5000 Mark. Der Ford-Motor wird mit einem Bezugspreis von unter 2000 Mark gehandelt. So ist es nicht weiter verwunderlich, daß dieses Auto „noch billiger als der 7790 Mark teure Lada" (Händler-Information) verkauft werden kann. Für diesen Preis gibt es heutzutage nicht einmal mehr eine „Ente".

Keine Schwierigkeiten bereitet die Montage. Ein modernes Werk in Griechenland, das ebenfalls Contogouris gehört und in dem bisher unter anderem auch Citroëns montiert wurden, ist technisch dazu in der Lage.

Ob das umstrittene Gefährt nun in der Bundesrepublik angeboten wird oder nicht, ob es in Entwicklungsländer exportiert wird, oder geradewegs ins Modell-Museum rollt, in jedem Fall hat es bereits für mehr Wirbel gesorgt als je ein Typ aus der Eisenacher Fertigung.

Vergleichbar ist der Wellengang nur mit der Sturmflut, die durch die Frühjahrspläne ausgelöst wurde, die Modelle Wartburg und Trabant von 1988 an auch mit VW-Motoren anzutreiben. Zwischen dem Volkswagenwerk und der „DDR" war vereinbart worden, daß eine Motorenfertigungsstraße, die derzeit in Hannover läuft, demontiert und in Mitteldeutschland aufgebaut werden soll. Eine jährliche Produktion von 286 000 Triebwerken wurde errechnet, davon sind 100 000 für VW in Wolfsburg bestimmt. Das Finanzvolumen der deutsch-deutschen Motorkooperation wird auf rund 600 Millionen Mark beziffert. Die „DDR" reagierte auf Veröffentlichungen dieser geplanten Zusammenarbeit äußerst verstimmt.

Bis heute wurden die Verträge nicht unterschrieben.

So rollen die 400 täglich im Eisenacher Werk produzierten Fahrzeuge wie gehabt mit 50 PS und der für den Dreizylinder-Zweitakter typischen Ölfahne durchs Land.

Ein Partner kann Sozialhilfe kosten

dpa, **Schleswig**

Ein Sozialhilfeempfänger kann seinen Anspruch auf Sozialhilfe verlieren, wenn er eine eheähnliche Gemeinschaft eingeht. Das entschied gestern das schleswig-holsteinische Verwaltungsgericht. Wenn der Partner über genügend Einkommen verfüge, um den Lebensunterhalt des anderen mitzubestreiten, so bestehe eine „gesetzliche Vermutung dafür, daß der Partner seinen hilfsbedürftigen Lebensgefährten den notwendigen Lebensunterhalt leistet", heißt es in der Entscheidung (Az.: 10 A 73/84).

Gewerkschaft setzt auf Integration

GÜNTHER BADING, Mannheim

Mit der Wiederwahl des gesamten geschäftsführenden Hauptvorstandes hat der Kongreß der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) in Mannheim die auf Integration aller Gewerkschaftsflügel von links bis zur Mitte zielende Linie des Vorsitzenden Günter Volkmar bestätigt. Allerdings betrieb der linke HBV-Flügel bei der Wahl des für Personalfragen, *Hauptkasse und* Wirtschaftspolitik zuständigen Vorstandsmitgliedes Jochen Fuerbeth eine Art „Nachbereitung" jener Diskussion um Abgrenzung gegenüber Kommunisten, die vor vier Jahren den Gewerkschaftstag der HBV in Wiesbaden beherrscht hatte. Fuerbeth erhielt nur vier Stimmen mehr als die zur Wahl notwendige einfache Mehrheit.

Vorsitzender Volkmar dagegen konnte sein Ergebnis von 1980 noch leicht verbessern. In Mannheim erhielt er 263 der 293 abgegebenen *Stimmen (89,5 Prozent).* Geringe Stimmeneinbußen mußte dagegen der zweite Vorsitzende, Dieter Steinborn, in der HBV zuständig für den Problembereich Handel, hinnehmen. 79,2 Prozent der Delegierten gaben ihm ihre Stimme. Wiedergewählt wurden auch Lorenz Schwegler (Banken und Versicherung), Elfriede Hoffmann und Christian Götz, der als exponierter Vertreter des linken HBV-Flügels gilt. Götz konnte seinen Stimmenanteil von 205 vor vier Jahren auf 238 steigern; die Zahl der Nein-Stimmen gegen ihn ging von 67 *auf 40* zurück. Er will sein gutes Abschneiden allerdings nicht als puren Sieg des linken Flügels gewertet wissen, sondern als Belohnung seiner Bemühungen um einen Ausgleich. Er wolle „von einer linken Position aus Integration der gesamten Organisation betreiben", erklärte er in Mannheim gegenüber Journalisten.

Der knapp wiedergewählte Jochen Fuerbeth hat sein Amt im geschäftsführenden Hauptvorstand erst vor zwei Jahren angetreten. Bis dahin hatte der Christdemokrat Hanshorst Viehof dem Vorstand angehört. Als dieser 1982 von Norbert Blüm ins Bundesarbeitsministerium berufen wurde, wählte der Gewerkschaftsausschuß, das höchste HBV-Gremium zwischen den Gewerkschaftstagen, Jochen Fuerbeth zu seinem Nachfolger.

Honecker präsentiert sich äußerst selbstbewußt

SED-Chef vermeidet Lobpreisungen der Sowjetunion

CARL GUSTAF STRÖHM, Berlin

Wenn ein österreichischer Regierungschef einen offiziellen Besuch in Ost-Berlin macht, wirkt alles, was bei dieser Gelegenheit gesagt, getan oder auch nur angedeutet wird, auch auf das innerdeutsche Verhältnis zwischen Bundesrepublik und „DDR". Das war auch während des Aufenthalts von Bundeskanzler Fred Sinowatz *dort deutlich zu spüren.*

Österreich versteht sich zwar keineswegs als deutscher Staat. Es ist aber ein deutsch sprechender Staat. Es gibt auch eine geschichtlich begründete Affinität zwischen Wien und Berlin: Beide Städte und ihre Einwohner mögen einander gut leiden – trotz oder wegen vergangener Konfrontationen zwischen Österreich und Preußen.

*Alles das – und dazu noch die Tat*sache, daß Österreich ein westlich-demokratischer, aber zugleich neutraler Staat (also ohne NATO-Bindungen) ist – macht es offenbar den Gastgebern in Ost-Berlin bei solchen Anlässen leichter, ihre politischen Absichten zu signalisieren. Zunächst einmal: Bundeskanzler Sinowatz hat aus seinen Gesprächen den Eindruck gewonnen, daß Honecker seine Absicht, die Bundesrepublik Deutschland zu besuchen – trotz des sowjetischen Vetos und der daraus folgenden Absage des ersten Besuchstermins im September – *keineswegs aufgegeben hat.* Honecker ist entschlossen, sich mit Kohl zu treffen, allerdings erst nach dem Mai 1985, also nach dem 40. Jahrestag der Kapitulation des Dritten Reiches. Dieser Termin, so heißt es, müsse von beiden deutschen Staaten erst einmal „bewältigt" werden.

Mit Kreuz an der Seite

Während des *Sinowatz-Besuchs* gab Honecker deutlich zu erkennen, daß er trotz der Auseinandersetzungen mit Moskau wegen der Reise nach wie vor unbestritten Chef im Partei- und Staatsapparat der „DDR" ist. Obwohl protokollarisch für Sinowatz als Regierungschef eigentlich Ministerpräsident Willy Stoph zu*ständig gewesen wäre, trat aus*schließlich Honecker als Gastgeber und Gesprächspartner auf, gefolgt vom aufsteigenden Stern des Ostberliner Politbüros, dem als „Kronprinzen" apostrophierten Egon Krenz. Alle anderen „DDR"-Parteigrößen spielten nur eine Statistenrolle.

Der SED-Chef gab zwei Signale per Tischrede. Er sagte, daß jene sich täuschten, die da glaubten, man könne die historische Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus durch militärische Mittel lösen. Ob er mit „jenen" die Amerikaner oder gar die Sowjets meinte, blieb offen.

Im Zusammenhang damit benutzte Honecker weiter *die Formel, daß die* „DDR" sich in einer „sehr sensiblen *Lage" an der Grenze von Warschauer* Pakt und NATO befinde. Dann sprach er von der Notwendigkeit, die Konfrontation unter allen Umständen abzubauen, und erklärte, zur Politik der Entspannung und der Zusammenarbeit gebe es keine Alternative. Es klang, als wollte Honecker sagen: Die Beziehungen zu Österreich als einem Staat mit anderer Gesellschaftsordnung könnten beispielhaft auch für das künftige Verhältnis zwischen Bonn und Ost-Berlin sein.

Gewisse Distanz

Zur Raketenfrage blieb Honecker, wie nicht anders zu erwarten, bei den Positionen des Warschauer Pakts. Interessant ist aber: Er erwähnte zwar einmal lobend die Vorschläge Tschernenkos; von der Sowjetunion als solcher *sprach er dagegen so gut wie gar* nicht. Die Zeit der unablässigen Lob*preisungen und Treueschwüre ist of*fenbar vorbei. Gelegentlich glaubt man sogar, eine gewisse *Distanz* festzustellen.

Das alles ändert natürlich zunächst nichts am Regime und an der allgemeinen Machtlage. Honecker braucht die Kontakte zum Westen aus Gründen der Ökonomie, aber auch der po*litischen Legitimation. Gleichzeitig* ist er immer wieder in der Gefahr, daß ihm „Untertanen" davonlaufen, sobald sie eine Möglichkeit dazu haben (siehe die Flüchtlinge in den deutschen Botschaften in Prag und Budapest: Ein Problem, bei dem die Österreicher anscheinend nichts ausrichten konnten).

Sicher *ist aber: Ebenso wie das* gesamte östliche Europa ist auch die „DDR" in Bewegung geraten. Der österreichische Besuch in Ost-Berlin war hier eine Probe auf das innerdeutsche Exempel.

UdSSR: Früherer Innenminister ist degradiert

rtr, Moskau

Der frühere sowjetische Innenminister Nikolai Tschokolow ist degradiert worden. Die amtliche Nachrichtenagentur Tass meldete in einer kurzen Nachricht, Tschokolow, der den Rang eines Generals bekleidete, habe sein Amt mißbraucht. Deshalb habe der Oberste Sowjet seine Degradierung angeordnet. Der 73jährige Tschokolow galt als enger Vertrauter des ehemaligen sowjetischen Staats- und Parteichefs Leonid Breschnew. Einen Monat nach dessen Tod im November 1982 war der Innenminister, der dieses Amt seit 1966 innehatte, entlassen worden.

Gorbatschow nach London

dpa, London

Das sowjetische Politbüro-Mitglied Michail Gorbatschow soll im Dezember Großbritannien besuchen. Gorbatschow gilt als „Kronprinz" in der sowjetischen Führung. Sein Besuch sei der erste eines „ranghöchsten sowjetischen" Politikers in Großbritan*nien seit Alexej Kossygin im Jahr* 1967, hieß es gestern in London. Gor*batschows Besuch solle unter ande*rem den Besuch des sowjetischen Au*ßenministers Andrej Gromyko vorbe*reiten, der für das Frühjahr geplant sei.

Zwischenfall an der CSSR-Grenze

AP, Wien

Die Leiche eines tschechoslowakischen Staatsbürgers, die in der Nähe der tschechoslowakisch-österreichischen Staatsgrenze bei Wielands rund 90 Kilometer nordwestlich von Wien gefunden wurde, gibt den österreichischen Behörden gegenwärtig Rätsel *auf und macht eine Sondersitzung* der österreichisch-tschechoslowakischen Grenzkommission nötig. Wie die niederösterreichische Polizei mitteilte, war der durch einen Schuß in den Rücken getötete 24jährige schon am Montag gefunden worden. Aus der Schußwunde schließen die Kriminalisten, daß der junge Mann, der einen CSSR-Personal*ausweis auf* den Namen Frantisek Faktor aus Budejovice (Budweis) bei sich trug, bereits am 30. Oktober erschossen wurde.

Israel und Libanon beraten Truppenabzug

Auch Syrien scheint zu inoffiziellem Kompromiß bereit

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

In dem libanesischen Küstendorf Nakura, wenige Kilometer von der israelischen Grenze, beginnen heute die Verhandlungen zwischen Israel und Libanon über den Abzug der israelischen Truppen aus dem restlichen, rund 2000 Quadratkilometern großen Gebiet Südlibanons, das sie noch besetzt halten.

Israels Ausgangsposition, so das Jerusalemer Außenministerium, enthält vier Punkte:

1. Syrien muß sich verpflichten, nicht in das von Israel geräumte Gebiet einzudringen.
2. Syrien muß sich verpflichten, keine palästinensischen Terrorangriffe von *syrischem Gebiet aus zu gestatten.*
3. Die UNO-Truppe „Unifil", die sich schon *jetzt in Südlibanon* befindet, rückt in das gesamte geräumte Gebiet ein – mit Ausnahme eines Grenzstreifens, der im Süden entlang der israelischen Grenze verläuft. Dort soll die von Israel aufgestellte und unterstützte „südlibanesische Armee" unter General Lachad die Kontrolle übernehmen.
4. Israel behält sich das Recht vor, im Falle von Verletzungen seiner Sicherheit militärische Vorstöße in das geräumte Gebiet Südlibanons zu machen.

Nordgrenze absichern

Was die libanesische Seite wirklich will, ist den Israelis nicht klar, vor *allem weil die Beiruter Regierung* eigentlich kaum mehr als ein Sprachrohr *ist.* Der unsichtbare Gesprächspartner der Israelis in Nakura werden die Syrer sein. Die Ohnmacht der libanesischen Streitkräfte geht schon daraus hervor, daß die militärische Delegation aus Beirut nicht imstande ist, auf dem kürzesten Weg nach Beirut zu reisen, nämlich auf der Küstenstraße von Beirut südwärts, weil sie von den drusischen und den schiitischen Milizen nicht durchgelassen wird. Sie *muß entweder einen langen* Umweg über die Berge machen oder per Hubschrauber einfliegen.

Offiziell fordert Libanon den totalen Abzug der israelischen Truppen, ohne dabei „irgendwelche politischen Zugeständnisse zu machen". Damit ist Israel *einverstanden: an*ders als bei den vorigen Verhandlun*gen steht die jetzige Jerusalemer Re*gierung unter der Führung einer Partei, die sich von Anfang an dem Libanonkrieg in seiner erweiterten Form – d.h. über die ersten 45 Kilometer hinaus – widersetzte.

Libanon ist auch – mit syrischer Billigung – mit der Forderung einverstanden, daß die Sicherheit der israelischen Nordgrenze garantiert werde. Differenzen gibt es nur über die Art und Weise. Syrien ist nicht bereit, der *südlibanesischen Armee* irgendeine Rolle zu geben oder sie auch nur anzuerkennen. *Dies gilt auch für* Libanon. Sogar der sonst so israel-freundlichen *Phalange ist die südlibane*sische Armee verhaßt.

Kein Angriff geplant

Darüber sind langwierige Verhandlungen zu erwarten, denn auch Israel ist nicht gewillt, hier zu verzichten. Es ist daher anzunehmen, daß sich ein inoffizieller und ungeschriebener Kompromiß ergibt. Ähnliches gilt für Israels erste zwei Bedingungen. Es ist überhaupt nicht denkbar, daß Syrien eine vertragliche Verpflichtung zum Schutz der israelischen Nordgrenze abgibt. Aber Syrien *ist – vorläufig* zumindest – an einer ruhigen Grenze *interessiert.* Assad *hat amerikani*schen Unterhändlern mehrfach versichert, er werde die israelische Grenze nicht angreifen und auch kein Eindringen palästinensischer Terrorgruppen zulassen. Verteidigungsminister Rabin hat bestätigt, daß Assad diese Verpflichtungen eingehalten hat. Die Grenze am Golan zum Beispiel ist heute ruhiger als alle anderen, einschließlich der ägyptischen. Es ist *den Israelis klar, daß* Assad nicht aus gutem Willen solche Zurückhaltung zeigt, sondern weil dies seinen weiter gespannten Interessen dient. Israel wäre daher mit einer ungeschriebenen Erklärung von syrischer Seite einverstanden.

*Unklar ist noch, wie sich die Dru*sen unter Dschumblatt und die Schiiten unter Beri verhalten werden. Sie könnten die Verhandlungen sabotieren und sind nur syrischem Druck zugänglich. Hier haben die Israelis ein Faustpfand: Ihre vordersten Stellungen in der Bekaa-Ebene sind nur 25 Kilometer von Damaskus entfernt. *Dazu ein israelischer Diplomat:* Sagen die Syrer nicht ja, dann bleibt eben ihre Hauptstadt in der Reichweite unserer Kanonen.

Vogel gegen „gläserne Taschen"

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

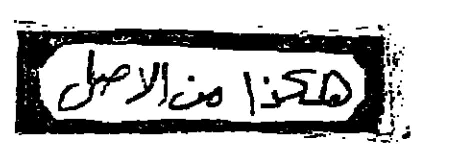
Mag es gelegentlich auch mit dem Gehen hapern – mit dem Wort sind sie allesamt noch bestens dabei. Das zeigte sich gestern im Bonner Hotel Steigenberger, wo sich das Jahrestreffen der „Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments e.V." mit dem Bundestags-Oppositionschef Hans-Jochen Vogel als Diskussionsgast zeitweilig zu einer Art Gegenparlament darstellte.

Vor rund 130 ehemaligen Parlamentariern entwickelte Vogel seine Idee, daß Bundestagsabgeordnete künftig ihre Einkünfte nicht, wie nach dem „Gläserne-Taschen-Modell" des CDU-Generalsekretärs Hei*ner Geißler vorgesehen,* vor Politikern offenlegen sollten, sondern statt dessen die *versammelten* Präsidenten der obersten Bundesgerichte einmal jährlich diesen tiefen Einblick ins Privateste nehmen müßten. Vogel: „Ich wehre mich dagegen, daß wir jetzt so tun, als ob die Abgeordneten des Deutschen Bundestages eine Gruppe von Leuten sei, die nur mit drakonischen Mitteln zur Ordnung gerufen werden kann."

Zur Wiederwahl des US-Präsidenten Reagan *meinte* Vogel, die „eindrucksvolle Entscheidung" sei zu akzeptieren, es wäre aber „schrecklich, wenn jemand das Wahlergebnis so deutete, als ob jetzt in Nicaragua mit USA-Waffen entschieden werden müßte".

Zum Verhältnis der SPD zu den „Grünen" wußte Vogel seinen Alt-Kollegen mitzuteilen, daß heute schon „alle Parteien Absprachen mit *dieser Partei" träfen, und daß alle* Parteien Fehler gemacht hätten, die überhaupt erst zur Bildung dieser Partei geführt hätten.

Das Präsidium, für das man zum Ärger des ehemaligen Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmaier als Vorsitzenden der Vereinigung ein erhöhtes Podest aufgebaut hatte („Saublöd!"), *sah auf viele graugewordene* Köpfe herunter, die in Bonn politische Geschichte gemacht haben, darunter Theodor Oberländer, von 1953-1960 Bundesvertriebenenminister, den Landwirt Wilhelm Brese, der zu Adenauers Zeiten die ersten Bauernproteste inszenierte, oder Elfriede Eilers, die in Bonn ein Menschenalter lang die SPD-Fahne hochhielt.



Der Autor Hans Habe

Als Fiktionen Wirklichkeit wurden


Weltgewandt und erfolgreich: Hans Habe FOTO: HORST TAPPE

Mit einem Roman dokumentarischen Charakters begann 1940 die glänzende Karriere eines Flüchtlings in den USA, der vorher in Europa schon einige weniger beachtete Bücher geschrieben hatte. Er schilderte in „Ob tausend fallen" ein wenig romantisch überhöht seine Erlebnisse als Angehöriger eines der Ausländer-Regimenter, die Frankreich unter dem Eindruck von Hitlers Kriegserklärung aufgestellt hatte und die ebensowenig wie die übrige französische Armee den Vorstoß der Deutschen an der Maginotlinie vorbei aufhalten konnten.

Der junge Mann, der aus der Kriegsgefangenschaft und aus Europa flüchten konnte, Sohn eines schlecht beleumundeten Wiener Redakteurs aus Budapest, erschrieb sich unter seinem Pseudonym Hans Habe in Amerika einen fabelhaften Erfolg. Man wollte damals unbedingt etwas von den wackeren, wenn auch unterlegenen Gegnern Hitlers hören. Der weltgewandte Autor geriet in den

Die Mission – ARD, 23.00 Uhr

gesellschaftlichen Strudel der feinsten Kreise und heiratete eine Botschaftertochter. Sobald die Vereinigten Staaten in den Krieg eintraten, eilte er wieder zu den Waffen und traf mit den ersten amerikanischen Streitkräften in Casablanca ein. Kaum zwei Jahre später übernahm er mit einem Sondertrupp der „Psychologischen Kriegführung" die Aufklärung der deutschen Soldaten und der Heimatfront, unter anderem durch „Radio Luxemburg".

Im Sommer 1945 wurde er dann Chefredakteur der von den amerikanischen Besatzern geschaffenen „Neuen Zeitung" in München, unterstützt von einer Elite deutscher Journalisten wie Erich Kästner, Bruno E. Werner, Walter Kiaulehn u. a. Weshalb er diese wunderbare Aufgabe bald darauf seinem Gefährten Hans Wallenberg überließ, ist nie ganz deutlich geworden. Er machte auf Münchener Boden noch weitere Anläufe als Herausgeber von Presseorganen, doch sie endeten alle im Aus. So knüpfte er an seine Erfolge als Romanautor an.

In „Off limits" stellte er die düstere R-Mark-Zeit vor und das Mißverhältnis im Leben der Besetzer und der Besetzten. In „Christoph und sein Vater" behandelte er den Gegensatz zwischen einem Regisseur, der einen antisemitischen Film gedreht hat, und der tätigen Reue, die sein jugendlicher Sohn unternimmt; die Anregung bot der Fall Veit und Thomas Harlan. Auch in „Die Mission" spielt die *historische Wahrheit hinein: Die Konferenz* von Evian, auf der man den Versuch machte, das Schicksal der Juden in Mitteleuropa dem nationalsozialistischen Regime aus den Händen zu nehmen und sie auf internationaler Basis zu retten, hat tatsächlich stattgefunden. Aus Hans Habes Romanvorlage entstand ein mit Hans Schweikart, Martin Held, Marianne Hoppe und vielen anderen erstklassigen Schauspielern besetztes Fernsehspiel unter der Regie von Ludwig Cremer, das heute abend zu sehen ist.

Fast alle Romane Hans Habes – es sind insgesamt über 25 geworden – hatten großen Erfolg beim Publikum. Die Literaturkritik stand ihnen eher reserviert gegenüber, was für Habe der Anlaß zu brillant geschriebenen polemischen Auseinandersetzungen war. Manchmal trug das Schicksal dazu bei, die sensationellen Effekte noch zu vermehren, so wenn er unmittelbar nach dem Abschluß eines Romans über ein ermordetes junges Mädchen („Das Netz") erleben mußte, daß die eigene Tochter in Hollywood entführt und getötet wurde.

Nach einigen Jahren am österreichischen Wolfgangsee zog Habe mit seiner sechsten Frau, der Operettensängerin Licci Balla, an den Lago Maggiore. Dort ist er 1977 sechsundsechzigjährig gestorben.

HELLMUT JAESRICH

KRITIK

Balken in der eigenen Röhre

In wiederholten, halbstündigen Blöcken von sechs Uhr an haben beide Anstalten gestern zu den **US-Wahlen** einen Einfall für die Olympischen Spiele, das Frühstücksfernsehen, wiederbelebt. Diese Art der Information über nächtliche Ereignisse ist kompakt und gut verdaulich; vor allem wenn sie, wie im ersten Kanal, gespickt ist mit Live-Interviews im Studio.

Die Inhalte blieben im Wahlkampf auf der Strecke, wurde dabei bemängelt. Wie stand es darum während dieser Sendungen? Können die kurzen Statements der in Deutschland Befragten und die Dreisatz-Kommentare der Korrespondenten einen höheren Anspruch erheben? „Stolz, Macht, Stärke", so faßte zum Beispiel ZDF-Friedrichs Reagans Programm zusammen.

Und sind die Wahlen in den Staaten Anlaß für des deutschen Fernsehens Frage, „was Wahl-Werbespots von Seifenreklame unterscheidet"? Sieht es denn den Balken in der eigenen Bildröhre nicht? Die westdeutschen Wahlspots der Parteien sind doch wohl genauso platt und plakativ wie die von Reagan und Mondale.

Doch halt – einen wichtigen Unterschied gibt es: Im US-Fernsehen müssen die Kandidaten teuer für die Werbezeit zahlen, im deutschen Staatsfernsehen bekommen die Parteien die beste Sendezeit umsonst. Um uns einzuseifen.

DETLEV AHLERS

Ästhetik, die sich selbst ausprobiert

Das Stück von dem heimgekehrten ehemaligen Gangster **Al Kruger** (ZDF) ist das erste Produkt, das Volker Vogeler mit der elektronischen Kamera schuf. Es machte ihm ganz offensichtlich viel Spaß, die technischen, ästhetischen und dramaturgischen Möglichkeiten dieser Aufnahmetechnik auszuprobieren.

So entstand eine Sendung, die mit einer fein dosierten Fülle von Valeurs sehr viel Geschmack mitteilte, wenn man das so sagen darf. Nur macht das optische Gespinst allein noch kein Fernsehspiel. Bewegte Bilder sind in Film und Fernsehspiel allenfalls Ausdrucksmittel, zur Botschaft werden sie erst, wenn sie zwingend Inhalte tragen oder zu Inhalten werden.

Das aber tritt bei Vogeler nicht ein. Er sagt selber: „Ästhetik transportiert auch Inhalte." Doch seine Ästhetik transportiert nicht einmal sich selber. Sie probiert sich nur aus, und das ist zu wenig. Ich muß es so hart sagen, weil Vogeler ein großer Regisseur ist. Er mußte dieses Produkt drehen, um an die Grenzen seiner Vertrautheit mit dem Medium MAZ zu stoßen. Nur sei hier die Frage erlaubt: Wozu braucht er dabei uns, die Zuschauer, deren Erwartungshaltung ja wohl nicht auf seine Entwicklungsprobleme gerichtet ist?

Fernsehen ist eine Frage der Kommunikation. Wer diese antastet, sündigt.

VALENTIN POLCUCH

Die Seele durfte überkochen

Dies als Vorbemerkung: Der Münchner Regisseur Michael Verhoeven gehört nicht zu jenen, denen Fußball einerlei oder gar ein Greuel ist. Er hat in seiner Jugend beim FC Bayern gespielt, und diese Leidenschaft hat ihn nicht mehr losgelassen. Aufstieg, Alltag und Fall eines Profi-Kickers in der zweiten Liga – darum ging es in seinem Fernsehfilm **Das Tor zum Glück** (ZDF).

Da fürchtete man freilich die Klischees, den erhobenen Zeigefinger. Doch Verhoeven rutschte auf den ausgetretenen Trampelpfaden nicht aus, sondern bot 105 Minuten lang einen erfrischenden, unterhaltenden und auch noch informativen Streifen.

Dort, wo es heikel bis peinlich hätte werden können, gab es statt der befürchteten pseudodokumentarischen Fallstudie bunten, prallen Kintopp. Zum Beispiel: Der in private Schwierigkeiten verwickelte (Fußball-)Star, verletzt und außer Form, wird von einer Gruppe enttäuschter Skinheads brutal zusammengeschlagen. Lange zuvor haben sie schon die türkische Kneipe des einst glorreichen Torjägers beinahe zu Kleinholz verarbeitet.

Verhoeven läßt es nicht aussprechen, auch nicht breitwalzen, doch die Aussage ist ganz klar: Ein deutscher Spitzensportler, der mit Türken verkehrt, der einen Haufen Geld kassiert, aber keine Leistung mehr bringt – ja, da muß doch einfach *mal* die Seele überkochen dürfen.

Es gibt viele solcher Szenen, Momentaufnahmen oder scheinbar nur beiläufig erzählt. Wirklich erzählt.

KLAUS BLUME



ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.25 Fußball-Europapokal
2. Runde, Rückspiele
11.15 Umschau
11.35 No, sowas!
12.20 Literatur im Gespräch
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Wildtiere erobern Europa
Eine Sendung mit Professor Bernhard Grzimek
16.55 Die Spielbude
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Mangel an Liebe
Probleme einer Überflußgesellschaft
Filmberichte und eine Live-Diskussion mit Elke Hockerts-Werner, Gabriele Krone-Schmalz, Helga Märthesheimer und sechs prominenten Gästen.
Erwachsen werden wollen sie lieber nicht. Denn erwachsen werden ist gleichbedeutend mit Angst: Angst vor Arbeitslosigkeit, Angst vor übergroßem Leistungsdruck, Angst vor dem Altwerden, vor der Einsamkeit. Nimmt unsere Gesellschaft mit ihrer wachsenden Rücksichtslosigkeit und Kälte den Kindern und Jugendlichen den Mut für die Zukunft? Das jedenfalls legen die Äußerungen von Schülerinnen und Schülern einer Gesamtschule im Sauerland nahe, die sich mit dem Thema „Mangel an Liebe" beschäftigt haben.
21.45 Hollywood '84
Eine Sendung von Werner Baecker
Regie: Ingrid Menzel
In der zweiten Folge berichtet Werner Baecker über das Hollywood von heute. Zu seinen Interviewpartnern in dieser Sendung gehört u. a. Michael Landon, der als Little Joe in der „Bonanza"-Serie weltbekannt wurde; in den Columbia-Studios von Burbank interviewt er außerdem Peter Falk, den Columbo-Star.
22.30 Tagesthemen
23.00 Die Mission
Fernsehfilm über einen ungeheuerlichen Plan zur Rettung der Juden
Nach dem Roman von Hans Habe
Mit Martin Held, Marianne Hoppe u. a.
Regie: Ludwig Cremer
0.50 Tagesschau

ZDF

15.25 Enorm in Form
Fit durch den Winter
15.40 Videotext für alle
16.00 heute
16.04 Un-Ruhestand
Geschichten vom Älterwerden
2. Frau W.
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Fünf Freunde im Zeltlager (1)
Film nach Enid Blyton
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Ireen Sheer und Balder
17.50 Tom und Jerry
Zeichentrickserie
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Ein himmlisches Vergnügen
Eine reizende Familie / Die Doppelhochzeit
Bei den Brauses herrscht große Aufregung. Immerhin steht die Doppelhochzeit der Geschwister Julia und Margit ins Haus, und da gilt es, die schwierige Aufgabe zu meistern, die recht zahlreiche Verwandtschaft auf einen gemeinsamen Termin festzulegen.
19.00 heute
19.30 *Die schönsten Geschichten von Jakob und Adele*
Buch: Herbert Reinecker
Regie: Hans Jürgen Tögel
21.00 Wie würden Sie entscheiden?
Weil Ehemann Claus aus biologischen Gründen kein Kind zeugen kann, entschließt sich das Ehepaar Ullmann zu einer künstlichen Befruchtung – mit dem Samen eines anderen Mannes.
21.45 heute-journal
22.05 Bürger fragen Lothar Späth
Live aus Stuttgart
23.20 Der Fall Hagenbuch
Der kabarettistische Lyriker Hanns Dieter Hüsch hat eine Kunstfigur kreiert, die bereits auf einigen Tourneen geliebt und belacht wurde: Hagenbuch. Geschichten um diese Figur sind auch Inhalt der heute gezeigten Sendung, für die Hüsch aus seinem Gedichtzyklus drei Hagenbuch-Texte auswählte und begleitet vom Bernd Reichow Sinfonic Jazz Ensemble vorträgt.
0.05 heute

Mit dem „Fall Hagenbuch" beschäftigt sich der Kabarettist Hanns Dieter Hüsch (ZDF, 23.20 Uhr) FOTO: U. RÖHNERT

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Singapur
Amerikanischer Spielfilm (1947)
Mit Fred MacMurray, Ava Gardner, Roland Culver u. a.
Regie: John Brahm
21.30 Filmtip
21.45 Zertrümmerte Träume
Drogen – Sucht – Leiden
22.15 Der Mann mit der Kamera
Nathan Akselrod filmte den Kampf um Palästina
23.15 *Eingeklemmt*
0.00 Letzte Nachrichten

NORD
18.30 Seitensprünge (1)
19.15 Urlaubers Hinterland: Spanien (2)
20.00 Tagesschau
20.15 Ein Hauch von Sinnlichkeit
Amerikanischer Spielfilm (1969)
Mit Omar Sharif u. a.
22.05 *Kultur kontrovers:* Betroffen vom Bauen
22.55 Konzert mit dem Orchestre Philharmonique de l'ORTF
23.50 Nachrichten

HESSEN
18.55 Die Hexe *Lakritze*
19.00 Die geliebte Hexe
Italienischer Spielfilm (1980)
20.25 *Filmmagazin*
21.20 Das Bild der Woche
21.30 Drei aktuell
21.45 Blickpunkt Ausland
22.30 Die wirklich Reichen (2)
Mit Simone Signoret u. a.
Regie: René Bluwal
23.25 Schach-WM

SÜDWEST
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Das Absolute und die Kunst des Möglichen (1)
Stücke von Jean Anouilh
21.25 Sport unter der Lupe
Nur für Baden-Württemberg:
22.10 Freiplatz
Nur für Rheinland-Pfalz:
22.10 Guten Abend aus Mainz
Einladung
Unterhaltsamer Abend mit Künstlern aus Rheinland-Pfalz
Nur für das Saarland:
22.10 TV-Club Saar 3

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Kabale und Liebe
Trauerspiel von Friedrich Schiller
20.40 Z. E. N.
20.45 Christsein im Alltag
4. Die Schwester
21.15 *Geistliche Musik (4)*
21.39 Rundschau
21.45 Gespräch zur Sendung „Die Schwester"
22.45 Anwalt gegen das Gericht
0.45 Rundschau
0.50 Actualités

NACHRICHTEN

Horsmanns Klage

Nürnberg (dpa) – Die Klage Mannschaftskapitäns Udo Horsmann gegen die fristlose Kündigung durch den *Fußball-Zweiligaklub 1.FC Nürnberg* wird als erste von sechs am 19. November vor dem Arbeitsgericht Nürnberg verhandelt.

Beuker wird Professor

Düsseldorf (sid) – Friedhelm Beuker, bis 1982 Hochschuldozent für Sportmedizin und Leiter des Instituts Breitensport an der Deutschen Hochschule für Körperkultur in Leipzig, wurde mit Wirkung zum 15. November zum Professor für Sportwissenschaft der Universität in *Düsseldorf* ernannt.

Zwei Tore von Götz

Leverkusen (sid) – Der frühere *„DDR"-Auswahlspieler* Falko Götz erzielte zwei Tore beim 7:0-Sieg von Bayer Leverkusen im Freundschaftsspiel gegen Sfax (Tunesien).

Wirbel um Hussing

Malmö (dpa) – Hat Box-Superschwergewichtler Peter Hussing (36) in Malmö durch K.o. oder Abbruch verloren? Nach 1:40 Minuten der ersten Runde wurde Hussing im Kampf gegen Hakan Brook aus Malmö vom schwedischen Ringrichter ausgezählt. Hussing: „Ich ging zwar zu Boden, war aber bei 'sechs' wieder kampfbereit." Wäre Hussing tatsächlich k.o. gegangen, könnte er am Freitag wegen der Vier-Wochen-Schutzsperre nicht bei den Westdeutschen Meisterschaften in Köln antreten. Der Deutsche Amateurbox-Verband hat ein Protokoll des Kampfes angefordert.

„Loyalitätsprämie"

London (dpa) – Der britische Leichtathletik-Verband hat sogenannte „Loylitätsprämien" für Stars beschlossen. Spitzenkönner wie Daley Thompson oder Sebastian Coe *sollen 1000 Pfund (rund 3800 Mark)* im Jahr kassieren, wenn sie sich für offizielle Länderkämpfe zur Verfügung stellen.

Kelly bestraft

Brüssel (sid) – Der irische Radprofi wurde von seinem nationalen Verband mit einer Geldstrafe in Höhe von 1400 Mark belegt. Kelly war beim Ein-Tages-Rennen Paris–Brüssel, bei dem er Dritter geworden war, gedopt.

Kein Start in Südafrika

Kapstadt (sid) – *Die englische Läuferin* Zola Budd hat auf einen Start in Südafrika verzichtet. Wäre die in Südafrika geborene Zola Budd gestartet, hätte sie damit künftige inter*nationale Starts für sich unmöglich* gemacht. Denn Südafrika gehört nicht dem internationalen Verband an. Zola Budd hatte erst kurz vor den Olympischen Spielen in Los Angeles einen britischen Paß erhalten.

ZAHLEN

FUSSBALL

Englischer Pokal, zweite Runde: FC Anderlecht – Norwich City 0:4, FC Chelsea – FC Walsall 3:0, Grimsby Town – Rotherham United 5:1, FC Sunderland – Nottingham Forest 1:0, *West Ham United – Manchester City* 1:2, Wolverhampton – Southampton 0:2.

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in London, erste Runde: Becker (Deutschland) – Sanchez (Spanien) 6:4, 6:1, Forget (Frankreich) – Jarryd (Schweden) 6:4, 6:2, Hooper (USA) – Edberg (Schweden) 4:6, 6:2, 13:11, Gene *Mayer* (USA – Hogstedt (Schweden) 6:7, 6:1, 6:2, Sundstroem (Schweden) – Denton (USA) 7:6, 6:4, Gunnarsson (Schweden) – Portes (Frankreich) 6:4, 6:4. – **Turnier in Buenos Aires**, erste Runde: Riglewski (Deutschland) – Masso (Argentinien) 6:2, 6:4, Meinecke (Deutschland) – Gattiker (Argentinien) 6:7, 2:6, Bengoechea (Argentinien) – Freund (*Deutschland*) *6:0, 6:0.*

FUSSBALL / München beinahe ausgeschieden – Lobeshymnen in Spanien – Wie behält man mehr Geld in der Kasse?

Lässig, überheblich, pomadig – nur Jean-Marie Pfaff rettete die Bayern

DW. **Plovdiv**

Es darf wieder über den Leistungsstand des deutschen Profifußballs gerätselt werden. Der Ausgangspunkt zur Lösung des Problems liegt in der *Tabelle der Bundesliga und dem,* was gestern nachmittag in Plovdiv, der zweitgrößten Stadt Bulgariens nach Sofia, geschah: Der FC Bayern München hat fünf Punkte Vorsprung in der laufenden Meisterschaft, die Konkurrenz befürchtet schon einen Alleingang der Mannschaft von Trainer Udo Lattek, die Langeweile droht wegen allzu großer sportlicher Überlegenheit. Und dann dies: Dieselben Bayern *stolperten* im *Europapokal* der Pokalsieger gegen Trakia Plovdiv trotz eines 4:1-Sieges im Hinspiel am Abgrund. Die Bulgaren gewannen schließlich nur 2:0, ein Treffer fehlte ihnen, um die zweite Runde zu erreichen. Aber es ist ihr Verdienst, wieder einmal Fragen aufzuwerfen.



Zum Haareraufen: Michael Rummenigge in der Formkrise.
FOTO: SIMON

War es wieder einmal *Hochmut,* der vor dem Fall des deutschen Fußballs in den letzten Jahren stand? „Wo kämen wir denn hin", fragte Manager Uli Hoeneß vor dem Spiel, „wenn wir nach dem 4:1 immer noch Angst hätten?" Eine normale Frage – aber wohl nur wenn es um Mannschaften geht, die Klasse besitzen. Bayern München, schon das 1:1 gegen den Hamburger SV am letzten Samstag hat es angedeutet, ist das nicht. Also kann auch die gesamte *Bundesliga keinen hohen Leistungs*stand besitzen?

Die Münchner Spieler selbst sollten sich diese Frage einmal stellen. Sie benahmen sich in der ersten Halbzeit *von Plovdiv jedenfalls so,* als könnten sie mit lockerem Dienst nach Vorschrift die im ersten Spiel als schwach erkannten Bulgaren ausschalten. Ärgerlich war dabei besonders das pomadige Auftreten von Michael Rummenigge, der allein aus seinem Familiennamen offensichtlich ableitet, schon einer der ganz großen Spieler des Kontinents zu sein. Ärgerlich auch der allgemeine Eindruck, eine Prämie in Höhe von 4000 Mark für den Vorstoß in die nächste Runde gleichsam im Vorübergehen in Empfang nehmen zu können.

Was dann geschah, in der zweiten Halbzeit, war logische Folge und *Strafe genug für den Schlendrian: In* der 49. Minute scheiterte Mathy nach einem Sololauf mit einem schwächlichen Schuß, zwei Minuten später konnte sich Dürnberger gegen Paschev *nur mit einem Foul helfen.* Den fälligen Elfmeter verwandelte Kostadinov zum 2:0. In diesem Augenblick schien den Münchnern aufzugehen, daß das 1:0 der Bulgaren in der 38. Minute, das sie so gelassen hingenommen hatten, mehr war als nur ein kleiner, lästiger Unfall. Ein 3:0 hätte Plovdiv gereicht, und die Bayern waren nun gar nicht mehr in der Lage, ihre anfängliche Lethargie abzustreifen. Sie sahen sich ständig Angriffen ausgesetzt, die sie oft genug nur noch mit Fouls stoppen konnten. Sören Lerby, nach vier gelben Karten für Samstag (in Mönchengladbach) in der Bundesliga gesperrt, wurde wieder verwarnt und wandelte am Rande eines *Platzverweises.* Augenthaler sah ebenfalls die gelbe Karte. Daß am Ende dieses 2:0 stehen blieb, daß nun schon wieder von großen Gegnern im Europapokal geträumt werden darf, ist wahrlich kein Verdienst der Mannschaft, die der Bundesliga wegzurennen drohte. Es hatte eher seinen Grund im mangelnden Schußvermögen der Bulgaren.

An dieser Stelle hat auch eine Bemerkung *zu Torwart Jean-Marie Pfaff* zu stehen. Der Belgier, der in diesem Spiel getestet werden sollte und schon Angst davor hatte, sein Können sei gegen einen derart schwachen Gegner gar nicht zu überprüfen, war der beste Münchner Spieler. Wenn Lattek seine Ankündigung wahr*macht, sich bei gleichen Leistungen* von Pfaff und Raimond Aumann für den erfahreneren Torwart zu entscheiden, müßte Pfaff auch künftig wieder in Bundesligaspielen eingesetzt werden. Pfaff jedenfalls darf sich als einziger Sieger dieses Spieles fühlen. Alles andere versank noch unter die Grenze, die den Durchschnitt angibt. Da kann es auch keine Entschuldigen von der Art geben: Bernd Martin zog sich vor dem Spiel eine Oberschenkelzerrung zu, und Lothar Matthäus war wegen seiner Ohrfeige im Spiel der ersten Runde gegen Moss (Norwegen) gesperrt.

Zwei Spieler fehlten also, na und? Sind die Bulgaren so stark, daß sie in der Bundesliga Meister werden könnten? Das muß an die ersten Fragen anknüpfen. Entweder wird die Bundesliga weiter überschätzt – oder nur der klar führende FC Bayern.

Bayern München spielte mit: Pfaff – Augenthaler – Dremmler, Eder, Willmer – Mathy, Dürnberger, Lerby, Nachtweih – Rummenigge (46. *Hoeneß*), Wohlfarth. – Schiedsrichter: Casarin (Italien). – Zuschauer: 25 000. – Tore: 1:0 Paschev (38.), 2:0 Kostadinov (51.)

„Dampfwalze Barcelona" dank Bernd Schuster

sid, **Barcelona**

Der Pfälzer Kraftprotz Hans-Peter Briegel eroberte Verona im Sturm. Nach vier Jahren voller Verletzungen, Rückschläge und Querelen hat sich Bernd Schuster beim FC Barcelona nun auch in die Herzen der Fans gespielt. Die weit über 100 000 Mitglieder im „verrücktesten Klub der Welt" liegen nicht mehr dem schwarzen Krauskopf Diego Maradona, sondern dem „blonden Engel" zu Füßen.

Nach dem unrühmlichen Abgang des über *20 Millionen* Mark teuren argentinischen Superstars nach Neapel übernahm Schuster, im Herbst 1980 für 3,6 Millionen Mark vom 1. FC Köln in die katalanische Metropole gekommen, die Regie. Nachdem der gebürtige Augsburger vor Saisonbeginn auch dem neuen *DFB-Teamchef Franz Beckenbauer* seinen neuerlichen Rückzug aus der Nationalelf erklärt hatte, machte er in Barcelona endlich Nägel mit Köpfen.

Schuster setzte die Ankündigung: „Ich lasse *mich nicht mehr* ablenken und konzentriere mich voll auf meinen Klub" in die Tat um und führte den FC Barcelona an die Tabellenspitze. Der Klub, der seit 1974 trotz aller Millionen-Investitionen erfolglos dem Meistertitel nachjagt, ist nach zehn Spieltagen noch unbesiegt und besitzt drei Punkte Vorsprung vor Valencia und Real Madrid.

Besonders entzückt waren Barcelonas Fans natürlich über die Auswärtssiege bei den Madrider Erzrivalen Real und Atletico. Dabei stellte Schuster seine Landsleute Uli Stielike (vormals Gladbach) und Mirko Votava (früher Dortmund) weit in den Schatten.

Die Väter des Erfolges von Barcelona sind der 24jährige Schuster und der neue Trainer Terry Venables, der als Nachfolger des Argentiniers Cesar Luis Menotti vom englischen Erstdivisionär Queens Park Rangers geholt wurde. Dabei überstrahlt Schusters Stern den des Managers in der Öffentlichkeit weit. Der ewige Rebell im deutschen Nationaldreß glänzt für seine Mannschaft inzwischen als Spielmacher und Torschütze.

Mittlerweile ist Schuster, dem die spanischen Mitspieler zuvor nach zahlreichen unbedachten Äußerungen keineswegs gut gesonnen waren, in der Mannschaft als absoluter Chef anerkannt. Diese Stellung schlug sich auch in der Beförderung zum Kapitän für den verletzten Spanier Sanchez nieder.

Für die Presse von Barcelona hat sich der Deutsche vom Saulus zum Paulus gewandelt. Die Superlative häufen sich. Die Zeitungen sind sich einig, daß sich die Investitionen für Schuster, der einen Vertrag bis 1988 besitzt, im Gegensatz zu Maradona gelohnt haben.

„Mit einem kaiserlichen Schuster wurde Barcelona zur Dampfwalze" (El Pais), „Schuster der Steuermann des Tabellenführers" (As) oder „Schuster perfekt – Barcelona wird zur unüberwindbaren Festung!" (Diario 16) – so lautet eine Kurzauswahl von Schlagzeilen. Das Gesamturteil: Schuster ist so gut wie nie – noch besser als bei der Europameisterschaft 1980 in Italien.

Schuster selbst fühlt sich in seiner neuen Rolle wohl und verschwendet keine Gedanken an Deutschland: „Ich bin so *gut* in Form wie noch *nie,* sogar noch besser als vor meinen Verletzungen." Daß die Entwicklung auch mit Maradonas Weggang zusammenhängt, bestätigt er nur indirekt: „*Ich trage jetzt mehr Verantwortung* und bin dadurch ein kompletterer Spieler."

Das begnadete Talent, das vormals häufig zu übertriebenem Individualismus neigte, wurde von Terry Venables stärker in den Dienst für die Mannschaft eingebunden. Inzwischen hat auch Schuster erkannt, daß er davon nur profitiert: „Die derzeitige Stärke des FC Barcelona liegt *in* der Geschlossenheit. Es gibt keine Rivalität mehr. Die Mannschaft ist ein Block und deshalb auch auswärts so stark."

Münchens neue Ideen zu einer „Steuerreform"

sid, **Frankfurt**

Zehn Millionen Mark Ablöse hat *Fußball-Pokalsieger* Bayern München von Inter Mailand für seinen Kapitän Karl-Heinz Rummenigge kassiert, doch mehr *als die Hälfte* des Verkaufserlöses droht die Steuer aufzufressen. „Der Fiskus ist unser größter Partner, ohne bei uns Mitglied zu sein." Diese Erkenntnis hat Bayern-Schatzmeister Professor Fritz Scherer auf die Idee einer Steuerreform für den Transferbereich gebracht. Im*merhin werden von den 18* Bundesliga-Klubs auf diesem Markt Saison für Saison im Schnitt 30 Millionen Mark umgesetzt.

Auf Initiative des umsatz- und finanzkräftigsten Bundesliga-Vereins treffen sich die Schatzmeister und Wirtschaftsprüfer der Vereine des Oberhauses mit den Experten des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) *am 15. Januar in Frankfurt. Einziger* Punkt der Tagesordnung: Die Aktivierungspflicht für Fußballspieler, die bisher in der Bilanz vergleichbar etwa einer Maschine oder einem Auto abgeschrieben werde, soll aufgehoben werden. Ziel des Bayern-Vorstoßes ist es, die Einnahmen und Ausgaben bei *Spielerwechseln künftig di*rekt abzugsfähig über die Gewinn- und Verlustrechnung zu verbuchen.

„Das bringt den Bayern im speziellen Fall Rummenigge eine Steuerersparnis von rund 1,7 Millionen Mark", hat Scherers Amtskollege Wolfgang Knispel, Steuerfachmann im Zivilberuf, in Frankfurt ausgerechnet. Der Erlaß des Bundesfinanzministeriums von *1974* verlangt, wie es im Amtsdeutsch heißt, daß „es sich bei den Ablöse-Entschädigungen um Anschaffungskosten für abnutzbare immaterielle Wirtschaftsgüter des *Anlagevermögens handelt*".

Im Klartext heißt dies: Die Münchner müssen die Millionen aus Mailand mit Ausnahme der Abschreibungen für die Neuverpflichtungen Matthäus, Wohlfarth, Eder und Willmer komplett mit 56 Prozent Körperschaftssteuer ans Finanzamt abführen. Für das Quartett, das zusammen rund vier Millionen kostet, wäre dies für 1984 nur knapp ein Viertel der Einkaufssumme. Von den restlichen neun Millioen würde der Staat 5,05 Millionen Mark kassieren.

Die Höhe der Abschreibung richtet sich unter anderem nach dem Alter des Spielers (Unterscheidung jünger *als 22, älter als 27) und der* Dauer seines Vertrages. Am Beispiel Matthäus: Alter 23, abschreibungsfähig bis 29, also sieben Jahre, ergibt pro Jahr bis 1990 einen Betrag von jeweils *357 000 Mark,* das ist ein Siebtel von 2,5 Millionen Ablöse.

„Wenn die Transfereinnahmen und -ausgaben künftig über die Gewinn- und Verlustrechnung gebucht werden können, muß praktisch nur der Saldo versteuert werden", sagt Knispel. Von sechs Millionen (zehn Millionen Einnahmen für Rummenigge abzüglich der vier Millionen für die *Neuverpflichtungen) blieben dann* nur 3,36 Millionen für das Finanzamt.

„Die Möglichkeiten *zu diesem* Vorstoß bei den Finanzbehörden sind seit der Statuten-Änderung des Deutschen Fußball-Bundes 1982 überfällig, nur hat sich bisher niemand dafür stark gemacht", sagt DFB-Ligasekretär Wilfried Straub und erwartet ebenso wie Knispel die volle Zustimmung der *gesamten Liga.* Gemeinsam erscheint ein derartiger Vorstoß bei den zuständigen Finanzbehörden der Länder erfolgversprechender. Bisher allerdings hatten es alle Vorstöße dieser Art sehr schwer, *von den* Behörden eingehend geprüft zu werden. Im Gegenteil: Die Finanzämter waren in der Vergangenheit eher versucht, bei Profiklubs übliche Vergünstigungen zu streichen.

OLYMPIA / Teilnahmegarantie der amerikanischen Komitees beschlossen

Kuba nicht auf sowjetischem Kurs

dpa/sid, **Mexico City**

Kuba ist offenbar nicht bereit, der Sowjetunion erneut beim Boykott der Olympischen Spiele zu folgen. Kuba gehört zu jenen 36 Nationalen Olympischen Komitees (NOK) aus Nordamerika, Lateinamerika und der Karibik, die in Mexico City auf einem Kongreß der Panamerikanischen Sportorganisation Odepa in einer gemeinsamen Erklärung ihre Teilnahme an den Olympischen Sommer*spielen 1988 in Seoul zusicherten.*

Die Deklaration, die allgemein als ein Beweis der Einigkeit bezeichnet wurde, wurde dem Präsidenten des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), dem Spanier Juan Antonio Samaranch, unmittelbar vor Beginn einer olympischen Sitzungsserie in der mexikanischen Hauptstadt überreicht, wo die Vereinigung der Natio*nalen Olympischen Komitees* (ACNOS) gleichzeitig ihre Vollversammlung abhält. Präsident der Vereinigung der Nationalen Olympischen Komitees ist der Mexikaner Vazquez Rana, der gleichzeitig auch Vorsitzender der Odepa ist. So ist zu erwarten, daß er sich auch bei der ACNOS-Vollversammlung für Seoul stark macht.

Die Entscheidung der Odepa-Mitglieder ist als Rückenstärkung für Seoul und gleichzeitig als Verurteilung der Kampagne der UdSSR gegen die südkoreanische Hauptstadt als olympischen Austragungsort zu sehen. Obwohl der Präsident des Nationalen Olympischen Komitees von Kuba, Manuel Gonzales Guerra, bei der Verabschiedung der Deklaration nicht dabei war, erklärte ein Sprecher der Odepa, daß alle 36 Mitglieder einschließlich Kuba der gemeinsamen Erklärung zugestimmt hätten. Dadurch gewinnt die Entscheidung sportpolitische Bedeutung. In Los Angeles hatte sich Kuba noch an dem von Moskau ausgerufenen Byokott beteiligt.

In der Sowjetunion war in den letzten Tagen immer wieder gefordert worden, die Sommerspiele wegen der politischen Verhältnisse in Südkorea in eine andere Stadt zu verlegen. Diese Kampagne hat indessen in Osteuropa um sich gegriffen. Den Angriffen schloß sich nun auch die kommunistische Partei Ungarns an, in deren *offizieller Tageszeitung* „Magyar Hirlap" das IOC scharf kritisiert wird. Das IOC steuere mit Seoul einen gefährlichen politischen Kurs, wird in einem Kommentar geäußert.

Allerdings haben führende Sportfunktionäre der Sowjetunion in Mexico City widersprüchliche Meinungen geäußert. „Die Wahl ist auf Seoul gefallen. Weiter haben wir dazu nichts zu sagen", erklärte ein namentlich nicht genanntes UdSSR-Delegationsmitglied.

Moskaus Sportminister Marat Gramow hatte indessen erkennen lassen, daß die UdSSR gegen die Durchführung der Spiele in Seoul vorgehen werde. Sollte Gramow einen direkten Vorstoß gegen Seoul unternehmen, gibt Walther Tröger, Sportdirektor des IOC, diesem Unterfangen wenig Chancen. Die Sowjets würden scheitern, wollten sie versuchen, die Spiele noch aus Seoul wegzubekommen, hatte Tröger in Mexiko geäußert.

Aus der südkoreanischen Hauptstadt Seoul wurden von Regierungsseite oder dem Organisationskomitee der Spiele 1988 bislang keine Reaktionen laut.

Lediglich zu den Verhandlungen mit amerikanischen Gesellschaften über den Verkauf der Fernsehrechte wurden Äußerungen gemacht. OK-Sprecher Yong-Jung Kwon erklärte, man erhoffe sich eine Einnahme von mehr als 750 Millionen Dollar, umgerechnet rund 2,2 Milliarden Mark. Derzeit verhandele man mit der Fern*sehgesellschaft ABC. Spätestens* im Januar 1985 wolle man einen Vertrag unterschreiben, meinte Kwon.

IOC-Präsident Samaranch hatte inzwischen unmittelbar nach seiner Ankunft in Mexico City erneut eine Garantie für Seoul als Austragungs*ort gegeben: „Die Olympischen Spie*le werden in Seoul stattfinden, so wie sie in Moskau und Los Angeles abgehalten wurden, komme was wolle. Nur eine Weltkatastrophe kann dies verhindern."

Nominieren künftig Gerichte die Nationalmannschaften?

STAND ● PUNKT

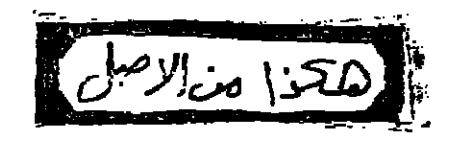
Das Landgericht München I hat den deutschen Sportverbänden und *dem Nationalen Olympischen* Komitee von Deutschland die bisherige Souveränität in Nominierungsfragen abgesprochen. Die 25. Zivilkammer sah die Klage des Kölner *Kraulsprinters Wilfried Kühlem* gegen den Deutschen Schwimmverband (DSV) wegen dessen Nichtberücksichtigung für die 4x100-m-Staffel bei den Olympischen Spielen in Los Angeles als berechtigt an. Damit wurde die einstweilige Verfügung Kühlems vom 27. Juni bestätigt, gegen die der Verband Widerspruch eingelegt hatte. Damals war dem DSV unter Androhung eines Zwangsgeldes bis zu 50 000 Mark ersatzweise Zwangshaft oder Zwangshaft bis zu sechs Monaten angedroht worden, wenn Kühlem dem NOK nicht für Los Angeles vorgeschlagen würde. Die Kosten des Verfahrens gehen zu Lasten des Verbandes, der ein Berufungsverfahren vor dem *Oberlandesgericht München* anstreben will.

Was ist da geschehen? Eine Sach-Entscheidung von Trainern und Funktionären, auf fachlicher Erfah*rung und ständiger Beschäftigung* mit der vertrauten Materie fußend, wurde per Gerichtsbeschluß korrigiert. Karlheinz Gieseler, der Gene*ralsekretär des Deutschen Sport*bundes (DSB), sagt: „Ich kann mir nicht vorstellen, daß künftig Richter anstelle der zuständigen sportlichen Instanzen die Mannschaften für Welt-, *Europameisterschaften und* Olympische Spiele aufstellen. Falls das Urteil Bestand haben wird, wird es die Strukturen des Sports erheblich durcheinanderbringen."

Was zu befürchten ist, wenn das Oberlandesgericht München sich dem nun erfolgten Urteilsspruch anschließen sollte. Dann nämlich würde ein Großteil des hiesigen Vereinsrechts künftig Makulatur sein *und* im Grunde würde sich jegliche Gemeinsamkeit in Verbänden und Klubs damit ad absurdum führen. Dann wird auch nicht mehr die fachliche Autorität der Trainer von ausschlaggender Bedeutung sein, sondern der Beschluß eines Gerichtes.

Man muß sich einmal vorstellen, mit welch geballter finanzieller Kraft ein Fußball-Bundesligaklub per Staranwalt die Nominierung eines Spielers beim Deutschen Fußball-Bund *durchsetzen könnte.* Armer Beckenbauer...

Was in München geschehen ist, bleibt ein Unding. Dieses Urteil stellt 200 Jahre sporthistorische Er*fahrungen auf den Kopf und läßt* Verständnislosigkeit zurück. K. Bl.



Paris ehrt Richard von Weizsäcker vor königlicher Kulisse



Richard von Weizsäcker im Lycée Louis Le Grand FOTO: AFP

DW. Grenoble

Bundespräsident Richard von Weizsäcker ist im Verlauf seines fünftägigen Staatsbesuches in Frankreich gestern in Grenoble eingetroffen. Weizsäcker, der auf dieser ersten Etappe seiner dreitägigen Reise durch die französische Provinz vom Präsidenten der Nationalversammlung, Mermaz, begleitet wird, wurde vom Präfekten der Region Isère in Grenoble mit militärischen Ehren empfangen. Die Universität der Stadt, an der das deutsche Staatsoberhaupt im Winter 1937/38 einige Monate lang Französisch gelernt hatte, verlieh ihm die Ehrendoktorwürde. Vor dem Abschluß des ersten Teiles seines Staatsbesuches hatte der Bundespräsident in einem Interview mit der Pariser Zeitung „Le Monde" versichert, daß die Bundesrepublik in der Deutschland- und der Entspannungspolitik keine Alleingänge unternehmen werde.

Von BERNT CONRAD

Richard von Weizsäckers erste Staatsvisite im Ausland zeigt ihn als einen Bundespräsidenten, der die Außenpolitik mit langfristigen Perspektiven voranbringen will, der Kunst und Wissenschaft ebenso schätzt wie die Diplomatie und der sich dem französischen Nachbarn besonders verbunden fühlt. Sein lockerer Umgangsstil unterstützt die Ernsthaftigkeit seiner Motive.

François Mitterrand hatte für den Staatsbesuch aus der Bundesrepublik Deutschland fast monarchischen Pomp aufgeboten. Unter schmetternden Fanfarenklängen trabten farbenprächtige Kürassiere der Garde Republicaine nach der Ankunft Richard von Weizsäckers vor und hinter dem Bundespräsidenten vom Pariser Invalidendom zum Hotel de Marigny, dem Gästehaus der Republik.

Wenige Stunden später strahlten im Elysée-Palast glitzernde Kronleuchter und Kerzen auf ein Bankett, das dem Sonnenkönig alle Ehre gemacht hätte: goldgerändertes Geschirr, schweres Silberbesteck, Blumen über Blumen auf den Tischen, bizarre Stuckornamente, Putten und Brokatvorhänge an den Wänden. Dazu barocke Tafelmusik. Da konnte der Gastgeber gar nicht anders, als mit Frau von Weizsäcker am Arm in höfisch anmutendem Zeremoniell gemessen zur Tafel zu schreiten. Daß die Menufolge – Suppe Doria, Saint-Jacques-Muscheln mit Krebsen, Enten-Schinken-Röllchen in Bouzy, Käse, Kastanien-Eisbombe – und die Weine vom Feinsten waren, versteht sich von selbst.

Tags darauf waren von den sonst im Verkehr erstickenden Champs-Elysées alle Autos verbannt. Langsam glitt vom Place de la Concorde die Wagenkolonne des Bundespräsidenten an einem dichten Spalier deutsch-französischer Flaggen vorbei, zum Grab des unbekannten Soldaten am Arc de Triomphe. Die ärgerlich hupenden, in Verkehrsstauungen festgehaltenen Autofahrer machten nur deutlich, daß Mitterrand wirklich keinen Aufwand gescheut hatte, um diese Staatsvisite von der Normalität deutsch-französischer Freundschaftstreffen effektvoll abzuheben. Der Bonner Gast revanchierte sich mit einem glanzvollen Empfang in der Botschafterresidenz im Palais Beauharnais, zu dem eigens das Stabsmusikkorps des Bundeswehr-Wachbataillons eingeflogen worden war.

Richard von Weizsäcker genoß diesen ersten Glanzpunkt seiner bisher viermonatigen Amtszeit mit unbefangener Freude. Ihm war die Wahl Frankreichs als Auftakt seines Auslandsreisenprogramms nicht schwergefallen: Sie ergab sich aus der „glücklichen Übereinstimmung von eigenen Vorstellungen und vorgefundenen Vorschlägen". Wie sehr ihm, der über exzellente Verbindungen nach Amerika und England verfügt, das enge Verhältnis zum französischen Nachbarn am Herzen liegt, merkte man eigentlich erst, als der einstige Student der Universitäten Grenoble und Oxford in Paris mit Politikern und Wissenschaftlern diskutierte und ein Geschenk überreichte: eine von Friedrich dem Großen in Französisch verfaßte und von Voltaire redigierte Geschichte des Hauses Brandenburg. Darin kamen zwei Besonderheiten des Bundespräsidenten zum Ausdruck: seine literarische Ader und die Verbindung des in Schwaben geborenen, aber an der Spree aufgewachsenen einstigen Regierenden Bürgermeisters von Berlin.

Gerade das frühere Amt prägte auch das Verhältnis Weizsäckers zu Frankreich. Einerseits weiß er um die Bedeutung der seit 1945 für einen Westsektor Berlins verantwortlichen Schutzmacht. Andererseits ist er sich auch des entscheidenden Anteils bewußt, den französische Hugenotten an der geschichtlichen Entwicklung der Hauptstadt Preußens und des späteren Deutschen Reiches hatten. Der Bundespräsident hat das beim Diner im Elysée-Palast mit dem Zitat eines prominenten Besuchers der Preußen-Ausstellung unterstrichen: „In Berlin ist ein Franzose kein Ausländer."

Das natürliche Gefühl Weizsäckers für die „familiäre Verbundenheit" der Deutschen diesseits und jenseits der „unmenschlichen Mauer" (Zitat des Bundespräsidenten gegenüber Bürgermeister Jacques Chirac) stammt aus der gleichen Wurzel. In solch unprätentiöser Art läßt sich nationales Gefühl mit all seinen Konsequenzen für die Politik nicht nur skeptischen Staatsmännern, sondern auch wißbegierigen Schülern plausibel machen. Der Gast aus Bonn hat das in Paris auf lockere, aber deshalb nicht minder ernsthafte Art bewiesen.

Plausibilität, Verständnis für den Partner ist ein unentbehrlicher Baustein in dem Prozeß des Zusammenwachsens, dessen große Fortschritte in diesen Tagen an der Seine so nachdrücklich demonstriert worden sind. Dabei hat Weizsäcker immer wieder klar gemacht, daß die deutsch-französische Freundschaft kein Selbstzweck bleiben darf, sondern Antrieb für Europa sein soll.

Das gilt speziell für die technologische Zusammenarbeit, die vor zehn Tagen in Bad Kreuznach von Bundeskanzler Helmut Kohl und Mitterrand beschlossen worden ist und die in den Gesprächen und Reden des Bundespräsidenten in der französischen Hauptstadt eine zentrale Rolle gespielt hat.

Fast beschwörend hat Weizsäcker das künftige Schicksal Europas von gemeinsamen Anstrengungen zur Rückgewinnung der verlorengegangenen technologischen Spitzenstellung des alten Kontinents abhängig gemacht. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hat ihn darin tatkräftig unterstützt. Bei Mitterrand und Premierminister Laurent Fabius fanden sie offene Ohren. Die Schwierigkeiten liegen offenbar primär in der Bundesrepublik Deutschland: Einmal bei den sparsamen Verwaltern der Bonner Staatsfinanzen, zum anderen bei deutschen Industriemanagern, die traditionell und aus Sprachgründen fast nur mit den USA und kaum mit Frankreich kooperieren. Das eine aber sollte das andere nicht ausschließen.

Dem neuen Bundespräsidenten liegen Ausschließlichkeiten ohnehin nicht. Deshalb griff er bei seinem Besuch in Paris auch weit über die Politik hinaus. Die Diskussionen mit erstaunlich braven Eliteschülern des Lycée Louis le Grand mag noch im Bereich des Üblichen gelegen haben. Der von dem Dirigenten Pierre Boulez im Kellergeschoß des Centre Pompidou erteilte Anschauungsunterricht über elektronische Musik hingegen eröffnete wirklich neue Perspektiven. Von auswechselbaren Wänden vielfach reflektierte, durch Computer gesteuerte metallische Klänge erfreuten das Ehepaar Weizsäcker. Zwar murrte ein altmodischer Zuhörer: „Volkslieder für Roboter", doch der Staatsgast, zum nächsten Termin gedrängt, meinte abwehrend: „Das hier ist doch schöner als alles andere."

Ost-Anwalt Vogel darf nicht in Prager Botschaft

xhk. Frankfurt

Der Ost-Berliner Rechtsanwalt und Honecker-Vertraute Wolfgang Vogel darf mit den in der Prager Botschaft befindlichen 155 Flüchtlingen aus der „DDR" keinen Kontakt aufnehmen. Dies teilte die Frankfurter Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) der WELT unter Berufung auf eine entsprechende Mitteilung des Auswärtigen Amts in Bonn an die Hilfsorganisation mit. Die Gesellschaft hatte, wie berichtet, ihererseits einen Stuttgarter Juristen nach Prag geschickt, um den Flüchtlingen eine kostenlose Rechtsberatung anzubieten. Dies war von der Bundesregierung nicht gestattet worden.

Die IGFM verweist darauf, daß die Flüchtlinge das Recht auf einen Paß der Bundesrepublik hätten, „dem dann lediglich ein Visum der Tschechoslowakei fehlt". In dieser Situation regt die Organisation an, „intensive Verhandlungen mit Prag" zu beginnen, zumal Ost-Berlin derzeit nicht verhandeln wolle.

Immunität eines Grünen aufgehoben

xhk. Stuttgart

Der baden-württembergische Landtag hat die Immunität des grünen Abgeordneten Thilo Weichert aus Freiburg aufgehoben. Weichert, der kürzlich durch massive antiamerikanische Äußerungen im Stuttgarter Landtag für Wirbel und Empörung gesorgt hatte, hat an einer Besetzung eines Militärgeländes bei Inneringen auf der schwäbischen Alb teilgenommen. Nach der Aufhebung der Immunität kann das zuständige Amtsgericht nunmehr einen Strafbefehl wegen Hausfriedensbruchs und Sachbeschädigung erlassen.

Wie die Fraktion der Grünen mitteilt, sind Weichert und 30 andere „Friedensdemonstranten" am 16. November 1983 in die ehemalige Raketenstellung „eingedrungen, um das Militärgelände wieder ziviler Nutzung zuzuführen". Dort wurden Bäume gepflanzt, Zwiebeln gesetzt, Schafe zum Weiden gebracht und die olivgrünen Bauwerke „farbig bemalt".

NRW-Finanzminister legt Haushalt 1985 vor

hy. Düsseldorf

Mit scharfer Kritik am Finanzgebaren des Bundes hat gestern der nordrhein-westfälische Finanzminister, Diether Posser (SPD), im Landtag den Haushaltsentwurf 1985 vorgelegt. Posser bemängelte in Düsseldorf, Bonn helfe nicht bei den Problemen, Kohle, Stahl und Modernisierung vor allem des Reviers. Außerdem belaste die Steuerrechtsänderung Bonns die Einnahme-Situation des Landes.

Mit einer Steigerungsrate von 2,1 Prozent gegenüber dem laufenden Etat weist der 57,6 Milliarden Mark-Haushalt eine Neuverschuldung des Landes von 7,4 Milliarden auf. Das sind 1,5 Milliarden Mark weniger als 1984. Dennoch steigt der Gesamtschuldenstand des Landes am Kreditmarkt von 59,4 Milliarden Mark Ende 1983 auf mehr als 93 Milliarden Mark Ende 1985. Den stärksten Posten des Haushalts mit mehr als einem Drittel beansprucht der Personal-Etat.

Kanzler Kohl verzichtete auf eine eigene Erklärung

Befragung des Bundeskanzlers unter strengen Sicherheitsvorkehrungen

STEFAN HEYDECK, Bonn

In seiner Vernehmung vor dem Flick-Untersuchungsausschuß nannte es Bundeskanzler Kohl gestern „einen völlig normalen Vorgang", daß die CDU dem zurückgetretenen Bundestagspräsidenten Rainer Barzel nach dessen Rückzug vom Amt des Parteivorsitzenden und Oppositionsführers im Jahre 1973 finanziell geholfen habe. Er hätte auch erst später davon gehört, daß Barzel als Berater in die Rechtsanwaltspraxis Albert Paul eingetreten sei. Von Verbindungen zwischen Paul und dem Flick-Konzern habe er erst jetzt „wie alle anderen" erfahren.

Der Kanzler hatte zu Beginn seiner auf vier Stunden angesetzten Vernehmung auf eine Erklärung ausdrücklich verzichtet. Ihm lag daran, die Fragen der Ausschußmitglieder möglichst umfangreich und zusammenhängend zu beantworten. Dabei zeigte er sich immer wieder selbstbewußt und griff bei Antworten gleich zu erwartenden Anschlußfragen vor. Allerdings erklärte er auch unter Hinweis darauf, daß die vom Ausschuß zu klärenden Vorgänge teilweise neun Jahre zurücklägen, er könne sich „daran nicht erinnern".

So berichtete er, daß er Friedrich Karl Flick „ein einziges Mal in meinem Leben bei einem Empfang in Düsseldorf" gesehen hätte. Den verstorbenen Manager Konrad Kaletsch habe er „vielleicht drei- bis viermal gesehen". Nach seiner Erinnerung habe er auch mit ihnen nicht über die 6b-Steuerbefreiung gesprochen. Dagegen gebe es zwischen ihm und von Brauchitsch eine „sehr lange" Bekanntschaft. Sie sei nicht zuletzt auf den später von Terroristen ermordeten Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer zurückzuführen.

Kohl bestätigte, daß es mit Brauchitsch „in all den Jahren" Gespräche über die verschiedensten „Sachfragen" gegeben habe. Zu dessen von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmten Vermerken meldete der Kanzler einige Male Zweifel an. So meinte er zu der Notiz vom 19. November 1976, nach der er Brauchitsch zugesagt haben soll, sich in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dafür einzusetzen, daß Barzel den Vorsitz des Wirtschaftsausschusses übernehmen sollte: „Was hier angedeutet wird, ist eine Formulierung, wo Herr von Brauchitsch sich etwas übernimmt." Es hätte bei der Besetzung dieses Postens nicht des Rates oder der Hilfestellung von Dritten bedurft. Er habe mit Karl Carstens nach seiner Wahl zum Parteivorsitzenden 1973 über eine finanzielle Unterstützung von Barzel gesprochen. Auch ein Brief von Kurt Biedenkopf, in dem dieser damals sich für Barzel einsetzte, sei „doch ein völlig normaler Vorgang".

Er bestätigte, daß es nach den Wahlen 1976 zwischen ihm und dem damaligen rheinland-pfälzischen Finanzminister Johann Wilhelm Gaddum ein Gespräch über die von der CDU/CSU abgelehnte Erhöhung der Mehrwertsteuer gegeben habe – „der 6b spielte keine Rolle". Vielmehr hätte es in der Industrie wegen der Ablehnung der Erhöhungspläne der sozialliberalen Koalition Unmut gegeben. Aber, so Kohl: „Die Intervention von Brauchitschs hat in Rheinland-Pfalz und der CDU keine Früchte getragen." Zu dem Vermerk des ehemaligen Managers an Flick in diesem Zusammenhang, er denke daran, Kohl und Gaddum „in gleicher Weise auszustatten" wie die „anderen Herren" in Bonn, meinte der Kanzler: „Ich bin nicht ‚ausgestattet' worden, möglicherweise mit Papieren". Dies aber hätte keinen Einfluß gehabt. Wörtlich sagte er zu dem Begriff: „Im Bonn von heute handelt es sich um einen aus Kloaken aufsteigenden Geruch."

Kohl bestätigte Meldungen, nach denen Brauchitsch seiner Frau Hannelore zusammen mit einem Brief 250 Gramm Kaviar geschickt hätte. Er wäre aber „niemals auf die Idee gekommen", daß ein solches Schreiben kopiert und zu den Akten genommen würde. Er fügte hinzu, „daß der Kollege Brandt einmal ein Fäßchen Kaviar" vom damaligen sowjetischen Staats- und Parteichef Leonid Breschnew bekommen hätte. Weiter sagte er, daß er als Parteivorsitzender selbstverständlich intensive Kontakte zu Wirtschaft und Verbänden gepflegt hätte. Das zumal in einer Zeit, als die CDU in die Opposition geraten war und eine Fülle von Verbindungen neu aufzubauen gewesen wäre.

Fall Popieluszko: Mißtrauensvotum gegen Milewski

DW. Warschau

Die Empfehlung des Politbüros der polnischen KP, General Jaruzelski solle „persönlich die Überwachung der Parteiarbeit im Innenministerium" übernehmen, wird von Beobachtern in Warschau als ein Mißtrauensvotum gegen das Politbüro-Mitglied General Miroslaw Milewski betrachtet, dem im führenden Parteigremium die Kontrolle über Fragen der inneren Sicherheit obliegt. Milewski, der früher selbst Innenminister war, gilt als einer der „Falken" im Politbüro.

Vor der Verabschiedung der Empfehlung nahm das Politbüro einen Bericht des jetzigen Innenministers General Czeslaw Kiszczak über die Untersuchung des Mordes an Pfarrer Popieluszko zur Kenntnis. Kiszczak gilt als ein enger Vertrauter Jaruzelskis.

Die Ermittlungen des Innenministeriums hätten darauf hingedeutet, daß Pfarrer Popieluszko erdrosselt worden sei. Die Entführer hätten gestanden, heißt es in dem Bericht, Popieluszko habe kein Lebenszeichen mehr von sich gegeben, als sie ihn in ein Wasserreservoir der Weichsel geworfen hatten.

Aus informierten Kreisen verlautete jedoch, bei der Autopsie sei in den Lungen des Priesters Wasser gefunden worden. Das deutet darauf hin, daß er noch gelebt habe, als er in das Reservoir geworfen worden sei.

Fatah-Chef Nidal angeblich gestorben

DW. Bonn

Der Palästinenserführer Abu Nidal, einer der weltweit meist gesuchten Terroristen, ist nach Angaben des britischen Privatfernsehens „Channel Four" in Bagdad an den Folgen eines Herzanfalls gestorben. Nach Informationen der AFP aus der Umgebung seiner Familie sei er bereits „ungefähr am 20. Oktober" in Bagdad gestorben und in Irak beigesetzt worden. Ein den Angehörigen nahestehender Informator in Amman habe erklärt, Abu Nidal sei schon seit sechs Monaten total gelähmt gewesen. Die extremistische Palästinenser-Organisation „Fatah-Revolutionsrat" hat jedoch dementiert, daß ihr Chef Abu Nidal gestorben sei. Der Vorsitzende des Exekutivkomitees der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), Yassir Arafat, ist nicht über Meldungen informiert, denen zufolge Abu Nidal einem Herzinfarkt in Bagdad erlegen ist.

Abu Nidal, mit richtigem Namen Sabri el Banna, war der große Widersacher Arafats. Er hatte diesen als Abweichler vom rechten Weg der palästinensischen Revolutionsbewegung bezeichnet und mitgeteilt, der PLO-Chef sei „zum Tode verurteilt". Abu Nidal und seine Organisation gelten als Urheber des Mordes an dem PLO-Vertreter in London, Issam Sartawi. Sartawi war im April 1983 in Portugal erschossen worden, wo er an einer Konferenz der Sozialistischen Internationale teilnahm.

Sowjet-MiGs auf dem Weg nach Nicaragua?

dpa, Washington

Ein sowjetischer Frachter, der möglicherweise 12 bis 18 Kampfflugzeuge vom Typ MiG-21 an Bord hat, ist nach Angaben aus US-Geheimdienstkreisen auf dem Weg nach Nicaragua.

Das meldeten am Dienstag abend die amerikanischen Fernsehanstalten CBS und NBC. Präsident Ronald Reagan, der in Los Angeles an einer Wahlkampf-Party teilnehmen wollte, war über die Entwicklung unterrichtet worden.

Wie das Fernsehen berichtete, war das Schiff bereits beim Verlassen des Schwarzen Meers vom amerikanischen Geheimdienst Anfang Oktober auf dem Weg ins Mittelmeer beobachtet worden. Später habe man jedoch die Spur des Schiffes verloren. Jetzt sei es vor der Küste Mittelamerikas wiederaufgetaucht.

Das Fernsehen wies darauf hin, der Geheimdienst habe noch keine endgültigen Beweise dafür, daß das sowjetische Schiff tatsächlich MiG-Flugzeuge an Bord habe. Es gebe aber Satelliten-Fotos, die zeigten, daß zur Zeit der Beladung des Schiffes Kisten von den Hafenpiers verschwunden seien, in denen die MiG normalerweise transportiert werden.

Die US-Regierung hatte die Sowjetunion in der Vergangenheit mehrfach davor gewarnt, moderne Kampfflugzeuge an Nicaragua zu liefern.

Satire am Rande

J. G. – Auch bei derzeit klarer Konjunkturbesserung muß der Strukturwandel zu kleinerem Stahlpotential mit Standort- und Anlagenkonzentrationen weiterlaufen. Nichts anderes kann und wird der einstige Familienunternehmer Theodor Wuppermann als Vorsitzender des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute heute zum Auftakt des 134. Eisenhüttentages sagen. Daheim in Leverkusen begleiteten nun 2000 um ihre Arbeitsplätze besorgte Wuppermann-Stahlbeschäftigte solche Botschaft vorweg mit Protestdemonstration.

Der Vorfall reizt auch zur Satire. Denn als im Sommer 1983 die Großfamilie Wuppermann, des Dividendenausfalls in der langen Stahlkrise überdrüssig, das Unternehmen an Krupp verkaufte, kam der zunächst parate Käufer Klöckner vor allem aus einem Grunde nicht zum Zuge. Die Landesregierung fürchtete von Klöckner Stillegungen in Leverkusen und fütterte Krupps Kaufpreiszahlung mit Bürgschaft.

Ein ordnungspolitischer Sündenfall ersten Ranges. Und vergeblich obendrein. Denn die nun bevorstehende Krupp/Klöckner-Stahlfusion mit dem Konzept zusätzlicher *Standort- und Anlagenkonzentration* stellt den Walzwerksstandort Leverkusen erneut in Frage. Beschlossen ist zwar noch nichts, unausweichlich aber ist hier wie anderswo manches. Da klingt es wie ein Lied von vorgestern, wenn Wirtschaftsminister Jochimsen vor den Protestierern in Leverkusen beteuert, sein „Stahlland" dürfe nicht „zum Steinbruch der Interessen anderer Bundesländer" werden. Die Realität hat ihn und seine Subventionssünde überholt.

Korrektur

ed. – Die internationalen Devisenmärkte sind über die Wiederwahl Präsident Reagans zur Tagesordnung übergegangen. Der *Dollar hat seine Abwärtsbewegung* fortgesetzt, was manche Experten nicht unbedingt erwartet hatten. Es sind, wie schon während der letzten Tage, vor allem die sinkenden Zinsen, die den Dollarkurs dirigieren. Obwohl der Greenback in den letzten Wochen um mehr als 20 Pfennig gesunken ist, wäre es wohl etwas voreilig, schon von einer grundlegenden Trendumkehr zu sprechen. Denn bis jetzt gibt es noch keinerlei Anzeichen dafür, daß sich die internationalen Kapitalströme neu orientieren, weg von den USA – hin zu anderen Ländern. Dafür sind wohl – wie es scheint – die wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen noch nicht gegeben. Der Zinsvorsprung des Dollar gegenüber Anlagen in anderen Währungen ist zwar geschrumpft, aber er ist *immer noch so reizvoll*, daß er wie ein Magnet wirkt. So sollte man denn die jüngsten Kursverluste lediglich als gesunde Korrektur von Übertreibungen ansehen.

KONJUNKTUR / Bundeswirtschaftsministerium: Arbeitslosigkeit geht 1985 zurück

Regierung äußert sich optimistisch zum Wachstum im nächsten Jahr

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Erstmals seit 1979 sagt das Bundeswirtschaftsministerium für das nächste Jahr wieder einen leichten Rückgang der Arbeitslosigkeit voraus. Die Zunahme des Bruttosozialprodukts wird wie in diesem Jahr auf 2,5 Prozent veranschlagt. Der Anstieg der Verbraucherpreise wird sich im nächsten Jahr weiter auf zwei Prozent abschwächen. Damit schätzt das Ministerium die Wachstumsaussichten günstiger ein als die fünf wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute. Bundesbank und BDI sind noch optimistischer.

Im vierten Jahr hintereinander werden nach der Projektion des Bundeswirtschaftsministeriums die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen mit plus sechs Prozent rascher steigen als die Bruttolohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten, für die eine Zunahme von 3,5 Prozent vorausgesagt wird. Die Folge: Die bereinigte Lohnquote wird von 70,7 Prozent 1981 auf 67,5 Prozent im nächsten Jahr sinken und damit wieder das Niveau der sechziger Jahre erreichen.

Die günstigere Ertragslage der Unternehmen ist für den Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Otto Schlecht, ein Grund dafür, daß die Investitionen der Unternehmen im nächsten Jahr kräftig, und zwar um real 6,5 Prozent, steigen werden. Für 1984 wird mit einem Plus von 2,5 Prozent gerechnet. Allerdings hatte die Bundesregierung im ihrem Jahreswirtschaftsbericht im Januar einen Anstieg um fünf Prozent vorausgesagt. Sie hatte die Abschwächung in der Bauwirtschaft unterschätzt.

Am Tag zuvor hatte Otto Schlecht auf der Jahresversammlung des Gemeinschaftsdienstes der Boden- und Kommunalkreditinstitute in Frankfurt davon gesprochen, daß möglicherweise von der Vorstellung des zyklischen Rückgangs der Investitionstätigkeit nach jeweils drei Jahren Abschied genommen werden müsse. Er vertrat die Ansicht, daß die Unternehmen mittelfristig „durchinvestieren" würden.

Auch im nächsten Jahr dürften die stärksten Impulse vom Export ausgehen. Schlecht rechnet mit einem weiteren Zuwachs um sechs Prozent, nachdem die Ausfuhr preisbereinigt in diesem Jahr sieben Prozent zulegen wird. Im Jahreswirtschaftsbericht war lediglich ein Plus von 4,5 Prozent vorausgesagt worden. Der Nachfragesog aus den USA dürfte zwar geringer werden, dafür werden die Absatzchancen in anderen Regionen wachsen. Immerhin lag der Bestelleingang aus dem Ausland im dritten Quartal um 11,5 Prozent über dem Stand des Vorjahres.

Für 1985 wird damit gerechnet, daß die öffentlichen Investitionen erstmals wieder um 2,5 Prozent anziehen werden. Denn die Kommunen, die zwei Drittel dieser Investitionen tätigen, sind mit ihrer Haushaltskonsolidierung weit vorangekommen. Der Wohnungsbau dürfte sich abschwächen. Während der Staatsverbrauch nur um ein Prozent wachsen werde, sagt das Wirtschaftsministerium für den privaten Verbrauch einen Zuwachs von real 1,5 Prozent – in diesem Jahr dürfte es nur ein Prozent werden – voraus. Der etwas kräftigere Anstieg wird mit der Einkommensentwicklung und mit dem geringen Preisanstieg begründet.

Da für die Zunahme des Bruttosozialprodukts im dritten Wachstumsjahr die Produktivitätszunahme nicht ausreicht, dürfte die Beschäftigung 1985 leicht um 0,5 Prozent oder 60 000 bis 70 000 Personen zunehmen. Dabei spielen nach Angaben Schlechts auch tarifliche und gesetzliche Maßnahmen eine Rolle. Im Gegensatz zum Jahreswirtschaftsbericht, in dem noch mit einem leichten Anstieg der Beschäftigung für 1984 um 0,1 Prozent gerechnet wurde, geht das Ministerium nun von einem Rückgang um 100 000 Personen oder 0,6 Prozent aus.

Da sich der Anstieg der Verbraucherpreise weiter abschwächen wird, und zwar geht das Ministerium auch im Jahresdurchschnitt 1985 nur noch von einem Zuwachs um zwei Prozent aus, steigt das nominale Bruttosozialprodukt nur noch um 4,5 Prozent. Die Folge: Der Arbeitskreis Steuerschätzung muß in der nächsten Woche seine Erwartungen deutlich nach unten korrigieren.

VERSICHERUNGSWIRTSCHAFT

Sondereinflüsse bremsten die Dynamik deutlich

HARALD POSNY, Berlin

Die deutsche Versicherungswirtschaft bleibt 1984 zwar auf Wachstumskurs, doch das Tempo wird sich gegenüber dem Vorjahr halbieren. Dies ist vor allem eine Folge des geringeren Prämienvolumens in der weitaus stärksten Sparte, der Lebensversicherung. Sie wird mit einem Beitragsrückgang um 1,4 Prozent auf 36,1 Mrd. DM zu rechnen haben. Er wurde auch durch das zum Teil deutliche Wachstum anderer, vor allem personenbezogener Zweige nicht ausgeglichen. Der Gesamtverband der Versicherungswirtschaft (GDV) erwartet für das laufende Jahr eine Beitragssteigerung um gut drei Prozent auf rund 101 Mrd. DM.

GDV-Präsident Georg Büchner hebt *im Geschäftsbericht 1984* das ungebrochene Vorsorgebewußtsein der Bevölkerung hervor, „aber die Vorsorgefähigkeit könnte an Grenzen stoßen". Arbeitslosigkeit, Streikfolgen und Einkommensschwäche, der anhaltende Abgabendruck und die ungelösten Probleme der Sozialsysteme erschwerten das Gespräch mit den Versicherungskunden. Die erzielten Erfolge bei der Konsolidierung *der Staatsfinanzen und der Inflations*bekämpfung brächten dem Bürger jedoch handfeste Vorteile.

Stabiles Geld bedeute Wertbeständigkeit des Versicherungsschutzes, besonders der Aufbauleistungen in der Lebensversicherung. Außerdem habe die Absicherung individueller Entfaltungsmöglichkeiten unternehmerischer Handlungsspielräume nicht nur eine stabilisierende Wirkung, sondern sei auch eine wesentliche Voraussetzung für Wachstum.

So beurteilt die Branche auch die mittel- und längerfristigen Perspektiven für die Entwicklung der Individualversicherung positiv. Einmal sei damit zu rechnen, daß die Bereitschaft der privaten Haushalte zur eigenverantwortlichen Vorsorge weiterhin zunehme, zum anderen wachse auch im gewerblichen Bereich der Versicherungsbedarf kontinuierlich.

Trotz erfolgreicher wirtschaftspolitischer Neuorientierung sieht die Assekuranz längst nicht alle strukturellen Probleme der Wirtschaft gelöst. Der Gesamtverband betont, daß sich *das Engagement der Versicherer im* Bereich der mittelständischen Wirtschaft leicht auf ein Vielfaches des vorgesehenen Kapitals der kürzlich gegründeten Beteiligungsgesellschaft von 100 Mill. DM erhöhen könnte, wenn die von der Lebensversicherung entwickelte Vermögensbeteiligungs-Police in einem neuen Vermögensbeteiligungsgesetz berücksichtigt würde.

Die Mittel aus derartigen Policen könnten für die Aufstockung des Eigenkapitals der mittelständischen Wirtschaft eine wesentliche Stütze sein. Sie würden zudem in weit größerem Umfang als bisher eine Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen ermöglichen.

Vernunft braucht Daten

Von JOACHIM WEBER

Die amtliche deutsche Statistik, trotz aller Kritik und gelegentlicher Unzulänglichkeiten eins der effizientesten und schnellsten Datenbeschaffungssysteme der Welt, steuert auf ein Nebelloch zu. Nicht nur durch die zumindest zeitweise Verhinderung des Großprojekts Volkszählung, sondern auch durch unzählige Behinderungen im regionalen ud lokalen Bereich – wie Boykottaufrufe, parlamentarisches Abblocken von Erhebungen – wird die Zuverlässigkeit der Datenbasis zunehmend aufgeweicht, manche Statistik auch völlig unmöglich gemacht.

Was die Sammelarbeit der Statistiker zunehmend erschwert, ist das neue „Demokratieverständnis" in Teilen der Bevölkerung, in diesem Bereich zusammengefaßt unter dem Begriff „informationelles Selbstbestimmungsrecht" – was auch immer das sein mag. Wie schon der Kraftwerksbau, die Chemie oder die Autoindustrie wird nun auch die Statistik emotional zum Buhmann aufgebaut, zur Bedrohung der Persönlichkeitsrechte des Bürgers.

Das geschickt gewählte Stichwort vom „gläsernen Menschen" in Verbindung mit den (wohl wider besseres Wissen *hochstilisierten*) „*unheimlichen Fähigkeiten*" des Computers wird gezielt zur Erzeugung von Ängsten eingesetzt. Die durchaus vorhandenen, sehr engmaschigen rechtlichen Regelungen für die statistische Erhebung (sie unterliege etwa 70 Gesetzen, die mit aller Strenge auch den *Persönlichkeitsschutz gewährleisten*) dagegen negiert man – ebenso gezielt.

Für all das finden sich auch Parlamentarier, die, möglicherweise noch inkompetenter als die Verursacher der Anti-Statistik-Kampagne, das Spiel mitspielen, opportunitätshalber. Die Folgen sind absehbar. *Nicht nur die Staats-Statistiker* geraten in die Bredouille immer unsicherer Datenbestände. Auch alle anderen, die die Amtsdaten teils direkt, teils als Grundlage für neue, eigene Statistiken benutzen, stehen vor diesem Problem. Das aber sind nicht nur die publikumswirksamen Hochrechner am Wahlabend, die für ihre komplizierten Modelle sehr präzise Strukturdaten der Bevölkerung benötigen.

Viel größerer Schaden entsteht beispielsweise in der Wirtschaft. Geschicktes Marktverhalten, eine brauchbare Unternehmensplanung und nicht zuletzt das vernünftige Navigieren im sozialpolitischen Umfeld setzen eine Unzahl von Informationen voraus, die überwiegend von der Statistik geliefert werden.

In diesem Zusammenhang auf die Tätigkeiten der Verbände oder der Großunternehmen hinzuweisen, die *eigene Zahlenwerke zusammen*stellen, macht wenig Sinn: Sie alle fußen auf der amtlichen Statistik, passen sie aber an den eigenen Blickwinkel an oder korrigieren sie um bestimmte Fehlerquellen, die aus der eigenen, intimeren Kenntnis bekannt sind (hier ist auch viel Raum für die „*Hausaufgaben*" der Amtsstatistiker).

Von der statistischen Unsicherheit besonders betroffen ist jene Gruppe von Unternehmen, für die Prognosen, Hochrechnungen, Trendberechnungen und *Marktschätzungen* die Erwerbsquelle sind. Da sie so gut wie nie mit Vollerhebungen, sondern aus Kostengründen mit mehr oder minder großen Stichproben arbeiten, benötigen sie möglichst genaue Daten über die Gesamtbasis, auf die sich ihre Berechnungen beziehen.

Das Ergebnis einer Stichprobenerhebung kann immer nur so gut sein wie die Information über die Grundgesamtheit. Aus diesem Grund sind auch alle Vorschläge, beispielsweise *die Volkszählung durch Stich*proben zu ersetzen, blanker Unsinn.

Was für die Wirtschaft gilt, gilt ebenso – und vielleicht in noch größerem Maße – für den Staat. Ohne stichhaltige *Rahmendaten* werden politische Entscheidungen – an denen oft Milliardenausgaben von Steuergeldern hängen – zum Blindflug ohne Instrumente. Ob Schul- oder Wohnungsbau, ob Universitätsplanung oder Strukturmaßnahmen – ohne „gute" Informationen ist jede Investition ein Glücksspiel.

Schon heute vermuten Statistiker, daß so manche Milliarde auf der Basis der fortgerechneten Volkszählung von 1970 sinnlos verpulvert wurde. Doch noch halten sich die Fehler in Grenzen. Das Erhebungs-Defizit wirkt aber wie eine schleichende Krankheit: *Je mehr Zeit verstreicht*, umso stärker werden die Symptome. Die Vernunft wird sich rasch durchsetzen müssen. Sonst gerät die Informationsgesellschaft in die akute Gefahr der Handlungsunfähigkeit. Und das könnte sogar beabsichtigt sein.

AUF EIN WORT



„Neue Medien und *moderne Kommunika*tionstechniken bieten eine solche Fülle neuer Berufschancen, daß es eine Frage von Verantwortung aller gesellschaftlich relevanten Gruppen ist, diese auch den nachwachsenden Generationen vorbehaltlos zu erschließen."

Klaus Krone, Vorsitzender der Geschäftsführung der Krone GmbH, Berlin. FOTO: JÜRGEN ENGLER

Aufsichtsamt gegen Haftungszuschlag

rtr. München

Gegen den von den Sparkassen geforderten Haftungszuschlag bei der geplanten Novelle des Kreditwesengesetzes (KWG) hat sich gestern der Präsident des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen, Wolfgang Kuntze, ausgesprochen. Ein solcher Zuschlag von 20 Prozent würde den Eigenkapitalbegriff „unvertretbar verwässern" und den Sparkassen einen zusätzlichen Kreditspielraum von rund 126 Mrd. DM schaffen, sagte Kuntze auf der Mitgliederversammlung des Bayerischen Bankenverbandes. Die Genossenschaftsbanken müßten wiederum mit einer schrittweisen Reduzierung des derzeitigen Haftsummenzuschlags für die Nachschußpflicht ihrer Mitglieder von 50 auf 25 Prozent rechnen.

STAHLFUSION

Bundesregierung wartet auf detaillierte Firmenpläne

rtr, Bonn

Das Bundeswirtschaftsministerium sieht bisher noch keine Grundlage für eine Entscheidung über mögliche öffentliche Beihilfen zur geplanten Stahlfusion von Klöckner und Krupp. Ein Sprecher des Ministeriums erklärte auf Anfrage, beide Unternehmen hätten auch noch keinen Termin für die Vorlage der detaillierten Fusionspläne genannt.

Die Unternehmen hatten für das Fusionsvorhaben eine öffentliche Zusatzhilfe von rund 500 Millionen Mark gefordert. Der Ministeriumssprecher erklärte nun aber, auf der Grundlage eines vorliegenden „Vier-Seiten-Papiers" der Unternehmen sei bislang *die Prüfung der Fusionspläne auf ih*re Tragfähigkeit nicht möglich. Allerdings würde auf „Fachebene" im Ministerium bereits über diese Pläne beraten.

Aus Industriekreisen wurde darauf verwiesen, daß eine Zusatzhilfe im Bundeshaushalt 1985 enthalten sein müßte. Dies sei im vorliegenden Entwurf allerdings nicht der Fall. Die Haushaltsberatungen in den Ausschüssen beginnen am Donnerstag. Von den Unternehmen war auch die Möglichkeit angesprochen worden, daß die Zusatzhilfen aus Resten des von der Bundesregierung bis Ende 1985 ausgelegten Drei-Milliarden-Umstrukturierungsprogramms für die *Stahlindustrie geleistet* werden könnte. Der noch in diesem „Topf" enthaltene Betrag wird in Industriekreisen auf 800 Millionen Mark geschätzt. Im Bundeswirtschaftsministerium wurde allerdings angeführt, für mögliche Reste in diesem Stahlprogramm bestehe bereits eine Vereinbarung mit Thyssen auf Aufbesserung seiner Quote.

ERP-WIRTSCHAFTSPLAN 1985

Die Ausgaben sollen um drei Prozent erhöht werden

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Der ERP-Wirtschaftsplan 1985, den gestern das Bundeskabinett gebilligt hat, sieht Ausgaben von 4,299 Mrd. DM vor. Dies sind rund drei Prozent mehr als im Vorjahr. Die Finanzierung erfolgt, abgesehen von 728 Mill. DM, die auf dem Kapitalmarkt aufgenommen werden, aus den Zins- und *Tilgungseinnahmen der ERP-Darle*hen. Die Neuverschuldung soll gegenüber 1984 um 93 Mill. DM gesenkt werden. Die Verzinsung aufgenommener Fremdmittel steigt um rund sieben Prozent auf 614 Mill. DM.

Die ERP-Programme sind zur Förderung der deutschen Wirtschaft bestimmt. Wie in den Vorjahren, sollen auch 1985 rund die Hälfte der Mittel für Investitionen kleiner und mittlerer Unternehmen eingesetzt werden. Gerade dieser Teil der Volkswirtschaft trägt nach Ansicht der Bundesregierung erheblich zum Wachstum und höherer Beschäftigung bei. Die ERP-Mittel sind auf drei Schwerpunkte konzentriert. Auf Existenzgründungen und Investitionen in neuen Gewerbegebieten entfallen rund 1,1 Mrd. DM, auf Investitionen in den Gebieten der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" rund eine Mrd. DM, davon mehr als 40 Prozent im Zonenrandgebiet. Für die *Finanzierung gewerblicher Inve*stitionen in Berlin sind mehr als 600 Mill. DM vorgesehen.

Für Zwecke des Umweltschutzes sind neue Kreditzusagen von rund 500 Mill. DM vorgesehen. Erst kürzlich hatte die Kreditanstalt für Wiederaufbau *ein mehrjähriges Fi*nanzierungsprogramm von 3,5 Mill. DM vor allem für die Luftreinhaltung aus ihren Eigenmitteln angeboten.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Reagans Wahlsieg gab Dollar keinen Auftrieb

Frankfurt (cd.) – Der amtliche Dol*larkurs, der am Tag der US-Präsiden*tenwahl um einen Pfennig auf 2,9455 DM leicht gestiegen war, ging gestern auf 2,9125 DM zurück. Der überwältigende Wahlsieg Ronald Reagans hat dem Dollar also keinen zusätzlichen Auftrieb gegeben. In Fernost hatte man zwar noch auf eine wahlbedingte stärkere Nachfrage spekuliert und den Kurs bis auf 2,96 DM hochgetrieben; als die Nachfrage jedoch ausblieb, begannen Positionslösungen auf den Dollarkurs zu drücken. In die gleiche Richtung wirkte *gestern* der Rückgang der Dollarzinsen am Euromarkt, wo sich die Sätze um 1/16 bis 1/8 Prozent ermäßigten.

Renditebewußt

Frankfurt (dpa/VWD) – Ein ausgeprägtes Renditebewußtsein und eine wachsende „Wertpapierreife" wird den privaten Sparern von den Realkreditinstituten bescheinigt. *Auf der* Jahrestagung des Gemeinschaftsdienstes der Boden- und Kommunalkreditinstitute in Frankfurt verwies der Vorsitzende Rudolf Fabian auf die hohen Wertpapierkäufe privater Anleger, bei denen sich speziell der Pfandbrief und die Kommunalobliga*tionen zunehmender Beliebtheit* erfreuten. Die privaten Sparer hätten in den letzten vier Jahren 22 Prozent ihres neugebildeten Geldvermögens in Rentenwerten angelegt, während es in den 70er Jahren 14 Prozent und in den 60er Jahren erst zehn Prozent waren. In den ersten acht Monaten 1984 habe der Direktverkauf der Pfandbriefinstitute an Private mit 3,7 Mrd. DM fast wieder den hohen Vorjahresstand erreicht.

Rentabilität gesunken

Bonn (AP) – Die Zahl der Autowerkstätten in der Bundesrepublik nimmt weiter zu, deren Rentabilität ist jedoch gesunken. Dies geht aus einer Strukturuntersuchung hervor, die der Zentralverband des Kfz-Gewerbes gestern vorgelegt hat. Danach *gab es im letzten Jahr bundesweit* 38 558 Kfz-Betriebe. Das sind knapp 10 000 oder 32 Prozent mehr als 1975. Gleichzeitig verschlechterten sich jedoch die Wirtschafts-Ergebnisse der Betriebe stetig und erreichten 1982 durchweg negative Werte.

Drei Jumbos für Lufthansa

Hamburg (zy) – Im nächsten Jahr übernimmt die Deutsche Lufthansa vom amerikanischen Flugzeughersteller Boeing drei Jumbo-Jets vom Typ 747 – 200. Wie der Leiter der Ingenieur-Direktion der Lufthansa in Hamburg, Rolf Stüssel, erklärte, kommen noch vier Maschinen der Baureihe 737 hinzu. Die Jets haben einen Wert von 360 Mill. US-Dollar. Am Wochenende fliegt eine 18köpfige Expertengruppe nach Seattle, um technische Einzelheiten für den Großraum-Jet abzusprechen, den die Lufthansa gegen Ende dieses Jahr*zehnts kaufen* will.

Höhere Stahlerzeugung

Düsseldorf (VWD) – Die deutsche Rohstahlerzeugung nahm im Oktober gegenüber dem *Vormonat nochmals* um drei Prozent auf 3,56 Mill. Tonnen zu. Für die ersten zehn Monate ergibt sich nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes eine Stahlerzeugung von 33,21 Mill. Tonnen, das sind 11,3 Prozent mehr als in der gleichen Vorjahreszeit. Die produktionstägliche *Leistung* war im Oktober mit 122 600 Tonnen allerdings um 2900 Tonnen geringer als im September.

Beobachterstatus gebilligt

Genf (AFP) – China bekommt vom Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (Gatt) den Beobachterstatus zugebilligt. Dies wurde am Sitz der *Organisation in Genf bekannt*. Eine Aufnahme Chinas als Vollmitglied des Gatt wird nach den Angaben der Organisation, die gegenwärtig 90 Mitgliederländer und rund 20 Länder mit Beobachterstatus zählt, vermutlich sehr lange Verhandlungen erfordern.

Klage gegen Kartell

Luxemburg (VWD) – Dreizehn deutsche Unternehmen, die Produkte aus Chemiefasern herstellen, haben die EG-Kommission vor dem Euro*päischen Gerichtshof verklagt*. Sie beantragen dabei die Aufhebung einer Entscheidung, mit der die Brüsseler Behörde das Chemiefaser-Kartell – durch einen Vertrag wird die Beschränkung oder Reduzierung der Kapazitäten geregelt – von den Wettbewerbsbestimmungen freigestellt hatte.

Mehr Flüssiggas in Sicht

Tokio (VWD) – Ein Gemeinschaftsunternehmen für die Bevorratung mit Flüssiggas gründen zwei japanische Ölgesellschaften und vier Handelshäuser nach Angaben eines Sprechers *von Maruzen Oil & Co.* Am Kapital werden Maruzen und Showa Oil Co mit jeweils 30 Prozent, Sumitomo Corp, Iwatanian Co, Kanematsu-Gosho Ltd und Nishimen Co mit jeweils zehn Prozent beteiligt sein. Die Oitha LPG Stockpiling Co will zunächst fünf Tanks mit einer Lagerkapazität von jeweils 43 000 Tonnen bauen.

MITTELSTAND

IW: Zahl der Unternehmen um sechs Prozent gewachsen

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Der Mittelstand hat sich in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten gut *behauptet. Nach einer Analyse* des unternehmensnahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) zeigt sich dieses daran, *daß die Zahl der Wirt*schaftseinheiten insgesamt zwischen 1968 und 1982, also zu Zeiten der sozialliberalen Koalition, um *nahezu* 100 000 oder sechs Prozent auf mehr als 1,752 Mill. zugenommen hat.

Die positive Entwicklung der Klein- und Mittelunternehmen werde, so das Institut, geprägt durch die Zunahme der Zahl der Firmen im Dienstleistungssektor, im Verkehr und in der Nachrichtenübermittlung sowie im Baugewerbe. In diesen drei Wirtschaftszweigen habe sich die Zahl *der Unternehmen* um mehr als 214 000 Einheiten erhöht. Um rund 120 000 ist dagegen die Zahl der Wirtschaftseinheiten im Verarbeitenden Gewerbe, im Handel sowie im Kredit- und Versicherungsgewerbe zurückgegangen.

Nach Angaben des Instituts entfallen auf kleine und mittlere Unterneh*men nahezu 50 Prozent des gesamten* Bruttoinlandsprodukts, gut drei Fünftel aller Beschäftigten, gut die *Hälfte aller steuerpflichtigen Umsät*ze und rund zwei Fünftel aller Bruttoinvestitionen. Knapp 85 Prozent aller Lehrlinge werden hier ausgebildet.

Das Institut sagt den mittelständischen Unternehmen gute Chancen voraus. Denn sie reagierten anpassungsfähiger auf Veränderungen von Daten und Nachfrage. Durch arbeitsintensive Produktionen und Dienstleistungen sind die Beschäftigungsmöglichkeiten in diesem Bereich oftmals günstiger als bei Großunternehmen.

HYPOTHEKENZINSEN / Trotz Verbilligung ist die Nachfrage einstweilen flau

Der Markt bleibt weiter in Bewegung

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Mit dem Zinsrückgang am deutschen Rentenmarkt sind auch die Hypothekenzinsen in der letzten Zeit deutlich gesunken. Sie sind jetzt so niedrig wie seit 5½ Jahren nicht mehr. Erstmals seit Ende der siebziger Jahre werden Baufinanzierungen mit fünfjähriger Zinsfestschreibung bei hundertprozentiger Darlehnsauszahlung zu Zinssätzen unter acht Pro*zent angeboten*. Der *Markt ist*, wie eine Umfrage der WELT zeigt, weiter in Bewegung. Nach und nach passen *die Hypothekenbanken* ihre Konditionen den günstigen Refinanzierungsmöglichkeiten am Kapitalmarkt an.

So hat zum Beispiel gestern die DSL-Bank in Bad Godesberg ihre Zinsen abermals gesenkt. Für eine Hypothek mit fünfjähriger Zinsbindung bei hundertprozentiger Auszahlung verlangt sie jetzt einen Zins von 7¾ Prozent, und bei einer aus steuer*lichen Gründen interessanten* Auszahlung von nur 90,75 Prozent der Darlehnssumme kommt man bereits mit einem Nominalzins von 5½ Prozent zum Zuge. Hypotheken mit zehnjähriger Zinsfestschreibung werden von diesem Institut bei einem achtprozentigen Zins zu 99¼ Prozent ausgezahlt, von der Rheinischen Hypothekenbank mit 8,1 Prozent Zins zu 100 Prozent, womit diese beiden Banken zu den *preisgünstigsten* Anbietern gehören.

Neuerdings bieten Hypothekenbanken auch wieder fünfzehnjährige Baufinanzen an, die es seit vielen Jahren nicht mehr gegeben hat. Bei einem Zinssatz von 8¼ Prozent werden Hypotheken mit fünfzehnjähriger Zinsfestschreibung von der DSL-Bank mit 99¼ und von der Rheinhypo mit 100 Prozent ausgezahlt. Hypotheken *mit fünfjähriger* Zinsfestschreibung sind jetzt teilweise zum gleichen Zins erhältlich wie Sparkassenhypotheken mit variabler Verzinsung.

Trotz der deutlichen Zinsverbilligung ist die Nachfrage nach Neubaufinanzierungen nach wie vor sehr *flau. Lebhafter ist dagegen die Nach*frage für die Finanzierung von Umschuldungen; aber auch hier hat die Zinssenkung noch keinen Durchbruch gebracht. In Hypothekenbankkreisen rechnet man allerdings damit, daß Darlehensnehmer, die jetzt noch auf einen weiteren Rückgang spekulieren, ihre Zurückhaltung aufgeben, wenn die Zinsen nochmals zurückgehen. Es zeichnet sich ab, daß die Hypothekenbanken dann versuchen werden, zusätzliches Geschäft aus dem Kreis der Sparkassenkunden zu akquirieren, die ihre Immobilien bislang mit zinsvariablen Hypotheken finanziert haben. Aller*dings ist damit* zu rechnen, daß auch die Sparkassen mit ihren Konditionen weiter heruntergehen.

GROSSBRITANNIEN / Das Pfund hat sich erholt

Basis-Zins wurde gesenkt

WILHELM FURLER, London

Die vier großen britischen Geschäftsbanken haben ihren Basis-Ausleihesatz um einen halben Punkt auf zehn Prozent gesenkt. Und schon wird in der Londoner City über eine weitere Zinssenkung in allernächster Zeit spekuliert. Die letzte Zinssenkung datiert vom 17. August. Angeführt wurde der jetzige Schritt von der größten britischen Geschäftsbank, Barclays.

Die Zinssenkung war bereits am Montag erwartet worden, als die Bank von England ihre Geldmarktsätze herabsetzte, um damit ihre Bereitschaft zu einer Senkung der Basiszinsen zu signalisieren. Sie sah sich dazu imstande, nachdem die britische Währung seit ihrem Tiefststand im vergangenen Monat erheblich an Boden gutgemacht hat. Geholfen hat dabei die Entspannug der Situation im Bergleute-Streik ebenso wie ein wieder stetigerer Ölpreis.

Doch erst die Bekanntgabe der jüngsten Geldmengen-Statistiken gab für die Geschäftsbanken den letzten Ausschlag. Nach Angaben der Notenbank ist die Geldmenge Sterling M 3 (sie umfaßt Zentralbankgeld im Umlauf sowie Sterling-Sicht- und Terminkonten einschließlich Spareinlagen) im Oktober zwischen 0,25 und 0,5 Prozent gestiegen. Damit liegt die Jahresrate der Geldmengen-Ausweitung seit Beginn der laufenden Zielperiode im Februar bei 9,25 Prozent, also innerhalb der von der Regierung festgelegten Handbreite von zwischen sechs und zehn Prozent.

Die Zinssenkung hatte auf das Pfund Sterling keinerlei negative Auswirkungen. Der Wert des Pfundes gegenüber einem handelsgewichteten Währungskorb nahm gestern sogar leicht zu. Dies zeigt, daß eine weitere Zinssenkung in Kürze bevorstehen könnte, zumal damit zu rechnen ist, daß das Zinsniveau in den USA weiter nach unten zeigt.

Für die britische Wirtschaft kommt die Nachricht niedrigerer Zinsen gerade zur rechten Zeit. Sie hat schwer mit ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu kämpfen. Mit niedrigeren Kreditkosten wird sie stärker als bisher zu einer Festigung der wirtschaftlichen Erholung des Landes beitragen können.

ALLIANZ / Erwerb von weiteren 7,2 Prozent der Ras-Versicherungsgruppe vereinbart

Kapitalmehrheit nun doch möglich

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die Allianz Versicherungs-AG nähert sich stufenweise aber zielstrebig ihrem Ziel: der Kapitalmehrheit an dem zweitgrößten italienischen Versicherungskonzern Ras in Mailand. Nach dem Kauf einer achtprozentigen Kapitalquote, die bis dahin in den Händen der Finanzholding der Pesenti-Gruppe, Italmobiliare, lag, hat Allianz jetzt einen weiteren 6,3-Prozent-Anteil erworben. Verkäufer ist in diesem Fall die Firma Saes, eine *Finanzholding der Agnelli-Gruppe*.

Wie von beiden Partnern verlautet, ist über den Übergang von 7,2 Prozent des Ras-Kapitals, die jetzt noch im Portefeuille der Versicherungsgesellschaft Toro Assicurazioni liegen, ebenfalls eine Vereinbarung getroffen worden. Die Toro-Mehrheit (60 Prozent) wird von den beiden Agnelli-Holdings Ifi und Saes je zur Hälfte kontrolliert. Zählt man auch noch die 30 Prozent des Ras-Kapitals dazu, die jetzt noch bei Italmobiliare liegen und auf die Allianz eine Option hat, wird der Münchener Versicherungskonzern zuletzt an dem italienischen Unternehmen mit 51,1 Prozent beteiligt sein.

Die Mehrheitsbeteiligung an Ras führt zu einer Ausdehnung der Auslandsinteressen von Allianz nicht nur in Italien selbst, sondern auch in Drittländern, wo der italienische Partner traditionell stark vertreten ist. Im Ausland ist Ras mit 32 Konzerngesellschaften und Niederlassungen präsent, darunter in der Bundesrepublik Deutschland mit der Münchener Leben. In Italien ist Allianz mit einer eigenen Niederlassung, Allianz Italia, und einer Beteiligungsgesellschaft, La Pace, beide Mailand, vertreten. In Versicherungskreisen wird dazu pikanterweise hervorgehoben, daß die Münchener Allianz-Zentrale noch vor einigen Jahren die Absicht hatte, ihre italienischen Aktivitäten zu verkaufen.

Inzwischen ist das Interesse am Auslandsgeschäft und an Italien selbst aber wieder so groß, daß Allianz ein volles Engagement eingegangen ist. Die Beteiligung an dem zweitgrößten italienischen Versicherungsunternehmen wird nach Ansicht von Experten frischen Wind in den ziemlich verkrusteten italienischen Versicherungsmarkt bringen. Das wird sich nicht nur auf das Sach-, sondern auch auf das Lebensversicherungsgeschäft beziehen, in dem Ras bisher weniger aktiv war als die Allianz-Konzerngesellschaft La Pace. Die Beteiligung an Ras wird zu einer engen Kooperation beider Partner führen, wobei damit zu rechnen ist, daß sich die Technik des Allianz-Managements auch auf ihre Neuerwerbung in Italien ausdehnen wird. Das wird möglicherweise auch zu einer Neuorientierung der Marktstrategien führen.

Impulse werden vor allem im Bereich der Lebensversicherung erwartet. Von italienischer Seite ist das Allianz-Engagement bisher ausgesprochen freundlich aufgenommen worden, was sich vor allem in der Haltung der italienischen Versicherungsaufsicht (ISVAP) in Rom ausdrückt. Die Italiener verbergen vor allem nicht ihre Genugtuung darüber, daß die Ras-Kontrolle an einen europäischen Konzern und nicht an eine US-Gesellschaft übergegangenen ist.

KAPITALMARKT / Dritte Welt baute Schulden ab

Banken gaben mehr Kredite

dpa/VWD, Basel

Die internationalen Banken haben ihre Netto-Kreditvergabe im 1. Halbjahr 1984 gegenüber der gleichen Zeit im vergangenen Jahr auf 50 Mrd. Dollar verdoppelt. Gleichzeitig stellt die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel in ihrem Bericht über das 2. Quartal 1984 fest, daß die Entwickungsländer (ohne Opec) trotz neuer Kreditaufnahme ihre Einlagen entscheidend erhöht haben, so daß sie unter dem Strich ihre Schulden im 2. Quartal um 2,7 Mrd. Dollar abgebaut *haben*.

Der internationale Kapitalmarkt ist nach Analyse der BIZ nach wie vor „gespalten". Während den meisten Ländern Kredite zu weit günstigeren Konditionen eingeräumt wurden, erhielten die hochverschuldeten Länder Lateinamerikas (abgesehen von Umschuldungskrediten) insgesamt gesehen kaum neue Mittel. Die höhere Kreditvergabe von US-Banken im 2. Quartal ist vor allem auf Entleihungen an ihre eigenen Filialen zurückzuführen. Vor allem die Auslandsniederlassungen der in Schwierigkeiten geratenen Continental Illinois erhielten höhere Beträge aus dem Stammhaus, da ihnen die internationalen Kapitalmärkte verschlossen blieben. Insgesamt flossen wieder verstärkt Mittel in die USA, die weiterhin als das Anlageland mit dem geringsten Risiko gelten.

Die Vergabe neuer Kredite an Nicht-Opec-Entwicklungsländer wuchs von 1,2 Mrd. im 1. Quartal auf 4,4 Mrd. Dollar im 2. Quartal. Rund 70 Prozent davon flossen nach Lateinamerika, wo sie hauptsächlich unter *Mexiko* (2,1 Mrd. Dollar) und Brasilien (eine Mrd. Dollar) aufgeteilt wurden. Außerhalb Lateinamerikas erhielt hauptsächlich der Nahe Osten im 2. Quartal neue Kredite, wovon der größte Teil nach Israel (0,7 Mrd. Dollar) und Ägypten (0,5 Mrd. Dollar) ging. Neue Mittel in Höhe von 1,1 Mrd. Dollar nahmen die Länder Asiens auf.

Die Neuausleihungen an Opec-Länder nahmen nur geringfügig zu. Die Ostblockländer bauten weiter ihre Kredite ab. Insgesamt schrumpfte der Schuldenberg des Ostens bei den Banken von 60,7 Mrd. Dollar Ende 1981 auf nunmehr 48 Mrd. Dollar. Vor allem Polen konnte seine Bankschulden in diesem Zeitraum von 14,67 Mrd. auf 9,66 Mrd. senken. Die Verringerung der Verschuldung dieser Ländergruppe gegenüber den Banken seit Ende 1981 spiegelt nach Ansicht der BIZ nicht nur die verbesserte Zahlungsbilanzsituation einer Reihe dieser Länder wider, sondern ist auch „Ausdruck des Kursrückgangs anderer internationaler Währungen gegenüber dem Dollar, auf die ein beträchtlicher Teil der Verbindlichkeiten dieser Länder lautet". Das rasante Wachstum des Eurodollar-Marktes hält weiter an. Ende Juni 1984 erreichte er ein Volumen von 1,8 Billionen Dollar nach 1,3 Billionen Dollar im Juni 1981.

EFTA / Mitglieder wollen Dialog mit den EG-Staaten

Zollsenkung vorgezogen

IRENE ZÜCKER, Genf

Die Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der EG und der Europäischen Freihandelsassoziation Efta stand im Zentrum der Efta-Ministertagung in Genf. Dabei wurden die Konzepte der gemeinsamen Luxemburger Deklaration der EG- und Efta-Länder sowie des Efta-Gifpels im schwedischen Visby um die Weiterentwicklung der westeuropäischen Integration überprüft.

Die Efta-Minister haben in Genf beschlossen, die letzten zwei Zollsenkungsraten der „Tokio-Runde" um ein Jahr vorzuverlegen. Die letzte Rate von 1987 wird allerdings davon abhängig gemacht, daß auch die EG wie die USA bei diesem OECD-Entscheid vom letzten Jahr mithalten. Weiter will die Efta innerhalb der OECD und im Gatt vermehrt mitarbeiten, besonders bei einer neuen Liberalisierungsrunde des Welthandels, damit diese nicht einzig von den Handelsgroßmächten durchgezogen wird.

Als persönliche Gäste des Konferenzpräsidenten, Minister Kurt Furgler, Schweiz, waren auch EG-Kommissionspräsident Thorn und EG-Handelskommissär Haferkamp nach Genf gereist. Denn gegenüber der EG, wohin 52 Prozent der Efta-Exporte gehen und woher fast 54 Prozent der Importe kommen, wird von der kleinen Freihandelszone ein Dialog angestrebt. Dabei geht es vor allem um die vier Prioritäten des EG-Efta-Gipfels vom April in Luxemburg: Abbau der technischen Handelshemmnisse, Erleichterung der Grenzformalitäten, Schaffung eines einheitlichen Zolldokuments und Vereinfachung der Ursprungsregeln.

SÜDAFRIKA / Institute warnen vor Wirtschaftskrise

Investoren sind verunsichert

AFP, Johannesburg

Vor einer Verschärfung der Wirtschaftskrise haben die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute in Südafrika gewarnt. Die Verbraucherpreise sind im September auf Jahresbasis berechnet um 12,2 Prozent gestiegen. Die Arbeitslosigkeit nimmt zu. Mit 488 000 ist vor allem die schwarze Bevölkerung betroffen.

Die Landeswährung Rand ist von 0,85 US-Dollar zu Beginn des Jahres inzwischen auf 0,50 Dollar abgesackt. Die Landesvaluta ist wegen der sinkenden Goldpreise allen führenden Devisen gegenüber schwach. Außerdem spielen die Rassenunruhen eine große Rolle. Sie schwächen das Vertrauen der Auslandsinvestoren.

In einem Konjunkturbericht des Wirtschaftsforschungsinstituts der Universität Stellenbosch heißt es: „Die Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung hat ein Gutteil ihrer Glaubwürdigkeit eingebüßt." Danch hat das Realeinkommen der Südafrikaner seit 1981 regelmäßig abgenommen und diese Tendenz wird auch 1985 noch anhalten. Der Verband der Handelskammern hat bereits angekündigt, daß Weihnachten diesmal traurig ausfallen wird: Man rechnet mit einem Absatzschwund von neun Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Am schwersten getroffen ist der Sektor der dauerhaften Konsumgüter. Der Pkw-Absatz sank im September um 22,8 Prozent im Vergleich zum August. Es handelt sich um eine Folge der im August getroffenen Maßnahmen zur Verbrauchsdrosselung; beispielsweise sind die Zinssätze bei Ratenkäufen bis zu 32 Prozent angehoben worden.

Beteiligung an britischer Bank

VWD, *Frankfurt*

Die Deutsche Bank wird sich mit 4,99 Prozent an Morgan Grenfell Holdings Ltd., Muttergesellschaft der Londoner Merchant Bank Morgan Grenfell & Co. Ltd., beteiligen. Wie die Deutsche Bank gestern mitteilte, werde sie für die Beteiligung einen Betrag in der Größenordnung von 14 Mill. Pfund Sterling aufwenden. Beide Banken seien überzeugt, daß dies zusätzliche Möglichkeiten eröffnen wird. Hervorgehoben werden insbesondere das Wertpapiergeschäft, die Unternehmensfinanzierung sowie die Export- und Projektfinanzierung.Die Morgan Grenfell-Gruppe beschäftigt rund 1250 Mitarbeiter und wies am 31. 12. 1983 eine Bilanzsumme von rund 3,17 Mrd. Pfund aus. Die ausgewiesenen Eigenmittel von Morgan Grenfell Holdings Ltd. belaufen sich auf 115,5 Mill. Pfund.

ENERGIE-AGENTUR / Ölpreis-Verfall ist gestoppt

Verbrauch zurückgegangen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der Preisverfall am Weltölmarkt ist zunächst einmal zum Stillstand gekommen. Nachdem die Opec-Staaten ihre Produktion gedrosselt und ihre Listenpreise ermäßigt haben, befestigte sich auch der Spotmarkt. In den ersten drei Oktoberwochen waren dort die Preise um 2,25 Dollar je Barrel gefallen. Dieser Rückgang wurde in der letzten Oktoberwoche zu zwei Drittel wieder ausgeglichen, stellt die Internationale Energie-Agentur (IEA) in ihrem jüngsten Ölmarkt-Bericht fest.

Der Markt war vor allem wegen des gestiegenen Ölangebots aus dem Gleichgewicht geraten. Im Oktober lag es mit 45,6 Mill. Barrel täglich um 0,6 Mill. Barrel über dem 3. Quartal, aber um 0,4 Mill. Barrel unter dem 2. Quartal, *das bereits einen Preiseinbruch* (Juni) gebracht hatte. Außerdem nahmen die Verbraucherstaaten ihre Ölvorräte verstärkt in Anspruch, obwohl sich ihr Verbrauch abschwächte.

Nach vorläufigen Angaben der IEA wurde von der OECD-Zone im 3. Quartal nur noch mit zwei Prozent mehr Öl verbraucht als in der gleichen Vorjahreszeit nach Zuwachsraten von 3,6 und 5,1 Prozent in den beiden vorangegangenen Quartalen. Dieser Einbruch geht vor allem auf die USA und die Pazifikzone zurück, deren Verbrauchszuwachs gegenüber dem 2. Quartal auf 2,1 (5,2) und 2,9 (5,5) Prozent schrumpfte, während er sich in Westeuropa auf 2,3 (0,4) Prozent erhöhte.

Für das 4. Quartal erwartet die IEA einen Verbrauchszuwachs der OECD-Zone von lediglich 1,6 Prozent im Jahresvergleich und für das nächste Jahr von 1,1 Prozent. Diese Prognosen bleiben hinter früheren Schätzungen zurück. Zuletzt deckten die Ölvorräte dieser Zone einen Verbrauch von 75 Tagen gegenüber 80 Tagen vor einem Jahr.

FRANKREICH / Touristensaison zufriedenstellend

Mehr ausländische Besucher

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Besser als erwartet ist die diesjährige *Sommersaison für das französische* Fremdenverkehrsgewerbe ausgefallen. Sie hat zwar später als üblich begonnen. Auch verreisten die Franzosen weniger lange Zeit – im Durchschnitt neun Tage. Aber ihre Ausgaben erreichten im Endergebnis dann doch noch in etwa das Vorjahresniveau, während die der ausländischen Touristen gestiegen sind.

Die gesamten Touristenausgaben schätzt das französische Wirtschaftsministerium für die ersten acht Monate auf 42 Mrd. Franc. Das waren 13 Prozent mehr als in der gleichen Vorjahreszeit. Der Überschuß der touristischen Devisenbilanz erhöhte sich sogar um 20 Prozent auf 17 Mrd. Franc.

An ausländischen Touristen, die Frankreich bereisten oder durchquerten, wurden 33 Millionen registriert. Von den 35 Millionen französischen Touristen reisten nur drei Millionen ins Ausland. Dank des verstärkten Ausländerbesuchs verbuchten etwas mehr als die Hälfte der Fremdenverkehrsbetriebe gleiche oder etwas bessere Geschäftsergebnisse als in der Sommersaison 1983. Die Franzosen selbst bevorzugten allerdings die preisgünstigeren Feriengebiete nördlich der Loire. Auch verbrachten sie ihren Urlaub in stärkerem Maße bei Verwandten.

Die Hotellerie profitierte vor allem von den dollarstarken Amerikanern. Aber auch der touristische Zustrom aus Kanada und den EG-Ländern, insbesondere aus der Bundesrepublik Deutschland, hat sich verstärkt.

Die starken Deviseneinnahmen aus dem Fremdenverkehr wirkten sich günstig auf die Leistungsbilanz aus, die im 3. Quartal einen Überschuß von fünf Mrd. Franc erbracht hatte.

ÖSTERREICH / Die Grundstoffindustrie profitiert von der Konjunkturerholung

Staatsbetriebe vermindern ihre Verluste

WOLFGANG FREISLEBEN, Wien

Neue Zeiten scheinen für die österreichische verstaatlichte Industrie angebrochen. Jahrelang waren die extrem hohen Verluste dieser Staatsbetriebe mit der internationalen Stahlkrise und generellen Konjunkturschwächen begründet und viele Milliarden an Subventionen aus dem Steuertopf wie selbstverständlich zur Aufrechterhaltung der Betriebstätigkeit aufgewendet worden. Jetzt stellt der neue Minister für öffentliche Wirtschaft und *Verkehr, Ferdinand Lacina*, dezidiert fest: Auch die Staatsbetriebe müssen Gewinne machen. Diesen kommt derzeit zugute, daß die internationale Konjunkturerholung auch den strukturell benachteiligten Grundstoffbereich stützt. Dadurch vermindern sich in diesem Jahr die Verluste der Defizitbetriebe auf 3 Mrd. Schilling (426 Mill. DM) nach 5 Mrd. Schilling im Vorjahr.

Während der ebenfalls jahrelang verlustbringende Buntmetallkonzern VMW-Ranshofen schon 1983 wieder Gewinne erwirtschaften konnte und diese vermutlich in diesem Jahr auf rund 230 Mill. Schilling verdoppeln wird, operieren die Stahlfirmen ebenso wie der Elektrokonzern Elin nach wie vor tief in den roten Zahlen. Letzter leidet seit Jahren unter verschleppten Strukturmängeln und dem noch immer nicht ausreichend vollzogenen Übergang zur Produktion elektronischer Elemente anstelle der Elektrogeräte.

Beim Stahlkonzern Vöest-Alpine, Österreichs größtem Unternehmen, sowie dessen Edelstahltochtergesellschaft VEW, stehen nach wie vor die Schließung ganzer Werke und eine kräftige Reduktion der Personalkosten an. Diese Firmen profitieren derzeit aber noch von der internationalen Nachfrage im Grundstoffbereich, der dort nach wie vor dominiert, aber als strukturell überaltert gilt. Demgegenüber verursacht die an sich zukunftsträchtigere Verarbeitung derzeit in beiden Betrieben erhebliche Verluste, die zum Teil von tiefen Auftragslücken herrühren. Außer Zweifel steht aber auch, daß die Produktionskosten in beiden Unternehmen international kaum wettbewerbsfähig sind. Bei vielen Auslandsaufträgen sind daher schon bei Abschluß Verluste einzukalkulieren. Auch im Industrieanlagenbau, der ebenfalls jahrelang als Hoffnungsgebiet bezeichnet wurde, erfüllen sich die hochgesteckten Erwartungen nicht.

Die im letzten Herbst im Gesamtausmaß von 16,6 Mrd. Schilling (2,35 Mrd. DM) vorgesehene Finanzhilfe des Staates sieht in diesem Jahr einen Teilzuschuß von rund 7 Mrd. Schilling vor, der aufgrund der temporär verbesserten Lage aber auch geringer ausfallen könnte. Fast 5 Mrd. Schilling wurden schon 1983 zugeteilt.

NAMEN

Dietrich W. Hoepffner, Repräsentant des Norwegischen Industrieverbandes, Anwalt des Norwegischen Eksportrates und des Norwegischen Generalkonsulates, Hamburg, wurde in den Beirat der Reederei Jahre Line berufen und feierte am 2. November seinen 60. Geburtstag.

Dr. **Arno Morenz**, bisher Vorstandsmitglied der Vereinigte Haftpflichtversicherung VaG, Hannover, ist zum neuen Vorstandsvorsitzenden der Aachener Rückversicherungs-Gesellschaft AG, Aachen, bestellt worden. **Wilhelm Hammacher**, Vorstandsvorsitzender der Aachener und Münchener Lebensversicherung AG, beendet seine interimistisch übernommene Aufgabe bei der Aachener Rück.

Harm Popkes, Geschäftsführer der Unternehmensgruppe August Bröthe, Rastede, wurde zum Präsidenten der Vereinigung der deutschen Zentralheizungswirtschaft (VdZ), Düsseldorf, und **Werner Schleenbecker** zu seinem Stellvertreter gewählt.

STAHLFUSION / Sorge um Georgsmarienhütte

Zu weiterer Hilfe bereit

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die niedersächsische Landesregierung wird eine komplette Schließung des Klöcknerwerks Georgsmarienhütte nicht hinnehmen. Das erklärte Wirtschaftsminister Birgit Breuel gestern vor dem Landtag in Hannover. Zwar seien bislang keine Entscheidungen getroffen worden, doch müsse die Diskussion um diesen Standort mit Sorge beobachtet werden.

Die Fusion zwischen Krupp und Klöckner beinhalte „selbstverständlich, daß die einzelnen Standorte in die konzeptionellen Planungen einfließen", erklärte Frau Breuel. Das Werk Georgsmarienhütte gehöre heute zu den modernsten und leistungsstärksten Stahlbetrieben der Bundesrepublik. Die Landesregierung verlange, daß die beteiligten Unternehmen bis Mitte nächsten Jahres alle Alternativen durchprüfen, um zu einer ausgewogenen Gesamtlösung zu kommen. Frau Breuel: „Alternativen, die den Standort Georgsmarienhütte erhalten und in der Zukunft sichern, wird die Landesregierung im Rahmen des Vertretbaren unterstützen."

Nach den Worten der Ministerin hat die öffentliche Hand in den letzten sieben Jahren den Klöcknerwerken in Georgsmarienhütte mehr als 80 Mill. DM zur Verfügung gestellt. Für weitere Investitionsmaßnahmen an dem Standort – unter anderem war eine neue Stranggußanlage vorgesehen – sollten zusätzliche öffentliche Mittel in Höhe von 50 Mill. DM gewährt werden. Vorgesehen waren zudem Strukturhilfen zur Kapazitätsanpassung von über 40 Mill. DM; davon habe das Land bereits 13 Mill. DM ausgezahlt.

Dies zeige, daß Niedersachsen „auf eine Zukunft des Stahl-Standortes Georgsmarienhütte gesetzt hat". Sterbehilfen dagegen habe die Landesregirung nie gewählt. Dieser Grundsatz gelte auch künftig. Deshalb würden die Fördermittel wieder zurückgefordert, wenn die Unternehmenskonzeption zu Ungunsten von Georgsmarienhütte ausfalle. Nach ersten Schätzungen würde die Stillegung des Standortes 500 Mill. DM kosten, eine Summe, die ohne Hilfen der öffentlichen Hand nicht aufzubringen sei.

LEITER FINANZ- UND RECHNUNGSWESEN / Ergebnisse einer Befragung

Hoher Einfluß auf die Geschäftspolitik

HEINZ STÜWE, Bonn

Er ist 47 Jahre alt, verheiratet und hat zwei Kinder. Er besitzt ein Hochschuldiplom der Wirtschaftswissenschaften, steht seit 21 Jahren im Beruf und hat bisher in drei Unternehmen gearbeitet. In seinem jetzigen ist er seit zwölf Jahren. Zweimal mußte er aus beruflichen Gründen im Inland umziehen, einmal wurde er ins Ausland versetzt. Und schließlich: Er arbeitet 52 Stunden in der Woche und verdient im Jahr 180 000 DM.

So läßt sich nach einer Studie der Düsseldorfer Unternehmensberatung Heidrick and Struggles International Inc. der typische Leiter Finanz- und Rechnungswesen charakterisieren, typisch für ein international operierendes deutsches Unternehmen oder die Tochter einer ausländischen Gesellschaft aus der verarbeitenden Industrie mit 2000 Mitarbeitern und 500 Mill. DM Jahresumsatz. Die Größenordnung der befragten Firmen reichte dabei von unter 20 Mill. bis über 10 Mrd. Mark Umsatz, von weniger als 250 bis über 10 000 Beschäftigten. Die weitaus meisten (80 Prozent) der Befragten arbeiteten im verarbeitenden Gewerbe. Die elektrotechnische, die metallbe- und -verarbeitende Industrie sowie die Chemie- und Pharma-Branche waren besonders stark vertreten. Insgesamt hatte Heidrick and Struggles 665 Inhaber der Position „Leiter Finanz- und Rechnungswesen" angeschrieben. 220 Fragebögen kamen zurück und wurden unter Mitarbeit von Professor G. Sieben, Universität Köln, ausgewertet.

In bezug auf die Ausbildung der Stelleninhaber zeigen sie ein weitgehend einheitliches Bild. Die Mehrzahl verfügt über ein abgeschlossenes Hochschulstudium (55,6 Prozent), 18,9 Prozent haben promoviert. Bei den älteren Führungskräften ist die Promotion deutlich häufiger (22,9 Prozent). In der Altersgruppe zwischen 30 und 40 Jahren können sich dagegen nur 7,2 Prozent mit dem Doktor-Titel schmücken.

Nur wenige schafften den Sprung in diese Führungsposition bereits in den ersten zehn Jahren ihrer beruflichen Laufbahn (4,5 Prozent). Die meisten ihrer Kollegen können auf eine reichhaltige Berufserfahrung zurückgreifen. Knapp die Hälfte der Stelleninhaber ist zwischen 25 und 30 Jahren berufstätig, 8,5 Prozent sogar länger als 30 Jahre.

Ein Unternehmenswechsel ist dabei durchaus üblich. 32 Prozent haben bereits zweimal, 27 und 22 Prozent haben einmal bzw. dreimal den Arbeitgeber gewechselt. Als Gründe nannten zwei Drittel eine Aufgabenerweiterung. Für 20 Prozent waren eine anders gelagerte Tätigkeit ausschlaggebend, nur 15 Prozent verwiesen auf persönliche Motive.

Für Nachwuchskräfte interessant ist, auf welcher Stufe der Karriereleiter die Befragten ins Finanz- und Rechnungswesen eingestiegen sind: Am häufigsten genannt wurde „Sachbearbeiter in der Betriebsabrechnung/Kostenrechnung/betriebswirtschaftl. Abteilung/Revision. Danach folgen „Sachbearbeiter im Bereich Wirtschaftsprüfung/Steuerrecht" sowie „Assistent des Buchhaltungsleiters".

Diesen Tätigkeiten entspricht der fachliche Hintergrund, den die Befragten für ihre Position für besonders wichtig halten. An erster Stelle rangieren Kenntnisse des internen Rechnungswesen, gefolgt von Bilanzwesen, Finanzierung und Steuerlehre. Ein breites Wissen ist schon aufgrund der Zuständigkeit des Leiters Finanz- und Rechnungswesen erforderlich. Knapp 60 Prozent der Stelleninhaber ist nicht nur für Finanzbuchhaltung, Bilanzierung, Kostenrechnung, Budgetkontrolle und Berichtswesen, sondern auch für Steuerwesen, die Investitionsrechnung, interne Revision und Wirtschaftlichkeitsrechnung verantwortlich. 14,5 Prozent zusätzlich noch für die Datenverarbeitung und das internationale Finanzmanagement.

Da verwundert es nicht, daß zwei Drittel es ausschließen, im derzeitigen Unternehmen noch zusätzliche Aufgaben zu übernehmen. Für viele gilt, daß sie bereits in höchster Position tätig sind. Ein Drittel hat die Mitgliedschaft in Geschäftsführung bzw. Vorstand als Ziel vor Augen. Daß 58,6 Prozent schon heute der Führungsspitze angehören, zeigt den großen Stellenwert, den das Finanz- und Rechnungswesen in den meisten Unternehmen genießt.

Eine Tatsache, die sich nicht zuletzt auch in der finanziellen Dotierung niederschlägt: Bei einem durchschnittlichen Jahresbruttogehalt von 180 000 DM ist die Gehaltsstufe 100 000 bis 150 000 DM am stärksten vertreten (35 Prozent). 16 Prozent verdienen zwischen 150 000 und 180 000 DM. Die Spitzengruppe bilden 5,7 Prozent der Finanzmanager, die über 400 000 DM verdienen.

Ein Arbeitsplatzrisiko spüren nur etwa 20 Prozent der Befragten. Mehr als drei Viertel der Befragten glauben, daß ihr Arbeitsbereich in den letzten Jahren im eigenen Unternehmen noch an Gewicht gewonnen hat. Nur 2,4 Prozent der Führungskräfte sehen die Bedeutung des Finanz- und Rechnungswesens schwinden. Ihre Mitsprachemöglichkeiten bei strategischen Unternehmensentscheidung beurteilen die meisten denn auch durchaus selbstbewußt: Mehr als drei Viertel der Leiter Finanz- und Rechnungswesen attestieren sich selbst einen hohen Einfluß auf Bilanz- Finanz- und Steuerpolitik des Unternehmens. Bei der Festlegung der Dividende sind es mit 43 Prozent schon deutlich weniger.

POLYGRAM

Fusion mit Warner ist gescheitert

J. BRECH, Hamburg

Der geplante Zusammenschluß der Warner Communications Inc. mit dem Schallplatten-Unternehmen Polygram BV/GmbH ist gescheitert. Wie die beiden Polygram-Gesellschafter Philips und Siemens mitteilen, werde die Fusion nicht weiter verfolgt. Die Entscheidung stehe in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Widerstand der amerikanischen Federal Trade Commission gegenüber einer Fusion in den USA. Da die inner- und außeramerikanischen Aspekte voneinander wechselseitig abhingen, habe man die gesamte Transaktion beendet, heißt es.

Nach den Plänen von Polygram und Warner war vorgesehen, die Musikaktivitäten beider Gesellschaften in zwei Joint-ventures einzubringen. An einer Warner/Polygram Gesellschaft für Märkte außerhalb der USA sollte Warner mit 50 Prozent, an einer Gesellschaft für den US-Markt mit 80 Prozent beteiligt sein. Um die Beteiligungen von Warner zu ermöglichen, wollte Siemens seine 50-Prozent-Beteiligung an Polygram auf ein Minimum reduzieren.

Die Fusion der beiden Musikgiganten Polygram (rund 2,6 Mrd. DM Umsatz) und Warner (750 Mill. Dollar) ist in der Vergangenheit mehr als Notdenn als Liebeshochzeit bezeichnet worden. Vor allem Polygram hat in den vergangenen Jahren herbe Verluste erlitten, die nicht zuletzt Siemens veranlaßt haben dürften, sich aus dem Musikgeschäft zurückzuziehen. Durch die Fusion erhoffte sich Polygram einen besseren Zugriff zu dem bislang von ihr unterrepräsentierten US-Markt und Warner eine Belebung des europäischen Geschäfts. Inwieweit die Aufgabe der Fusionspläne die bei Polygram eingeleiteten scharfen Rationalisierungsmaßnahmen beeinflussen, ist zur Zeit nicht abzusehen.

IMMOBILIENFONDS

Den süddeutschen Raum „entdeckt"

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Einen „ziemlichen Nachholbedarf" im süddeutschen Raum sehen die sechs deutschen Grundstücksfonds-Gesellschaften für ihre insgesamt acht offenen Immoblilienfonds. Sie seien, wie auf einer Informationsveranstaltung in Stuttgart von Repräsentanten der Deutschen Gesellschaft für Immoblienfonds mbH, Frankfurt, dargelegt wurde, südlich der Main-Linie unterrepräsentiert.

Die wirtschaftliche Dynamik, vor allem im Stuttgarter und Münchener Raum mit den ausgeprägten Zukunftstechnologien, lasse hoffen, daß hier die Möglichkeit des Erwerbs ausreichend rentierlicher Objekte zunehmen werde. Noch nicht erschlossene Betätigungsfelder seien saubere industrielle Fertigungsliegenschaften. Dazu gehörten im Süden gerade auch Einrichtungen für die Freizeitgestaltung.

Von den insgesamt 470 Immoblilien-Objekten, die von den Fonds erworben wurden, befinden sich lediglich 123 Objekte in Süddeutschland. Ganz allgemein sei festzustellen, daß die Immobilien im norddeutschen Raum „mobiler" seien, was heißen soll, daß aus diesem Raum – wie auch aus Westdeutschland und Hessen – mehr Objekte auf den Markt kämen. In Süddeutschland seien die Renditen für Liegenschaften in guten bis sehr guten Lagen bis zu 0,5 Prozent niedriger anzusetzen.

Nachdem den offenen Immoblilienfonds im ganzen Jahr 1983 rund 1,5 Milliarden DM zugeflossen sind, verbuchten sie in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres nochmals Zuflüsse von 644 Millionen DM. Insgesamt werden heute von den Grundstücksgesellschaften 7,4 Milliarden DM verwaltet. Für professionell gemanagten Grundbesitz sieht die Branche weiterhin gute Anlagechancen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

KSB arbeitet wieder voll

Frankenthal (dpa/VWD) – Das Maschinenbau-Unternehmen Klein, Schanzlin + Becker AG (KSB), Frankenthal, arbeitet wieder in allen Bereichen voll. Die vorhergesagte Ertragsbesserung ist in den ersten neun Monaten 1984 eingetreten und scheint auch für den Rest dieses Jahres gesichert. Der Umsatz lag in dieser Zeit bei 570 (558,7) Mill. DM. Für das Gesamtjahr wird mit einem Umsatz in Vorjahreshöhe (871 Mill. DM) gerechnet. Der Auftragseingang stieg auf 651,4 (637,1) Mill. DM. Das Auftragsvolumen aus dem OPEC-Raum habe sich erneut erfreulich entwickelt. Aus China seien größere Aufträge im Bereich Kraftwerkstechnik und Wasserwirtschaft hereingenommen worden. Auch der Bestelleingang aus der Chemie war rege.

Gut verdient

Lübeck (VWD) – Bei der Kühlhaus Lübeck AG hat sich aufgrund der gestiegenen staatlichen Einlagerungen der Geschäftsverlauf „bemerkenswert verbessert". Wie es im Geschäftsbericht 1983/84 (31. März) heißt, war die Auslastung durchgehend befriedigend und wird auch mittelfristig anhalten. Bei einem Umsatzanstieg auf 3,2 (1,8) Mill. DM verbesserte sich der Jahresüberschuß auf knapp 0,5 (0,04) Mill. DM. Nach Dotierung der Rücklagen soll aus dem Bilanzgewinn von 0,2 Mill. DM eine Dividende von 10 und ein Bonus von 2 Prozent auf das Grundkapital von 1,5 Mill. DM ausgeschüttet werden.

Ruhiges Neugeschäft

Hamburg (dpa/VWD) – Das Neugeschäft der Deutsche Genossenschafts- Hypothekenbank (DGHYP), Hamburg, verlief bisher ruhig. Das genossenschaftliche Realkreditinstitut führt dies auf die seit geraumer Zeit erheblich schwächer gewordene Nachfrage nach Baufinanzierungen zurück. In den ersten neun Monaten wurden insgesamt 40 Prozent weniger Darlehen zugesagt als in der gleichen Vorjahreszeit. Dabei sanken die Hypothekenzusagen um fast 60 Prozent auf rund 1 Mrd. DM, die Kommunaldarlehenszusagen dagegen nur um acht Prozent auf 1,2 Mrd. DM.

Berenberg-Gossler wird 75

Hamburg (DW.) – Heinrich Freiherr von Berenberg-Gossler, ehemaliger Partner des Privatbankhauses Joh. Berenberg, Gossler u. Co, Hamburg, vollendet am 9. November sein 75. Lebensjahr. Berenberg-Gossler trat 1935 in das 1590 gegründete Familienunternehmen ein. Er gehörte viele Jahre dem für die deutsche Exportwirtschaft wichtigen Hermesausschuß an und ist u.a. Konsul von Monaco, Präsident des Anglo-German Clubs sowie Vorstand des Ibero-Amerika Vereins.

KAWAG

Erdgas-Netz wird ausgebaut

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die RWE-Tochter Kraftwerk Altwürttemberg AG (Kawag), Ludwigsburg, die im wesentlichen als Stromvertriebsgesellschaft im Südwesten tätig ist, hat in den ersten drei Monaten des laufenden Geschäftsjahres 1984/85 (30. 6.) ihre Stromabgabe um 7,2 Prozent gesteigert. Für das ganze Geschäftsjahr geht die Verwaltung von einer Zunahme von zwei bis drei Prozent aus. Preiserhöhungen sind nicht vorgesehen. Zuletzt hatte die Kawag Anfang Juli dieses Jahres die Strompreise um durchschnittlich 4,8 Prozent angehoben.

Im Geschäftsjahr 1983/84, dem Jahr des 75jährigen Bestehens der Gesellschaft, war bei der Kawag die nutzbare Stromabgabe um 6,7 Prozent auf 1,23 Milliarden kWh angestiegen. Die abgegebene Gasmenge vergrößerte sich auf 55 (41) Mill. kWh. Ohne die Auswirkungen des Arbeitskampfes in der Metallindustrie wäre – wie angemerkt wird – die Zuwachsrate im Bereich der Strom- und Sondervertragskunden, die 5,6 Prozent erreichte, noch um einen Punkt höher ausgefallen. Die Umsatzerlöse nahmen im Berichtsjahr um 9,1 Prozent auf 241 Mill. DM zu. Hier wirkte noch die Preisanpassung von Anfang 1983 nach.

Das Betriebsergebnis habe sich, wie es heißt, gegenüber dem Vorjahr leicht verbessert. Es wird ein auf 4,2 (3,9) Mill. DM erhöhter Jahresüberschuß ausgewiesen, von dem 1,75 (1,70) Mill. DM den Rücklagen zugeführt werden. Die Aktionäre (15,75 Mill. DM Aktienkapital) erhalten eine Dividende von unverändert 14 Prozent zuzüglich eines Jubiläumsbonus von 2 Prozent.

Investiert wurden in Sachanlagen 37,9 (32,0) Mill. DM. Die Maßnahmen dienten dabei insbesondere der Sicherung der Stromversorgung. Für das laufende Geschäftsjahr sind rund 40 Mill. DM Investitionen vorgesehen, wovon 10 Mill. DM für die Erweiterung des Erdgas-Leitungsnetzes eingeplant sind.

FICHTNER / Höherer Inlandsanteil am Umsatz

Umwelttechnik bringt Schub

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Kosten von rund 10 Milliarden DM kommen für die Betreiber von Kraftwerken in der Bundesrepublik aufgrund bestehender Verordnungen bis zum Jahre 1988 zu. Aus diesem Faktum schöpft das auf dem Sektor der Umwelttechnik nach eigenen Angaben führende Consulting-Unternehmen, die Fichtner Beratende Ingenieure GmbH & Co. KG, Stuttgart, die Erwartung auf eine weitere Geschäftsausweitung.

Derzeit befaßten sich nach Angaben von Rainer F. Elsässer, dem Vorsitzenden der Geschäftsführung, über 50 Prozent der Fichtner-Dienstleistungen am Inlandsmarkt mit dem Thema der Umwelttechnik. So ist Fichtner augenblicklich allein an zehn Projekten im Bereich der Rauchgasentschwefelung und Entstickung sowie der Schadstoffemission bei deutschen Energieversorgungsunternehmen beteiligt.

Die Dynamik, die in diesem Geschäftszweig steckt, wird darin deutlich, daß Fichtner, der schon sehr frühzeitig in den Markt der Umwelttechnik einstieg, auf diesem Sektor 1984 auf eine Gesamtleistung (nach Honoraren) von über 10 Mill. DM kommt, während der Umsatz 1982 lediglich bei 1 Mill. DM lag. Der gesamte Umsatz der Fichtner-Gruppe wird in diesem Jahr mit 88 Mill. DM in etwa das Volumen des Vorjahres erreichen.

Auch für 1985 wird ein Umsatz in der Größenordnung von 85 bis 90 Mill. DM erwartet. Dabei findet eine deutliche Schwerpunktverlagerung vom einstmals dominierenden Auslandsgeschäft hin zu einem höheren Inlandsanteil statt. Dieser liegt zur Zeit bei 25 Prozent und dürfte in den nächsten ein bis zwei Jahren auf ein Drittel bis 40 Prozent zunehmen.

Geht man davon aus, daß der durchschnittliche Honorarsatz etwa 5 Prozent der Investitionssummen bei den verschiedenen Projekten entspricht, so steht hinter dieser Leistung ein Projektvolumen von rund 1,8 Milliarden DM. Mit insgesamt 450 Mitarbeitern, davon 350 Mitarbeiter mit ingenieur-, natur- oder wirtschaftswissenschaftlicher Ausbildung, betätigt sich die 1922 gegründete Ingenieurfirma, die voll in Familienbesitz ist, auf den verschiedenen Gebieten der Kraftwerkstechnik, der Umwelttechnik, der Brennstoffaufbereitung, der Abfallwirtschaft, der Meerwasserentsalzung und Wasseraufbereitung und anderem mehr.

MOBIL OIL / Protestbrief der niedersächsischen Landesregierung

Aus für Raffinerie in Wilhelmshaven?

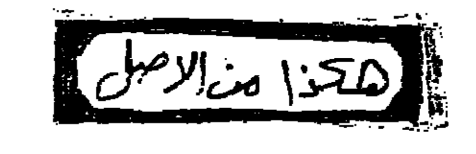
JB./dos. Hamburg/Hannover

Der Wilhelmshavener Raffinerie der Mobil Oil AG, Hamburg, die zu den größten und modernsten der Bundesrepublik gehört, droht die endgültige Schließung. In einem Rundschreiben an die Mitarbeiter hat der Mobil-Vorstandsvorsitzende Herbert C. Lewinsky mitgeteilt, daß der bisherige Hauptexportabnehmer, die Mobil Sales & Supply Corp., über das erste Quartal 1985 hinaus keine Exportmengen ex Wilhelmshaven mehr benötige. Damit werde die Rohölverarbeitung von diesem Zeitpunkt ab eingestellt werden müssen.

Die niedersächsische Landesregierung will dagegen nicht hinnehmen, daß die Raffinerie stillgelegt wird. In einem Brief an die Mobil Oil, verweist Wirtschaftsministerin Birgit Breuel auf die „untrennbar miteinander verbundenen Bereiche Mineralölverarbeitung und Förderung von Erdöl und Erdgas". Aus diesem Grund habe sie das für den 19. November vorgesehene Gespräch mit dem Vorstand des Wirtschaftsverbandes Erdöl- und Erdgasgewinnung über eine Änderung der Förderabgabenverordnung zunächst einmal abgesagt. Frau Breuel beruft sich auf offizielle Äußerungen von Lewinsky und dem Mobil-Oil-Aufsichtsrat, denen zufolge ein Stillegungsbeschluß für die Raffinerie nicht existiere.

In seiner Begründung schreibt Mobil-Chef Lewinsky weiter, da Bemühungen ohne Erfolg geblieben seien, mit geeigneten Partnern in Deutschland Kooperationsabkommen zu schließen, hätten sich die Zukunftsaussichten der Raffinerie erheblich verschlechtert. Über die Konsequenzen werde jetzt mit den Betriebsratsgremien beraten. In dem ohnehin von hoher Arbeitslosigkeit betroffenen Raum Wilhelmshaven beschäftigt Mobil rund 300 Mitarbeiter. Die Mobil-Raffinerie an der Küste ist Anfang der siebziger Jahre für fast 1 Mrd. DM gebaut worden. Sie sollte der Marktversorgung im Inland und als Export- sowie Swingraffinerie für den nordwesteuropäischen Raum dienen.

Die auf 8 Mill. Jahrestonnen ausgelegte Kapazität kann jedoch schon seit Jahren nicht mehr voll genutzt werden. Beim Bau war man von einem deutschen Jahresverbrauch von 200 Mill. Tonnen im Jahr 1984 ausgegangen. Die derzeitige Inlandsnachfrage liegt jedoch nur bei knapp 100 Mill. Tonnen. In Wilhelmshaven sind 1983 im Durchschnitt 4 Mill. Tonnen, in diesem Jahr nur noch 3,5 Mill. Tonnen durchgesetzt worden. Um die technisch notwendige Mindestauslastung von 4 bis 5 Mill. Tonnen zu erreichen, mußte die Raffinerie viermal für 6 Wochen ausgeschaltet werden.



Nach schwächerem Beginn steigend

Auslandskäufe überdeckten Abgaben des Berufshandels

DW. – Schon vorbörslich und auch zu Beginn der Börsenzeit schüttete der Berufshandel Material auf dem Markt. Er hatte sich in Vorwegnahme des Wahlsiegs von Präsident Reagan „bis zur Halskrause" mit Material eingedeckt. Aber schon im Verlauf der ersten Börsenstunde wendete sich das Blatt. Auslandskäufe und auch Orders der inländischen Bankenkundschaft wurden stärker als die Verkäufe des Berufshandels. Trotzdem konnte sich die positive Reaktion auf den Wahlsieg des US-Präsidenten nur schwer durchsetzen.

Daß wieder Ausländer kauften, zeigte sich an der Auswahl der Favoriten. Deutsche Bank, anfänglich auf 378,50 DM gedrückt, erholten sich auf 383 DM (plus 0,5/). Auch Siemens erreichten im Verlauf zumindest wieder gut das Vortagsniveau. Lufthansa Vorzüge zogen bis auf 182 DM (plus 4,30 DM) an. Am Automarkt mußten Daimler-Benz und Mercedes Holding zeitweise Einbußen bis um 8 DM hinnehmen, und auch VW konnten mit vorübergehend 196 DM (minus 3 DM) nicht ganz halten. Warenhausaktien lagen aufgrund von Gewinnmitnahmen teils gut teils knapp gehalten. Bei den Stahlwerten ragten Hoesch mit 1,50 DM Gewinn heraus, während Thyssen, an den Vortagen bevorzugt, sich nur etwa halten konnten. Fest Preussag mit 256 DM (plus 10 DM).

Düsseldorf: Bonner Zement verringerten sich um 5 DM auf 175 DM, Keramag gaen um 4 DM auf 148 DM nach und Küppersbusch sanken um 5 DM. Gerresheimer Glas zogen um 1,50 DM auf 139,50 DM an, Isenbeck verbesserten sich um 3 DM auf 150 DM und Rhenag konnten sich um 2 DM verbessern.

Frankfurt: ADT verminderten sich um 3,50 DM auf 65,20 DM, Chemieverwaltung gaben um 8 DM auf 282 DM nach und Mercedes büßten 9,50 DM ein. Binding zogen um 5 DM auf 200 DM an und VGT verbesserten sich um 5 DM auf 174 DM.

Hamburg: Reichelt schwächten sich auf 102 DM minus 2 DM und Bremer Vulkan auf 72,10 DM minus 1,70 DM ab. HEW blieben bei 81 DM unverändert und NWK Vz. wurden mit 167,50 DM umgesetzt. Phoenix Gummi begannen zu 118 DM und lagen später bei 119 DM plus 1 DM.

München: Etienne Aigner befestigten sich um 3 DM, Agrob St. zogen um 7 DM auf 227 DM an und Spinnerei Kolbermoor schlossen mit einem Plus von 14 DM ab. Audi NSU fielen um 4 DM auf 395 DM zurück, Dywidag verminderten sich um 5 DM und Erlus AG gaben um 10 DM auf 470 DM nach.

Berlin: Engelhardt wurden um 3 DM höher taxiert. Berliner Elektro konnten sich um 2 DM, Kempinski um 1,50 DM und Orenstein um 1 DM erholen. Detewe schwächten sich um 10 DM ab. Schering gaben um 2 DM, Herlitz Vz. und Lehmann um je 1,50 DM, DUB-Schultheiss und Herlitz St. um je 1 DM nach.

Nachbörse: stabil

WELT-Aktienindex: 158,6 (158,9)
WELT-Umsatzindex: 2250 (5780)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

	7.11.	6.11.
H AachM Beteil. 9+2,5	980	990
H Aach. M. Vers. 6+1	350G	350G
D Aach. Ruck. 9	1080G	1080T
D Aseag *4	460T	460T
M Ack-Gogg 4	115	114bB
H Adca 0	127	129
D Adler 9	415G	395G
F Adt AG 0	65,2	68,5
F AEG-Telef 0	107,5	103,2
D AEG-Kabel 8	281bG	285G
S Aesculap 8	370bG	369,5
F AGAB 5	120	121
D Agrippina *7	770T	765T
M Agrob *0	227	220TG
M dgl. Vz. *0	179	180
M Aigner	256bG	253

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York

Amsterdam

Tokio

Zürich

Madrid

Paris

Mailand

Toronto

London

Wien

Hongkong

Brüssel

Sydney

Kopenhagen

Singapur

Optionshandel

Frankfurt. 7. 11. 84: 1302 Optionen = 71 050 (73 250) Aktien, davon 187 Verkaufsoptionen = 10 550 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 1-100/8, 1-110/3, 1-120/1,6, 4-110/7,4, 7-120/5,6, BASF 1-150/24,3, 1-160/18,6, 1-170/8,1, 1-180/3,8, 1-190/1,5, 4-160/18, 4-170/13, 4-180/8, 4-190/4,75, 4-200/4, 7-170/17, 7-180/11,6, 7-190/8, 7-200/5,8, Bayer 1-160/25,7, 1-170/15,1, 1-173/14, 1-180/10,1, 1-190/4,6, 1-200/2, 4-160/26,5, 4-170/22,5, 4-180/15, 4-190/5, 4-200/5,8, 7-200/10, 7-210/7, BBC 4-210/8, Bay. Hypo 4-310/15,6, 7-320/12, Bekula 7-100/8,8, BMW 1-410/4,2, 4-420/8, 7-420/12, Commerzbank 1-160/16,5, 1-170/8,8, 1-180/4,9, 1-190/2,5, 4-170/14,9, 4-180/9, 4-190/4,5, 7-180/13, 7-190/8, 7-200/5, Conti 1-130/4, 1-140/1,2, 4-120/14,4, 4-130/6,4, 4-140/3,4, Daimler 1-580/24,2, Dt. Babcock Vz. 4-150/6, Deutsche Bank 1-380/28, 1-388,75/24, 1-400/6,5, 1-410/3,2, 4-350/41, 4-380/35,8, 4-390/15,8, 4-410/8,35, Degussa 7-390/11, Dresdner Bank 1-160/25, 1-180/11,4, 1-190/6,9, 1-200/2,6, 4-170/21,4, 4-180/17,6, 4-190/11,4, 4-200/6,5, 4-210/3,4, 7-180/20,5, 7-200/10, 7-210/6,9, GHH St. 1-150/13,6, 4-150/14,6, 4-160/10, GHH Vz. 1-150/6, Hoechst 1-190/3,4, 4-180/12,4, 4-190/6,2, 7-200/7, Hoesch 1-110/5,4, 1-120/3, 4-100/15, 4-110/8,1, 4-120/4,55, 7-110/12, 7-120/6,8, 7-130/3, Karstadt 1-250/10,1, 1-260/4,1, Klöckner 1-80/10, 1-80/4,5, 1-85/2,9, 4-65/18,9, 4-70/12,1, 4-80/8, 4-85/6, 4-90/3,6, 7-75/12, 7-80/9,15, 7-90/5,20, 7-95/2,9, Lufthansa St. 1-140/40,5, 1-170/11, 1-180/6,3, 4-170/15,0, Lufthansa Vz. 1-160/21, 4-170/12,6, 4-180/7,5, 7-180/8,6, MAN 1-160/5,1, Mercedes 7-550/19, 7-560/9,9, Mannesmann 1-150/4,8, 1-160/3,5, 4-160/7,8, 4-170/4, 7-160/12, 7-180/4,5, Preussag 4-260/8,1, RWE St. 1-160/11,1, 1-170/3,5, 4-170/6,65, 7-170/10,4, RWE Vz. 1-180/1,25, Kali + Salz 4-230/22, 4-250/15, 4-280/9, 7-280/18, Siemens 1-400/55, 1-410/45, 1-430/32,6, 1-460/14, 1-470/8, 1-500/3,4, 4-400/60, 4-430/38, 4-480/15,5, 4-500/9, 7-490/18, 7-500/14,9, Thyssen 1-75/10, 1-80/8, 1-85/4, 1-90/3, 4-80/10, 4-85/9, 4-90/5,4, 7-85/9,6, 7-90/7, Veba 1-170/5,6, 1-180/2, 4-170/8,6, VW 1-190/15, 1-200/8, 1-210/6, 1-220/3,5, 4-180/28,8, 4-190/20,3, 4-210/11, 4-220/6,5, 7-190/28, 7-210/13,9, 7-220/10,4, Alcan 1-80/9,6, 1-90/3,6, 7-90/10, Chrysler 1-80/15,15, 1-95/7, 1-100/4,55, 4-95/10, General Motors 1-250/11,4, 4-280/15, IBM 1-400/18, 4-400/30, 4-420/15, 4-430/13,5, Norsk Hydro 4-40/7, 7-45/6,5, Philips 1-45/4, 1-50/2,8, 4-50/5,1, 7-50/6,8, Sony 4-50/6,5, 4-55/3, Sperry 1-120/7,6, 1-130/4, 4-120/11,9. **Verkaufsoptionen:** AEG 1-100/2, 4-95/2,7, 4-100/3,6, 4-110/8,6, 7-120/19, BASF 1-160/10, 4-170/4,2, 7-150/2,5, 7-170/4,4, Bayer 1-180/1,9, 4-180/3, 7-170/2,6, 7-180/5, BMW 7-370/11, Commerzbank 4-170/3,6, 7-160/2,5, 7-170/5, 7-180/14,3, Conti 1-120/1,6, 4-120/3, Deutsche Bank 7-340/4,4, Dresdner Bank 4-170/5,5, 4-180/6,2, 7-170/4,3, Hoechst 1-180/2,5, 4-170/2, 7-170/2,2, Hoesch 4-100/2, 4-110/4,5, 7-110/9,4, Karstadt 4-220/3, Klöckner 7-75/4,2, Lufthansa St. 4-170/4,9, Lufthansa Vz. 4-170/5, Mannesmann 4-150/2,3, Schering 1-380/3,1, 4-380/4,4, 7-380/9, Siemens 1-410/1,95, 1-440/3, 4-400/1,4, 4-410/3, 4-440/10, 7-410/3,9, 7-420/5,4, 7-440/12, 7-450/20, Thyssen 4-85/5,5, Veba 7-160/2, VW 1-190/2, 1-200/5, 4-190/3,8, Chrysler 1-90/3, 4-90/4,5, General Motors 4-230/10, 7-230/15, IBM 1-370/19, Norsk Hydro 7-40/2, Philips 7-45/2, Xerox 4-110/5,5 (1. Zahl Verfallsmonat, jeweils der 15., 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 7. 11.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9¼–9½	5[illegible]–5[illegible]	4–4½
3 Monate	9½–9¾	5[illegible]–5[illegible]	4⅞–5
6 Monate	9¾–9⅞	5⅝–5⅞	4¾–5
12 Monate	10¼–10½	5¾–5⅞	4¾–5⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 7. November folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1425,00	1772,70
10 US-Dollar (Indian)**)	1170,00	1428,45
5 US-Dollar (Liberty)	430,00	627,00
1 £ Sovereign alt	231,00	286,14
1 £ Sovereign Elizabeth II.	227,00	281,58
20 belgische Franken	177,00	229,14
10 Rubel Tscherwonez	240,00	300,96
2 südafrikanische Rand	226,00	280,44
Krüger Rand, neu	1028,00	1211,82
Maple Leaf	1028,00	1211,82
Platin Noble Man	998,00	1177,62
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	237,00	297,54
20 schweiz. Franken „Vreneli"	183,00	232,56
20 franz. Franken „Napoléon"	183,00	232,56
100 österr. Kronen (Neuprägung)	949,00	1145,70
20 österr. Kronen (Neuprägung)	189,00	238,26
10 österr. Kronen (Neuprägung)	99,00	129,96
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	437,00	538,08
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	104,00	141,36

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

7. 11. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs4)	Sorten Ankauf	Sorten Verkauf
New York3)	2,9112	2,9182	2,8860	2,86	2,96
London1)	3,710	3,724	3,675	3,65	3,80
Dublin1)	3,076	3,090	3,028	3,76	3,91
Montreal3)	2,2240	2,2320	2,1946	2,17	2,27
Amsterd.	88,590	88,800	88,68	87,50	89,50
Zürich	121,490	121,690	121,335	120,00	122,75
Brüssel	4,936	4,956	4,885	4,79	4,99
Paris	32,490	32,640	32,11	31,71	33,50
Kopenh.	27,605	27,725	27,21	26,50	28,25
Oslo	34,130	34,250	33,53	33,25	35,00
Stockh.**)	34,570	34,730	34,095	33,75	35,60
Mailand2) **)	1,596	1,606	1,564	1,55	1,65
Wien	14,198	14,238	14,16	14,16	14,35
Madrid**)	1,771	1,781	1,744	1,66	1,78
Lissabon**)	1,830	1,850	1,703	1,55	2,35
Tokio	1,2130	1,2160	–	1,17	1,23
Helsinki	47,460	47,660	46,46	46,50	48,25
Buen. Air.	–	–	–	–	5,00
Rio	–	–	–	0,05	0,30
Athen*) **)	2,3745	2,4285	–	1,85	2,35
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,512	2,531	–	2,45	2,55
Johannesbg.*)	1,673	1,692	–	1,50	1,75

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Das klare Wahlergebnis zugunsten des alten Präsidenten verschaffte dem US-Dollar am 7. 11. keinen Wahlbonus. Die Leitwährung mußte im Gegenteil gegenüber dem Vortrag einen deutlichen Kursverlust hinnehmen und fiel amtlich auf 2,9152 zurück, nachdem im asiatischen Raum der Handel bei 2,9570 aufgenommen wurde. Die US-Dollar-Zinssätze wurden um ca. ½ Prozentpunkte zurückgenommen in Erwartung einer zunehmenden Verflüssigung während der nächsten Tage. In dieser Erwartung dürfte in erster Linie die Dollarschwäche begründet sein. Die Bundesbank war nicht im Markt zu sehen. Der gut 1prozentige Rückgang des Dollarmittelkurses folgten die meisten amtlich notierten Währungen, wenn auch nicht im gleichen Ausmaß. Etwas fester notierten lediglich das Irische Pfund und der Schweizer Franken. Außerdem verzeichnete der Escudo einen kräftigen Gewinn von 1,66 Prozent auf 1,84 in Reaktion auf die permanenten Rückgänge der vergangenen Tage. US-Dollar in: Amsterdam 3,2895; Brüssel 58,5625; Paris 8,9590; Mailand 1821,50; Wien 20,5280; Zürich 2,3976; Ir. Pfund/DM 3,083; Pfund/Dollar 1,2750; Pfund/DM 3,717.

Ostmarkkurs am 7. 11. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Dollar-Depots wurden am 7. November zu deutlich geringeren Abschlägen gehandelt. Man rechnet unverändert mit weiteren Zinssenkungen in den USA.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,00/0,90	2,82/2,72	5,60/5,40
Pfund/Dollar	0,09/0,07	0,09/0,06	–0,02/+0,02
Pfund/DM	2,10/0,70	4,10/4,50	2,70/0,30
FF/DM	22/07	49/38	91/75

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 7. 11.: Tagesgeld 5,50–5,60 Prozent; Monatsgeld 5,65–5,75 Prozent; Dreimonatsgeld 5,95–6,05 Prozent.

Privatdiskontsätze am 7. 11.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 7. 11.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Oktober 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer: Ausgabe 1984/9 (Typ A) 5,00 (5,00) – 7,00 (5,97) – 7,25 (6,37) – 7,75 (6,68) – 8,00 (6,91) – 8,50 (7,12). Ausgabe 1984/10 (Typ B) 5,00 (5,00) – 7,00 (6,00) – 7,25 (6,41) – 7,75 (6,74) – 8,00 (6,99) – 8,50 (7,24) – 8,50 (7,42). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,35, 2 Jahre 6,30. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,00, Kurs 100,4, Rendite 6,90.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

Bundesbahn

Kaufneigung schrumpfte

Auf dem Rentenmarkt hat die Kaufneigung am Mittwoch auf der ganzen Breite abgenommen. Man rechnet weniger noch als in den letzten Tagen mit weiteren Zinssenkungen. Darüber hinaus wollen die potentiellen Käufer wohl erst einmal die Reaktionen der neuen amerikanischen Regierung in Washington im Hinblick auf die großen Budgetdefizite abwarten. Öffentliche Anleihen konnten sich überwiegend behaupten. Auch Bundesobligationen blieben weitgehend unverändert. Ähnliches gilt auch für die Pfandbriefe.

	7. 11.	6. 11.
M 7 dgl. Pf 20	99,75G	99,75G
B 5 Berl. Pfandb. Pf 7	103G	103G
7 dgl. Pf 31	101T	100,5G
6 dgl. Pf 34	97,5	97,5
6½ dgl. Pf 37	99G	99G
8 dgl. Pf 51	100,15G	100,15G
HnS Bittann. Hypo. Pf 1	118G	118G
7 dgl. Pf 80	93,25G	93,25G
7½ dgl. Pf 87	98,5G	98,5G
6 dgl. KS 29	84,5G	84,5G
7 dgl. KS 30	100,6G	100,6G
D 5 Dt.Centbod. Pf 44	119,5G	119,5G
5 dgl. Pf 54	116G	116G
6 dgl. Pf 109	83G	83bG
6½ dgl. Pf 123	91,5G	91,5G
6½ dgl. Pf 141	90,5G	90,5G
7 dgl. Pf 143	97G	97G

	7. 11.	6. 11.
HnS dgl. Pf 10	100,7G	100,7G
9 dgl. KO 53	101,3G	101,3G
7½ dgl. IS 6	102G	102G
10 dgl. IS 37	100,3G	100,3G
F 5 Pfalz Hypo. Pf 48	115G	115G
6 dgl. Pf 58	88,7G	88,7G
6 dgl. Pf 95	80	80
7 dgl. Pf 114	100G	100G
D 5 RW Bodencr. Pf C	126	126
5½ dgl. K	109,5G	109,5G
4 dgl. Pf 18	104G	104G
6 dgl. Pf 28	97bG	97G
6½ dgl. Pf 67	88G	88G
5½ dgl. KO J+E	125G	125G
9½ dgl. KO 58	–	–
7½ dgl. KO 77	100G	100G
S 5 RhHyp. Mannh. Pf 59	108G	108G

	7. 11.	6. 11.
F 7½ dgl. RS 27	101,5G	101,5G
6½ dgl. RS 60	99,5	99,5
7 dgl. 94	100,5	100,5G
7 dgl. 99	100,2	100,2G
6 dgl. 101	103G	103G
7½ dgl. 102	101,25G	101,25G
9½ dgl. 126	105,75G	105,75G
D 8 LAG TS 76	101,7	101,7
5½ dgl. TS 77	100	99,8
5½ dgl. 78	97,2	97,1G
7 dgl. 79	100,95	100,35

Sonderinstitute

Industrieanleihen

	7. 11.	6. 11.
F 6 Badenwerk 78	98,75	98,8
F 8 Chem. Hüls 71	100,6T	100,6T

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen am Dienstag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Während Kaffee fester notierte, mußte Kakao Abschläge hinnehmen.

Getreide und Getreideprodukte

	6. 11.	5. 11.
Weizen Chicago (c/bush)		
Dez	365,25	362,50
März	367,25	365,50
Mai	361,00	359,25
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.		
St. Lawrence 1 CW	239,06	239,47
Amber Durum	247,82	248,27
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Dez	144,50	143,10
März	151,00	149,70
Mai	154,90	153,30
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	123,20	120,90
März	124,60	123,50
Mai	126,50	135,50
Hafer Chicago (c/bush)		
Dez	184,50	184,00
März	182,75	182,25
Mai	180,25	160,00
Mais Chicago (c/bush)		
Dez	274,25	273,00
März	282,50	281,25
Mai	289,25	288,50
Gerste Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	134,00	131,20
März	133,70	132,60
Mai	135,20	134,20

Genußmittel

	6. 11.	5. 11.
Kaffee		
New York (c/lb)		
Terminkontr. Dez	139,75	138,70
März	136,95	136,08
Mai	135,50	135,01
Kakao		
New York ($/t)		
Terminkontr. Dez	2255	2292
März	2306	2243
Mai	2212	2251
Umsatz	4227	–
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	5,48	5,45
März	5,96	5,94
Mai	6,28	6,22
Juli	6,54	6,48
Sept.	6,80	6,74
Umsatz	4535	–
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	unerhältl.	4,79
Kaffee		
London (£/t) Robusta-		
Kontrakt Nov	2485–2496	2459–2460
Jan.	2295–2298	2256–2257
März	2213–2214	2176–2178
Umsatz	3441	4371
Kakao		
London (£/t)		
Terminkontrakt Dez.	1893–1892	1918–1919
März	1852–1853	1872–1874
Mai	1855–1856	1875–1876
Umsatz	3758	3702
Zucker		
London ($/t), Nr. 6		
Dez	141,60–142,60	unerh.
März	159,80–160,00	unerh.
Mai	167,00–167,20	unerh.
Umsatz	1785	–
Pfeffer		
Singapur (Straits-Sing.-$ 100 kg)		
schw. Sarawak spez.	437,50	437,50
weißer Sarawak	677,50	677,50
weißer Muntok	685,00	685,00

	6. 11.	5. 11.
Orangensaft		
New York (c/lb)		
Nov	165,25	165,80
Jan.	168,50	168,80
März	168,60	169,00
Mai	168,50	168,80
Juli	168,50	168,70
Umsatz	750	–

Öle, Fette, Tierprodukte

	6. 11.	5. 11.
Erdnußöl		
New York (c/lb)		
Südstaaten fob Werk.	40,00	40,00
Maisöl		
New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	34,00	34,25
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Dez.	28,65	27,78
Jan.	27,05	26,35
März	25,95	25,35
Mai	25,45	25,00
Juli	25,00	24,65
Aug.	24,55	24,30
Sept.	24,20	24,00
Baumwollsaatöl		
New York (c/lb)		
Mississippi-Tal fob Werk	32,00	32,00
Schmalz		
Chicago (c/lb)		
loco lose	31,00	30,50
Choise white hog 4% fr. F.	21,50	21,25
Talg		
New York (c/lb)		
top white	21,75	21,75
fancy	21,50	21,55
bleichfähig	19,75	19,75
yellow max. 10% fr. F.	17,75	17,75
Schweine		
Chicago (c/lb)		
Dez.	49,40	49,60
Febr.	51,35	51,45
April	47,90	48,00
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb)		
Febr.	68,40	68,60
März	68,35	68,30
Mai	69,47	69,60

	6. 11.	5. 11.
Häute		
Chicago (c/lb)		
Ochsen einh. schwere River Northern	51,00	51,00
Kühe einh. schwere River Northern	50,00	50,00
Sojabohnen		
Chicago (c/bush)		
Nov.	623,00	617,00
Jan.	636,50	630,00
März	650,50	645,50
Mai	663,00	660,00
Juli	673,00	669,00
Aug.	673,00	669,00
Sept.	661,00	657,00
Sojaschrot		
Chicago ($/sht)		
Dez.	154,40	154,30
Jan.	157,50	157,70
März	164,00	164,00
Mai	170,00	169,30
Juli	176,00	175,00
Aug.	177,50	175,00
Sep.	177,90	177,00
Leinsaat	6. 11.	5. 11.
Winnip. (can. $/t)		
Dez.	352,00	350,40
März	366,20	363,70
Mai	373,50	371,30
Kokosöl	6. 11.	5. 11.
New York (c/lb)		
Westküste fob Werk	53,50	55,00
Erdnußöl	7. 11.	6. 11.
Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. cif	880,00	870,00
Leinöl		
Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	585,00	590,00
Palmöl		
Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	645,00	635,00
Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Nieder. fob Werk	250,00	244,00
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	1160,00	1170,00
Leinsaat		
Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	288,50	289,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

	6. 11.	5. 11.
Baumwolle		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 2:		
Dez.	65,20	65,56
März	66,95	67,00
Mai	68,40	68,45
Juli	69,75	69,75
Okt.	69,50	70,00
Dez.	69,45	69,90
Kautschuk New York		
(c/lb); Händlerpreis loco RSS–1:	42,50	43,00
Wolle		
Lond. (Neus. c/kg)		
Kreuzz. Nr. 2:	6. 11.	5. 11.
Dez.	517–518	515–516
Jan.	514–520	513–520
März	522–523	522–524
Umsatz	106	46
Wolle		
Roubaix (F/kg)		
Kammzüge:	6. 11.	5. 11.
Dez.	unerhältl.	51,40
März	unerhältl.	53,40
Mai	unerhältl.	53,50
Juli	unerhältl.	53,50
Umsatz	–	–
Tendenz: –		
Wolle Sydney		
(austr. c/kg)		
Merino-Schweißwolle Standardtype	6. 11.	5. 11.
Dez.	587,5–589,0	587,0–588,0
März	582,5–586,0	–
Juli	595,0–600,0	–
Umsatz	22	8
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen	6. 11.	5. 11.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded:	570,00	570,00
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager	6. 11.	5. 11.
Nov.	13 240	13 276
Dez.	12 839	12 882
Kautschuk		
London (p/kg)	6. 11.	5. 11.
Nr. 1 RSS loco	59,00–62,00	58,00–61,00
Dez.	58,00–62,00	59,00–62,00
Jan.	61,00–63,00	60,00–63,00
Feb.	62,00	61,00–64,00
Tendenz: stetig		

	6. 11.	5. 11.
Kautschuk		
Malaysia (mal. c/kg)		
Nov.	187,00–188,50	189,00–190,00
Dez.	194,50–195,00	195,50–196,50
Nr. 2 RSS Nov.	185,00–186,00	185,50–186,50
Nr. 3 RSS Nov.	181,50–182,50	182,00–183,00
Nr. 4 RSS Nov.	174,50–175,50	175,00–176,00
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)	6. 11.	5. 11.
BWC	–	–
BWD	–	–
BTC	–	–
BTD	–	–

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	7. 11.	6. 11.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	133,51–133,69	130,14–130,33
drittfolg. Monat	130,90–131,27	128,84–129,02
Zink: Basis London		
laufend. Monat	237,22–237,59	238,10–238,28
drittfolg. Monat	238,52–238,71	238,56–238,84
Produz.-Preis	262,73	265,46
Reinzinn 99,9%	3933–3972	3994–4033

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	7. 11.	6. 11.
Elektrolytkupfer		
für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	409,27–411,13	407,39–409,26
Blei in Kabeln	141,25–142,25	137,75–138,75
Aluminium		
für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	456,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhersteller.

Messingnotierungen

	7. 11.	6. 11.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	388,00–391,00	387,00–390,00
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	431,00–437,00	430,00–437,00
MS 63	420,00–425,00	419,00–424,00

Zinn-Preis Penang

	6. 11.	5. 11.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	29,25	29,24

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	7. 11.	6. 11.
Leg. 225	370	370
Leg. 226	372	372
Leg. 231	403–405	403–405
Leg. 233	413–415	413–415

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	7. 11.	6. 11.
Platin (DM je g)	34,058	34,158
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	32 950	33 100
Rücknahmepr.	32 200	32 350
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	33 180	33 380
Rücknahmepr.	32 350	32 550
verarbeitet	34 810	35 020
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 605	32 785
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	755,20	736,10
Rücknahmepr.	732,90	714,40
verarbeitet	788,30	769,40

Internationale Edelmetalle

	7. 11.	6. 11.
Gold (US-$/Feinunze)		
London		
10.30	345,80	345,95
15.00	347,60	–
Zürich mittags	349,25–349,75	345,30–345,80
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	100 300	100 700
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	615,45	600,30
3 Monate	631,05	614,85
6 Monate	645,10	628,90
12 Monate	674,60	657,25
Platin (£-Feinunze)	6. 11.	5. 11.
London fr. Markt	263,40	264,95
Palladium (£-Feinunze)		
London f. Händlerpr.	117,30	118,45

New Yorker Preise	6. 11.	5. 11.
Gold H & H Ankauf	geschl.	342,45
Silber H & H Ankauf	geschl.	759,00
Platin fr. Händlerpr.	319,00–322,00	319,00–322,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium		
fr. Händlerpr.	148,00–149,00	146,00–147,00
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
Nov.	757,00	768,00
Dez.	761,80	772,00
Jan.	768,10	779,20
März	780,00	791,00
Mai	793,30	804,70
Juli	806,40	818,00
Sept.	820,90	832,50
Umsatz	18 000	–

New Yorker Metallbörse

	6. 11.	5. 11.
Kupfer (c/lb)		
Nov.	60,56	60,80
Dez.	60,85	61,10
Jan.	61,45	61,70
März	62,40	62,75
Mai	63,50	63,90
Juli	64,70	65,00
Sept.	65,75	66,10
Umsatz	5500	–

Londoner Metallbörse

	7. 11.	6. 11.
Aluminium (£/t)		
Kasse	899,50–900,50	899,00–900,00
3 Monate	924,00–924,50	924,00–924,50
Blei (£/t) Kasse	358,50–359,00	349,00–349,50
3 Monate	351,50–352,50	344,50–345,00
Kupfer		
Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1086,5–1087,0	1088,0–1080,5
3 Monate	1108,5–1109,0	1114,0–1114,0
abends Kasse	1074,5–1075,5	1074,5–1075,5
3 Monate	1098,0–1098,5	1098,0–1098,5
(Kupfer-Standard)		
Kasse	1091,0–1093,0	1077,0–1079,0
3 Monate	1110,0–1111,0	1098,0–1100,0
Zink (£/t) Kasse	637,00–638,00	631,00–632,00
3 Monate	640,50–641,00	635,00–635,50
Zinn (£/t) Kasse	9535–9540	9575–9585
3 Monate	9520–9525	9565–9570
Quecksilber ($/Fl.)	300–310	300–310
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	80–85	80–85

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber:
Axel Springer, Matthias Walden
Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns, (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.), Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheika (stellv.), WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Verkohlte Knospen

no – Der Ausverkauf von Hollywood entwickelt sich zu einem noch lukrativeren Geschäft, als es die Filme jemals waren. Sotheby's versteigert höchst erfolgreich Requisiten des Orson-Welles-Klassikers „Citizen Kane", z.B. jenen berühmten Schlitten namens „Rosebud", der Kane einst als Kind gehörte und der das Schlüsselwort für den ganzen Film liefert.

Dieses Requisit hat übrigens auch außerhalb des Films eine gewisse Berühmtheit erlangt. Comic-Held Snoopy zog in einem seiner „Strips" einen Schlitten hinter sich her, und Charlie Brown fragte lakonisch: „Rosebud?" Und noch gar nicht lange ist es her, daß der zerknautschte Kommissar Columbo einen Mordfall klären mußte, in dem blutgierige Hunde darauf getrimmt waren, beim Wort „Rosebud" zu reißenden Bestien zu werden. *Diesen* weltberühmten Schlitten also hat Steven Spielberg für *volle 60 500* Dollar ersteigert.

Doch hier stutzt der Cineast und erinnert sich: In einem der letzten Bilder des Films *sieht man*, wie der Schlitten in den Kamin geworfen wird. Kurz bevor er verkohlt, erkennt der Zuschauer – mit der gebührenden Ergriffenheit – den Schriftzug „Rosebud". Wie kann man etwas, das verbrannt wurde, noch kaufen? Ist Spielberg einem Schwindel aufgesessen? Oder hat Orson Welles, den äußerste Sparsamkeit beim Drehen des Films auszeichnete, in einem Anfall von Verschwendungssucht damals mehrere „Rosebuds" anfertigen lassen? Und welcher davon ist nun das Original?

Fragen über Fragen, und der nagende Zweifel bleibt. Vielleicht hätte Spielberg besser eines der gigantischen Puzzles ersteigern sollen, mit denen sich Susan Kane alias Dorothy Comingore herumplagte; die ließ sie ja auf Xanadu zurück.

Göttingen gräbt Zuckmayers „Prometheus" aus

Des Junglöwen Klaue

Hamburg, Stuttgart und Bremen erfreuen sich seit wenigen Tagen neuer bzw. prächtig herausstaffierter Bühnenstätten. Das Deutsche Theater in Göttingen gehört mit seinem aufwendigen Umbau und der Eröffnung des „DT-Studios" nun auch dazu. Hier ist es gelungen, neben den renommierten, fast 100 Jahre alten Musentempel einen schönen, modernen Theaterbau zu setzen, der sich stilistisch sehr wohl anpaßt und der doch ein eigenes Gesicht hat: eine lichte Glas/Stahl-Konstruktion, leicht und unaufdringlich elegant.

Hier also hat man jetzt ein frühes Stück von Carl Zuckmayer uraufgeführt. „Prometheus" heißt das Stückchen, das man da aus der Versenkung geholt hat, *in der man es aber besser* gelassen hätte: ein Anfängerdrama, *mehr als schlicht, eigentlich schon* unbedarft. Es konnte trotz des Enthusiasmus der Göttinger Theaterleute und der hinreißenden Bühnenerscheinung des Hauptdarstellers Daniel Lüönd nicht gelingen. Das dramatische Gedicht ist ohne alle Theater-Erfahrung geschrieben. Irgendwie spürt man ihm die unsägliche Langeweile der Universitätskollegs über Römisches Recht und klassische Volkswirtschaft an, die Zuckmayer damals (1919) an der Frankfurter Universität gehört hat.

Dabei ist die Idee zum Stück gar *nicht schlecht, sie zeigt an einigen* Stellen durchaus die Klaue des Junglöwen: *Prometheus will den* Menschen, die in der Kälte ihrer Lieblosigkeit schmachten, das Feuer bringen, wenn sie seine Ideale von Freiheit und Selbstbestimmungsrecht annehmen. Aber das vermögen weder die Bewohner der Tiefe („die von unten") noch die Bewohner der Berge („die von oben"). Einzig die Tochter „von unten" (Sabine Podlaha) ist bereit, für die prometheischen Ideale zu kämpfen. Sie verläßt das Tal und geht zu den Reichen, um ihnen die Botschaft der Liebe zu bringen.

Die Mission mißlingt. Die beiden Lager fangen einen wüsten Krieg miteinander an, und alle Ideale des Prometheus scheinen für immer verloren. Da, in höchster Not, ruft die Tochter des Tales den Prometheus zu Hilfe, und er schenkt den Menschen das Feuer, *auch wenn sie seine* Bedingungen nicht erfüllen, aber sie müssen *von nun an ohne seinen* göttlichen Segen leben. Traurig zieht er von dannen, die tiefsinnigen Worte hinterlassend: „Menschen, wer wüßte das Ende?"

Damit schließt das Stück, und es ist gut, daß die Inszenierung Günther Fleckensteins und Tadashi Endos hier ebenfalls nach gut einer Stunde zu Ende ist. Viel länger hätte man das unfreiwillig-komische Pathos der O-Mensch-Dramatik, das hochexpressionistische Theater des enthusiastischen Kriegsheimkehrers Zuckmayer nicht ertragen können. Über dem, was da aus der Archiv-Asche gehoben wurde, wäre besser der Staub des *Vergessens geblieben.*

CHRISTIAN ANDREE

Ein Bärendienst für die Kunstfreiheit? – Sammler Ludwig und die Förderungspraktiken der „DDR"

Drei mal drei Meter zu 15 000 Mark

Peter Ludwig ist wieder im Gespräch – oder ist er im Gerede? Mit seinem Angebot, in Aachen eine Art „Zentrum der Weltkunst" einzurichten, in dem vor allem auch die Kunst der osteuropäischen Staaten präsent sein soll, hat er erneut die Aufmerksamkeit auf seine Art zu sammeln und seine Kriterien der Auswahl gelenkt. Die Gemälde, Skulpturen und Graphiken, die Ludwig in der „DDR" erwarb und zum größten Teil jetzt in das „Ludwig-Institut für Kunst der DDR" in Oberhausen einbrachte, sind für dieses Sammeln ein Beispiel. Erst jüngst waren sie dort und in Berlin in der *Ausstellung „Durchblick"* zu besichtigen.

Bezeichnend ein Blick in die Kataloge des Oberhausener „Ludwig-Institutes". Sie begnügen sich mit den Sprachregelungen der offiziellen Publizistik in Ost-Berlin, so wie sich das Institut damit zufrieden gibt, nur das zu zeigen, was in der *„DDR"* wohlgelitten ist. Sollten diese Bedingungen auch für das geplante Aachener Museum gelten – und die Präsentation der Ludwigschen Erwerbungen aus Moskau in Köln und Aachen läßt leider nichts anderes erwarten –, so wird das Ganze wenig mit Kunst, dafür aber umso mehr mit einer bestimmten Kunstpolitik zu tun haben, die der Freiheit der Kunst einen Bärendienst erweist.



Leidenschaft für Kunst der sozialistischen Länder: Der Sammler Peter Ludwig vor einem seiner sowjetischen Gemälde FOTO: BRIGITTE STACHOWSKI

Peter Ludwig kauft nicht nur Kunst in der „DDR", er läßt dort auch Schokolade produzieren. Die Wirtschaftskontakte reichen zurück ins Jahr 1975; der Erwerb von „DDR"-Kunst begann 1977. Seither wird die „DDR"-Sammlung durch Käufe bei offiziellen Anlässen vervollständigt. Einige Künstler aus Mitteldeutschland, die im Westen sehr bekannt sind, sucht man in der Ludwigschen Auswahl allerdings vergebens, obwohl der Stifter seine Sammlung selbst als „umfassende Information über DDR-Kunst" anpreist.

Erklärungen für die Ausfälle sind schnell bei der Hand: Umfassend heiße *nicht vollständig,* wird einem gesagt. Die Beschränkung auf die „offizielle" Kunst begründet Ludwig so: „Es ist eine repräsentative Ausstellung in dem Sinne, daß sie Vielfalt, Ernst und den Hintergrund, den gesellschaftlichen Hintergrund, den diese Kunst eben in einem sozialistischen Land hat, offenkundig macht ... Wir zeigen bewußt die Kunst, die auch die Einwohner der DDR als Kunst in Ausstellungen und Museen erleben, um auch hier Informationslücken zu schließen, bei uns zu schließen."

Der Schul- und Kulturdezernent der Stadt Oberhausen, Friedrich-Wilhelm Fernau, setzt sich übrigens eindeutig zu Lasten seiner anderen kommunalen Kulturinstitute für die Stiftung Ludwig ein. Die Westdeutschen Kurzfilmtage z. B., die unterm Strich das Stadtsäckel mit 250 000 DM belasten, werden künftig nur noch zu finanzieren sein, wenn sie andere Sponsoren finden als Oberhausen. Hauptargument des Beigeordneten *Fernau für das Ludwig-Institut:* „Es kostet fast gar nichts."

Daß die Stadt Oberhausen inzwischen kaum noch in der Lage ist, die Finanzierung ihrer Galerie zu tragen, bestätigte der Galerieleiter mit seiner Hoffnung auf weitere Landeszuschüsse, die bisher 100 000 DM betrugen. Der Kommunalverband Rheinland leistete einen Zuschuß von 20 000 DM, die jährlichen Kosten für die Stadt Oberhausen betragen nochmals 100 000 DM. Fast gar nichts?

Fernau, studierter Jurist und Volkswirtschaftler, war als Bildungsreferent im NRW-Kultusministerium mit dem Projekt einer Einheitschule *für Nordrhein-Westfalen gestrandet.* 1980 wurde er zum Kulturdezernenten von Oberhausen gewählt. Was lag näher als der Versuch, sich anderweitig zu profilieren. Nach eigener Aussage zog der Dezernent in Oberhausen ein mit der Absicht, „sich massiv auch alternativer Kulturarbeit zu widmen". Die alternativen Künstler in der „DDR" kann er aber nicht gemeint haben, denn sein Galerieleiter Bernhard Mensch äußerte anläßlich *der „Durchblick"-Eröffnung* ungefragt der Presse gegenüber, daß man in Oberhausen „kein *Interesse* habe an sogenannter Dissidenten-Kunst".

Demnach wären Künstler, die von den Kunstgremien der SED nicht für würdig befunden werden, in Kassel oder Dresden auszustellen, „Dissidenten". Die Sprachregelung zeigt, daß Oberhausens Grundidee, also die von Ludwig, Mensch und Fernau, opportunistisch oder gar ignorant ist. Denn ohne Oppositionelle zu sein, versuchen heute mehr Künstler in der „DDR", als man in Oberhausen zu wissen scheint, *formal* und inhaltlich den Kulturprovinzialismus der *„DDR" im Interesse einer fortschrittlichen* Ästhetik zu überwinden. Diese Maler und Grafiker können allerdings mit keiner Untersützung rechnen.

Ein Blick in die bis 1978 gültige Honorarordnung der „DDR", nach deren Erfordernissen viele Kunstwerke auch der Ludwig-Sammlung entstanden, verrät, welche Art von Kunst gefragt ist:

„Kriterien für die Höhe des zu vereinbarenden Honorars sind: – die dem sozialistisch-realistischen Kunstschaffen gemäßen Kriterien künstlerischer Qualität, wie Volksverbundenheit und Parteilichkeit, Wahrheitsgehalt und Ideenreichtum sowie die differenzierten ideell-ästhetischen und gestalterischen Anforderungen in den verschiedenen Gattungen der bildenden Kunst; – die gesellschaftliche Bedeutung und der ideologische Anspruch der Thematik eines Kunstwerkes ..."

Demzufolge wird ein 3 x 3 Meter großes Bild mit „thematisch-figürlicher Gestaltung der sozialistischen Gegenwart" mit bis zu 15 000 Mark honoriert, die „Vielfalt des sozialistischen Lebens" kostet in gleicher Größe nur noch bis zu 12 000 Mark und eine „dekorative Gestaltung sozialistischen Gehalts" ist auf neun Quadratmetern ganze 9000 Mark wert. Kein Wunder, daß die zeitgeschichtlichen Bilder so groß ausfallen.

Auch in der seit 1978 gültigen Honorarordnung gelten die alten Spielregeln. Zu den Grundsätzen gehört da zum Beispiel, daß als Leistungskriterien gelten „die Anforderungen und Maßstäbe sozialistischen Kunstschaffens in der DDR, besonders inhaltliche Kriterien wie Parteilichkeit, Volksverbundenheit, Ideenreichtum und künstlerische Meisterschaft". In der 78er Fassung werden Gemälde nur noch nach zwei Kriterien unterschieden. 1. „Alle Genres der Malerei, figürliche Darstellung, Landschaft, Stilleben usw." bei 3 x 3 Metern bis zu 11 000 Mark, und 2. *Mehrfigurige Malerei und Landschaftsmalerei* mit besonders schwieriger *Aufgabenstellung* bei 3 x 3 Metern bis zu 15 000 Mark.

Demnach hätten sich die *Honorare* bei auch in der „DDR" steigenden Lebenshaltungskosten seit 1971 nicht verändert? Auch dem wurde 1978 Rechnung getragen in Paragraph 10: „Erweist sich ein Kunstwerk im nationalen bzw. internationalen Kulturleben als hervorragende künstlerische Leistung, so kann vom Ministerium für Kultur zusätzlich zum Honorar eine Anerkennung gezahlt werden." Welcher Wechselkurs anzuwenden ist, wenn „DDR"-Kunst mit D-Mark oder gar mit Schokolade bezahlt wird, geht aus der Verfügung *von 1978 noch nicht hervor.*

GUSTAV FROMEYER

JOURNAL

Polnischer PEN-Klub vorerst nicht aktiv

AP, London

Der internationale Schriftstellerverband PEN hat beschlossen, seinen polnischen Unterverband – den einzigen in Osteuropa – vorerst nicht zu reaktivieren. Dies teilte der Präsident des Internationalen PEN-Klubs, der Schwede Per Wastberg, jetzt in London mit. Die Aktivität des polnischen PEN-Klubs war im vergangenen Februar ausgesetzt worden, nachdem die polnische Regierung dessen Vorstand entlassen hatte. Die Regierung ernannte einen eigenen PEN-Vorstand, doch dieser wurde nicht von der internationalen Dachorganisation anerkannt. Auf einer Sitzung in London beschlossen Delegierte des Internationalen PEN, den polnischen Verband so lange nicht wiederzubeleben, bis die Regierung den von den polnischen Schriftstellern gewählten Vorstand anerkannt habe.

Woche der chinesischen Medizin in München

dpa, München

Zur „Woche der chinesischen Medizin" vom 20. bis zum 27. November wird eine neunköpfige Wissenschaftlerdelegation aus der Volksrepublik China in München erwartet. Wissenschaftliche Tagungen, eine Austellung „Medizin in China" und allgemeine Informationen für Laien stehen auf dem Programm dieser Gesundheitswoche, an der sich unter anderem die beiden Münchner Universitäten, führende Krankenanstalten der Stadt und die Volkshochschule beteiligen. Die „Woche der chinesischen Medizin" soll auch zeigen, wie die traditionellen chinesischen Heilmethoden mit der Praxis der modernen Medizin in Einklang gebracht werden können.

Fotorealist gewann Turner-Preis

he. London

Der zum erstem Mal vergebene, mit rund 37 000 Mark dotierte „Turner-Preis" für moderne britische Malerei ist an den Fotorealisten Malcolm Morley (53) gegangen. Es wird fortan Englands erster Kunstpreis sein, der alljährlich für herausragende Leistungen auf dem Gebiet der britischen Kunst in den letzten zwölf Monaten vergeben werden soll. Der Preis wurde von einem anonymen Mäzen gestiftet und von einer aus Kritikern und Ausstellern gebildeten Jury zugesprochen.

Die schönste Puppe der Antike ausgegraben

SAD, Athen

Die nach ihrer Meinung „schönste und besterhaltene Puppe der Antike" haben griechische Archäologen bei Ausgrabungen in der alten mazedonischen Hauptstadt Pydna entdeckt. Das etwa 35 Zentimeter lange Meisterstück aus Ton wurde in einem Kindergrab gefunden. Es lag in den Armen eines Skeletts, das eine Krone aus purem Gold trug und offenbar ein früh verstorbener mazedonischer Prinz war.

Erster Kongreß der deutschen Mediävisten

dpa, Tübingen

Rund 150 Wissenschaftler verschiedener Disziplinen, die sich mit dem Mittelalter beschäftigen, nehmen derzeit am ersten Mediävisten-Kongreß in Tübingen teil. Die Tagung hat das Thema „Zusammenhänge, Einflüsse und Wirkungen: Versuch einer Bestandsaufnahme". Der Mediävistenverband, Veranstalter des Symposiums, war vor Jahresfrist in Tübingen gegründet worden.

Hamburg: Protest gegen Horres-Vorwürfe

war. Hamburg

Gegen die Äußerung des zu vorzeitiger Vertragsauflösung entschlossenen Hamburger Staatsopernintendanten Kurt Horres, das Haus an der Dammtorstraße sei zerrüttet und blockiere ihn in seinen Möglichkeiten, haben Generalmusikdirektor Hans Zender, Ballettchef John Neumeier und sechs weitere leitende Angehörige des Hauses in einer öffentlichen Stellungnahme protestiert. Man respektiere die Entscheidung von Horres, aus persönlichen Gründen die Intendanz vorzeitig zu beenden. Wie aber nicht zuletzt die „Onegin"-Ballett-Premiere gezeigt habe, befinde sich die Staatsoper in keiner Krise. In dem Schreiben gaben die künstlerischen und technischen Direktoren der Oper auch eine Solidaritätserklärung für Staatsoperndirektor Rolf Mares ab, dessen Amtsführung den Rücktritt von Horres nicht verursacht habe. In einem Rundfunkinterview bestritt Horres die von der Düsseldorfer Stadtverwaltung bereits bestätigte Tatsache, daß Gespräche mit ihm über die Nachfolge von Grischa Barfuss als Generalintendant der Deutschen Oper am Rhein stattgefunden hätten, erklärte aber gleichzeitig, daß die Position und das erstklassig geführte Haus für jeden reizvoll sein müsse.

Wagners „Walküre" unter Halmen in Wiesbaden

Ostasiatische Rituale

Im „Rheingold" hatte das Regieteam Nicolas Joel und Pet Halmen die exotisch gewandeten Götter samt Riesen und Zwergen nach dem Fernen Osten ausgesiedelt. Beim Rencontre mit den Sterblichen, in der „Walküre", wird das Diktat der Stil- und Ritualdespoten keineswegs erträglicher. Daß der Synkretismus der Kulte und Kulturen stellvertretend stehen soll für die Hinfälligkeit und Korrumpiertheit der altgermanischen Götter- und Heldenwelt, ist weder originell noch neu. Neu ist allenfalls die Parallele, die Nicolas Joel (auch im Hausjournal „Public") zur gesellschaftlichen Dekadenz des Wilhelminischen Wiesbaden aufdeckt.

Doch der boshafte Lokalbezug *macht* das Konzept nicht plausibler. Unverdrossen werden dem Wagnerschen *Musikdrama* ostasiatische Rituale oktroyiert. Dabei ereignen sich – *im zweiten* Akt vor allem – *immer* noch peinliche szenische Kurzschlüsse. *Unmotivierter Aktionismus ist* Trumpf, jammervolle Posen der Ausweglosigkeit *werden überhastet* und emotionslos gewechselt. Und leider *verachtet es Joel, menschliche* Beziehungen naiv und gradlinig anzugehen, *zieht das Umständliche vor,* schwelgt im Realismus des Nebensächlichen.

Hier gibt sich Bühnenbildner Pet *Halmen reichlich Mühe, seinem* Regisseur die Nibelungentreue zu halten. *Er läßt den rothaarigen Catcher* Hunding (George-Emil Crasnaru), der einen *schweren Waschbärmantel* über dem nackten Oberkörper trägt, *in einer Halle logieren,* die Friedrich Schinkel auf das rauhe Gehölz gesetzt haben *könnte.* Den Wonnemond bilden sich Siegmund und Sieglinde nur *ein:* Draußen schneit es. Nicht weit weg vom „wilden Felsengebirge" hat sich Rasputin-Wotan ein japanisch drapiertes Hauptquartier aufschlagen lassen. Man muß dann einen Augenblick *lang* befürchten, es werde mit der „Aida" weitergemacht: In der Mitte eines weiträumigen Vorhofs erhebt sich ein Katafalk, aus dem aber doch Brünnhilde schreitet,um Siegmund sein trauriges Los zu verkünden. Es kommt schlimmer. Er endet nicht im rechtschaffenen Zweikampf. Hunding durchschneidet ihm die Kehle und begeht daraufhin Harakiri. Zum Schluß, nachdem die Walküren ihr widerliches Geschäft mit nackten Leichen betrieben haben, zieht Wotan die Flammenglut so dicht um Brünnhilde herum, daß man fast ein vorzeitiges Ende des Wiesbadener „Ring"-Abenteuers befürchten mußte.

Auch im Musikalischen war nicht mehr viel zu retten. Orchesterchef Siegfried Köhler spielt seine Wagner-Triumphe jetzt anders aus als vor Jahren. Er dirigiert die „Walküre" mehr nach dem Palestrina-Motto „Schnell zum Schluß", auf kernigen Klang und analytisches Espressivo hin. Die großen Linien werden im Orchester ebenso verwischt wie auf der Szene, und die Sänger zu übermäßigem Deklamieren verleitet. Vor allem bei der Brünnhilde von Magdalena Cononovici vermißte man Durchstehvermögen und sieghaften Stimmglanz. Der grade zum Tenor konvertierte Wolfgang Müller-Lorenz hatte in der Partie des Siegmund kurioserweise in den tieferen Lagen die größte Mühe.

Nadine Secunde sang die Sieglinde intelligent, biegsam und kraftvoll. Robert Hale als Wotan hat einstweilen noch nicht das richtige Augenmaß für die gesangliche und darstellerische Disposition des demontierten Gottes. Doch sein Bariton trifft ziemlich sicher, trägt und hat vor allem Durchschlagskraft. Bei dem nach wie vor chronischen Mangel an vorzeigbaren Sängern des schweren Fachs dürfte er bald in deren erster Riege zu finden sein.

HEINZ LUDWIG

KULTURNOTIZEN

Die Kölner Künstlerin Tremezza von Brentano *zeigt neueste Bilder,* Zeichnungen, und Druckgraphik im *Jülicher Kunstverein im Hexenturm* (bis 21. 11.).

Den Stuttgarter Literaturpreis teilen sich Otto Jägersberg, Jochen Kelter und Hans Hermann.

Die erste umfassende europäische Kunst- und Kulturausstellung über das Osmanische Reich wird in Frankfurt vorbereitet.

Karl Friedrich Wentzel, Forstwissenschaftler, wurde mit dem Wilhelm-Leopold-Pfeil-Preis geehrt.

Siegrid Heuck erhält den Braunschweiger Friedrich-Gerstäcker-Preis für ihr Buch „Mondjäger".

Der Schauspieler Per Schwenzen ist 85jährig in München gestorben.

Theaterbrief aus London: Stoppard & Harwood

Immer Ärger mit Arthur

Mit seiner berühmten Bearbeitung der Nestroy-Posse „Einen Jux will er sich machen" hatte Tom Stoppard einst bewiesen, daß er ein erstrangiger Arrangeur und Bearbeiter fremder Stoffe ist. Ferenc Molnár hätte sich also geehrt fühlen dürfen, daß ein Stoppard sich seiner annahm. Doch mit der jetzt am Londoner Nationaltheater unter dem Titel „Rough Crossing" (Stürmische Überfahrt) vom Stapel gelaufenen Bearbeitung von Molnárs „Spiel im Schloß" aus dem Jahre 1924 hat Stoppard dem Ungarn einen Bärendienst erwiesen. *Und er ist dabei leider auch weit hinter* sich selbst zurückgeblieben.

Diese Bearbeitung, bei der, Stoppard zufolge, „nicht mehr als ein Dutzend Zeilen" vom *Original* übrigblieb, gehört, rein formal betrachtet, zum Stoppardschen Stücktyp „*Geistsprühende Komödie*", dessen beste Vertreter „*Akrobaten" und „Travestien"* sind. Doch dem Ozeandampfer, *auf den Stoppard die Schauspieltruppe aus Molnárs „Schloß" verlegt,* um sie auf die *Überfahrt* zu einer Broadway-Premiere über den großen *Teich zu schicken, geht nur allzu bald* der Dampf aus.

Zu den Passagieren gehört eine Musical-Truppe mit zwei Librettisten und einem Komponisten. *Dieser* liebt, wie bei Molnár, die schöne *Hauptdarstellerin Natascha* und verliert fast den Verstand, als er sie in *einer kompromittierenden Szene* mit einem anderen Liebhaber belauscht. *Die Librettisten retten die Situation,* indem sie den echten Dialog der Dame *mit dem Nebenbuhler flugs in ihr* Musical einfügen und dem Komponisten *weismachen, daß seine Natascha* und der angebliche Nebenbuhler lediglich *ihren Text geprobt hätten.*

Stoppard hat an diesem Gerüst nun die *bunten Wimpel* seiner Wortakrobatik aufgezogen. Da wird der Drahtseilakt des Mißverständnisses *in* aller Ausführlichkeit zelebriert, und obwohl die Grenzen von Spiel und Spiel im Spiel sich ständig verschieben, bleibt die vorgeführte Szenerie doch gänzlich vordergründig. Als Sprachkunstwerk kommt dieses Traumschiff von Anfang an nur mit halber Kraft voran, dümpelt schon im zweiten Akt nur noch lustlos, und auch die Bordmusik von André Previn, zu der eine Riege heißer Revue-Girls die Beine wirft, kann die Havarie nicht verhindern.

Hat Stoppard sonst eher die Schwierigkeit, adäquate Darsteller für seine funkelnden Zerebralkomödien zu finden, so steht ihm diesmal eine wahre Traumtruppe zur Verfügung, aus der Sheila Gish als Natascha und die von Stoppard hinzuerfundene Figur des seeuntüchtigen Bordstewards (Michael Kitchen) noch einmal herausragen. Aber weder sie noch der Stoppard-Profi Peter Wood als Regisseur konnten an dem Desaster letztlich etwas ändern.

Auch bei der Uraufführung von Ronald Harwoods bitter-bösem Stück „Tramway Road" über die Einstellung des Westens zur Apartheid erzielten allein die Schauspieler im Londoner Lyric Theatre Hammersmith Pluspunkte. Der 1934 in Kapstadt geborene, seit 1951 in England *lebende Harwood arbeitet hier ein* Stück Erinnerungen auf, aber damit *allein ist es eben nicht getan.*

Worum geht es? Weil es eine *anrüchige Geschichte mit hübschen* Jungen gab, hat der englische „Public School"-Pädagoge Arthur (Freddie Jones) die Heimat fluchtartig verlassen. Er versucht, mit seiner Frau Dora (Annette Crosbie) in Kapstadt mit einer *Leihbücherei* und Sprechunterricht für angehende Schauspieler über die *Runden zu kommen.* Schauplatz ist, im Jahre 1951, die Tramway *Road,* in der damals noch Farbige wohnten.

Hier versucht Arthur, den jungen Emil mit den Segnungen der Kulturnation *England* vertraut zu machen, und setzt, wie Professor Higgins, bei der Aussprache an. Aber als sich herausstellt, daß der Fast-Weiße Emil als Farbiger *klassifiziert* wird, fällt Arthur um: Er verrät sein Geschöpf, läßt Emil *wie eine heiße Kartoffel* fallen. Er muß sich in einer großangelegten *Katharsis* von seiner Frau die Augen für die Einsicht öffnen lassen, *daß echte Kultur eben mehr als eine* korrekte Aussprache ist.

Das Stück *bringt sich* wohl vor allem deshalb um seine Wirkung, weil Harwood seine *Botschaft unbedingt* an einem heruntergekommenen, moralisch fragwürdigen Paar (Dora ist als Gesangslehrerin ebenfalls beruflich gescheitert und findet im Brandy Trost) exemplifizieren will. So bleiben nur zwei wundervolle Charakterstudien und ein Dialog, der immerhin gut „sitzt", und es bleiben ein paar bühnenwirksame Szenen, die das Geschick des ehemaligen Schauspielers Harwood als Bühnenpraktiker zeigen.

SIEGFRIED HELM

Paris zeigt Deutsche Malerei zwischen 1848 und 1905

Näherin und Glasbläser

Unter dem Titel „Symboles et Réalités" sind im Pariser Petit Palais zur Zeit fast 200 deutsche Gemälde aus der Zeit zwischen 1848 und 1905 zu sehen. Obwohl die Eckdaten politisch sind – die gescheiterte Revolution ist der Ausgangspunkt, die Marokkokrise 1905 markiert das Ende –, will diese Ausstellung nicht in erster Linie Historisches vermitteln. Nach der großen Pariser Ausstellung „Paris–Berlin" von 1976, die der Weimarer Zeit gewidmet war, erlauben es die im Petit Palais versammelten Werke dem französischen Publikum jetzt, das Deutschland des Nachmärz, der Gründerzeit und des Wilhelminismus im Gemälde zu entdecken.

Das Bild unserer Nachbarn von einer *Epoche, die in ihrem Bewußtsein* vor allem als die des eisernen Bismarck und der wilhelminischen Großmannssucht nachlebt, könnte unter dem Eindruck des vielfältigen Schaffens der deutschen Malerei nach *1850* bereichert werden. Manch einer mag dabei überrascht sein, daß die deutsche Kultur jener Zeit allein mit den Stichworten Romantik, Wagnermusik und Neuschwanstein nicht einmal annähernd erfaßt wird. Die Organisatoren, vor allem Werner Hofmann aus Hamburg, sehen die deutsche Malerei der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in einer Spannung zwischen zwei Polen, dem Hang zum Irreallen, zum Idealistischen und vor allem Symbolhaften und der naturalistischen Darstellung der Realität.

Die symbolistische Malerei wird in Arnold Boecklins großer „Landschaft mit Prometheus" von 1885 deutlich. Ein schäumendes Meer peitscht gegen eine in düsteren Türkistönen gehaltene nächtliche Felslandschaft, in der man den angeketteten Prometheus entdeckt. Das Bild von dämonischer Farbkraft symbolisiert die alte Vorstellung des 19. Jahrhunderts vom künstlerischen Genie in den Ketten der Gesellschaft.

Für den anderen, den realistischen Pol stehen etwa Hans Thomas „Näherinnen" von 1868. Die liebevolle Darstellung von zwei Frauen bei der Arbeit hat der Maler zu einem gleichermaßen würdevoll wie intim wirkenden Dokument menschlichen Schicksals erhöht.

Die Spannweite der Ausstellung wird in der Gegenüberstellung dieser beiden Gemälde deutlich. Sie reicht nicht nur zeitlich vom Spitzwegschen *Biedermeier bis zu Franz von Stucks* erotischer Aktmalerei, sie umfaßt gleichermaßen die realitätsbezogenen Gemälde eines Wilhelm Leibl oder Max Liebermann wie die Werke von Arnold Boecklin oder Max Klinger, die allesamt nach symbolhafter Überhöhung streben.

Dabei wird deutlich, wie in dieser Zeit – parallel zur zunehmenden Industrialisierung – ein völlig neues *Thema die Maler zu interessieren* beginnt. Das Wirken des Arbeiters, das Leben des Proletariers wird nun zum eigenständigen Motiv. Menzels „Glasbläser" *etwa dokumentiert,* wie die im Themen-Repertoire der klassischen Schule lange Zeit verpönte Arbeitswelt plötzlich mit größter Verve auf die Leinwand geholt wird.

Auch Einflüsse der französischen Malerei werden sichtbar, die Nachwirkung Courbets bei Leibl, die der Impressionisten bei Liebermann. Für die eigenständige Ausdruckskraft der deutschen Malerei stehen aber auch Künstler wie Moritz von Schwindt, Franz von Lenbach, Hans von Marées, Lovis Corinth und Max Slevogt. Alles in allem: In Paris ist wieder eine große deutsche Epochenausstellung zu bewundern (Bis 13. Jan., der Katalog kostet 150 Franc).

MICHAEL SIEBERT



Arbeitswelt im Bild: Otto Scholderers „Blumenbinderin" (1869), aus der Pariser Ausstellung FOTO: SIPA

Kristallzucht an Bord der „Discovery“

W. WILL, Cape Canaveral

Wegen ungünstiger Wetterbedingungen ist der Start der wiederverwendbaren US-Raumfähre „Discovery“ gestern um 24 Stunden verschoben worden. Eine knappe halbe Stunde vor dem vorgesehenen Starttermin (14 Uhr 23 MEZ) gab die Nasa bekannt, in einer Höhe von zwischen sieben und 17 Kilometern über dem Startgelände seien Höhenwinde mit Geschwindigkeiten von rund 30 km/h aufgetreten. „Discovery“ soll heute starten.

Wenn die Besatzung der Raumfähre sich am Ende des Start-Tages zur Ruhe begibt, schaltet die Astronautin Anna Fischer einen kleinen Instrumenten-Computer ein. Damit beginnt das Kristallzucht-Experiment des US-Konzerns 3M. Das Vorhaben, das auf einem Zehnjahres-Nutzungsvertrag zwischen dem Unternehmen und der Nasa beruht, soll später zu einer 3M-Weltraumfabrikation ausgeweitet werden.

Die Kristallzucht in der Schwerelosigkeit kann durch die geringsten Erschütterungen beeinträchtigt werden. An Bord von „Saljut“ beispielsweise wird für die Zeit, da Kristallzucht-Versuche unternommen werden, „absolute Ruhe“ vorgeschrieben: Das ist bei diesem Acht-Tage-Flug nicht nur der Kürze des Unternehmens wegen nicht möglich, sondern auch deshalb nicht, weil innerhalb dieser knappen Zeit die Bordtriebwerke etwa 40mal gezündet werden, um die vorgeschriebenen Bahnen ansteuern zu können. „Wir haben nicht gerade den idealen Flug gewählt“, räumte denn auch am Start-Kap ein Firmensprecher ein.

Um wenigstens zu Beginn der vollautomatischen Kristall-Produktion, wenn es zu den ersten entscheidenden Reaktionen kommt, weitestgehend „erschütterungsfreie Zustände“ zu haben, wurde das Einschalten des Experiments mit dem Zubettgehen der Astronauten zusammengelegt. Diverse chemische Präparate formen bei Vermischung und Vereinigung Kristalle. Die Behälter mit ihnen sind im Zwischendeck installiert. Da es sich um nicht ungefährliche Chemikalien handelt, haben 3M und die Nasa außergewöhnliche Sicherheitsvorkehrungen getroffen: Die Kristallzucht findet in Stahlkammern statt, die Teflon-überzogen und in Aluminiumbehältern untergebracht sind. „Lecks sind praktisch undenkbar“, meint ein Nasa-Sprecher.

Bei diesem ersten 3M-Weltraumversuch handelt es sich um ein wissenschaftliches Basis-Experiment. Praktische Nutzungsmöglichkeiten werden später in der Fiberoptik und möglicherweise der Schaffung eines perfekteren und dünneren Films gesehen. (SAD)

Immer, wenn es Vollmond wird

Er steht so still und bewegt doch so viel. Seit Urzeiten bestimmt er die Gezeiten, und seit Menschengedenken beschäftigt er die Gemüter – der Mond. In Mythen und Märchen taucht sie auf: die Mondgöttin. Als Symbol der Frau regierte sie die gesamte Himmelshierarchie. Dichter haben den Mond besungen und angebellt: Matthias Claudius nannte ihn die „stille glänzende Freundin“. Für Georg Büchner war er nur „ein Stück faul Holz“.

Unruhe stiftet Frau Luna, wenn sie sich in voller Pracht zeigt: Rund 20 Millionen Deutsche reagieren in der Vollmondphase besonders sensibel, mit unruhigem Schlaf, schlechter Laune, innerer Unruhe, Leistungsabfall, Depressionen, Gewalttätigkeit und Selbstmordgedanken – so behaupten es jedenfalls Mediziner.

Viele Menschen begehen des Nachts Handlungen, derer sie sich am nächsten Morgen nicht entsinnen können. Das Mondwandeln ist das bekannteste Beispiel dafür.

In den Kneipen steigt, das läßt sich beobachten, eine ruinöse Trinkbereitschaft, und die Landeskrankenhäuser berichten über eine Schnapsleichen-Schwemme. Die Mediziner haben dafür eine, wenn auch nicht unumstrittene Theorie. Der Mensch besteht zu 80 Prozent aus Wasser. So wie die Meere vom Erdtrabanten bewegt werden, so wird auch der Mensch von ihm beeinflußt.

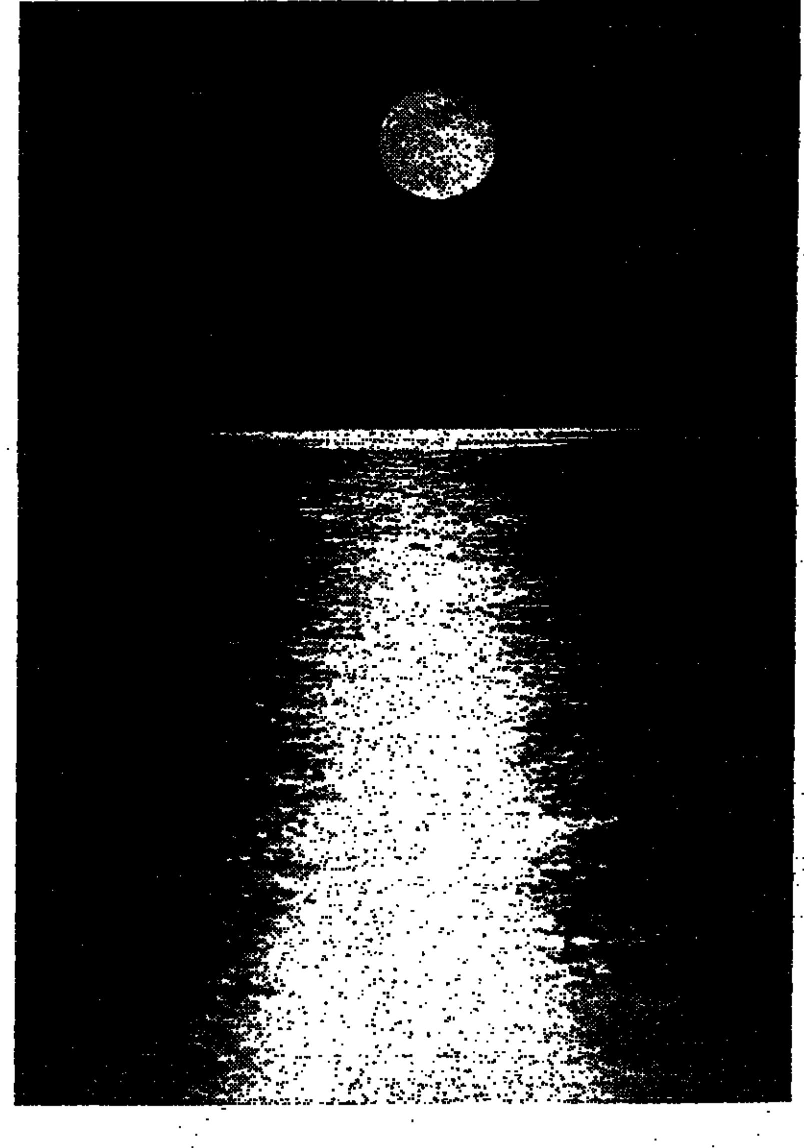
Während der Vollmondphase kommt es zu Schwellungen im Gewebe, das Blut gerinnt langsamer. Ferdinand Sauerbruch operierte angeblich nicht in der Vollmond-Phase.

Daß der Vollmond Einfluß auf die Großwetterlage hat, ist allerdings eine Legende. Für einen solchen enormen Einfluß ist die Phase viel zu kurz, wie Professor Heinz Haber nachgewiesen hat. Auch besteht kein Zusammenhang zwischen Geburten und Vollmond. Diese Behauptung haben schweizerische Wissenschaftler in einem Großversuch widerlegt.

Ob es stimmt, was Paracelsus im 16. Jahrhundert festellte, mag dahingestellt sein: „Verrücktheiten nehmen während des vollen und neuen Mondes zu, weil das Gehirn ein mikrokosmischer Mond ist.“

Vielleicht kommt Shakespeares Othello der Wahrheit poetisch am nächsten: „Es ist der große Irrtum des Mondes, er kommt der Erde näher, als sie das will, und macht die Menschheit verrückt.“

Übrigens: Heute ist Vollmond. jl.



Das spitze Ende des Eis zeigt zur Erde

Unter den terrestrischen „Planeten“ – Merkur, Venus, Erde, Mond und Mars – ist der Mond der kleinste. Er bewegt sich in 29 Tagen, zwei Stunden, 44 Minuten und drei Sekunden um unseren blauen Planeten und dreht sich dabei einmal um die eigene Achse, so daß er uns immer dieselbe Seite zuwendet. Seine Bewegung verläuft in Form einer rechtsläufigen kreisnahen Ellipsenbahn, die durch die Anziehungskraft der Sonne stark gestört wird.

Seine Geschwindigkeit: rund 3600 Stundenkilometer im mittleren Abstand von 384 405 km zur Erde, das sind etwa 30 Erddurchmesser. Laserreflektoren, von Astronauten auf der Mondoberfläche plaziert, ermöglichen es, Variationen des Abstandes mit einer Genauigkeit von wenigen Zentimetern zu messen.

Sein Durchmesser entspricht 27 Prozent des Erddurchmessers. Die Masse des Mondes ist 81mal geringer als die der Erde. Messungen der Apollo-Mission haben ergeben, daß der Mond keine perfekte Kugelsymmetrie hat; er ist vielmehr leicht eiförmig. Das spitze Ende des Eis zeigt in Richtung Erde.

In der Vollmondphase erscheint die uns zugewandte Mondhälfte im reflektierten Sonnenlicht – das ganze 1¼ Sekunden zur Erde braucht – als helle, weiße Scheibe mit unregelmäßigen dunklen Flecken. Die gesamte Mondoberfläche reflektiert allerdings mit örtlichen Variationen nur zwischen vier und 14 Prozent.

Einzig im Kontrast zum dunklen Nachthimmel und aufgrund der Empfindlichkeit des Auges, das sich auf die Dunkelheit einstellt, erscheint die Scheibe so strahlend hell. Die Temperaturen betragen +130° C auf der Tagseite und 160° C auf der Nachtseite. D. Th.

Prozeß gegen Hell's Angels unterbrochen

hd, Hamburg

Der Mammutprozeß gegen 14 Mitglieder der verbotenen Rockergruppe „Hell's Angels“ mußte gestern bereits nach 43 Minuten unterbrochen werden. Einer der 28 Verteidiger wollte festgestellt wissen, ob mit einer plötzlichen Erkrankung der beiden Schöffen zu rechnen sei. Er begründete seinen Antrag mit dem Hinweis, daß drei Schöffinnen und ein Schöffe schon vor Prozeßbeginn überraschend erkrankt seien. Ihr Gesundheitszustand könnte durch die vorgesehene lange Prozeßdauer negativ beeinflußt worden sein. Beobachter schließen indes auch Angst vor Repressalien als Krankheitsauslöser nicht aus. Der Vorsitzende der Großen Strafkammer gab dem Antrag statt und ordnete eine Unterbrechnung des Verfahrens an, das mit Wiedersehensszenen zwischen den Angeklagten begonnen hatte.

352 Taifun-Opfer

dpa, Manila

Der Taifun „Agnes“ hat einer offiziellen Bilanz zufolge 352 Menschen auf den Philippinen das Leben gekostet. 490 000 sind verletzt oder obdachlos. Hubschrauber sind gestern in die vom Taifun zerstörten Gebiete entsandt worden, um Überlebende von den Dächern zu bergen.

Kraftwerkschefs in Haft

dpa, Aachen

Unter dem dringenden Verdacht, das Kraftwerk des Eschweiler Bergwerksvereins (EBV) in Siersdorf bei Aachen „in Millionenhöhe geschädigt zu haben“, sind der Direktor des Kraftwerkes, Dr. Ulrich Grabenhorst (54), und der Leiter des Technischen Büros, Heinz Jansen (42), verhaftet worden. Wie die Schwerpunktstaatsanwaltschaft zur Verfolgung von Wirtschaftskriminalität in Bochum am Mittwoch auf Anfrage mitteilte, wird ihnen Untreue in Zusammenhang mit der Lieferung minderwertiger Kohle von der Firma Cortix, Kohleaufbereitungs GmbH in Bochum, an das Kraftwerk vorgeworfen.

Tödliche Mutprobe

dpa, Köln

Tödlich endete am Dienstag abend für einen 15jährigen Schüler in Köln-Weiler eine Mutprobe: Mit einem gleichaltrigen Freund hatte er sich auf einer Bundesbahnstrecke zwischen die Schienen gelegt und von einem Zug überrollen lassen. Während der Freund überlebte, wurde der nur eineinhalb Meter vor ihm liegende Schüler tödlich verletzt.

Forellen unter Schutz

AP, Bern

Zum Schutz des stark gefährdeten Forellenbestandes im Bodensee hat die Schweizer Regierung die Verordnung über die Fischerei im Bodensee-Obersee verschärft. Wie das Berner Bundesamt für Umweltschutz gestern mitteilte, wird zum 1. Januar 1985 eine ganzjährige Schonzeit für Forellen eingeführt.

Bestrahlte Lebensmittel

dpa, Bonn

Kartoffeln, Zwiebeln und einige Gemüsesorten, die in der „DDR“ seit dem 1. Juli bestrahlt werden dürfen, kommen möglicherweise auch in der Bundesrepublik in den Handel. Nach Auskunft des Bundesgesundheitsministeriums gibt es bisher keine sichere Methode, die in der Bundesrepublik unerlaubte Bestrahlung nachzuweisen. Das Ministerium wies darauf hin, daß Import und Verkauf bestrahlten Gemüses nach dem Lebensmittelgesetz strafbar sind.

ZU GUTER LETZT

„Haarspray spendet Frieden.“ Unter dieser Überschrift meldete die Deutsche Presse-Agentur: Seine „beruhigende“ Wirkung entdeckten jetzt Förster des Städtischen Forstamtes in Heidenheim. Ein bißchen Spray auf Wildschweinborsten – und schon herrscht behagliches Grunzen im Gehege.

LEUTE HEUTE

Patientenwünsche

In Wiens Dorotheenkirche stiftete eine Patientin eine Kerze, und eine Dame aus Süddeutschland wird eine Messe lesen lassen. Solche brieflichen Genesungswünsche von Patienten und Kollegen erhält der Berliner Frauenarzt Prof. **Gerhard Martius**, der vergangenen Freitag nur knapp einem Mordanschlag entronnen ist und mit zerschossenem Unterkiefer in seiner eigenen Klinik liegt, täglich. Er arbeitet bereits wieder an den Korrekturfahnen seines neuen Buches. Vor Wiederholungstätern hat er Angst, zumal die Polizei noch im dunkeln tappt. Deshalb ließ der Professor bereits die Büsche im Vorgarten seines Hauses entfernen, um weitere Mordversuche aus dieser Richtung auszuschließen. Und auch vom Gartenbauamt bekam er Post: Ob hinter Büschen und Birken im Vorgarten der Villa wirklich ein zweiter Mörder sich verstecken könne, wollte es auf Antrag sachkundig prüfen. Wer hilft, dem wird geholfen. Brieflich und von jedem auf seine Art.

Altenheime, in denen die Angst regierte

dpa, Koblenz

Mißhandlungen alter Menschen haben die Behörden in zwei privaten Altenheimen in Arzbach und Bad Ems an der Lahn festgestellt. Nach Ermittlungen der Koblenzer Bezirksregierung und der Kriminalpolizei wurden vor allem im „Haus Lebensabend“ in Arzbach Heimbewohner geprügelt, mit Messern bedroht, an Betten und Stühle gefesselt und mangelhaft ärztlich versorgt.

Wegen des Verdachts der Körperverletzung, unterlassener Hilfeleistung, Unterschlagung und anderer Delikte ermittelt die Koblenzer Staatsanwaltschaft gegen die ehemalige Besitzerin der beiden Altersheime und deren Pflegedienstleiter. Staatsanwaltschaft und Bezirksregierung bestätigten gestern einen entsprechenden Bericht einer in Koblenz erscheinenden Zeitung.

Auf 16 Seiten wird von den ermittelnden Beamten unter anderem festgestellt, daß mindestens vier Senioren an Betten und Stühlen gefesselt worden seien, damit sie nicht flüchten konnten. Niemandem sei erlaubt gewesen, sich völlig frei in dem Altenheim zu bewegen. Als skandalös wird in dem Ermittlungsbericht die ärztliche Versorgung bezeichnet. Hygiene und Sauberkeit hätten ebenfalls viel zu wünschen übrig gelassen. So seien zahlreiche Pflegebefohlene fünf Monate lang nicht mehr gebadet worden. Im Speisesaal hätten sich Hunde und Federvieh getummelt.

Wegen zunehmender Angstzustände soll einer der Heimbewohner Selbstmord begangen haben. Ein anderer sei gestorben, weil niemand den Arzt über seinen schlechten Gesundheitszustand informiert habe. Ein dritter Heiminsasse sei erstickt, weil er bei seiner Rachenverschleimung unsachgemäß behandelt worden sei.

Die skandalösen Zustände wurden jahrelang nicht bekannt, weil die 90 alten Bewohner von „Haus Lebensabend“ aus Angst keine Anzeige erstatteten und außerdem die Heiminhaberin bei Kontrollgängen der Heimaufsicht stets einen guten Zustand des Hauses vorgetäuscht habe, berichtete die Bezirksregierung. Erst nachdem im Sommer auch das Pflegepersonal aussagte, seien die Mißstände ans Tageslicht gekommen.

Die Heime werden auf Anordnung der Bezirksregierung seitdem von einer neuen Betriebsleitung geführt.

„Ihre Ausstrahlung kommt nur über den schönen Kopf“

Die Schauspielerin Katharine Hepburn wird heute 75

F. L., Berlin

Ihr Kopf ist unvergänglich schön! Er wirkte immer, möchte man sagen, wie der eines intelligent hochgezüchteten Rennpferdes, nervös, klug, wie dampfend von Temperament, reguliert von einem heiteren Verstand. Sie inkarniert das beste Amerikanertum von der klugen Ostküste des Kontinents.

In Hartford (Connecticut) ist sie denn auch geboren, Kind einer humanistischen Gelehrtenfamilie. Sie studierte ausgiebig und erfolgreich, konnte dann aber einem frühen Drang zur Bühne nicht widerstehen. Sie schlug sofort ein, war ein Star.

George Zuckor, der Regisseur, hatte ihr die ersten Broadway-Erfolge zubereitet. Als er nach Hollywood geholt wurde, nahm er sie mit. Seit 1932 ist sie, bis heute, eine der interessantesten, versatilsten und selbständigsten Frauen unter den Stars. Ihr Sex (wenn man davon überhaupt reden soll) kommt immer über ihren schönen Kopf. So oft hat sie die souveräne, aus reiner Intelligenz „befreite“ Frau vorgespielt.



Katharine Hepburn FOTO: DPA

Sie war die ideale Katharina, als es Shakespeares „Widerspenstige Zähmung“ zu spielen galt. Sie hat – eine Seltenheit und ein Rekord – viermal den „Oscar“ erhalten, zuletzt für ihre grandiose Leistung in Mark Rydells „Am goldenen Teich“, darin sie und Henry Fonda ein zauberisch verbundenes Greisenpaar spielte.

Sie ist immer wieder zum Theater zurückgekehrt, hat am Broadway wie im Westend von London viele ihr zustehende Rollen ausgebreitet, unter anderem Giraudouxs „Irre von Challot“. Als sie 60 war, ging sie mutig und siegreich sogar ins Musical. Sie spielte und sang die Rolle der sagenumwobenen Modekönigin Coco Chanell.

Sie ist immer der Typ, der mühelos und unkompliziert befreiten, die dem Manne gleichwertige, oft auch intelligent überlegene Frau gewesen. Ein tapferes Unikum unter den Stars, eine auf holde Weise kämpferische Frauenperson. Sie bleibt bis heute eine zarte, selbstbewußte Rarität.

Jetzt ist sie 75 Jahre alt. Ihre große Karriere ist, hoffen alle, die ihr frisches Gesicht lieben, noch lange nicht am Ende.

Gewöhnlicher Sterblicher

Unbill widerfuhr dieser Tage Maxime Gremetz, Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Frankreichs: Auf Einladung des Präsidenten der UN-Generalversammlung, Paul Lusaka, zum ersten Male nach New York gereist, blieb Gremetz für die Amerikaner ein ganz gewöhnlicher Verdächtiger. Kommunisten nämlich erhalten normalerweise keine Visa für die USA.

Nach seiner Ankunft auf New Yorks Flughafen in die Warteschlange an der Gepäckkontrolle eingereiht, sollte Gremetz nach der üblichen Durchsicht der Koffer schon „in die Freiheit“ entlassen werden, als ein aufmerksamer Zöllner auf dessen Parteimitgliedschaft stieß. Daraufhin unterzog der Zoll Gremetz fast eine Stunde lang einem Verhör und beschlagnahmte vorübergehend zahlreiche Dokumente.

Dem KP-Funktionär gefiel die Kopie östlicher Grenzkontrollen nicht: Er beschwerte sich bei der französischen Botschaft. (SAD)

Sperrt Bundestag Geld für Umbau des Petersbergs?

EVI KEIL, Bonn

Für den Umbau des ehemaligen Petersberg-Hotels bei Bonn zum Gästehaus der Bundesregierung will der Bundestag noch kein „grünes Licht“ geben.

In der heutigen Sitzung des Haushaltsausschusses wird der CDU-Bundestagsabgeordnete Jürgen Echternach, Berichterstatter für den Petersberg, vorschlagen, die ersten zehn Millionen Mark Umbaukosten im Haushalt 1985 zu sperren. „Die Frage einer Entsperrung wird in der ersten Hälfte des nächsten Jahres beraten“, sagte Echternach gestern in einem Gespräch mit der WELT.

Zu den Gründen erklärte er: „Eine zukünftige Bewirtschaftung des Petersbergs läßt Dutzende von Fragen offen. Ungeklärt ist, ob privat bewirtschaftet werden soll, der Bund selbst bewirtschaftet oder ob Gesellschaften dazwischengeschoben werden. Ansätze für eine Antwort der Bundesregierung gibt es erst seit wenigen Tagen.“

Der Umbau des imposanten Gebäudekomplexes, der sich weithin sichtbar auf dem Petersberg über dem Rhein erhebt, soll laut Planung jetzt rund 103 Millionen Mark kosten. Weitere zehn Millionen sind für eine „Grundausstattung“ vorgesehen, sprich Möbel. Zukünftige Baunutzungskosten, Heizung, Entsorgung und andere Kosten werden auf jährlich rund 2,7 Millionen Mark geschätzt. Eine zukünftige Bewachung wird auf jährlich 1,6 Millionen Mark veranschlagt. Aus Gutachten geht hervor, daß das neue Gästehaus, das durch eine Hotelgesellschaft bewirtschaftet werden soll, der Bundesregierung einen jährlichen Betriebsverlust von einer Million Mark beschere.

Echternach: „Ziel muß es sein, die laufenden Kosten für den Bund so niedrig wie möglich zu halten. Das Gebäude muß später extensiv genutzt werden, nicht nur vom Bund, sondern von privaten Institutionen, damit es nicht über lange Zeit im Jahr leer steht.“ Damit befindet sich Echternach im krassen Gegensatz zum Auswärtigen Amt, das von einem „staatlichen Gästehaus mit ausschließlichem Belegungsrecht des Bundes“ spricht. Schloß Gymnich, das nach dem Petersberg-Ausbau nicht angemietet werden soll, kostet den Bund jährlich eine Million Mark Miete, inklusive Wartung.

WETTER: Mild

Wetterlage: Während die Osthälfte Deutschlands unter schwachem Hochdruckeinfluß liegt, ziehen schwache Tiefausläufer über den Westen nordostwärts.



Stationen: bedeckt, West Stärke 5, 16°C; ● bedeckt; ≡ Nebel; ● Sprühregen; ● Regen; * Schneefall; ▽ Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H-Hoch, T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung: warm, kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb-750mm)

Vorhersage für Donnerstag:
Im Westen überwiegend starke Bewölkung und zeitweise leichter Regen. Höchsttemperaturen 11 bis 15 Grad, nachts 8 bis 4 Grad. Mäßiger Wind um Süd. Im Norden heiter und trocken. Höchsttemperaturen um 12 Grad, nachts 5 bis 2 Grad. Mäßiger Wind um Süd. Im Südosten gebietsweise Nebel. Am Alpennordrand föhnig aufgeheitert. Höchsttemperaturen 10 bis 14 Grad, in Föhngebieten bis 20 Grad. Nachts 6 bis 2 Grad. Schwacher Wind um Süd, am Alpenrand stürmische Föhnböen.

Weitere Aussichten:
Keine wesentliche Änderung.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Ort	°C	Ort	°C
Berlin	7°	Kairo	24°
Bonn	10°	Kopenh.	9°
Dresden	10°	Las Palmas	24°
Essen	13°	London	13°
Frankfurt	6°	Madrid	10°
Hamburg	6°	Mailand	11°
List/Sylt	7°	Mallorca	22°
München	5°	Moskau	1°
Stuttgart	7°	Nizza	14°
Algier	23°	Oslo	4°
Amsterdam	9°	Paris	11°
Athen	20°	Prag	6°
Barcelona	20°	Rom	16°
Brüssel	10°	Stockholm	5°
Budapest	12°	Tel Aviv	23°
Bukarest	10°	Tunis	19°
Helsinki	7°	Wien	11°
Istanbul	15°	Zürich	6°

Sonnenaufgang* am Freitag: 7.29 Uhr, Untergang: 16.42 Uhr; **Mondaufgang:** 17.03 Uhr, Untergang: 8.08 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

